



ÖFFENTLICHE UNTERSTÜTZUNG UND KRITIK IM KONTEXT MULTIPLER KRISEN UND NEUER LEITBILDER

Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024

2024

Der Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024 umfasst zwei Themenblöcke. Der erste Teil widmet sich zentralen Einstellungen der Bevölkerung zu Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Zeitverlauf. Dabei wird unter anderem die generelle Zustimmung zur staatlichen EZ und zu EZ-Ausgaben sowie zu verschiedenen Akteuren und Motiven der EZ betrachtet. Erstmals wird auch analysiert, wie gefestigt die Einstellungen zur EZ sind. Der zweite Teil thematisiert aktuelle globale Entwicklungen und neue politische Leitbilder. Er beleuchtet die Einstellungen der Bevölkerung zu EZ in Verbindung mit generellen außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen sowie mit bewaffneten Konflikten und ökonomischen Krisen, und er analysiert, welche Faktoren auf die Präferenzen für Partnerländer der deutschen EZ wirken. Zudem untersucht er das Wissen und die Einstellungen der Bevölkerung zur feministischen Entwicklungspolitik. Im Fokus steht dabei neben deren Inhalten und dem Label „feministisch“ die Unterstützung des Leitbildes im Kontext globaler Krisen. Der Bericht schließt mit Implikationen für die entwicklungspolitische Strategie- und Kommunikationsarbeit.

ÖFFENTLICHE UNTERSTÜTZUNG UND KRITIK IM KONTEXT MULTIPLER KRISEN UND NEUER LEITBILDER

Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024

2024

IMPRESSUM

Verfasst von

Dr. Martin Bruder
Dr. Alexandra Gödderz
Dr. Sebastian H. Schneider
Dr. Helge Zille

Verantwortliche Teamleitung

Dr. Sebastian H. Schneider

Verantwortliche Abteilungsleitung

Dr. Martin Bruder

Layout

Zlatka Dimitrova, Katharina Mayer, DEval

Lektorat

Silvia Richter, mediamondi, Berlin

Bildnachweis

Illustration Titelbild: FAZIT Communication GmbH

Bibliografische Angabe

Schneider, S. H., A. Gödderz, H. Zille und M. Bruder (2024), *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024. Öffentliche Unterstützung und Kritik im Kontext multipler Krisen und neuer Leitbilder*, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.

Druck

Bonifatius, Paderborn

© Deutsches Evaluierungsinstitut der
Entwicklungszusammenarbeit (DEval), 2024

ISBN 978-3-96126-214-4 (gebundene Ausgabe)

ISBN 978-3-96126-215-1 (PDF)

Herausgegeben von

Deutsches Evaluierungsinstitut der
Entwicklungszusammenarbeit (DEval)
Fritz-Schäffer-Straße 26
53113 Bonn

Tel: +49 (0)228 33 69 07-0

E-Mail: info@DEval.org

www.DEval.org

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mandatiert, Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unabhängig und nachvollziehbar zu analysieren und zu bewerten.

Mit seinen Evaluierungen trägt das Institut dazu bei, die Entscheidungsgrundlage für eine wirksame Gestaltung des Politikfeldes zu verbessern und die Transparenz zu den Ergebnissen zu erhöhen.

In der Reihe „Meinungsmonitor Entwicklungspolitik“ verfasst das DEval regelmäßig Analysen über die Einstellungen der Bevölkerung zu Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit sowie zu globaler nachhaltiger Entwicklung.

Der vorliegende Bericht ist auch auf der DEval-Website als PDF-Download verfügbar unter:

<https://www.deval.org/de/publikationen>

Anfragen nach einer gebundenen Ausgabe richten Sie bitte an:
info@DEval.org

DANKSAGUNG

Der DEval-Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024 wurde von zahlreichen Personen und Organisationen unterstützt. Für diese Unterstützung möchten wir uns bedanken.

Besonderer Dank gilt der Referenzgruppe, deren Mitglieder die Erarbeitung des Studienkonzepts und Berichts durch fachlichen Input aktiv begleitet haben. In der Referenzgruppe waren vertreten: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Engagement Global, KfW Entwicklungsbank, CARE Deutschland e. V., Germanwatch e. V., Terre des Hommes e. V., Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO) und World University Service – Deutsches Komitee e. V.

Dr. Markus Steinbrecher (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) danken wir für seine exzellenten inhaltlichen, methodischen und praxisbezogenen Hinweise als externer Peer Reviewer des Projekts.

Für die Bereitstellung der Daten des Development Engagement Lab (DEL) gilt unser Dank Prof. Dr. Jennifer Hudson (University College London), Prof. Dr. David Hudson (University of Birmingham), Dr. Paolo Morini (King's College London) und Dr. Soomin Oh (University College London).

Für die Durchführung der Datenerhebungen danken wir dem Team von Respondi/Bilendi (Köln). Für die Unterstützung bei der Datenanalyse gilt unser Dank Rahkavee Baskaran und Friederike Bauer (&effect, Berlin) sowie Jonas Volle (Universität Magdeburg).

Abschließend danken wir unseren Kolleg*innen am DEval, die das Team des Meinungsmonitors in jeder Projektphase engagiert unterstützt und so einen wichtigen Beitrag zur Studie geleistet haben. Dies gilt insbesondere für Prof. Dr. Jörg Faust und Heike Steckhan, die den Bericht als interne Peer Reviewer begleitet haben, sowie Simon Becker, Zlatka Dimitrova, John Dzaba, Merle Gmeineder, Hanna Link, Katharina Mayer, Caroline Orth, Carla Vasco Páez und Jelana Vajen.

ZUSAMMENFASSUNG

Hintergrund

Die deutsche Entwicklungspolitik ist durch zahlreiche globale Krisen und mangelnden Fortschritt beim Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen gefordert wie selten zuvor. Gleichzeitig werden viele Partnerländer fragiler, und die Zahl autokratisch regierter Staaten nimmt zu. In Zusammenhang mit Entwicklungen im Inland wie der angespannten Wirtschafts- und Haushaltslage stellt die Öffentlichkeit die Entwicklungspolitik zunehmend infrage. Diese Herausforderungen fallen in eine Zeit, in der die Bundesregierung in ihrem internationalen Engagement neue Schwerpunkte setzt, etwa mit ihrem 2023 präsentierten Leitbild einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik (siehe Kapitel 1: Kontext und Ziele des Berichts).

Fragestellung

Vor dem Hintergrund dieser multiplen Krisen und des neuen Leitbildes der Entwicklungspolitik stellt der Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024 wichtige Informationen für die politische Kommunikations-, Bildungs- und Strategiearbeit bereit, indem er

1. ein detailliertes Bild der entwicklungspolitischen Einstellungen der Bevölkerung Deutschlands und ihrer Veränderungen über die Zeit zeichnet und dabei punktuell auf Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen eingeht,
2. Einstellungen zu Entwicklungspolitik im Zusammenhang mit generellen Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet,
3. die Einstellungen zu Entwicklungspolitik im Kontext außen- und sicherheitspolitischer Krisen und des Krieges gegen die Ukraine sowie der damit einhergehenden Herausforderungen untersucht und
4. auf das Wissen, das Verständnis, die Wahrnehmungen sowie die Einstellungen zum Leitbild der feministischen Entwicklungspolitik und deren Inhalte eingeht.

Datenbasis

Die Studie nutzt ein breites Spektrum an Umfragedaten, die 2023 und 2024 erhoben wurden. Zusätzlich werden Sekundärdaten des *Aid Attitudes Tracker* (AAT) und des *Development Engagement Lab* (DEL) ab dem Jahr 2013 ausgewertet und Zeitreihen relevanter Einstellungsindikatoren fortgeschrieben (siehe Kapitel 2: Datenbasis und Methodik).

Einstellungen zu Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit im Zeitverlauf

Seit Anfang 2022 ist die Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) unter den Befragten rückläufig. Nur 47 Prozent der Befragten befürworteten im Januar 2024 gleichbleibende oder erhöhte EZ-Ausgaben – ein Rückgang um 21 Prozentpunkte. Nachlassende Zustimmung lässt sich dabei über das gesamte politische Spektrum hinweg beobachten. Dass die Bundesregierung generell EZ und humanitäre Hilfe leistet, erfährt bei 63 beziehungsweise 72 Prozent der Befragten hohe Zustimmung, wenngleich diese seit Januar 2023 leicht rückläufig ist. Im Vergleich zu anderen Politikfeldern sehen viele Befragte die EZ als einen Bereich, in dem die Mittel am ehesten gekürzt werden könnten (21 % der Befragten).

Obwohl die Befragten mehrheitlich ein grundsätzliches Interesse am Themenfeld Entwicklungspolitik/EZ äußern (57 %), fühlen sich nur 34 Prozent hierüber gut informiert. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) der Agenda 2030 waren im Oktober 2023 zwar 30 Prozent der Befragten bekannt, jedoch wissen lediglich 9 Prozent genau, worum es sich dabei handelt. Eine Mehrheit von über 60 Prozent hat bisher noch nichts von den SDGs gehört.

„Mit wenigen Mitteln viel Gutes bewirken“ (46 %) und „Fluchtursachenbekämpfung“ (43 %) bleiben für die Befragten die überzeugendsten Motive für die EZ. Andere Motive wie „moralische Verpflichtung“, „Bekämpfung des Klimawandels“ und „Verhinderung von Epidemien“ haben im Zeitverlauf etwas an Zustimmung verloren.

Verantwortlich für die Durchführung von EZ sind nach Ansicht der Befragten vor allem die Europäische Union (49 %) und multilaterale Organisationen (48 %), gefolgt von den Regierungen der Partnerländer (41 %) sowie der deutschen Bundesregierung (35 %). Als Ziele der EZ werden am häufigsten Verbesserungen in den Sektoren Wasser, Sanitär und Hygiene (WASH; 56 %), Bildung (47 %), Gesundheit (42 %) sowie Landwirtschaft und Ernährung (41 %) befürwortet.

Die Mehrheit (58 %) der Befragten hat eine moderat positive, aber relativ instabile Einstellung zur EZ. Nur 19 Prozent können als stabile Unterstützer*innen identifiziert werden, gleichzeitig sind 18 Prozent stabile Gegner*innen.

Ihre Selbstwirksamkeit im Bereich Entwicklungspolitik – also das Gefühl, entwicklungspolitisch selbst etwas bewirken zu können – schätzen die Befragten als gering ein. Seit Anfang 2022 ist das Gefühl der Selbstwirksamkeit von 3,3 auf 2,7 zurückgegangen (auf einer Skala von 0 = „kann überhaupt nichts bewirken“ bis 10 = „kann sehr viel bewirken“). Auch die Wirksamkeit der deutschen EZ stufen die Befragten weiterhin als gering ein. Etwa 18 Prozent bewerten sie als „sehr effektiv“, während rund 32 Prozent sie als „absolut ineffektiv“ betrachten. Auch hier ist im Vergleich zu Anfang 2022 eine negativere Einschätzung erkennbar (siehe Kapitel 3: Einstellungen zu Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit im Zeitverlauf).

Entwicklungspolitische Einstellungen im Kontext von ...

... Außen- und Sicherheitspolitik

Viele Befragte befürworten in der Außen- und Sicherheitspolitik am stärksten die Zusammenarbeit in internationalen Institutionen sowie Diplomatie und Konsensbestreben (Einstellungsdimension „kooperativer Internationalismus“). Eine ähnlich hohe Zustimmung findet die Haltung, dass Deutschland sich aus internationalen Angelegenheiten eher heraushalten sollte (Dimension „Isolationismus“). Einer Außen- und Sicherheitspolitik, die auf militärische Stärke und Abschreckungspotenzial setzt (Dimension „militanter Internationalismus“), stimmen die Befragten hingegen weniger zu. Noch geringer fällt die Zustimmung für eine Außen- und Sicherheitspolitik aus, die die Unterstützung von Ländern des globalen Südens in den Mittelpunkt stellt (Dimension „globale Gerechtigkeit“). Diese Einstellungsdimension entspricht konzeptionell am ehesten der generellen Unterstützung für EZ.

Diejenigen Befragten, die kooperativen Internationalismus und globale Gerechtigkeit befürworten, sprechen sich auch eher für eine Erhöhung der EZ-Ausgaben, konkrete EZ-Maßnahmen, entwicklungspolitische Hilfe für die Ukraine und eine feministische Entwicklungspolitik aus. Hingegen lehnen diejenigen Befragten, die einen isolationistischen Ansatz unterstützen, solche Maßnahmen ab (siehe Unterkapitel 4.2: Entwicklungspolitische Einstellungen im Kontext von Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik).

... sicherheitspolitischen und ökonomischen Herausforderungen

Vor dem Hintergrund sicherheitspolitischer und ökonomischer Herausforderungen zeigen die Befragten ein hohes Maß an Unterstützung für internationales Engagement in Notsituationen. Hierbei befürworten sie Maßnahmen für die Ukraine etwas stärker als Maßnahmen für andere Länder.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine schätzen die Befragten ihre künftige persönliche und auch die künftige nationale wirtschaftliche Lage negativer ein. Dies geht mit einer abnehmenden Unterstützung für EZ einher. Des Weiteren zeigen experimentelle Befunde, dass der Hinweis auf die angespannte Haushaltslage in Deutschland die Zustimmung zu EZ über verschiedene demografische, sozioökonomische und politische Merkmale hinweg negativ beeinflusst.

Werden die Befragten in einem Umfrageexperiment über den Krieg in der Ukraine informiert – einen in den Medien präsenten und geografisch nahen Krieg –, äußern sie anschließend eine höhere Zustimmung zu EZ als diejenigen, die über den medial weniger präsenten und geografisch fernen Krieg im Jemen informiert wurden. Diese höhere Zustimmung ist vor allem auf die stärker empfundene Betroffenheit und Sicherheitsbedrohung durch die Lage in der Ukraine sowie auf eine als größer empfundene Ähnlichkeit zu den dort lebenden Menschen zurückzuführen.

Nach konkreten Ländern befragt, bevorzugen die Teilnehmenden als Partner für die deutsche EZ Länder in Subsahara-Afrika, während die Präferenz für eine Zusammenarbeit mit Ländern auf der arabischen Halbinsel und in Nordafrika sowie mit China geringer ausfällt. Eine Zusammenarbeit mit der Ukraine wird im Vergleich zu 2020 deutlich stärker unterstützt.

Beim Vergleich hypothetischer Länderprofile führen geopolitische Faktoren wie eine enge Partnerschaft zu China oder die Unterstützung des russischen Angriffs auf die Ukraine zu einer deutlichen Ablehnung von Partnerländern. Im Gegensatz dazu priorisieren die Befragten Länder, aus denen Deutschland Energie bezieht. Die Zahl der Geflüchteten, die aus einem potenziellen Partnerland nach Deutschland kommen, hat keinen Einfluss

darauf, ob die Befragten die EZ mit diesem Land unterstützen. Zusätzlich spielen bedarfsbezogene Eigenschaften der Länder wie Verwundbarkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels oder das Armutsniveau eine wichtige Rolle. Darüber hinaus lehnen die Befragten Länder mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung als Partnerländer eher ab (siehe Unterkapitel 4.3: Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit im Kontext sicherheitspolitischer und ökonomischer Herausforderungen).

... *feministischer Entwicklungspolitik*

Immer mehr Menschen kennen den Begriff „feministische Entwicklungspolitik“. So gab im Januar 2024 eine knappe Mehrheit der Befragten (52 %) an, schon einmal von feministischer Entwicklungspolitik gehört oder gelesen zu haben; 27 Prozent bestätigten zu wissen, worum es dabei geht. Dies ist seit Juni 2022 ein Anstieg um 15 Prozentpunkte. Obwohl die Befragten die Grundzüge der feministischen Ausrichtung verstehen, sind ihnen spezifischere Inhalte wie intersektionale, postkoloniale oder machtkritische Ansätze weitgehend unbekannt.

Während im Januar 2023 noch 59 Prozent der Befragten die feministische Entwicklungspolitik unterstützten, ist diese Zustimmung im Januar 2024 auf 52 Prozent gesunken. Im Vergleich zu anderen Schwerpunktsetzungen, etwa einer „menschenrechtsbasierten“ oder „friedensfördernden“

Entwicklungspolitik, befürworten die Befragten eine feministische Entwicklungspolitik weniger. Von den in der BMZ-Strategie beschriebenen Zielen einer feministischen Entwicklungspolitik stimmen die Befragten vor allem den übergeordneten Zielen zu, die „Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen“ zu stärken. Konkret finanzielle Mittel für Projekte zur Förderung der Gleichberechtigung bereitzustellen, wird von den Befragten hingegen weniger unterstützt.

Die Verwendung des Labels „feministisch“ für Entwicklungspolitik führt dazu, dass die Meinungen der Anhänger*innen verschiedener Parteien stärker variieren, als wenn dieselben feministische Inhalte ohne das Label präsentiert werden.

Etwa 28 Prozent der Befragten sind stabile Unterstützer*innen feministischer Entwicklungspolitik, haben also eine gefestigte Einstellung zu diesem Thema. Insgesamt 63 Prozent zählen zu den moderat instabilen oder ambivalenten Unterstützer*innen, 19 Prozent können als stabile Gegner*innen bezeichnet werden.

In Zeiten globaler Krisen wird feministische Entwicklungspolitik zudem eher unterstützt, wenn diese normativ oder instrumentell begründet wird, als wenn keine zusätzliche Begründung geboten wird (siehe Unterkapitel 4.4: Die Einstellung der Bevölkerung zu feministischer Entwicklungspolitik).

Implikationen für die entwicklungspolitische Strategie-, Kommunikations- und Bildungsarbeit

Implikation 1: Die Zustimmung zu EZ nimmt ab. Entwicklungspolitische Akteure sollten in dieser Situation mögliche Änderungen ihrer Strategien prüfen und die politische Kommunikations- und Bildungsarbeit mit Blick auf künftige Herausforderungen vorausschauend gestalten.

Implikation 2: Ein Großteil der Bevölkerung hat moderat positive, aber instabile Einstellungen zu Entwicklungspolitik. Für entwicklungspolitische Akteure bietet es sich an, die Kommunikation aktiv zu suchen, um so den bislang bestehenden entwicklungspolitischen Konsens aufrechtzuerhalten.

Implikation 3: Die zunehmende Verknüpfung von EZ und geo- beziehungsweise sicherheitspolitischen Aspekten führt zu neuen Spannungsfeldern in der Entwicklungspolitik; hier gilt es, eine neue Balance der Interessen zu finden und diese entsprechend zu kommunizieren.

Implikation 4: Die polarisierende Wirkung des Begriffs „feministische Entwicklungspolitik“ erfordert eine sorgfältige Abwägung, ob und wie das Label eingesetzt wird; konsensfähige Inhalte sollten umgesetzt und der Öffentlichkeit vermittelt werden (siehe Kapitel 5: Implikationen).

INHALT

Impressum	iv		
Danksagung	v		
Zusammenfassung	vii		
Inhalt	x		
Abkürzungen und Akronyme	xiv		
1.	Entwicklungspolitischer Kontext und Ziele des Berichts	1	
2.	Datenbasis und Methodik	4	
2.1	Aid Attitudes Tracker und Development Engagement Lab	5	
2.2	DEval-Erhebungen	6	
2.3	Datenbasis für die Analyse von Twitter-/X-Beiträgen	9	
3.	Einstellungen zu Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit im Zeitverlauf	10	
3.1	Wie stark unterstützen die Befragten Entwicklungspolitik und EZ?	12	
3.1.1	Die Zustimmung unter den Befragten zur EZ in Deutschland geht seit Anfang 2022 zurück	12	
3.1.2	Die Zustimmung zu Ausgaben für EZ nimmt über das gesamte politische Spektrum hinweg ab	14	
3.1.3	Im Ländervergleich weisen Befragte in Deutschland erstmals die geringste Zustimmung zu EZ-Ausgaben auf	14	
3.1.4	Trotz Vorbehalten gegenüber EZ-Ausgaben: Die Befragten befürworten EZ und humanitäre Hilfe grundsätzlich	15	
3.1.5	Im Vergleich zu anderen Politikfeldern sehen die Befragten bei der EZ (und der Arbeitslosenunterstützung) das größte Potenzial für Ausgabenkürzungen	16	
3.2	Wie sehr interessieren sich die Befragten für Entwicklungspolitik/EZ und wie informiert fühlen sie sich?	18	
3.2.1	Die Befragten zeigen mehrheitlich Interesse an Entwicklungspolitik/EZ, aber lediglich ein kleinerer Teil fühlt sich gut informiert	18	
3.2.2	Die SDGs sind den Befragten in Deutschland weiterhin kaum bekannt	19	
3.2.3	Entwicklungspolitik/EZ und humanitäre Hilfe werden häufiger auf Twitter/X erwähnt	20	
3.3	Welche Einstellungen haben die Befragten zu Motiven, Akteuren und Zielen der EZ?	22	
3.3.1	„Mit wenigen Mitteln viel Gutes bewirken“ und „Fluchtursachenbekämpfung“ sind weiterhin die überzeugendsten Motive für EZ	23	
3.3.2	Supranationale und multilaterale Organisationen sehen die Befragten am häufigsten in der Verantwortung für die Umsetzung der EZ	24	
3.3.3	Die Befragten befürworten WASH, Bildung, Gesundheit sowie Landwirtschaft und Ernährung am häufigsten als Ziele der EZ	25	
3.4	Wie gefestigt sind die Einstellungen zu Entwicklungspolitik und EZ?	26	
3.4.1	Viele Befragte sind sich ihrer Einstellung zu EZ sicher und empfinden das Thema als relevant, nur wenige fühlen sich informiert	27	
3.4.2	Einstellungstypen: Die Mehrheit hat eine moderat positive, aber instabile Einstellung zu EZ	30	
3.4.3	Einstellungsstärke als wichtiger Faktor, um Fluktuationen in Einstellungen zu EZ zu verstehen	33	
3.5	Wie selbstwirksam schätzen sich die Befragten ein, und welche Wirksamkeit schreiben sie anderen entwicklungspolitischen Akteuren zu?	34	
3.6	Wie wirksam schätzen die Befragten die deutsche EZ ein?	35	
3.7	Wie engagieren sich die Befragten entwicklungspolitisch?	36	
3.8	Schlussfolgerung: Die deutsche Entwicklungspolitik ist am Scheideweg	38	

4.	Entwicklungspolitische Einstellungen im Kontext sicherheitspolitischer Herausforderungen und feministischer Entwicklungspolitik	40		
<hr/>				
4.1	Überblick über das Kapitel	41		
4.2	Entwicklungspolitische Einstellungen im Kontext von Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik	43		
4.2.1	Die Befragten stimmen den Konzepten des kooperativen Internationalismus und des Isolationismus am stärksten zu, dem Konzept der globalen Gerechtigkeit am wenigsten	45		
4.2.2	Befragte, die kooperativen Internationalismus und globale Gerechtigkeit befürworten, unterstützen auch stärker verschiedene entwicklungspolitische Maßnahmen	47		
4.3	Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit im Kontext sicherheitspolitischer und ökonomischer Herausforderungen	49		
4.3.1	Wie sollte sich Deutschland in Krisen und Notsituationen international engagieren?	51		
4.3.2	Wirtschaftliche Krisen und die Unterstützung der Bevölkerung für EZ	54		
4.3.3	Wie stabil ist die EZ-Unterstützung angesichts kriegerischer Konflikte und wirtschaftlicher Sorgen?	58		
4.3.4	Welche Länder werden im Kontext geopolitischer Spannungen als Partnerländer der deutschen EZ bevorzugt?	61		
4.3.5	Schlussfolgerung: Hohe Zustimmung für internationales Engagement, die aber durch fortdauernde wirtschaftliche Herausforderungen schwinden könnte	67		
4.4	Die Einstellung der Bevölkerung zu feministischer Entwicklungspolitik	68		
4.4.1	Was versteht die Bevölkerung unter feministischer Entwicklungspolitik?	70		
4.4.2	Unterstützt die Bevölkerung feministische Entwicklungspolitik und ihre Inhalte?	74		
4.4.3	Wie gefestigt sind die Einstellungen zu feministischer Entwicklungspolitik?	81		
4.4.4	Feministische Entwicklungspolitik in Zeiten globaler Krisen	86		
4.4.5	Schlussfolgerung: Herausforderndes Label mit konsensfähigen Inhalten	89		
5.	Implikationen	91		
<hr/>				
6.	Literatur	97		
<hr/>				
7.	Anhang	109		
<hr/>				
7.1	Datenbasis	110		
7.2	Ergänzenden Analysen und Abbildungen	112		
7.3	Zeitplan der Studie	117		
7.4	Studienteam und Mitwirkende	117		

Abbildungen

Abbildung 1	EZ: und Einschätzung der Wirksamkeit (2019–2024)	13	Abbildung 21	Zustimmung zu Deutschlands Engagement in verschiedenen Krisen- und Notsituationen	51
Abbildung 2	Zustimmung zu den Ausgaben für EZ im Ländervergleich	15	Abbildung 22	Zustimmung zur Unterstützung der Ukraine und anderer Länder mit akuten Krisen	53
Abbildung 3	Zustimmung zur Durchführung von EZ und humanitärer Hilfe durch die Bundesregierung	16	Abbildung 23	Einschätzung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands und der des eigenen Haushaltes (2019–2023)	55
Abbildung 4	Zustimmung zu Ausgaben in verschiedenen Politikfeldern	17	Abbildung 24	Einfluss der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage auf die Unterstützung für EZ	57
Abbildung 5	Interesse und Informiertheit im Bereich Entwicklungspolitik/EZ	18	Abbildung 25	Wirkung von Informationen zur Haushalts-sperre und zu den Kriegen im Jemen/in der Ukraine auf die Unterstützung für EZ	59
Abbildung 6	Die Bekanntheit der Sustainable Development Goals in Deutschland (2015–2023)	20	Abbildung 26	Wirkung von Informationen über die Kriege in der Ukraine/im Jemen auf die Unterstützung für EZ	60
Abbildung 7	Beiträge zu Entwicklungspolitik/EZ und humanitärer Hilfe auf Twitter/X (2019–2024)	21	Abbildung 27	Wirkung von Informationen auf die Wahl potenzieller Partnerländer für die EZ	64
Abbildung 8	Überzeugende Motive für EZ	23	Abbildung 28	Befürwortung möglicher Partnerländer der EZ	66
Abbildung 9	Akteure in der EZ	24	Abbildung 29	Feministische Entwicklungspolitik/ Außenpolitik auf Twitter/X (2021–2024)	71
Abbildung 10	Ziele der deutschen EZ: „Soll“ vs. „Ist“	25	Abbildung 30	Bekanntheit feministischer Entwicklungspolitik im Zeitverlauf	72
Abbildung 11	Ausprägung der Merkmale von Einstellungsstärke	28	Abbildung 31	Zielgruppen von feministischer Entwicklungspolitik aus Sicht der Bevölkerung	73
Abbildung 12	Anteilswerte der Befragten nach Ausprägung der Faktoren von Einstellungsstärke	30	Abbildung 32	Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik im Zeitverlauf	74
Abbildung 13	Anteil der Befragten an den vier Einstellungstypen (in Prozent)	31	Abbildung 33	Unterstützung verschiedener Schwerpunktsetzungen von Entwicklungspolitik	75
Abbildung 14	Die Profile der vier Einstellungstypen	32	Abbildung 34	Unterstützung der Ziele nach Zustimmung zu feministischer Entwicklungspolitik	76
Abbildung 15	Durchschnittliche Unterstützung für EZ nach Einstellungstyp	33	Abbildung 35	Faktoren, die Unterstützung für feministische Entwicklungspolitik vorhersagen	77
Abbildung 16	Geschätzte Wirksamkeit verschiedener Akteure in der EZ	35	Abbildung 36	Unterstützung für EZ-Ausgaben nach Experimentalgruppe	79
Abbildung 17	Einschätzung der Wirksamkeit von EZ (2013–2024)	36	Abbildung 37	Unterstützung nach Experimentalgruppe und Parteiidentifikation	80
Abbildung 18	Entwicklungspolitisches Engagement im Zeitverlauf	37			
Abbildung 19	Einstellung zu Außen- und Sicherheitspolitik nach Parteiidentifikation	46			
Abbildung 20	Zusammenhang zwischen Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik und Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit	48			

Abbildung 38	Merkmale und Faktoren von Einstellungsstärke nach Art der Entwicklungspolitik	82
Abbildung 39	Faktoren der Einstellungsstärke nach Art der Entwicklungspolitik (Anteil der Befragten)	83
Abbildung 40	Anteil der Befragten an den vier Einstellungstypen zu feministischer Entwicklungspolitik (in Prozent)	84
Abbildung 41	Die Profile der vier Einstellungstypen zu feministischer Entwicklungspolitik	85
Abbildung 42	Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik in Abhängigkeit von der Begründung	88
Abbildung 43	Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik nach Begründung und Geschlecht	89
Abbildung 44	Zustimmung zu Ausgaben für die EZ nach gewählter Partei bei der letzten Bundestagswahl	112
Abbildung 45	Politikfeld, in dem am ehesten Ausgaben gekürzt werden sollten	113
Abbildung 46	Für Kürzungen bevorzugtes Politikfeld nach Parteiidentifikation	114
Abbildung 47	Stärke des Zusammenhangs zwischen der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Unterstützung für EZ in unterschiedlichen Jahren	115
Abbildung 48	Stärke des Zusammenhangs zwischen der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Zustimmung zu EZ-Ausgaben in unterschiedlichen Jahren	116

Kästen

Kasten 1	Stichprobenfehler	6
Kasten 2	Erfassung des Geschlechts und der politischen Orientierung	6
Kasten 3	Nutzung von Online-Erhebungen in der Sozialforschung	8
Kasten 4	Statistische Signifikanz	9
Kasten 5	Explorative Faktorenanalyse	29
Kasten 6	Latente Profilanalyse (LPA)	30
Kasten 7	Aufbau des Conjoint-Experiments	62
Kasten 8	Limitationen entwicklungspolitischer Kommunikation	94

Tabellen

Tabelle 1	Erhebungen: Aid Attitudes Tracker und Development Engagement Lab	110
Tabelle 2	ResponDi/Bilendi-Erhebungen	111
Tabelle 3	Zeitplan der Studie	117
Tabelle 4	Studienteam und Mitwirkende	117

ABKÜRZUNGEN UND AKRONYME

3R+D

Rechte, Repräsentanz und Ressourcen von Frauen und marginalisierten Gruppen + Diversität

AAT

Aid Attitudes Tracker

ACLED

Armed Conflict Location and Event Data Project

AfD

Alternative für Deutschland

AMCE

Average Marginal Component Effect

BDI

Bundesverband der Deutschen Industrie

BIP

Bruttoinlandsprodukt

BM

Bundesminister*in

BMGF

Bill & Melinda Gates Foundation (Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung)

BMZ

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

BVerfGE

Bundesverfassungsgericht

CDU

Christlich Demokratische Union Deutschlands

CEDAW

Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau)

CSU

Christlich-Soziale Union in Bayern

DAC

Development Assistance Committee (Entwicklungsausschuss)

DE

Deutschland

DEL

Development Engagement Lab

DEval

Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit

ESEM

Exploratory Structural Equation Model (exploratives Strukturgleichungsmodell)

ESOMAR

European Society for Opinion and Market Research

EU

Europäische Union

EZ

Entwicklungszusammenarbeit

FDP

Freie Demokratische Partei Deutschlands

FZ

Finanzielle Zusammenarbeit

HIK

Heidelberg Institut für Internationale Konfliktforschung

IPBES

Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (Zwischenstaatliche wissenschaftlich-politische Plattform für biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen)

IPCC

Intergovernmental Panel on Climate Change (Weltklimarat)

ISO

International Organization for Standardization

LPA

Latent Profile Analysis (latente Profilanalyse)

LSBTIQ+

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, intergeschlechtliche und queere Menschen und weitere Geschlechtsidentitäten

NATO

North Atlantic Treaty Organization
(Nordatlantikpakt-Organisation)

NGO

Non-governmental organisation
(Nichtregierungsorganisation)

ODA

Official Development
Assistance (Öffentliche
Entwicklungsleistungen)

OECD

Organisation for Economic
Co-operation and Development
(Organisation für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung)

OSF

Open Science Framework

SDG

Sustainable Development Goal
(Ziel für nachhaltige Entwicklung)

SIPRI

Stockholm International
Peace Research Institute
(Stockholmer Institut für
Internationale Friedensforschung)

SPD

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands

TZ

Technische Zusammenarbeit

UN

United Nations
(Vereinte Nationen)

UNDP

United Nations
Development Programme
(Entwicklungsprogramm
der Vereinten Nationen)

UNESCO

United Nations Educational,
Scientific and Cultural
Organization (Organisation der
Vereinten Nationen für Bildung,
Wissenschaft und Kultur)

WASH

Wasser, Sanitär und Hygiene

WFP

World Food Programme
(Welternährungsprogramm)

ZMSBw

Zentrum für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften
der Bundeswehr

WHO

World Health Organization
(Weltgesundheitsorganisation)

1.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHER KONTEXT UND ZIELE DES BERICHTS

Die deutsche Entwicklungspolitik ist durch multiple globale Krisen und mangelnden Fortschritt beim Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen gefordert wie selten zuvor. Die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs; Vereinte Nationen, 2015) stockt und wird voraussichtlich bis 2030 nicht erreicht (Vereinte Nationen, 2023a). Auch der Klimawandel schreitet voran (IPCC, 2023), die Biodiversität nimmt ab (IPBES, 2019), die Nahrungsversorgung ist in vielen Regionen kritisch (World Food Programme, 2022), und die Gleichberechtigung der Geschlechter stagniert (UN Women, 2023).

Gleichzeitig ist die Entwicklungspolitik mit sich ändernden Kontexten in den Partnerländern konfrontiert. In vielen Ländern des globalen Nordens und Südens erodieren Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und es setzen Autokratisierungsprozesse ein (Bertelsmann Stiftung, 2024; Freedom House, 2023; Nord et al., 2024). Dies betrifft auch Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Auch staatliche Fragilität spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle und kann Entwicklungsfortschritte gefährden (Faust et al., 2023; Wencker und Verspohl, 2019). Gleiches gilt für die Zunahme bewaffneter Konflikte (ACLED, 2024). Insbesondere der Umgang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wird die EZ absehbar stark beschäftigen – mit hohen Kosten für die Bewältigung der individuellen und gesellschaftlichen Kriegsfolgen (siehe z. B. BMZ, 2022; Gravingholt et al., 2023).

In dieser komplexen Situation wird die deutsche Entwicklungspolitik durch innenpolitische Entwicklungen vor zusätzliche Herausforderungen gestellt, insbesondere durch die angespannte Wirtschafts- und Haushaltslage. Mit Beginn des Krieges gegen die Ukraine im Februar 2022 und den darauf erfolgten Sanktionen Deutschlands und der

Europäischen Union (EU) sind die Preise für Energie und Lebensmittel deutlich angestiegen (z. B. OECD, 2022). Hinzu kam im November 2023 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, mit dem die geplante Umwidmung von Haushaltsmitteln zur Bewältigung der Corona-Pandemie in Mittel zum Klimaschutz für verfassungswidrig erklärt wurde (Bundesverfassungsgericht, 2023). Diese Entscheidung machte Einsparungen im Bundeshaushalt notwendig. Infolge dieser Entwicklungen wird die Verwendung staatlicher Mittel zunehmend kontrovers diskutiert. Davon bleibt auch die Entwicklungspolitik nicht verschont, wie die öffentliche Debatte um Fahrradwege in Peru im Januar 2024 gezeigt hat (Tagesschau, 2024). Kurzfristige Eigeninteressen Deutschlands stehen in diesem Zusammenhang immer prominenter im Raum. So wiederholte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Anfang 2024 seine Forderung, die Entwicklungspolitik stärker an wirtschaftlichen Interessen Deutschlands auszurichten (BDI, 2024). Diese Forderung reiht sich ein in eine steigende Polarisierung des politischen Diskurses, die bis in die Mitte der Gesellschaft reicht und auch die Entwicklungspolitik betrifft (zu Polarisierung z.B. Herold et al., 2023).

All diese Herausforderungen fallen in eine Zeit, in der die 2021 gewählte Bundesregierung eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik als Leitbild formuliert hat. Ziel dieses für die Außenpolitik im Koalitionsvertrag (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, 2021) festgehaltenen und auf die Entwicklungspolitik übertragenen Leitbildes ist es, die Rechte, Repräsentanz und Ressourcen von Frauen und marginalisierten Gruppen zu steigern und Diversität zu fördern („3R+D“-Formel; Auswärtiges Amt, 2023a; BMZ, 2023a). Dies stößt jedoch in Teilen der Politik und Gesellschaft auf Kritik (z. B. Sassenhagen et al., 2023; Schneider et al., 2024b). Dadurch könnte der bisherige relativ breite Konsens zu Entwicklungspolitik erodieren.

Gerade vor dem Hintergrund dieser multiplen Herausforderungen ist es wichtig, dass sich entwicklungspolitische Akteure mit der Einstellung der Bevölkerung befassen. An dieser Stelle setzt der Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024 an, indem er

1. ein detailliertes Bild über entwicklungspolitische Einstellungen der Bevölkerung Deutschlands und ihre Entwicklung über die Zeit zeichnet und dabei punktuell auf Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen eingeht;
2. Einstellungen zu Entwicklungspolitik im Zusammenhang mit generellen Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet;
3. die Einstellungen zu Entwicklungspolitik und EZ im Kontext außen- und sicherheitspolitischer Krisen und des Krieges gegen die Ukraine sowie der daraus resultierenden finanziellen Herausforderungen untersucht;
4. auf das Wissen, das Verständnis, die Wahrnehmungen sowie die Einstellungen zum Leitbild der feministischen Entwicklungspolitik und deren Inhalte eingeht.

Um diese Aspekte zu beleuchten, wird ein breites Spektrum an Umfragedaten genutzt, die im Zeitraum 2023 bis 2024 erhoben wurden. Zusätzlich werden – wie schon in vorausgehenden Berichten der DEval-Studienreihe Meinungsmonitor Entwicklungspolitik – Sekundärdaten des *Aid Attitudes Tracker (AAT)* und des *Development Engagement Lab (DEL)* ab 2013 ausgewertet und die Zeitreihen relevanter Einstellungsindikatoren aus den vorherigen Meinungsmonitor-Berichten fortgeschrieben.

Der Bericht besteht aus zwei analytischen Teilen: In Kapitel 3 werden ausgewählte Einstellungsindikatoren im Zeitverlauf dargestellt und die Stärke von EZ-Einstellungen analysiert. Neben etablierten Indikatoren wie der grundsätzlichen

Unterstützung der EZ oder der Einschätzung ihrer Wirksamkeit werden erstmals das generelle Interesse an Entwicklungspolitik/EZ sowie die eingeschätzte Informiertheit über dieses Politikfeld betrachtet. Darüber hinaus wird die psychologische Forschung zur Stärke von Einstellungen (z. B. Krosnick und Petty, 1995; Vogel et al., 2016) aufgegriffen und untersucht, wie gefestigt die Einstellungen zu Entwicklungspolitik/EZ in der Bevölkerung sind. Die Untersuchung der Einstellungsstärke soll Hinweise darauf geben, wie volatil die EZ-bezogenen Einstellungen der Bürger*innen in einer intensivierten entwicklungspolitischen Auseinandersetzung voraussichtlich sind.

Im Fokus von Kapitel 4 stehen vertiefende Analysen zu drei Aspekten: (1) der Zusammenhang zwischen entwicklungspolitischen Einstellungen und den Einstellungen der Bevölkerung zu Außen- und Sicherheitspolitik generell, (2) Einstellungen zu Entwicklungspolitik/EZ im Kontext sicherheitspolitischer Herausforderungen und wirtschaftlicher Engpässe sowie (3) Einstellungen zu feministischer Entwicklungspolitik. In den Berichten der Meinungsmonitor-Reihe wurden entwicklungspolitische Einstellungen bislang isoliert betrachtet. Aufgrund ihrer engen Verbindung mit anderen außenpolitischen Handlungsbereichen bietet sich eine ganzheitliche Betrachtung an (siehe dazu u. a. die nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung; Auswärtiges Amt, 2023b). Auch zwei der prägendsten entwicklungspolitischen Themen der letzten beiden Jahre – EZ im Kontext des Krieges gegen die Ukraine und feministische Entwicklungspolitik – wurden bisher in der Literatur nur knapp behandelt (Sassenhagen et al., 2023; Schneider et al., 2024b; Zille et al., 2023) und werden in der vorliegenden Studie vertieft untersucht.

Der Bericht schließt in Kapitel 5 mit Implikationen für die entwicklungspolitische Strategie der Bundesregierung sowie für die Kommunikations- und Bildungsarbeit.

2.

DATENBASIS UND METHODIK

Der Meinungsmonitor 2024 baut im Wesentlichen auf Daten aus dem *Aid Attitudes Tracker* und seinem Nachfolgeprojekt, dem *Development Engagement Lab*, sowie eigenen Erhebungen des Meinungsmonitor-Teams auf. Zusätzlich werden punktuell Social-Media-Daten der Plattform Twitter/X genutzt.

2.1 Aid Attitudes Tracker und Development Engagement Lab

Der *Aid Attitudes Tracker* (AAT) ist eine ländervergleichende Längsschnitterhebung, bei der von 2013 bis 2018 halbjährlich Online-Befragungen in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den USA durchgeführt wurden. Über die zehn Erhebungswellen hinweg wurden in einem Panel-Design jeweils dieselben etwa 6.000 Personen zu ihrem Wissen, ihren Einstellungen und ihrem Engagement in Bezug auf EZ und andere relevante entwicklungspolitische Themen befragt. Die Teilnehmenden waren zum Zeitpunkt der Befragung über 18 Jahre alt und hielten sich unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft oder dem gemeldeten Wohnort im jeweiligen Land auf. Die Panelstudie wurde durch die *Bill & Melinda Gates Foundation* (BMGF) finanziert und von Forschenden der University of Texas in Dallas, der University of Birmingham und des University College London durchgeführt. Die Datenerhebung erfolgte durch das britische Markt- und Meinungsforschungsinstitut YouGov, das die Teilnehmenden aus dem Befragtenpool des Instituts nach dem Zufallsprinzip auswählte (sogenanntes *Online-Access-Panel*). Um die Datenqualität zu gewährleisten, wurden bei den Befragungen verschiedene Maßnahmen ergriffen, darunter der Ausschluss von extrem schnellen oder einseitigen Antworten (YouGov, 2017).

Seit 2019 wird die Datenerhebung des AAT unter dem Namen *Development Engagement Lab* (DEL) am University College London sowie der University of Birmingham fortgesetzt. Die Finanzierung erfolgt weiterhin durch die BMGF, die Durchführung durch YouGov. Wichtige Neuerungen sind:

1. Ein jährlicher – anstelle des halbjährlichen – Turnus und eine deutliche Reduzierung der Fragen bei der Panel-Erhebung (weiterhin $N \approx 6.000$ pro Land und Welle; Erhebung im September/Oktober).
2. Eine teilweise Überarbeitung von Formulierungen und eine Änderung der Fragenreihenfolge.
3. Die Einführung von querschnittlichen Erhebungen als zusätzliche Erhebungsformen.¹

Die Unterschiede zwischen den beiden Befragungen stellen zwar Verbesserungen im Befragungsdesign dar, haben aber zur Folge, dass Zeitreihen nicht ohne Weiteres fortgeschrieben werden können. Kürzere, seltenere und verständlichere Befragungen wechselnder Stichproben sollen sowohl eine Ermüdung der befragten Personen als auch Lerneffekte über die Zeit reduzieren. Gleichzeitig können sich Änderungen im Wortlaut und in der Reihenfolge der Fragen auf das Antwortverhalten auswirken (beispielsweise sogenannte Reihenfolge- beziehungsweise *Question-Order*-Effekte; siehe z. B. Oldendick, 2008; Schuman und Presser, 1996). Daher ist eine nahtlose Verknüpfung zwischen AAT- und DEL-Daten nicht ohne Weiteres möglich. Bei der Interpretation von Zeitreihen sollte berücksichtigt werden, dass Veränderungen teilweise auf diese methodischen Anpassungen zurückgehen könnten.

Sofern nicht anders angegeben, werden in Analysen der AAT- und DEL-Daten Umfragegewichtungen verwendet. Diese stellen sicher, dass die Verteilung wichtiger soziodemografischer und politischer Merkmale in der Stichprobe der Verteilung in der Gesamtbevölkerung entspricht. Eine Übersicht über alle genutzten AAT-/DEL-Erhebungen findet sich in Tabelle 1 im Anhang.

¹ Der DEL-Tracker erfasst zweimal pro Jahr (Januar und Juni) dieselben Einstellungs- und Verhaltensmerkmale der Bevölkerung ($N \approx 1.000$), während sich die DEL-Sandbox-Erhebungen (in der Regel im Februar und Mai) aktuellen Themen widmen. Beide basieren auf Querschnittsbefragungen mit jeweils einer neuen Stichprobe.

Kasten 1 Stichprobenfehler

Die Anteils- und Mittelwerte der im Bericht präsentierten Analysen weisen aufgrund der Nutzung von Stichproben statistische Unsicherheiten auf. Geben zum Beispiel von 1.000 Befragten einer fiktionalen Stichprobe 20 Prozent an, im vergangenen Jahr an eine EZ-Organisation gespendet zu haben, liegt der Prozentwert bei wiederholter Ziehung einer Stichprobe vereinfacht ausgedrückt mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent in der Gesamtbevölkerung etwa zwischen 17,5 und 22,5 Prozent (sogenanntes 95-%-Konfidenzintervall).² Erhöht sich der Stichprobenumfang auf 5.000 Befragte, liegt der tatsächliche Wert mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen 18,8 und 21,1 Prozent. Grundsätzlich geht man bei einer Stichprobe von 1.000 Befragten bei einem dichotomen Merkmal wie „ja/nein“ oder „dafür/dagegen“ davon aus, dass der Stichprobenfehler +/-3 Prozentpunkte beträgt (Erikson und Tedin, 2011, S. 30–31). Hohe Anteilswerte um 50 Prozent weisen breitere Konfidenzintervalle auf als niedrige Anteilswerte. Um Text und Abbildungen nicht zu überfrachten, enthält dieser Bericht bei deskriptiven Darstellungen von Prozentwerten in der Regel keine Konfidenzintervalle, gibt jedoch stets die Beobachtungszahl an.

2.2 DEval-Erhebungen

Über die Daten des AAT und des DEL hinaus führt das Meinungsmonitor-Team eine regelmäßige DEval-Tracking-Befragung sowie eigene Umfrageexperimente durch. Das DEval-Tracking erfasst zweimal jährlich im Januar und Juni/Juli zentrale Indikatoren zu Einstellungen, Wissen und Engagement im Bereich Entwicklungspolitik/EZ. Um sicherzustellen, dass die Befragten die vorgelegten Fragen auch verstehen und beantworten können, wurde bei der Entwicklung des Fragebogens mit Expert*innen von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften zusammengearbeitet und ein kognitiver Online-Vortest durchgeführt (Schick et al., 2022). Die Erhebungen erfolgen anhand quotierter Zufallsstichproben von ca. 2.000 Personen aus dem Online-Access-Panel des Meinungsforschungsinstitutes Respondi/Bilendi.³

Diese Stichproben entsprechen in der Verteilung von Geschlecht, Bildungsabschluss, Alter und Bundesland der deutschen Bevölkerung bis zum Alter von 75 Jahren. Die Qualität der Daten wird durch unterschiedliche Maßnahmen sichergestellt. Beispielsweise werden Befragte mit wiederholt auffälligem Antwortverhalten aus dem Panel ausgeschlossen. Teilnehmende, die eine Befragung außerordentlich schnell abschließen oder auffällige Antwortmuster aufweisen (z. B. sogenannte *straight liner*, also Befragte, die über mehrere Fragebatterien hinweg stets eine identische Antwortkategorie wählen), werden ebenfalls aus dem finalen Datensatz entfernt. Aufgrund der quotierten Stichprobe erfolgt die Analyse ohne Anwendung von Umfragegewichtungen.

² Der Kasten wurde leicht angepasst aus dem Glossar des Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2022 (Schneider et al., 2022, S. xx) übernommen.

³ Respondi/Bilendi erfüllt dabei die Standards der Internationalen Organisation für Normung (ISO) und der Europäischen Gesellschaft für Markt- und Meinungsforschung (ESOMAR) für Onlinebefragungen.

Kasten 2 Erfassung des Geschlechts und der politischen Orientierung

An einigen Stellen im Bericht wird der Zusammenhang zwischen Einstellungsindikatoren und verschiedenen soziodemografischen und politischen Charakteristika untersucht. Dabei wird in der Regel auf Standardprädiktoren wie Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss, Region (Ost- vs. Westdeutschland) und Indikatoren zur Erfassung der politischen Orientierung zurückgegriffen. Diesbezüglich sind zwei Erläuterungen notwendig:

In den Analysen wird der Zusammenhang mit dem Geschlecht anhand einer binären Variable untersucht. In sämtlichen durch das DEval beauftragten Befragungen wird den Befragten die Möglichkeit geboten, ihr Geschlecht anhand der Antwortkategorien „männlich“, „weiblich“, „divers“ oder „keine Angabe“ anzugeben. Dabei wird nicht vorgegeben, ob das soziale Geschlecht oder das biologische Geschlecht abgefragt wird. So handelt es sich bei der Antwort um die bevorzugte Selbstidentifikation der Befragten. Da in sämtlichen Befragungen nur eine sehr kleine Zahl der Befragten (unter 10 Personen bei 2.000 Befragten) die Kategorie „divers“ nutzt und eine so gering besetzte Kategorie (statistisch) kaum aussagekräftig ist, wird in den Analysen lediglich zwischen Personen unterschieden, die sich als „männlich“ („Männer“) oder „weiblich“ („Frauen“) identifizieren.

Zur Messung der politischen Orientierung wird wie bereits in den bisherigen Meinungsmonitor-Studien (Schneider und Gleser, 2018; Schneider et al., 2019, 2021a, 2022) die klassische Links-rechts-Skala mit den Endpunkten „links“ (Skalenwert 0) und „rechts“ (Skalenwert 10) verwendet.⁴ Um die Analysen greifbarer zu machen und nichtlineare Zusammenhänge über die entsprechenden Einstellungsindikatoren zu verdeutlichen, wird die Skala für deskriptive Aufschlüsselungen in fünf Gruppen eingeteilt (siehe Vehrkamp und Merkel, 2019, S. 30–31): links (0–2), Mitte-links (3–4), Mitte (5), Mitte-rechts (6–7) und rechts (8–10).

Die Skala erfasst grundlegende Vorstellungen über gesellschaftliches Miteinander und Politik (Erikson und Tedin, 2011, S. 72–73). „Links“ steht dabei im Wesentlichen für sozialstaatliche Leistungen, Regulierung der Wirtschaft und progressive Gesellschaftspolitik, zum Beispiel hinsichtlich Zuwanderung, gleichgeschlechtlicher Ehe und Gleichstellung der Geschlechter. „Rechts“ wiederum wird mit schlankem Staat, liberaler Wirtschaftspolitik und konservativer Gesellschaftspolitik verknüpft, die etwa eine Begrenzung von Zuwanderung sowie traditionelle Geschlechter- und Ehemodelle beinhaltet. Dementsprechend korreliert die Selbstverortung auf der Links-rechts-Skala mit der Einstellung zu zahlreichen politischen Sachfragen. Dazu gehören auch Einstellungen zu EZ (siehe z. B. Bodenstein und Faust, 2017; Milner und Tingley, 2013; Schneider und Gleser, 2018).

Allerdings steht die Skala aufgrund des Interpretationsspielraumes auch in der Kritik. Studien zeigen, dass die Interpretation der Skalenendpunkte in verschiedenen Bevölkerungsgruppen variiert (Bauer et al., 2017; Jankowski et al., 2023; Zuell und Scholz, 2019). Dies kann unter Umständen inhaltliche Schlüsse verzerren. Zudem schlagen einige Autor*innen vor, politische Orientierungen (bzw. Ideologien) anhand einer sozioökonomischen und einer gesellschaftspolitischen Dimension zu messen (Evans et al., 1996; Heath et al., 1994; für eine aktuelle Anwendung siehe z. B. Jankowski et al., 2019). Trotz dieser Limitationen bietet die Links-rechts-Skala ein zwar einfaches, aber nützliches Instrument zur Erfassung der politischen Orientierung.

Darüber hinaus wird punktuell auch auf die Parteidentifikation als alternativen Indikator zurückgegriffen. Dieser Indikator ermöglicht eine Fokussierung auf parteipolitische Unterschiede oder gar Konfliktlinien innerhalb der Bevölkerung.

Die in diesem Bericht verwendeten experimentellen Designs kamen in den vergangenen Jahren verstärkt in der Untersuchung von Einstellungen auch im Kontext der Entwicklungspolitik zum Einsatz (siehe z. B. Bayram und Thomson, 2022; Eger et al., 2023; Scotto et al., 2017). Ihr Vorteil liegt darin, dass kausale Zusammenhänge zuverlässig ermittelt werden können. Dies geschieht dadurch, dass die Teilnehmenden zufällig in gleich große Gruppen aufgeteilt werden und unterschiedliche Informationen

(*Treatments*) erhalten. Danach werden sie nach ihren Einstellungen oder anderen relevanten Merkmalen (*Outcomes*) befragt (für einen Überblick siehe Gaines et al., 2007; Mutz, 2011). Dieses Vorgehen ermöglicht es festzustellen, welche Auswirkungen das jeweilige Treatment hat, da andere mögliche Einflüsse durch die zufällige Zuweisung der Gruppen ausgeschlossen werden können. Neben dem Effekt des Treatments über alle Teilnehmenden hinweg kann auch untersucht werden, ob die Wirkung der Informationen in

⁴ Die Erklärung wurde bereits im Meinungsmonitor 2022 in einem Kasten verwendet (Schneider et al., 2022, S. 11) und für den vorliegenden Bericht angepasst beziehungsweise erweitert.

Abhängigkeit von bestimmten Merkmalen der Befragten variiert (sogenannte Moderationsanalyse; siehe MacKinnon et al., 2012). So kann beispielsweise geprüft werden, ob Personen, die eine besonders negative Haltung zur EZ haben, durch Informationen über erfolgreiche entwicklungspolitische Maßnahmen weniger überzeugt werden als solche mit einer neutraleren Einstellung (vgl. dazu beispielsweise die Literatur zum sogenannten *motivated reasoning*; Taber und Lodge, 2006).

Die durchgeführten Experimente folgen – unter anderem durch die Präregistrierung – der guten wissenschaftlichen Praxis von Studien und vermeiden Verzerrungen dadurch, dass immer möglichst neue Stichproben von Befragten gezogen werden. Alle im Bericht präsentierten Umfrageexperimente mit

Ausnahme des *Conjoint*-Experiments in Abschnitt 4.3.4 wurden beim *Open Science Framework* (OSF) präregistriert. Diese Registrierung dient dazu, Forschungsstudien im Voraus zu planen und festzulegen, welche Hypothesen, Methoden und Analysen verwendet werden. Damit wird die Transparenz und Reproduzierbarkeit wissenschaftlicher Untersuchungen gefördert (Nosek et al., 2018). Um potenzielle Verzerrungen zu verhindern, die durch die gegenseitige Beeinflussung von Informationen in verschiedenen Umfrageexperimenten innerhalb einer einzigen Befragung auftreten könnten (Gaines et al., 2007; Transue et al., 2009), wurden die Experimente separat in unterschiedlichen Befragungen durchgeführt. Ein Überblick über alle vom Studienteam durchgeführten Erhebungen findet sich in Tabelle 2 im Anhang.

Kasten 3 Nutzung von Online-Erhebungen in der Sozialforschung

Insgesamt wird es in der Sozialforschung immer schwieriger, telefonisch, persönlich oder postalisch Stichproben für die Datenerhebung zu generieren. Online-Access-Panels bergen jedoch ebenfalls Herausforderungen. Die telefonische, persönliche und postalische Stichprobenerhebung leidet zunehmend unter geringen Rücklaufquoten. Bei Online-Access-Panels wiederum müssen sich die Teilnehmenden selbst für den Befragten-Pool registrieren. Dies wirft die Frage auf, ob die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit abgebildet wird. Insbesondere Personen ohne Internetzugang können nicht an Online-Befragungen teilnehmen, und in den Panels registrierte Personen können systematisch von der Gesamtbevölkerung abweichen (u. a. Baker et al., 2010; Cornesse et al., 2020; Jerit und Barabas, 2023; Kohler und Post, 2023). Eine aktuelle Untersuchung aus den USA zeigt jedoch, dass es durch Quotierungen und Qualitätsmanagement möglich ist, bei der Beschreibung von Bevölkerungsmerkmalen dem Goldstandard einer echten Zufallsstichprobe nahezukommen – insbesondere im Vergleich zu vollständigen Convenience-Stichproben ohne jegliche Kontrolle und Quotierung der Beteiligung beziehungsweise Qualitätssicherung (Stagnaro et al., 2024). Hinzu kommt der Vorteil, dass sich in Online-Befragungen Texte (oder sogar audiovisuelle Inhalte) problemlos integrieren lassen, zum Beispiel für Umfrageexperimente. Zusätzlich begünstigt die Durchführung ohne menschliche Befragungsperson (wie bei telefonischen oder persönlichen Befragungen), dass die Befragten möglicherweise offener antworten und weniger von sozialer Erwünschtheit beeinflusst sind (z. B. Holbrook und Krosnick, 2010; Kreuter et al., 2008; Tourangeau und Yan, 2007). Zusammenhangsanalysen und experimentelle Designs sind im Gegensatz zu Schätzungen von Anteils- und Mittelwerten ohnehin von den oben genannten Herausforderungen nicht oder in geringerem Umfang betroffen (Baker et al., 2010).

Zusammengenommen wird im vorliegenden Bericht davon ausgegangen, dass über ein Online-Access-Panel erhobene Daten eine näherungsweise Schätzung der tatsächlichen Einstellungen in der Bevölkerung darstellen. Gleichwohl muss davon ausgegangen werden, dass diese Schätzung weniger akkurat ausfällt als bei Verwendung einer echten Zufallsstichprobe. Von einer Verwendung des Begriffs „bevölkerungsrepräsentativ“ wird daher abgesehen.

2.3 Datenbasis für die Analyse von Twitter-/X-Beiträgen

Um neben der öffentlichen Meinung auch die öffentliche Diskussion beziehungsweise das Informationsumfeld der Bevölkerung im Bereich Entwicklungspolitik und EZ betrachten zu können, wird auf Daten des Kurznachrichtendienstes X (bis Juni 2023 Twitter) zurückgegriffen und untersucht, wie häufig das Thema auf der Plattform erwähnt wird. Der Zugang erfolgt über die Media-Monitoring-Software des Unternehmens Meltwater, die eine Schnittstelle zu Twitter/X bietet. Diese Schnittstelle wird verwendet, um relevante Beiträge zu identifizieren und herunterzuladen (ca. 1,4 Millionen Beiträge im Zeitraum vom 01.05.2019 bis zum 29.02.2024). Dabei wird seit 2019 eine Suchwort- und Accountliste verwendet, die regelmäßig auf Aktualität überprüft wird. Für die Analyse wird die Anzahl thematisch relevanter Beiträge pro Tag berechnet. Beiträge können dabei sowohl Entwicklungspolitik/EZ als auch humanitäre Hilfe thematisieren, da viele Organisationen in beiden Feldern agieren und eine klare Abgrenzung zwischen diesen daher nicht möglich ist. Zusätzlich wird seit September 2021 eine separate Abfrage für das Thema „feministische Außen- und Entwicklungspolitik“ durchgeführt (rund 69.000 identifizierte Beiträge bis 29.02.2024).

Zu beachten ist, dass Twitter/X zwar für eine Analyse öffentlicher Online-Debatten geeignet ist, nicht jedoch für Analysen der Bevölkerungsmeinung. Erstens nutzt nur ein kleiner Teil der Bevölkerung die Plattform (2023: 8 % der Bevölkerung

Deutschlands ab 14 Jahre; siehe Koch, 2023), zweitens sind die Nutzer*innen nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung (z. B. Jungherr, 2019; Koch, 2023).

Darüber hinaus besteht wie bei allen sozialen Medien auch auf Twitter/X die Gefahr, dass automatisierte Accounts (sogenannte Bots) Beiträge erstellen oder teilen. Insbesondere bei kontrovers diskutierten politischen Themen ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass politische Akteure versuchen, durch solche Bots das Meinungsbild zu beeinflussen (z. B. Martini et al., 2021). Eine Überprüfung erweist sich jedoch als herausfordernd, da Twitter/X die für die Forschung zugängliche öffentliche Schnittstelle am 31.03.2023 geschlossen hat. Eine manuelle Überprüfung des Datensatzes mittels des Tools Botometer X (<https://botometer.osome.iu.edu>; siehe auch Yang et al., 2020) ergab, dass die Wahrscheinlichkeit für Bots unter den 20 aktivsten Accounts gering ist. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass im Datensatz auch Beiträge von Bots zu finden sind. Ebenso muss bedacht werden, dass infolge der Übernahme von Twitter/X durch den Unternehmer Elon Musk im Oktober 2022 die Nutzung und damit auch die potenzielle Reichweite von Beiträgen zurückgegangen ist (z. B. Carr, 2023). Inwiefern Twitter/X entsprechend auch in Zukunft geeignet ist, öffentliche Online-Debatten breit abzubilden, muss jeweils neu überprüft beziehungsweise abgewogen werden.

Kasten 4 Statistische Signifikanz

Um zu überprüfen, ob ein Zusammenhang oder Unterschied statistisch relevant, also signifikant, ist, kommen Signifikanztests zum Einsatz. Fällt der p-Wert unter den in den Sozialwissenschaften häufig genutzten kritischen Schwellenwert von 0,05, so wird ein Zusammenhang oder Unterschied als signifikant betrachtet (Bryman, 2016, S. 347). Der p-Wert bezeichnet die Wahrscheinlichkeit, den in der Stichprobe gefundenen Zusammenhang oder einen noch größeren Zusammenhang zu beobachten, wenn die Nullhypothese gültig wäre, also kein Zusammenhang vorläge (Goodman, 2008, S. 136). Vereinfacht ausgedrückt ist der Befund mit nur geringer Wahrscheinlichkeit dem Zufall geschuldet, und die Nullhypothese kann verworfen werden. Bei p-Werten unter 0,10 (also 10 %) wird ebenfalls ein Zusammenhang aufgezeigt, jedoch auf die größere Unsicherheit über die Ablehnung der Nullhypothese hingewiesen. Bei p-Werten über 0,10 wird die Nullhypothese schließlich beibehalten.⁵

⁵ Der Kasten wurden aus dem Glossar zum Meinungsmonitor 2022 übernommen (Schneider et al., 2022).

3.

EINSTELLUNGEN ZU
ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND ENTWICKLUNGS-
ZUSAMMENARBEIT
IM ZEITVERLAUF

Einstellungen zu Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit



Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit

47 %

sind für die Beibehaltung oder Erhöhung der EZ-Ausgaben

21 Prozentpunkte weniger als 2022

43 %

sind für die Reduzierung der EZ-Ausgaben

24 Prozentpunkte mehr als 2022



Die Zustimmung sinkt über das gesamte politische Spektrum hinweg



63 %

befürworten das Engagement in der EZ



72 %

befürworten das Engagement in der humanitären Hilfe



Grundsätzlich wird staatliches Engagement in der EZ befürwortet

Die Wirksamkeit der EZ stuften die Befragten weiterhin als gering ein



rückläufig seit Juni 2022

Entwicklungszusammenarbeit im Vergleich zu anderen Politikfeldern

Für welchen der folgenden Politikbereiche würden Sie am ehesten die Ausgaben kürzen?

Am häufigsten ausgewählt

- Arbeitslosenunterstützung 21 %
- Entwicklungszusammenarbeit 21 %
- Wirtschaftsförderung 13 %



Am seltensten ausgewählt

- Gesundheit 3 %
- Innere Sicherheit 3 %
- Bildung 2 %

Interesse & Informiertheit

57 %

interessieren sich für die EZ



Der Anteil der Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen wird deutlich überschätzt

34 %

fühlen sich gut informiert

63 %

sind die Sustainable Development Goals (SDGs) unbekannt



Motive für Entwicklungszusammenarbeit

Am häufigsten ausgewählt:

„Verhinderung von Epidemien“

29 %

46 %

„Mit wenigen Mitteln viel Gutes bewirken“

„Fluchtursachenbekämpfung“

43 %

„Moralische Verpflichtung“

29 %

29 %

„Bekämpfung des Klimawandels“

Selbstwirksamkeit

Ihre Selbstwirksamkeit im Bereich Entwicklungspolitik schätzen die Befragten gering ein

Im Januar 2024 gaben sie den bislang niedrigsten Wert seit September 2019 an: Mittelwert 2,7 (auf einer Skala von 0 bis 10)



Einstellungstärke

18 %

Stabile Gegner*innen

19 %

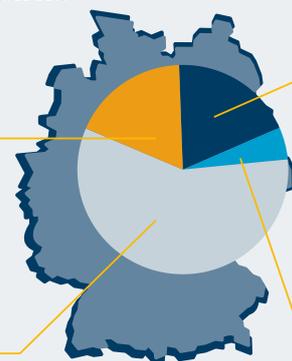
Stabile Unterstützer*innen

58 %

Instabile moderate Unterstützer*innen

5 %

Ambivalente Unterstützer*innen



In Finanzkrisen sehen politische Entscheidungsträger*innen häufig Einsparpotenzial in der Entwicklungszusammenarbeit (z. B. Heinrich et al., 2016). Auch die Zustimmung der Bevölkerung zu Ausgaben für die EZ kann in Krisensituationen sinken. Im Winter 2023/24 konnte eine entsprechende Diskussion auch in Deutschland beobachtet werden (z. B. Tagesschau, 2024). Die geäußerte Kritik zielte auf einzelne EZ-Maßnahmen ab und stellte diese den häufig fehlenden Mitteln für Maßnahmen, die der Bevölkerung in Deutschland zugutekommen, gegenüber. Solche Kritik, die zum Teil eine populistische „Wir-gegen-die“-Logik nutzt, kann wiederum die öffentliche Unterstützung für EZ senken (siehe z. B. Bayram und Thomson, 2022; Bayram et al., 2024).

Vor diesem Hintergrund analysiert dieses Kapitel die öffentliche Meinung zu Entwicklungspolitik und EZ, um die entwicklungspolitische Strategie- und Kommunikationsarbeit auf ein solides empirisches Fundament zu stellen. Die Analyse bildet etablierte Einstellungsindikatoren wie die generelle Unterstützung der EZ, die Zustimmung zu den aktuellen Ausgaben für EZ (Unterkapitel 3.1), die Einschätzung der Wirksamkeit von EZ (Unterkapitel 3.6) sowie entwicklungspolitische Selbstwirksamkeit (Unterkapitel 3.5) und entwicklungspolitisches Engagement (Unterkapitel 3.7) ab. Darüber hinaus werden mit dem Interesse und der Informiertheit im Bereich Entwicklungspolitik/EZ (Unterkapitel 3.2) sowie Fragen zu Akteuren und Zielen in der EZ (Unterkapitel 3.3) neue Indikatoren abgebildet. Zudem wird beleuchtet, wie gefestigt die Einstellungen zu EZ sind, um Rückschlüsse auf die potenzielle Wirkung von Informationen ziehen zu können (Unterkapitel 3.4).

3.1 Wie stark unterstützen die Befragten Entwicklungspolitik und EZ?

3.1.1 Die Zustimmung unter den Befragten zur EZ in Deutschland geht seit Anfang 2022 zurück

Seit Januar 2022 sinkt die Zustimmung zu den aktuellen Ausgaben der Bundesregierung für EZ kontinuierlich. Im Januar 2024 gaben 47 Prozent der Befragten (dunkelblaue Linie in Abbildung 1) an, dass die aktuellen Ausgaben erhöht oder zumindest beibehalten werden sollten. Im Januar 2022 lag dieser Anteil noch bei 68 Prozent.⁶

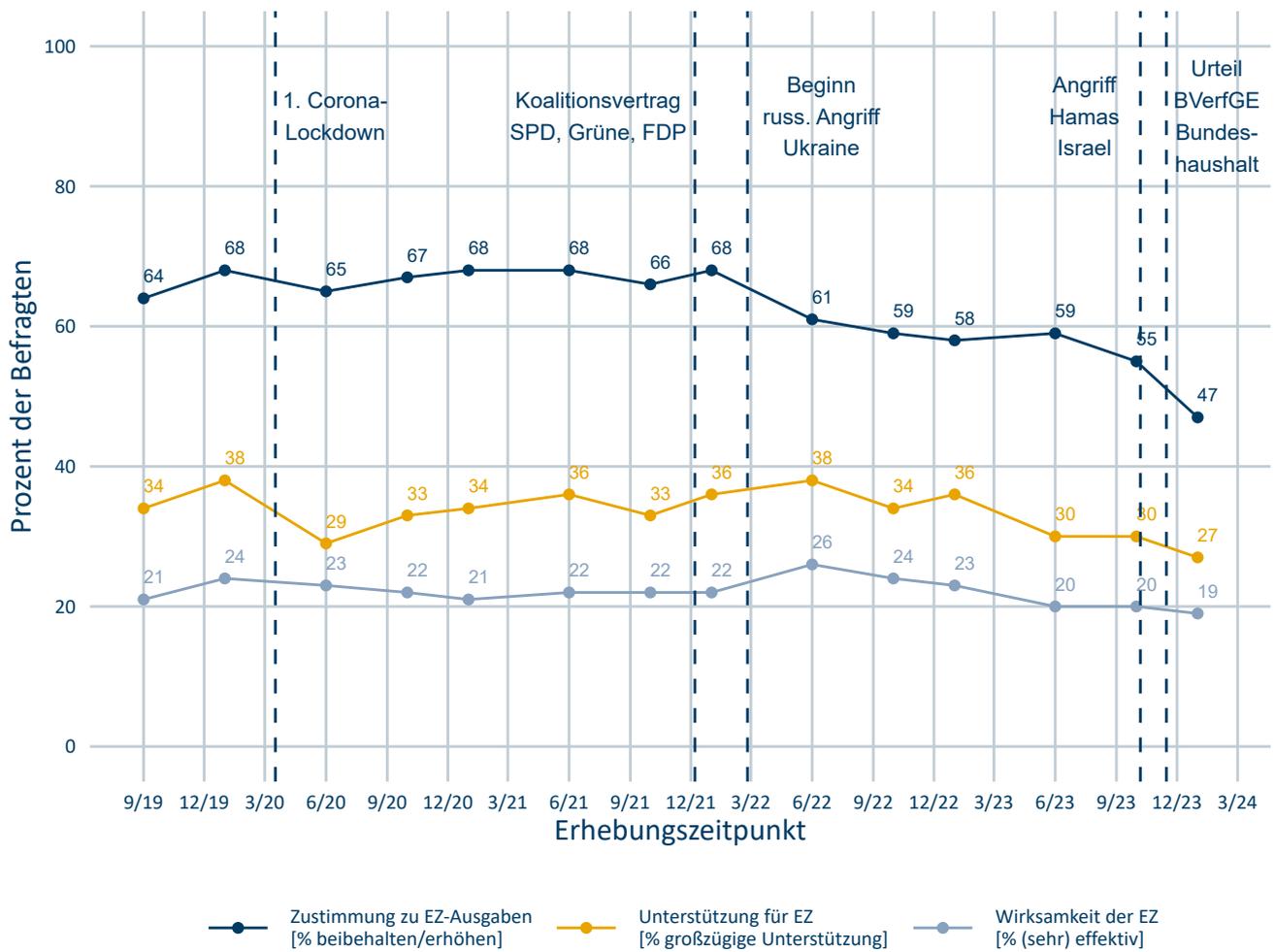
Die generelle Unterstützung für die EZ geht ebenfalls deutlich zurück. Schon seit 2013 beobachtet der Meinungsmonitor (Schneider und Gleser, 2018; Schneider et al., 2022) die generelle Unterstützung der Bevölkerung für die EZ (siehe gelbe Linie in Abbildung 1). Im Januar 2024 sprachen sich 27 Prozent für eine großzügige Unterstützung der Länder des globalen Südens aus, das sind 9 Prozentpunkte weniger als im Januar 2022.

Die Gruppe, die EZ für effektiv oder sehr effektiv hält, bleibt weitgehend stabil; die Gruppe, die EZ als ineffektiv betrachtet, wächst jedoch. Im Januar 2024 stuften 19 Prozent der Befragten die EZ als „(sehr) wirksam“ ein (hellblaue Linie in Abbildung 1); im Januar 2022 waren es mit 22 Prozent etwas mehr. Allerdings stieg der Anteil derer, die die EZ als „(absolut) ineffektiv“ betrachten, von rund 21 Prozent vor Beginn des Krieges gegen die Ukraine (Februar 2022) auf rund 32 Prozent im Januar 2024 (+ 11 Prozentpunkte).⁷ Die meisten der verbleibenden Personen wählten eine mittlere Antwortkategorie (ca. 39 %).

⁶ Sowohl die Daten des DEL-Tracker als auch die Daten der folgenden DEval-Tracking-Erhebung wurde zu einem Zeitpunkt erhoben, als die Kritik am Bau von Radwegen in Peru im Zuge der Proteste der Landwirtschaftsbranche bereits angelaufen war (DEL-Tracker: 08.–13.01.2024; DEval-Tracking-Erhebung: 10–17.01.2024).

⁷ Die vollständige Darstellung der Zeitreihen inklusive aller Antwortkategorien findet sich in Abbildung 17 in diesem Kapitel. Die Zeitreihen der übrigen beiden Variablen aus Abbildung 1 finden sich im Online-Anhang in Unterkapitel 1.2.

Abbildung 1 Entwicklungszusammenarbeit: Zustimmung und Einschätzung der Wirksamkeit (2019–2024)



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEL-Tracker und DEL-Panel 2019 bis 2024. N Tracker ≈ 1.000. N Panel ≈ 6.000. DEL-Tracker-Erhebungen gehen im Januar und Juni ins Feld, DEL-Panel-Erhebungen im September/Oktober. Gewichtete Daten.

Insgesamt deuten diese Zahlen darauf hin, dass der Rückhalt für die EZ in Deutschland nach einer lang anhaltenden hohen Zustimmung vor dem Hintergrund multipler Krisen – etwa den Nachwirkungen der Corona-Pandemie, der sich verschlechternden finanziellen Lage seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine im Februar 2022 sowie der öffentlichen Diskussion um den Bundeshaushalt – schwindet. Seit Anfang der 1980er-Jahre sah es eine große Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands (70 % und mehr) als wichtig an, Menschen im globalen Süden zu unterstützen (siehe die Daten des Eurobarometer seit 1983 in Schneider et al., 2022, S. 9). Diese Zustimmung blieb auch in den 1990er- und 2000er-Jahren hoch (z. B. Fransman und Solignac Lecomte, 2004, S. 3; Stern, 1998, S. 4) und nahm auch während der sogenannten europäischen Flüchtlingskrise 2015 (Schneider und Gleser, 2018) und der ab 2020 grassierenden Corona-Pandemie nicht ab (Schneider et al., 2022). Seit Januar 2022 lässt sich allerdings ein substanzieller Rückgang der EZ-Unterstützung beobachten.

3.1.2 Die Zustimmung zu Ausgaben für EZ nimmt über das gesamte politische Spektrum hinweg ab

Eine Aufschlüsselung nach Parteipräferenz zeigt, dass Befragte, die Parteien auf der rechten Seite des politischen Spektrums wählen, EZ-Ausgaben weniger zustimmen als jene, die eher Parteien im linken politischen Spektrum wählen. Bei Wähler*innen von als politisch links kategorisierten Parteien (Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, SPD) ist jeweils eine Mehrheit für eine Beibehaltung oder sogar Erhöhung der EZ-Ausgaben (51–73 %); bei den bürgerlichen Parteien (CDU/CSU und FDP) wird eine Mehrheit für die Beibehaltung oder Erhöhung der Ausgaben mit jeweils 48 Prozent knapp verfehlt (siehe Abbildung 44 im Anhang). Die meisten der befragten AfD-Wähler*innen (71 %) wünschen, dass die EZ-Ausgaben reduziert werden.⁸

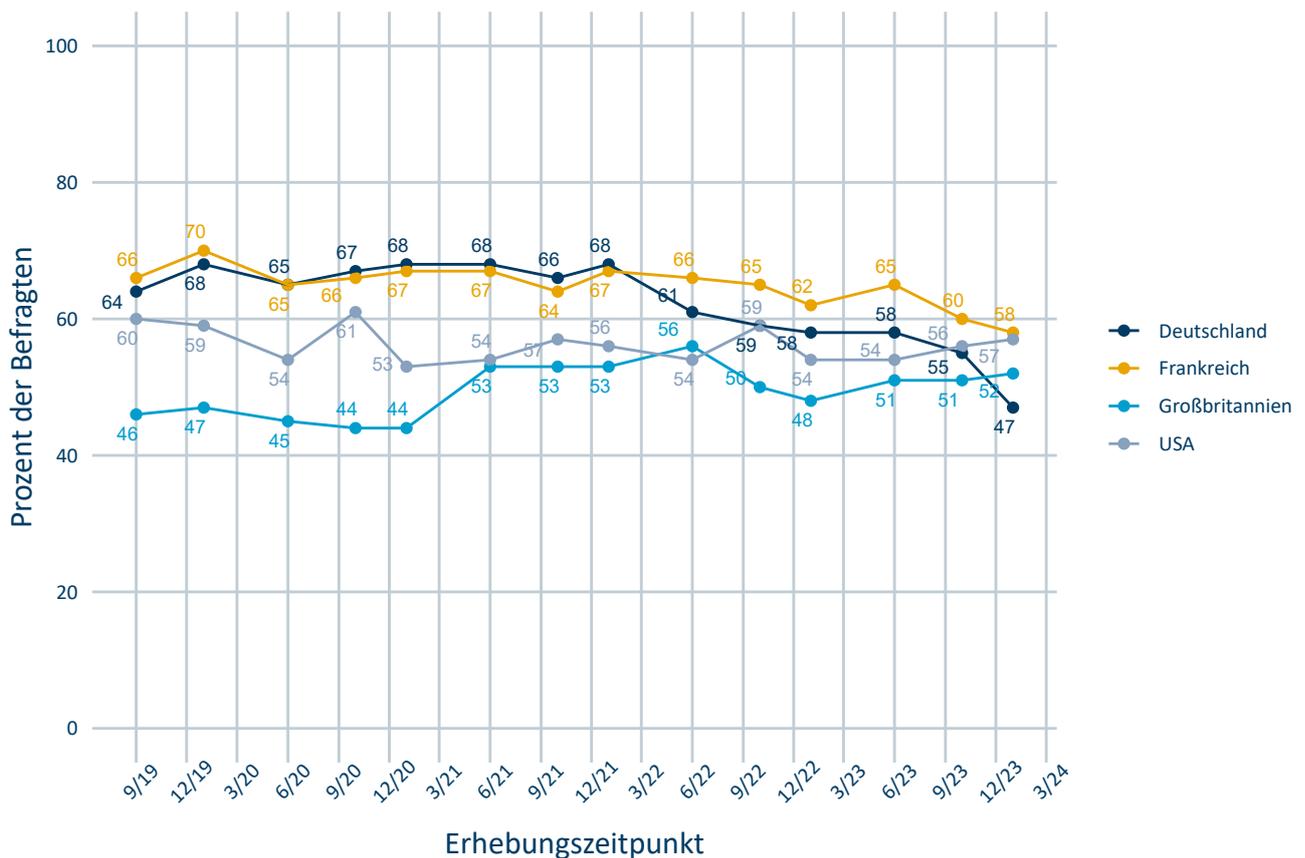
Im Zeitverlauf nimmt die Zustimmung zu den EZ-Ausgaben über das gesamte politische Spektrum hinweg ab. Die Forderung nach einer Senkung der EZ-Ausgaben nimmt nicht nur bei den Wähler*innen der AfD zu, sondern findet auch bei Teilen der Wähler*innen der Koalitionsparteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Januar 2024 größere Zustimmung als 2022 (siehe Abbildung 44 im Anhang). Bei den Wähler*innen der CDU/CSU nimmt die Nennung der Kategorie „etwas/erheblich senken“ ebenfalls seit Januar 2022 graduell zu. Lediglich bei den Wähler*innen der Partei Die Linke ist kein klarer Trend zu beobachten.⁹ Dieser Befund legt nahe, dass die Unterstützung für EZ-Maßnahmen im Zuge einer wachsenden Bedrohungswahrnehmung infolge globaler Konflikte, einer sich verschärfenden Haushaltslage und damit einhergehender Folgen für die Bevölkerung, aber auch medialer Debatten um die Staatsausgaben abnimmt. In Unterkapitel 4.3 wird daher vertieft auf den Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage und der EZ-Unterstützung eingegangen.

3.1.3 Im Ländervergleich weisen Befragte in Deutschland erstmals die geringste Zustimmung zu EZ-Ausgaben auf

In Deutschland sinkt die Zustimmung zu den aktuellen Ausgaben für die EZ im Vergleich zu Frankreich, Großbritannien und den USA seit ungefähr zwei Jahren auffällig. Während sie bis Januar 2022 in Deutschland mit am höchsten ausfiel, zeigt die DEL-Erhebung vom Januar 2024 hier mit 47 Prozent die niedrigste Zustimmung von allen vier betrachteten Ländern (siehe Abbildung 2). Mit 58 Prozent lässt sich im Januar 2024 die höchste Zustimmung in Frankreich beobachten. Interessant ist dieses Muster vor allem deshalb, weil in der Forschung die ehemals höhere Zustimmung zur EZ in Deutschland im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern mit einer unterschiedlichen Gestaltung des Sozialstaates und staatlicher Umverteilung erklärt wurde (Schneider et al., 2022, S. 13).

⁸ Bei allen Erhebungen bis einschließlich DEL-Panel-Welle 9/2021 wird die bei der Bundestagswahl 2017 gewählte Partei für die Aufschlüsselung genutzt, bei allen Erhebungen ab Januar 2022 die bei der Wahl 2021 gewählte Partei.

⁹ Ein ähnliches Muster findet sich, wenn anhand der fünf Wellen des DEL-Panels die Zustimmung zu den EZ-Ausgaben entlang der politischen Orientierung auf der Links-rechts-Skala aufgeschlüsselt wird. Auch hier findet sich eine rückläufige Zustimmung zu den EZ-Ausgaben in den Gruppen links, Mitte-links, Mitte, Mitte-rechts und rechts (Abbildung 3 im Online-Anhang). In der politischen Mitte und im rechten politischen Spektrum sinkt die Zustimmung jedoch deutlicher. Darüber hinaus zeigt sich ein ähnliches Bild für die Parteiidentifikation (Abbildung 4 im Online-Anhang).

Abbildung 2 Zustimmung zu den Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im Ländervergleich

Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEL-Tracker und DEL-Panel 2019–2024. Gewichtete Daten. Die Frage lautete: „Aus ihrem gesamten Haushaltsvolumen in Höhe von etwa XXX Milliarden Euro stellt die Bundesregierung zurzeit X,X Prozent – XX,X (Anmerkung: die Zahlen werden jährlich aktualisiert) Milliarden Euro für die Entwicklungszusammenarbeit an arme Länder bereit. Sollte die Regierung Ihrer Meinung nach den Betrag, den sie für die Entwicklungszusammenarbeit ausgibt, erhöhen oder senken?“ Die Antwortkategorien lauteten: „deutlich erhöhen“, „etwas erhöhen“, „nicht verändern“, „etwas verringern“, „erheblich verringern“. Für die Abbildung wurden die Kategorien „erhöhen“ und „nicht verändern“ zusammengefasst. In den übrigen drei Ländern wurde die Frage in äquivalenter Form gestellt.

3.1.4 Trotz Vorbehalten gegenüber EZ-Ausgaben: Die Befragten befürworten EZ und humanitäre Hilfe grundsätzlich

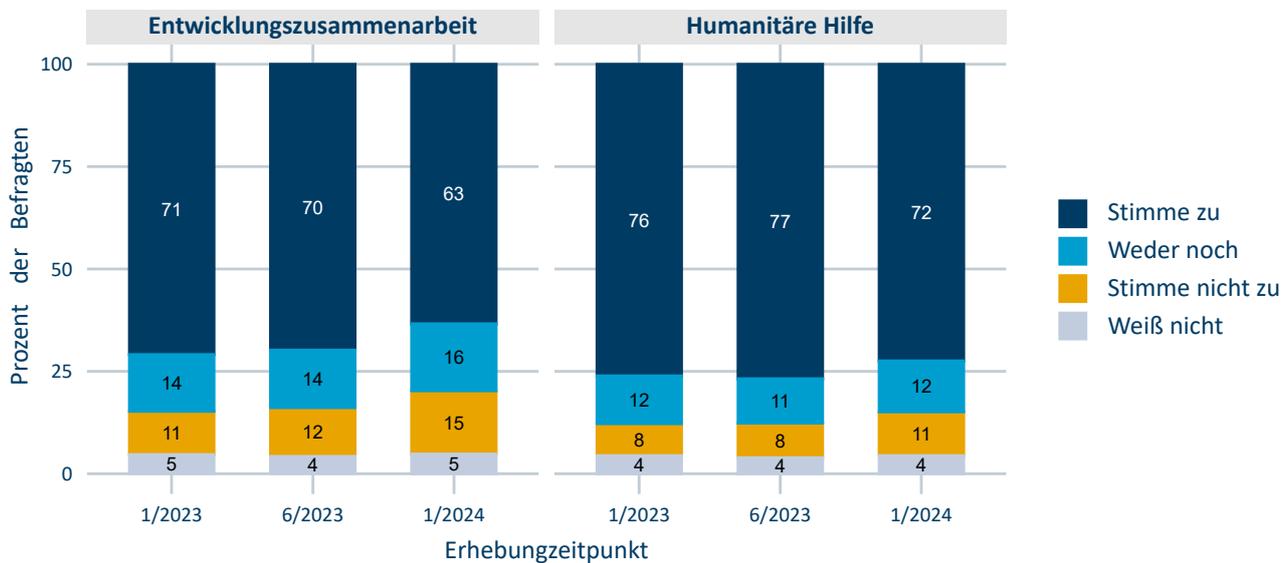
Die DEval-Tracking-Erhebungen erfragen die Unterstützung für EZ und humanitäre Hilfe separat. Es gibt Grund zu der Annahme, dass die Bevölkerung nicht zwischen EZ und humanitärer Hilfe unterscheidet beziehungsweise humanitäre Hilfe im Sinn hat, wenn von „Entwicklungshilfe“ oder EZ die Rede ist (z. B. Riddell, 2007, S. 112). Deshalb erfassen die Meinungsmonitor-Befragungen seit Januar 2023 Maßnahmen in diesen beiden Bereichen jeweils getrennt.

Sowohl humanitäre Hilfe als auch EZ erfahren als Handlungsfelder der Außen- und Entwicklungspolitik hohe Zustimmung – humanitäre Hilfe jedoch mehr als EZ. Wie Abbildung 3 zeigt, stimmten im Januar 2024 rund 63 Prozent der Befragten zu, dass Deutschland Länder des globalen Südens in Form von EZ unterstützen soll. Bei humanitärer Hilfe waren es 72 Prozent. Die Zustimmung ist in beiden Bereichen leicht rückläufig – bei EZ um rund 8 Prozentpunkte im Vergleich zu Januar 2023, bei humanitärer Hilfe um knapp 4 Prozentpunkte. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte um Ausgaben des Auswärtigen Amtes und des BMZ scheint in der Bevölkerung mehrheitlich nicht zur Diskussion

zu stehen, ob EZ-Maßnahmen (oder auch Maßnahmen der humanitären Hilfe) durchgeführt werden sollen; vielmehr scheint die Frage vorzuherrschen, wie hoch der finanzielle Aufwand sein sollte, und möglicherweise, welche Ziele verfolgt werden sollten.

Befragte, die befürworten, dass die Bundesregierung EZ-Maßnahmen durchführt, sprechen sich auch für humanitäre Hilfe aus und umgekehrt. Die Daten zeigen einen starken positiven Zusammenhang der Zustimmung zu beiden Handlungsfeldern.¹⁰ Dies spricht dafür, dass Befragte hier wenig zwischen beiden Feldern differenzieren.

Abbildung 3 Zustimmung zur Durchführung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe durch die Bundesregierung



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Tracking, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im Januar 2023, Juli 2023 und Januar 2024. N pro Erhebung ≈ 2.000. Die siebenstufige Antwortskala wurde für die Darstellung zusammengefasst. Die Frage lautete: „Nun geht es darum, wie sehr Sie verschiedene Arten der Unterstützung für Entwicklungsländer befürworten. Bitte sagen Sie uns, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen. 1. [Humanitäre Hilfe] Im Rahmen der Nothilfe oder humanitären Hilfe sollte die Bundesregierung kurzfristig bei Notlagen (wie z. B. Naturkatastrophen oder Hungersnöten) in Entwicklungsländern Hilfe leisten. 2. [Entwicklungszusammenarbeit] Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sollte die Bundesregierung mit Entwicklungsländern zusammenarbeiten, um mittel- bis langfristig Armut und Hunger zu reduzieren und leistungsfähige Gesundheits-, Bildungs- und Wirtschaftssysteme in diesen Ländern zu schaffen.“

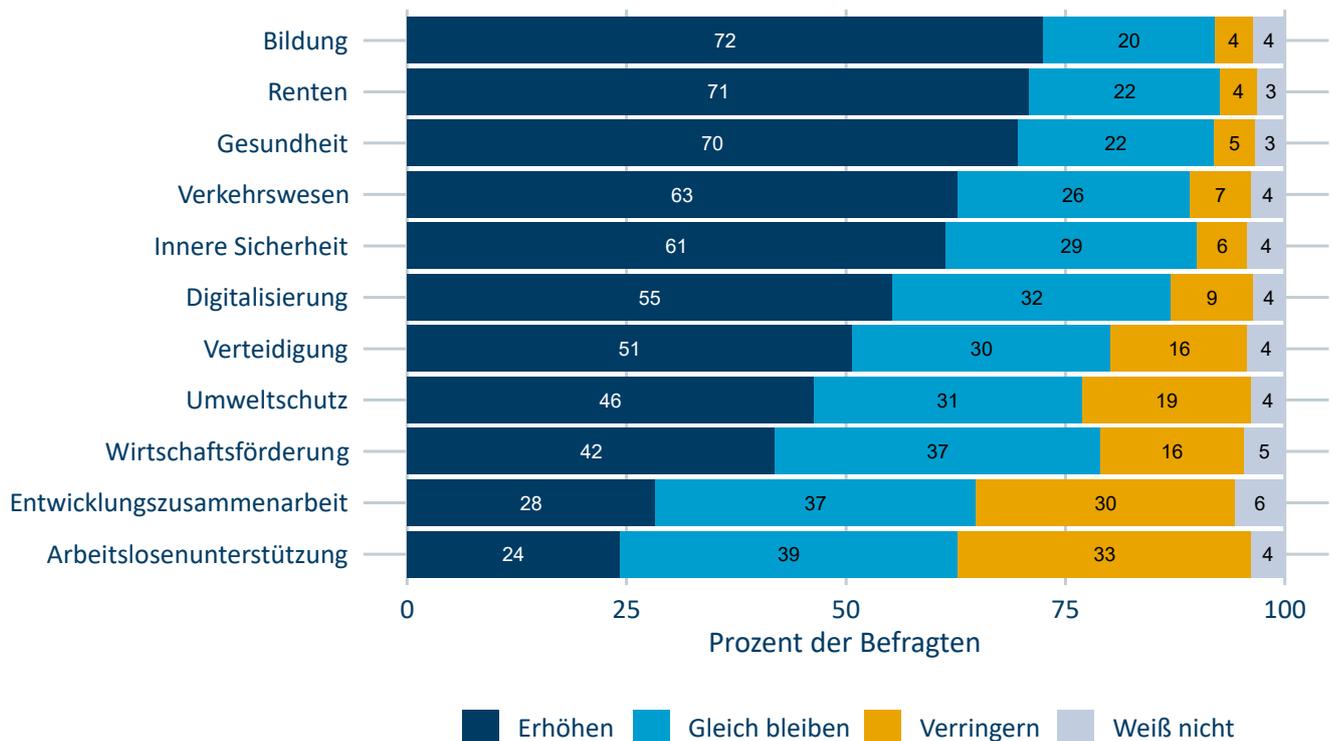
3.1.5 Im Vergleich zu anderen Politikfeldern sehen die Befragten bei der EZ (und der Arbeitslosenunterstützung) das größte Potenzial für Ausgabenkürzungen

Die EZ ist neben der Unterstützung von Arbeitslosen das Politikfeld, bei dem die Befragten die Staatsausgaben am stärksten kürzen würden. Im Januar 2024 plädierten rund

30 Prozent für eine Reduzierung der Ausgaben, während sich knapp 28 Prozent für eine Erhöhung und ca. 37 Prozent für eine Beibehaltung aussprachen (Abbildung 4).¹¹ Seltener als die Erhöhung von EZ-Ausgaben befürworten die Befragten lediglich mehr Mittel für die Unterstützung von Arbeitslosen. Besonders hohe Zustimmung erhalten höhere Ausgaben für Bildung, Renten und Gesundheit. Bei diesen Feldern stimmen jeweils mehr als 70 Prozent einer Erhöhung der Ausgaben zu.

¹⁰ Pearson's r 0,66; p < 0,001. Datenbasis: DEval-Tracking Januar 2024 (N = 2.101).

¹¹ Die Unterschiede zu den in den Abschnitten 3.1.1 und 3.1.3 dargestellten Zahlen der DEL-Erhebung vom Januar dürften sich vor allem dadurch erklären lassen, dass in der DEL-Frage die konkreten Ausgaben im Fragetext enthalten sind. Die Nennung eines konkreten Milliardenbetrages könnte stärkere Vorbehalte gegenüber der EZ hervorrufen.

Abbildung 4 Zustimmung zu Ausgaben in verschiedenen Politikfeldern

Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Tracking, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im Januar 2024 (N = 2.101). Die fünfstufige Antwortskala wurde für die Darstellung zusammengefasst. Die Frage lautete: „Was meinen Sie: Sollten die staatlichen Ausgaben für die folgenden Politikbereiche erhöht werden, verringert werden oder gleich bleiben? Denken Sie dabei daran, dass der Staatshaushalt begrenzt ist.“ Die Frage wurde dem Fragebogen der Bevölkerungsbefragung 2022 des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) entnommen (Graf, 2022, S. 5).

Auch wenn die Befragten im direkten Vergleich ein Politikfeld benennen sollten, in dem am ehesten gespart werden sollte, wurden die EZ und die Arbeitslosenunterstützung am häufigsten ausgewählt. 21 Prozent der Befragten sprachen sich für eine Kürzung im Bereich der EZ aus – und damit ebenso viele, wie für eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung stimmten (Abbildung 45 im Anhang).¹² Die EZ liegt damit auch bei dieser Art der Befragung deutlich hinter Politikfeldern wie „Bildung“, „innere Sicherheit“, „Gesundheit“ und „Renten“, die einen unmittelbaren Einfluss auf das Leben der Bürger*innen haben beziehungsweise deren Bedürfnisse direkt ansprechen.

Die anteilige Nennung des Politikfeldes EZ variiert mit der Parteiidentifikation. Bei den Sympathisant*innen der Parteien AfD, Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), CDU/CSU, FDP, Freie Wähler und SPD sowie bei Personen, die sich keiner Partei verbunden fühlen, liegt die EZ stets auf Rang eins oder zwei der Anteilswerte (siehe Abbildung 46 im Anhang). Das heißt, diese Personen sehen die EZ als einen der zwei Bereiche an, in denen am ehesten gespart werden sollte. Lediglich bei Anhänger*innen der Grünen und der Linken wird die EZ verhältnismäßig seltener genannt. Sie geben am häufigsten die Bereiche „Verteidigung“ sowie „Wirtschafts- und Industrieförderung“ an.

¹² Im Vergleich zu den Ergebnissen der ZMSBw-Befragung im Juni/Juli 2022 (Graf, 2022, S. 5; repräsentative telefonische Befragung der deutschsprachigen Bevölkerung in Privathaushalten ab 16 Jahre) deuten die Zahlen vom Januar 2024 auf eine kritischere Einstellung gegenüber den EZ-Ausgaben hin.

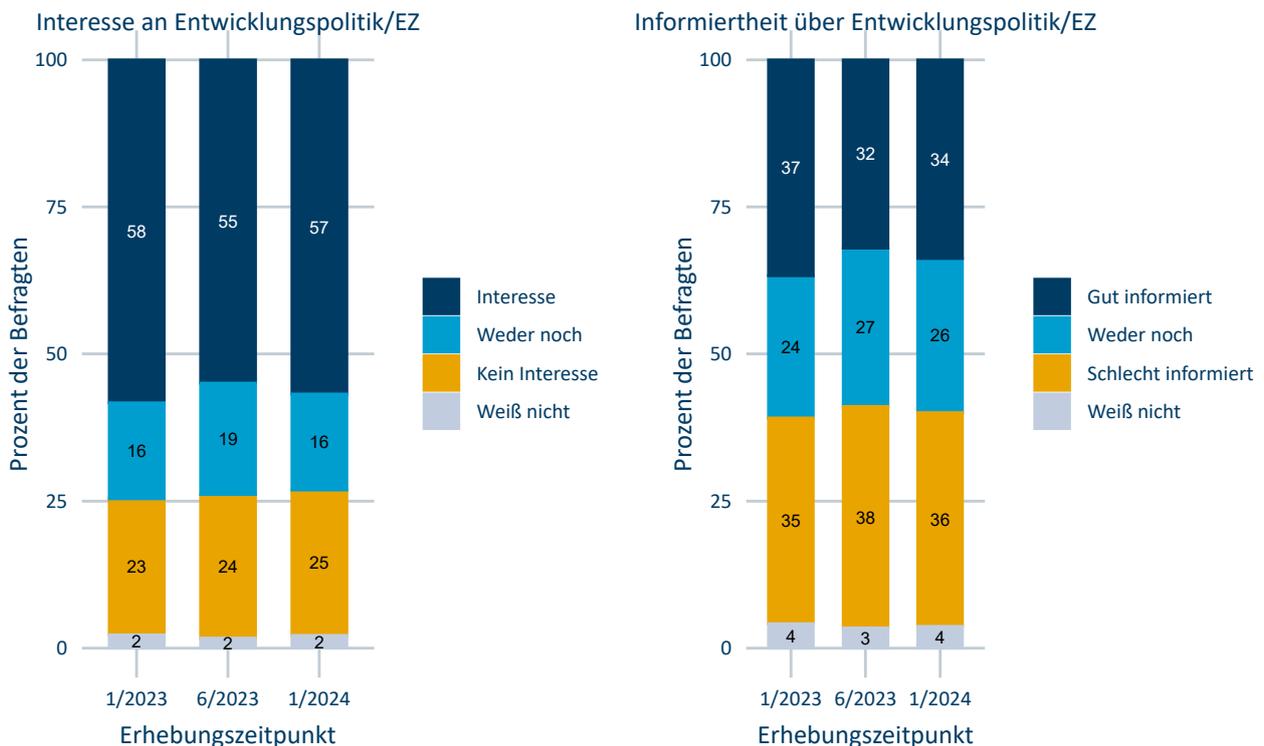
3.2 Wie sehr interessieren sich die Befragten für Entwicklungspolitik/EZ und wie informiert fühlen sie sich?

Um besser abschätzen zu können, ob zusätzliche Informationen für die Einstellung der Bevölkerung zu Entwicklungspolitik und EZ relevant sind, wurden in den DEval-Tracking-Erhebungen seit Januar 2023 erstmals das Interesse an Entwicklungspolitik/EZ und das Gefühl, in diesem Politikfeld gut informiert zu sein, abgefragt. Diese Indikatoren sind insbesondere für die entwicklungspolitische Kommunikations- und Bildungsarbeit wichtig.

3.2.1 Die Befragten zeigen mehrheitlich Interesse an Entwicklungspolitik/EZ, aber lediglich ein kleinerer Teil fühlt sich gut informiert

Die Mehrheit der Befragten interessiert sich für Entwicklungspolitik/EZ. Dies geht aus dem linken Balkendiagramm in Abbildung 5 hervor. So gaben 57 Prozent der Befragten im Januar 2024 an, sich für das Themenfeld zu interessieren. 25 Prozent tun dies hingegen nicht, 16 Prozent wählten die Antwort „weder noch“. Über die drei Erhebungswellen hinweg lässt sich kein eindeutiger Trend beobachten.

Abbildung 5 Interesse und Informiertheit im Bereich Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Tracking, durchgeführt von Respondi/Bilendi im Januar 2023, Juli 2023 und Januar 2024. N pro Erhebung ≈ 2.000. Die siebenstufigen Antwortskalen wurden für die Darstellung zusammengefasst. Die Fragen lauteten: „Wie stark interessieren Sie sich für Themen aus dem Bereich Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und weltweite Armut?“, „Wie schätzen Sie Ihr Wissen beziehungsweise Ihre persönliche Informiertheit zu Themen aus dem Bereich Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und weltweite Armut ein?“

Ein deutlich kleinerer Anteil der Befragten fühlt sich zum Themenfeld Entwicklungspolitik/EZ gut informiert. Im Januar 2024 stuften sich 34 Prozent als (sehr/eher) gut informiert ein (rechtes Diagramm in Abbildung 5). 26 Prozent fühlen sich

weder gut noch schlecht informiert, 36 Prozent sehen sich als (sehr/eher) schlecht informiert. Hier zeigt sich, dass sich die Befragten etwas schlechter informiert fühlen als in den vorigen beiden Erhebungswellen.

Das Interesse an Entwicklungspolitik/EZ und die Informiertheit über dieses Themenfeld stehen zudem in einem Zusammenhang: Je stärker sich eine befragte Person für das Thema interessiert, desto besser fühlt sie sich auch informiert.¹³ Wahrscheinlich führt ein höheres Interesse auch zu stärkeren Bemühungen, sich über das Thema zu informieren. Umgekehrt könnten aber auch mehr Informationen dazu beitragen, dass ein Interesse an Entwicklungspolitik/EZ entsteht oder wächst.

Interesse und Informiertheit im Bereich Entwicklungspolitik/EZ gehen mit erhöhtem Wissen in diesem Bereich einher.

Personen, die sich für Entwicklungspolitik/EZ interessieren und sich gut informiert fühlen, haben mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit von den SDGs gehört, kennen eher das 1,5-Grad-Klimaziel der Vereinten Nationen und geben auch eher an, von feministischer Entwicklungspolitik gehört zu haben als Personen, für die dies nicht zutrifft.¹⁴

Unabhängig von Interesse und Informiertheit wird der Anteil der Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen Deutschlands deutlich überschätzt. Jene, die sich als sehr interessiert beziehungsweise informiert einstufen, können den Anteil nicht substanziell genauer einschätzen als andere Befragte. So gehen Interessierte von einem Anteil der öffentlichen Entwicklungsleistungen (*Official Development Assistance*, ODA) von rund 9,5 Prozent aus, nicht Interessierte von 10,7 Prozent. Diejenigen, die sich als gut informiert bezeichnen, schätzen den Anteil auf 9,6 Prozent, diejenigen, die angeben, schlecht informiert zu sein, auf 10,5 Prozent. Diese Schätzungen liegen deutlich über der tatsächlichen Quote von 0,79 Prozent im Jahr 2023 (OECD, 2024). Dass die Ausgaben deutlich höher eingeschätzt werden, als sie tatsächlich sind, ist aus der Literatur bekannt (Milner und Tingley, 2013; Scotto et al., 2017) und wurde auch für Deutschland bereits festgestellt (z. B. Schneider und Gleser, 2018, S. 33–34). Interessant ist jedoch, dass dies auch für Personen zutrifft, die sich als informiert und interessiert einschätzen.¹⁵

Sowohl das Interesse an Entwicklungspolitik/EZ als auch die subjektive Informiertheit stehen in einem Zusammenhang mit dem formalen Bildungsniveau; das Interesse am Thema steht zudem auch mit dem Alter und der politischen Orientierung in Zusammenhang. Je höher der Schulabschluss der Befragten, desto stärker ist das Interesse an EZ ausgeprägt und desto höher ist die berichtete Informiertheit (siehe dazu auch Befunde zum politischen Wissen in Deutschland, z. B. Tausendpfund, 2020). Jüngere und Ältere interessieren sich eher für Entwicklungspolitik/EZ als Personen im mittleren Alter; dies gilt ebenso für Personen, die sich politisch links verorten (im Vergleich zur politischen Mitte oder rechts).¹⁶

Hinsichtlich der Informiertheit finden sich ebenfalls leichte Unterschiede je nach politischer Orientierung und Geschlecht. Personen, die sich an den politischen Rändern verorten, fühlen sich tendenziell besser informiert als Personen, die sich in der Mitte positionieren. Darüber hinaus sehen sich Frauen im Schnitt schlechter über Entwicklungspolitik/EZ informiert als Männer.¹⁷

3.2.2 Die SDGs sind den Befragten in Deutschland weiterhin kaum bekannt

Die Bekanntheit der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen verharrt seit ihrer Verabschiedung im Jahr 2015 unverändert auf niedrigem Niveau – die „People’s Agenda“ ist noch nicht in der breiten Bevölkerung angekommen.¹⁸ Zur Halbzeit der Agenda 2030 im Oktober 2023 gaben 9 Prozent der Befragten an, die SDGs zu kennen und auch zu wissen, um was es sich dabei handelt (Abbildung 6). 21 Prozent kennen die SDGs, wissen aber nicht, worum es sich dabei handelt. Eine deutliche Mehrheit von 63 Prozent hat bislang noch nicht von den SDGs gehört (für weitere Details siehe Schneider et al., 2024a).

¹³ Der Pearson-Korrelationskoeffizient liegt bei $r = 0,39$, bei einem Signifikanzwert von $p < 0,001$. Datenbasis: DEval-Tracking Januar 2024 (N = 2.101).

¹⁴ Sämtliche Analysen dieses Unterkapitels sind in Abschnitt 1.3 im Online-Anhang dokumentiert.

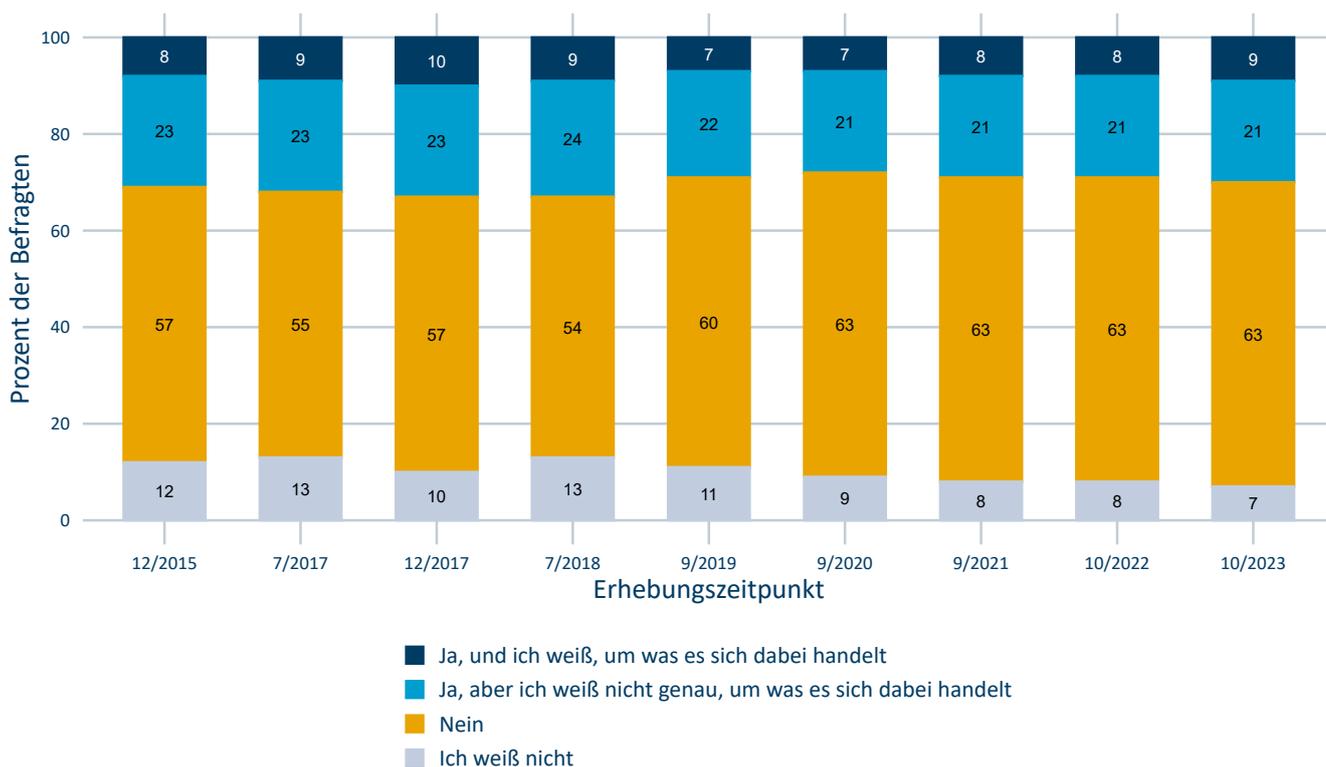
¹⁵ Es ist außerdem interessant, dass die Überschätzung des Anteils sogar in einer Online-Erhebung zu sehen ist, in der zumindest theoretisch bei Wissensfragen die Möglichkeit besteht, die Antwort im Internet zu suchen. Daher deutet dieser Befund auch darauf hin, dass ein Großteil der Befragten bei Wissensfragen nicht das Internet zurate gezogen hat.

¹⁶ Die Ergebnisse der Regressionsanalysen finden sich in Tabelle 12 im Online-Anhang.

¹⁷ In die Analyse wurden nur Personen einbezogen, die sich entweder als „weiblich“ oder als „männlich“ identifizieren, da die Gruppe der Personen, die sich als „divers“ identifizieren, zu klein für eine aussagekräftige Analyse war. Für eine detailliertere Erklärung der Erhebung des Geschlechts in den Befragungen dieses Berichts siehe Kasten 2.

¹⁸ Dies gilt insbesondere, wenn man bedenkt, dass die SDGs eher bei Personen mit hoher formaler Bildung und starkem Interesse an Politik bekannt sind (für Details siehe Schneider et al., 2024a).

Abbildung 6 Die Bekanntheit der Sustainable Development Goals in Deutschland (2015–2023)



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Bis 7/2018 AAT-Panel, ab 9/2019 DEL-Panel. Pro Erhebung N ≈ 6.000. Gewichtete Daten. Die Frage lautete: „Haben Sie schon einmal etwas von den Nachhaltigen Entwicklungszielen („Sustainable Development Goals“) der Vereinten Nationen gehört oder etwas über diese gelesen?“

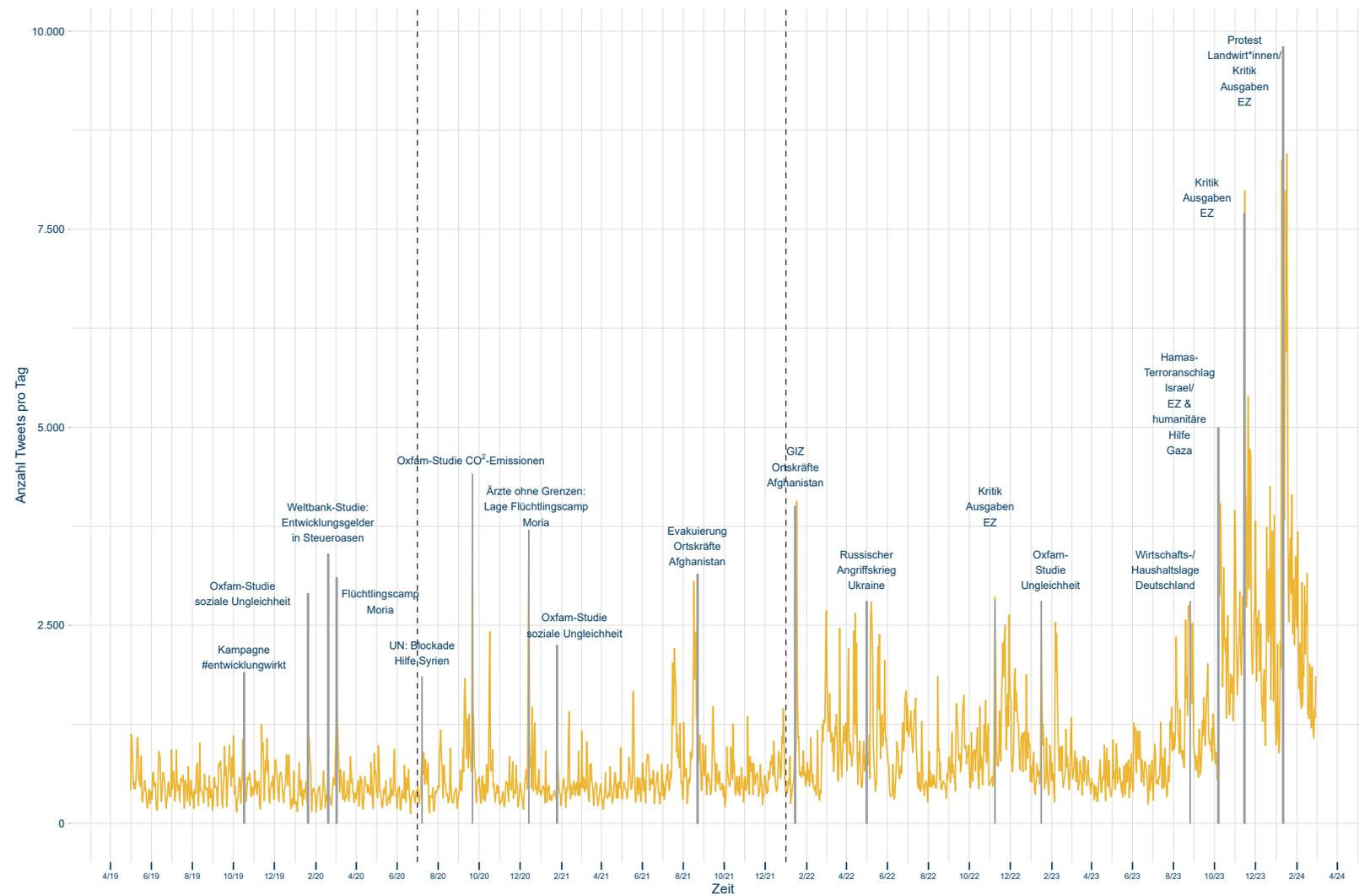
3.2.3 Entwicklungspolitik/EZ und humanitäre Hilfe werden häufiger auf Twitter/X erwähnt

Die Analyse von entwicklungspolitischen Inhalten auf dem Kurznachrichtendienst X (bis Juni 2023 Twitter) erlaubt es, einen Eindruck davon zu gewinnen, welche Themen zu einem bestimmten Zeitpunkt in der (entwicklungs-)politischen öffentlichen Debatte relevant sind. Für die Einstellungen der Bevölkerung spielt auch das Informationsumfeld eine Rolle. Insbesondere die Plattform Twitter/X greift öffentliche Diskussionen in Teilen auf, kann diese aber auch beeinflussen (z. B. Jungherr, 2019). Abbildung 7 schreibt

daher die Zeitreihe aus den vergangenen Meinungsmonitor-Berichten fort.¹⁹ Alternative Kurznachrichtendienste haben bisher noch nicht dieselbe Reichweite. Mit Blick auf andere soziale Medien bieten insbesondere Messenger-Dienste wie WhatsApp, Facebook Messenger oder Telegram einen schlechteren Datenzugang – wohingegen andere Plattformen wie Facebook, Instagram, Youtube oder TikTok aufgrund ihrer foto- und videobasierten Inhalte schwerer zu analysieren sind. In Zukunft werden die verschiedenen Plattformen und ihre Relevanz für die im Meinungsmonitor untersuchten Fragen – sowie für die Machbarkeit der Analyse – immer wieder neu bewertet werden müssen.

¹⁹ Zu den Limitationen von Twitter/X-Analysen siehe Unterkapitel 2.3.

Abbildung 7 Beiträge zu Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe auf Twitter/X (2019–2024)



Quelle: D'Eval, eigene Darstellung. Datenbasis: rund 1,4 Millionen Beiträge, die im Zeitraum vom 1. Mai 2019 bis zum 29. Februar 2024 anhand einer Suchwortliste über das Analyse-Tool Meltwater heruntergeladen wurden. Die Suchwortliste ist in Kasten 1 im Online-Anhang dokumentiert. Die senkrechten gestrichelten Linien markieren die im Meinungsmonitor 2021 beziehungsweise 2022 dargestellten Zeiträume.

Für den neu betrachteten Zeitraum ab Januar 2022 bis etwa Oktober 2023 lassen sich abgesehen von wenigen Ausschlägen durchschnittlich ähnlich viele Beiträge pro Tag beobachten, die Entwicklungspolitik/EZ und/oder humanitäre Hilfe thematisieren, wie im zuvor betrachteten Zeitraum. Dieses „Basisniveau“ wird durch punktuelle Ausschläge nach oben unterbrochen. Ein erster solcher Ausschlag findet sich im Januar 2022. Dieser setzt sich insbesondere aus Beiträgen zusammen, die den Umgang der Bundesregierung und staatlicher EZ-Akteure mit afghanischen Ortskräften nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 thematisieren. Zu beachten ist, dass hierbei einzelne Accounts eine große Anzahl an Beiträgen generiert haben. Ab Februar 2022 spiegelt die Zeitreihe den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wider. In diesem Zusammenhang werden vor allem humanitäre Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung thematisiert.

Im November 2022 lässt sich erstmals ein Ausschlag erkennen, der ein erhöhtes Aufkommen an Beiträgen mit expliziter Kritik an den Ausgaben für EZ umfasst. Im August/September 2023 wird dieser Aspekt im Zuge von Diskussionen um die Haushalts- und Wirtschaftslage in Deutschland wieder aufgegriffen, was sich in Ausschlägen in der Zeitreihe ausdrückt. Mit dem Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der darauf folgenden israelischen Militäroperation in Gaza nimmt die durchschnittliche Anzahl an Beiträgen pro Tag deutlich zu. Kritisiert wird sowohl, dass mit der EZ und der humanitären Hilfe in Gaza eine islamistische Terrororganisation unterstützt werde, als auch, dass die Menschen in Gaza zu wenig Unterstützung erhielten.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeshaushalt im November 2023 sowie den Protesten der Landwirt*innen im Januar 2024 schlägt die Zeitreihe auffällig hoch aus. In diesen Beiträgen spiegelt sich die politische und mediale Kritik an den Ausgaben für EZ wider, die zugespitzt beispielsweise Ausgaben für Radwege in Peru und Genderschulungen in Ruanda infrage stellt und diesen Ausgaben fehlende Mittel für die Landwirtschaft in Deutschland gegenüberstellt (siehe z. B. Tagesschau, 2024).

Insgesamt korrespondiert der seit Herbst 2023 kritischer werdende Ton der Kommunikation auf der Plattform Twitter/X mit der rückläufigen Zustimmung zu Ausgaben für die EZ. Offen bleibt jedoch die Frage, ob die mediale und politische Diskussion über Entwicklungspolitik/EZ die Ursache für diesen Rückgang ist. Denkbar ist auch, dass eine zunehmend negativere Wahrnehmung der eigenen oder nationalen wirtschaftlichen Lage Verteilungskonflikte hervorruft (siehe z. B. Heinrich et al., 2016; Kobayashi et al., 2021) und daher zu einer geringeren Unterstützung für die EZ führt. In Abschnitt 4.3.2 wird deshalb gesondert auf den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswahrnehmung und EZ-Unterstützung eingegangen. Auch eine Prioritätenverschiebung im Hinblick auf die Aufgaben des Staates durch eine infolge des Krieges gegen die Ukraine in der Bevölkerung stärker wahrgenommene Bedrohung (z. B. Graf, 2024, S. 6) könnte ursächlich sein – ein Thema, das in Abschnitt 4.3.3 behandelt wird. Weiterhin könnte die Wahl eines feministischen Leitbildes für die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik zu einem polarisierteren Diskurs und zur Ablehnung der aktuellen Entwicklungspolitik in einigen Personenkreisen geführt haben (Sassenhagen et al., 2023). Darauf wird in Unterkapitel 4.4 näher eingegangen. Zu guter Letzt könnte auch die Reaktion der entwicklungspolitischen Kommunikation auf die geäußerte Kritik nicht ausreichend gewesen sein.

3.3 Welche Einstellungen haben die Befragten zu Motiven, Akteuren und Zielen der EZ?

Insbesondere in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten muss nicht nur geprüft werden, inwiefern sich die generelle Zustimmung zu EZ verändert, sondern auch, welche Einstellungen zu verschiedenen Motiven, Akteuren und Zielen in der EZ bestehen. So ist denkbar, dass sich aus Sicht der Bevölkerung die EZ stärker an nationalen Eigeninteressen orientieren sollte und auf der Akteursebene stärker Nichtregierungsorganisationen (*Non-governmental organisations*, NGOs) oder Unternehmen in der Verantwortung gesehen werden. Auch könnte die Überzeugung vorherrschen, dass sich die EZ stärker auf die Grundbedürfnisse der Menschen in den Partnerländern beschränken sollte.

3.3.1 „Mit wenigen Mitteln viel Gutes bewirken“ und „Fluchtursachenbekämpfung“ sind weiterhin die überzeugendsten Motive für EZ

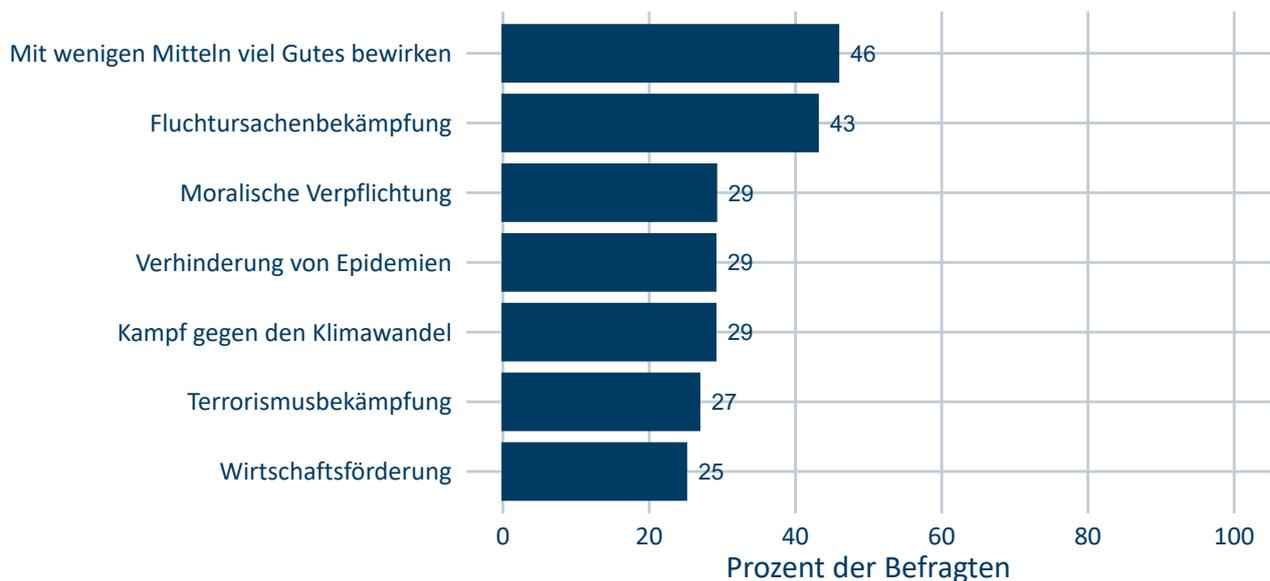
„Mit wenigen Mitteln viel Gutes bewirken“ und „Fluchtursachenbekämpfung“ sind aus Sicht der Befragten weiterhin die überzeugendsten Motive für die EZ; die übrigen Motive folgen mit deutlichem Abstand. Wie in Abbildung 8 zu sehen, nannten 46 Prozent der Befragten im Januar 2024 „Mit wenigen Mitteln viel Gutes bewirken“ und 43 Prozent „Fluchtursachenbekämpfung“ als das überzeugendste Motiv für EZ. Alle weiteren Motive wurden von lediglich 25 bis 29 Prozent der Befragten genannt.

Bei der Betrachtung im Zeitverlauf fällt auf, dass die anteilige Nennung der Motive „moralische Verpflichtung“,

„Terrorismusbekämpfung“ und „Verhinderung von Epidemien“ seit der Erhebung im Januar 2022 leicht zurückgeht. Auch der Kampf gegen den Klimawandel wird in den Erhebungen im Oktober 2023 und Januar 2024 im Vergleich zu den vorherigen Erhebungen verhältnismäßig seltener genannt (minus 5 Prozentpunkte; siehe Abbildung 5 in Unterkapitel 1.2 im Online-Anhang).

Diese Ergebnisse können als sinkende Überzeugungskraft des Narrativs interpretiert werden, dass EZ als Mittel zur Bewältigung globaler Herausforderungen dienen kann. Die rückläufige Nennung des Motivs „moralische Verpflichtung“ kann darüber hinaus als Indiz dafür gesehen werden, dass die Bevölkerung angesichts wirtschaftlicher Herausforderungen im eigenen Land die Belange der Länder des globalen Südens zurückstellt.²⁰

Abbildung 8 Überzeugende Motive für Entwicklungszusammenarbeit



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEL-Tracking, Januar 2024. N = 1.021. Gewichtete Daten. Die Frage lautete: „Hier stehen einige mögliche Argumente für Entwicklungszusammenarbeit. Welche dieser Argumente finden Sie persönlich besonders überzeugend? (Wählen Sie bitte alle zutreffenden Antwortmöglichkeiten aus).“

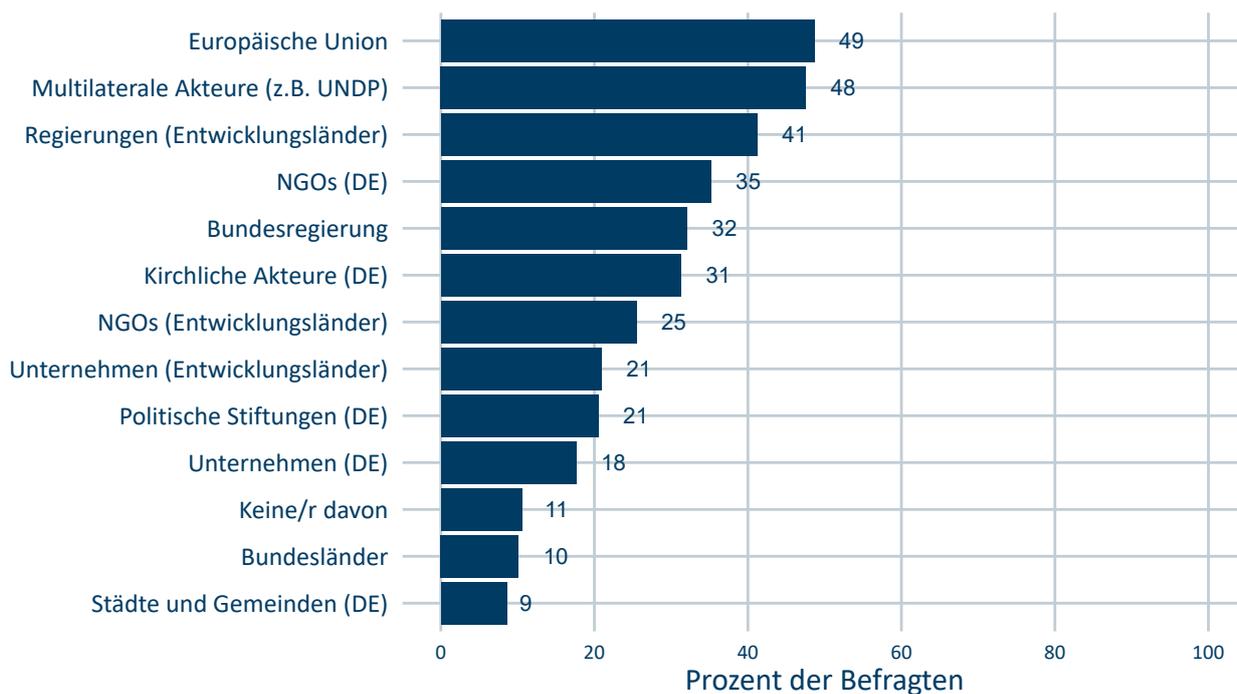
²⁰ Für die Frage „Länder wie Deutschland sollten mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen, da dies moralisch gesehen richtig ist“ ist im DEL-Panel seit 2022 ebenfalls eine rückläufige Zustimmung festzustellen (siehe Abbildung 9 im Online-Anhang).

3.3.2 Supranationale und multilaterale Organisationen sehen die Befragten am häufigsten in der Verantwortung für die Umsetzung der EZ

Ein wichtiger Aspekt im Hinblick auf EZ-Maßnahmen ist die Frage, welchen Akteuren die Bevölkerung die Aufgabe zuschreibt, diese umzusetzen. Obgleich Regierungen der Geberstaaten einen Großteil der finanziellen Mittel für die EZ bereitstellen, können EZ-Maßnahmen auch von

zivilgesellschaftlichen Organisationen und privatwirtschaftlichen Unternehmen umgesetzt werden. Ebenso können die Regierungen aus den Partnerländern sowie dortige zivilgesellschaftliche Organisationen und privatwirtschaftliche Unternehmen dies tun. Hinzu kommen multilaterale und internationale Organisationen wie die Europäische Union (EU) und die Vereinten Nationen (United Nations, UN). In Bevölkerungsbefragungen zur EZ wird jedoch oftmals lediglich die Regierung als verantwortlicher Akteur genannt.

Abbildung 9 Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit



Quelle: DEval, eigene Darstellung; Datenbasis: DEval-Tracking, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im Januar 2024. N = 2.101. Die Frage lautete: „Entwicklungszusammenarbeit kann von verschiedenen Akteuren und Organisationen durchgeführt werden. Nennen Sie bitte bis zu 5 Akteure und Organisationen, die Ihrer Meinung nach am ehesten Entwicklungszusammenarbeit durchführen sollten.“

Die Befragten sehen multilaterale Akteure (z. B. das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, UNDP) und die EU am häufigsten in der Verantwortung, EZ-Maßnahmen durchzuführen. Bei diesen Akteuren liegt der Anteil der Nennungen über die drei Erhebungszeitpunkte hinweg bei jeweils rund 48 bis 52 Prozent (siehe Abbildung 6 im Online-Anhang und Abbildung 9 für Januar 2024). Darauf folgen die Regierungen der Partnerländer, die in allen Erhebungen anteilig von rund 40 bis 42 Prozent der Befragten genannt

wurden. Die Bundesregierung, zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs) und kirchliche Akteure folgen mit deutlichem Abstand und wurden von etwa 31 bis 37 Prozent genannt. Für die Bundesregierung ist der Anteil der Nennungen über die drei Erhebungen hinweg rückläufig, während er für NGOs und kirchliche Akteure auf einem ähnlichen Niveau verbleibt. Auch hier kann vermutet werden, dass die angespannte Haushaltslage diesen Rückgang beeinflusst. Die Bundesländer wurden ebenso wie die Städte und Gemeinden mit rund 7 bis 11 Prozent nur

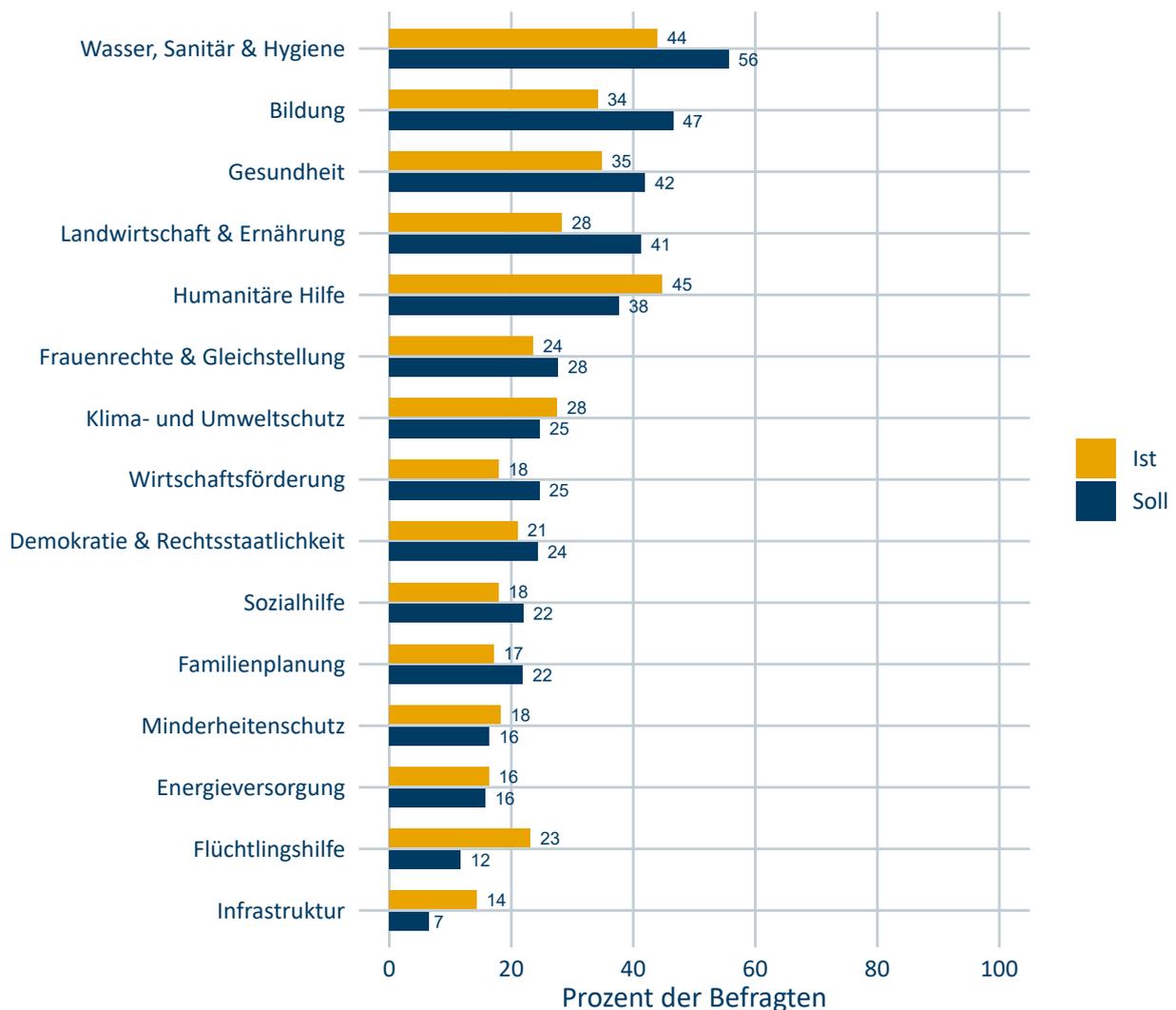
von einem kleinen Teil der Befragten in der Verantwortung für EZ-Maßnahmen gesehen. Hier erweist sich der Anteil über die drei bisherigen Erhebungen hinweg ebenfalls als stabil.

Die hohe Zustimmung für die EU und multilaterale Akteure könnte darauf hindeuten, dass supranationalen und multilateralen Akteuren größerer Einfluss zugeschrieben wird als einzelnen nationalen Akteuren. Sie könnte ebenso darauf hindeuten, dass die Befragten es befürworten, den Ressourcenaufwand und die Verantwortung auf mehrere EZ-Geberstaaten zu verteilen.

3.3.3 Die Befragten befürworten WASH, Bildung, Gesundheit sowie Landwirtschaft und Ernährung am häufigsten als Ziele der EZ

Insgesamt legen die Daten nahe, dass die Befragten einen traditionellen EZ-Ansatz mit einem Fokus auf Grundbedürfnissen befürworten und besonders Zielen aus klassischen EZ-Sektoren (Bildung, Ernährung, Gesundheit) zustimmen. Progressivere Ziele wie Klimaschutz, Frauenrechte und Gleichstellung oder Minderheitenschutz erfahren hingegen deutlich weniger Zustimmung.

Abbildung 10 Ziele der deutschen Entwicklungszusammenarbeit: „Soll“ vs. „Ist“



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Tracking, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im Januar 2024. N = 2.050. Die Fragen lauteten: „Welches sind Ihrer Meinung nach die Ziele, zu denen die deutsche Entwicklungszusammenarbeit am ehesten einen Beitrag leisten sollte? Bitte wählen Sie bis zu 5 Ziele aus.“ („Soll“). „Und was glauben Sie, sind die Ziele, zu denen die deutsche Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich einen Beitrag leistet? Bitte wählen Sie bis zu fünf Ziele aus.“ („Ist“).

Konkret sollte sich die deutsche EZ aus Sicht der Befragten vor allem auf Verbesserungen in den Bereichen „Wasser, Sanitär und Hygiene“ (WASH), „Bildung“, „Gesundheit“ sowie „Landwirtschaft und Ernährung“ fokussieren (blauer Balken („Soll“) in Abbildung 10). „WASH“ wurde dabei von 56 Prozent der Befragten ausgewählt, „Bildung“ von 47 Prozent, „Gesundheit“ von 42 Prozent und „Landwirtschaft und Ernährung“ von 41 Prozent. Diesen eher an Grundbedürfnissen orientierten Zielen folgt „humanitäre Hilfe“ mit 38 Prozent. Die meisten übrigen Zielsetzungen – unter anderem „Frauenrechte und Gleichstellung“, „Klima- und Umweltschutz“ sowie „Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ – wurden von ca. 20 bis 30 Prozent als Ziel ausgewählt. Am wenigsten befürworten die Befragten die „Schaffung von Infrastruktur“ und „Flüchtlingshilfe“ als Zielsetzung der EZ. Über alle Zielsetzungen hinweg lassen sich keine hervorstechenden Aufwärts- oder Abwärtstrends im Verlauf der drei Erhebungswellen erkennen.²¹ Bedacht werden sollte angesichts dieses Meinungsbildes jedoch, dass sich traditionelle und progressive Ziele der EZ nicht ausschließen müssen, sondern sich auch gegenseitig beeinflussen können. Beispielsweise könnten Verbesserungen im Bildungssektor auch die Gleichstellung der Geschlechter fördern.

Bei der anschließenden Frage, zu welchen Zielen die deutsche EZ aus Sicht der Befragten tatsächlich beiträgt („Ist“), wurden in etwa dieselben Zielsetzungen anteilig am häufigsten genannt. Am häufigsten geben die Befragten „humanitäre Hilfe“ als den Bereich an, zu dem die Bundesregierung aus ihrer Sicht einen Beitrag leistet (45 %), gefolgt von WASH (44 %) und Gesundheit (35 %; siehe Abbildung 10, gelbe Balken).

Im Vergleich der Ziele, die die Bundesregierung in der EZ verfolgen sollte („Soll“) mit den Zielen, zu denen sie aus Sicht der Befragten beiträgt („Ist“), zeigen sich zum Teil größere Unterschiede. So sind die Befragten bei den Zielen „WASH“, „Bildung“, „Landwirtschaft und Ernährung“, „Gesundheit“ sowie „Wirtschaftsförderung“ am ehesten der Meinung, dass die Bundesregierung weniger zu diesen beiträgt, als sie es sollte (Differenz „Soll“/„Ist“ jeweils größer als 5 Prozentpunkte). Bei humanitärer Hilfe, Flüchtlingshilfe und Infrastruktur ist es

umgekehrt; hier gehen die Befragten am ehesten davon aus, dass die Bundesregierung mehr tut, als sie es sollte (Differenz „Ist“/„Soll“ jeweils größer als 5 Prozentpunkte).

3.4 Wie gefestigt sind die Einstellungen zu Entwicklungspolitik und EZ?

Auch wenn die Einstellungen zu EZ in Deutschland in der Vergangenheit kaum Veränderungen gezeigt haben, legen die Ergebnisse des aktuellen Meinungsmonitors nahe, dass die Zustimmung zu EZ nur bedingt resilient gegenüber multiplen Krisen ist. So fanden sich in den Zeitreihen der bisherigen Meinungsmonitor-Berichte in den DEL-Daten bis Januar 2022 nur sehr kleine oder gar keine Veränderungen in den Einstellungen zu EZ, was den Schluss nahelegte, dass diese sehr stabil sind (Schneider und Gleser, 2018; Schneider et al., 2022). Die aktuellen Analysen in diesem Kapitel zeigen jedoch, dass die Zustimmung der Befragten zu EZ seit Anfang 2022 stark abnimmt. Dies kann ein Indiz dafür sein, dass die Einstellungen zu Entwicklungspolitik in der Bevölkerung nicht gänzlich stabil und unveränderbar sind, insbesondere im Kontext großer globaler Herausforderungen und Krisen. Letztendlich können Betrachtungen auf Bevölkerungsebene Veränderungen auf der Individualebene nicht ermitteln, besteht doch die Möglichkeit, dass Anteilswerte stabil bleiben, während Individuen ihre Einstellungen ändern.²²

Eine mögliche Erklärung für die sinkende Zustimmung zu EZ im Kontext aktueller politischer Herausforderungen ist, dass die Einstellung zu EZ nicht besonders gefestigt ist. So konnte beispielsweise in verschiedenen experimentellen Studien gezeigt werden, dass kleine Änderungen in der Erklärung von Entwicklungspolitik (sogenanntes *Framing*) oder in der Darstellung von Informationen die Einstellung zu EZ maßgeblich verändern können (siehe u. a. Bayram und Thomson, 2022; Bayram et al., 2024; Eger et al., 2022; Schneider et al., 2022; Scotto et al., 2017). Auch wird in der Literatur im Hinblick auf entwicklungspolitische Einstellungen oftmals festgestellt, dass trotz hoher Unterstützung für die EZ und berichtetem Interesse am Thema die Kenntnisse zu konkreten Maßnahmen

²¹ Eine Darstellung der Ziele im Zeitverlauf findet sich in Abbildung 7 und 8 im Online-Anhang.

²² Zur Verdeutlichung ein Rechenbeispiel: Wenn zehn Personen befragt werden und davon fünf EZ unterstützen und fünf dies nicht tun, liegen die Anteile der EZ-Unterstützer*innen und EZ-Gegner*innen bei jeweils 50 Prozent. Verändert nun eine Person, die vorher EZ unterstützte, ihre Einstellung und unterstützt EZ fortan nicht mehr, und eine Person, die vorher EZ nicht unterstützte, unterstützt diese nun, haben diese zwei Personen ihre Einstellung zu EZ geändert. Der Anteilswert von 50 Prozent würde jedoch unverändert bleiben.

im Politikfeld gering sind. Dementsprechend werden die Einstellungen zu EZ als *a mile wide and an inch deep* charakterisiert, also als Unterstützung, die zwar weit verbreitet ist, aber womöglich auf wackeligem Untergrund steht (z. B. Smillie, 1999; siehe auch Riddell, 2007, Kapitel 7). Auch eine vom BMZ in Auftrag gegebene Studie des Forschungsinstituts pollytix kommt zu einem ähnlichen Fazit; sie schätzt den Wissens- und Informationsstand der deutschen Bevölkerung über EZ als gering und die Einstellungen hierzu als wenig gefestigt ein (Faltas et al., 2024). Diese Befunde legen nahe, dass die Unterstützung und das Interesse an EZ eher oberflächlich beziehungsweise wenig in Wissen oder tatsächlicher Überzeugung verankert sein könnten und daher im Zweifelsfalle leicht veränderbar sind.

Die Frage nach der Stärke von Einstellungen zu EZ – also danach, wie gefestigt und resistent gegenüber Veränderungen diese sind –, stellt eine Forschungslücke dar, die zugleich hohe praktische Relevanz hat. Wie stark oder schwach eine Einstellung ausgeprägt ist, lässt wichtige Rückschlüsse darauf zu, wie veränderbar sie ist und wie stark sie unser Verhalten beeinflusst (z. B. Krosnick und Petty, 1995; Vogel et al., 2016). So wirken sich starke Einstellungen mehr auf das Verhalten aus als schwache (z. B. Conner et al., 2022). Gleichzeitig sind starke Einstellungen schwerer zu verändern als schwache (z. B. Eagly und Chaiken, 1995). Zwar gibt es in der Literatur Indizien für eine mögliche Instabilität der Einstellungen zu EZ, doch wurde bislang nicht untersucht, wie stark die Einstellungen der Bevölkerung zu EZ tatsächlich sind. Insbesondere in einem polarisierten Diskurs, in dem politische Akteure das Meinungsklima beeinflussen möchten, ist die Frage, welche Bevölkerungsgruppen stark gefestigte oder leicht veränderbare Einstellungen und Meinungen haben, von hoher Relevanz. Es liegt nahe, dass die genannten Akteure sich vor allem auf diejenigen Einstellungen der Wähler*innen konzentrieren, die veränderbar sind.

In der bisherigen Forschung zur Stärke von Einstellungen wird eine Vielzahl an Merkmalen untersucht, die Einstellungen resilient gegenüber Veränderungen machen und verstärkt das Verhalten beeinflussen. So sind starke Einstellungen beispielsweise dadurch gekennzeichnet, dass Personen a) mehr Wissen über die Thematik haben, b) das Thema persönlich als relevant oder wichtig einschätzen, c) sich in ihrer eigenen Einstellung sicher sind, d) die Einstellung schnell abrufen können, e) kaum

widersprüchliche Gedanken, aber auch f) stärkere Gefühle zu der Thematik haben, g) sich persönlich von der Thematik betroffen fühlen oder dass h) die Einstellungen stärker in (moralischen) Überzeugungen verankert sind (für verschiedene Listen von Merkmalen starker Einstellungen siehe z. B. Howe und Krosnick, 2017; Krosnick und Petty, 1995; Vogel et al., 2016).

Um die Stärke der Einstellung zu EZ in Deutschland zu untersuchen, wurde im Rahmen der vorliegenden Studie ein Messinstrument entwickelt, das diese Merkmale erfasst. Hierzu wurden basierend auf der Literatur zu Einstellungsstärke 11 Merkmale als relevant für die Einstellungen zu EZ ausgewählt. Diese umfassen das subjektive Gefühl der Informiertheit über EZ, die Sicherheit bezüglich der eigenen Meinung zu EZ, das Ausmaß widersprüchlicher Gedanken zu EZ, die subjektive Bedenkzeit für die Bewertung von EZ, die persönliche Relevanz von EZ, das Interesse an EZ, die persönliche Betroffenheit von EZ, den Einfluss von Überzeugungen und moralischen Überzeugungen auf die Einstellung zu EZ, die selbst eingeschätzte Ausprägtheit der Meinung zu EZ und die Stärke der Gefühle zum Thema (siehe Abbildung 11; der genaue Wortlaut der Fragen zu den einzelnen Merkmalen kann in Tabelle 3 in Abschnitt 1.1.3 im Online-Anhang eingesehen werden).

Mithilfe dieses Messinstrumentes wurden zudem übergreifende Faktoren der Einstellungsstärke ermittelt und eine Einteilung der Befragten anhand ihrer Einstellungsstärke und Zustimmung zu EZ vorgenommen. Dadurch kann ein nuanciertes Bild darüber gezeichnet werden, wie tief verankert die Einstellungen zu EZ sind und welche Faktoren die Einstellungen stabiler, aber auch, welche sie instabiler machen.

3.4.1 Viele Befragte sind sich ihrer Einstellung zu EZ sicher und empfinden das Thema als relevant, nur wenige fühlen sich informiert

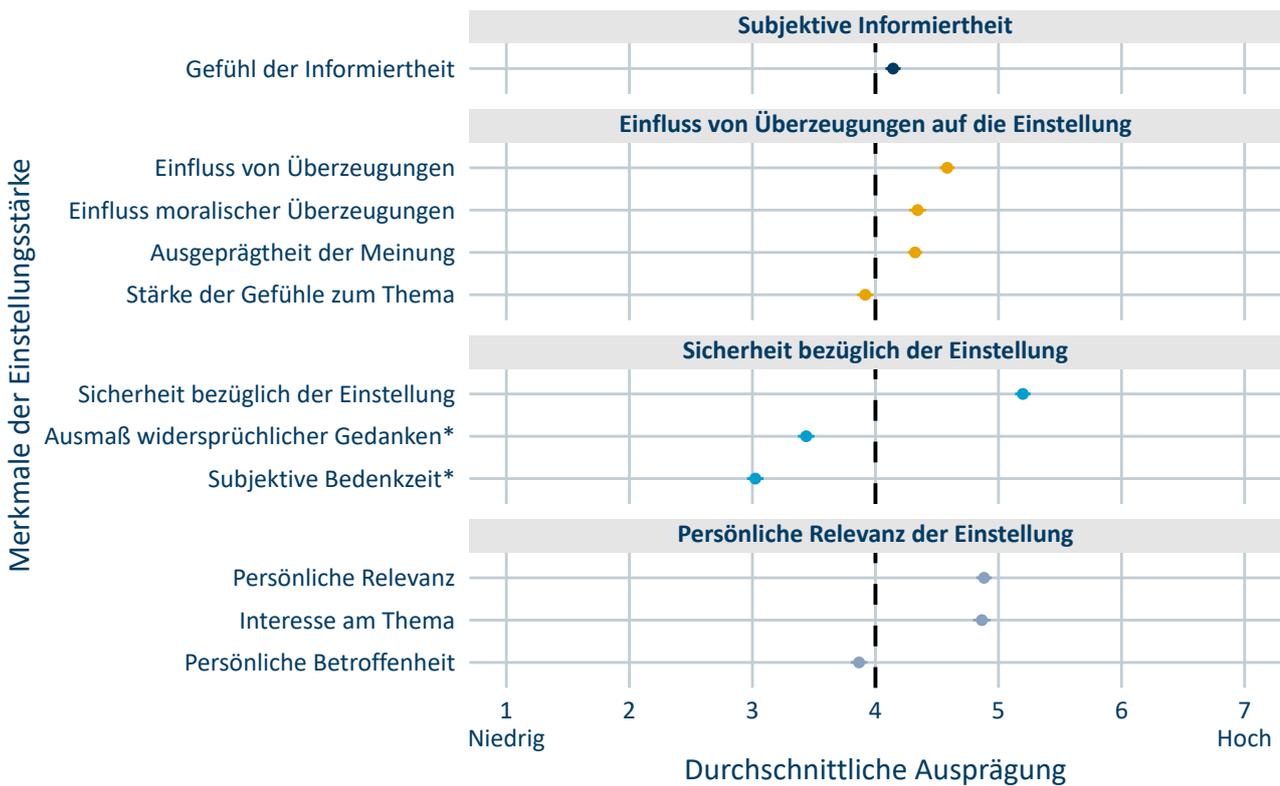
Die Betrachtung der Durchschnittswerte für die einzelnen Merkmale zeigt, dass sich die Befragten ihrer Einstellung zu EZ eher sicher sind, das Thema als persönlich relevant empfinden und sich für die Thematik interessieren, sich aber wenig informiert fühlen und keine starke persönliche Betroffenheit empfinden. Wie Abbildung 11 veranschaulicht, weisen die

Merkmale „Sicherheit bezüglich der Einstellung“, „persönliche Relevanz“ und „Interesse am Thema“ mit Werten zwischen 4,9 und 5,2 auf einer Skala von 1 bis 7 die höchste durchschnittliche Ausprägung auf. Das Gefühl, vom Thema EZ persönlich betroffen zu sein, ist mit einem Durchschnittswert von 3,9 hingegen weniger stark ausgeprägt. Dies gilt auch für die Stärke der Gefühle zum Thema EZ (3,9) sowie das Gefühl der Informiertheit (4,1).

Die 11 Merkmale können in vier übergeordnete Faktoren der Einstellungsstärke zu EZ zusammengefasst werden: (1) die subjektive Informiertheit, (2) die Sicherheit bezüglich

der eigenen Einstellung, (3) die persönliche Relevanz des Themas und (4) den Einfluss persönlicher Überzeugungen auf die Einstellung.²³ Diese Faktoren wurden mittels einer explorativen Faktorenanalyse ermittelt (siehe Kasten 5). Abbildung 11 zeigt, welche Merkmale welchem Faktor zugeordnet sind. Wenngleich es in der Literatur bisher keinen Konsens über allgemeingültige Faktoren der Einstellungsstärke gibt, sind die vier hier beschriebenen Faktoren auch in der Literatur zu Einstellungsstärke häufig zu finden und spiegeln die zentralen Aspekte der Einstellungsstärke wider (Bassili, 2008; Krosnick und Petty, 1995).²⁴

Abbildung 11 Ausprägung der Merkmale von Einstellungsstärke



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von Respondi/Bilendi im August 2023. N = 4.050. Es wurde zufallsbedingt zugeteilt, ob die Fragen zu Entwicklungspolitik allgemein (N = 2.041) oder zu feministischer Entwicklungspolitik (N = 2.009) zuerst beantwortet werden sollten. Dargestellt sind Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervallen. Die Werte beziehen sich nur auf die Personen, welche die Fragen zu EZ als Erstes beantwortet haben. Die Antwortoptionen variieren je nach Fragestellung, bestehen jedoch bei allen Fragen aus einer 7-stufigen Skala, auf der „1“ für niedrigere Werte und „7“ für höhere Werte steht. Der Wert „4“ entspricht der Skalenmitte. In der Regel sind höhere Werte bei den einzelnen Merkmalen ein Indiz für stabilere Einstellungen. Bei den Merkmalen, die mit * markiert sind („Ausmaß widersprüchlicher Gedanken“ und „Subjektive Bedenkzeit“), sind niedrigere Werte ein Indiz für stabilere Einstellungen.

²³ „Überzeugung“ und „Einstellung“ sind verwandte, jedoch unterschiedliche Konzepte. Einstellungen sind Bewertungen gegenüber bestimmten Objekten, Personen, Ideen oder Situationen, die positiv, negativ oder neutral sein können (siehe z. B. Maio et al., 2019, S. 4). Überzeugungen hingegen sind tief verwurzelte Annahmen, die Personen über die Welt, sich selbst, andere Menschen oder bestimmte Themen haben und die oft mit grundlegenden Werten und Identitäten verbunden sind. Einstellungen gelten als stabiler, wenn sie in tiefgreifenden Überzeugungen verankert sind. Sie können jedoch auch oberflächlicher und flexibler sein und beispielsweise auf anderen Einflüssen beruhen, die weniger stabil sind, etwa der aktuellen Stimmung (siehe z. B. Kruglanski und Stroebe, 2005).

²⁴ Details zu den Ergebnissen der explorativen Faktorenanalyse sind in Abschnitt 1.4.1 im Online-Anhang dokumentiert.

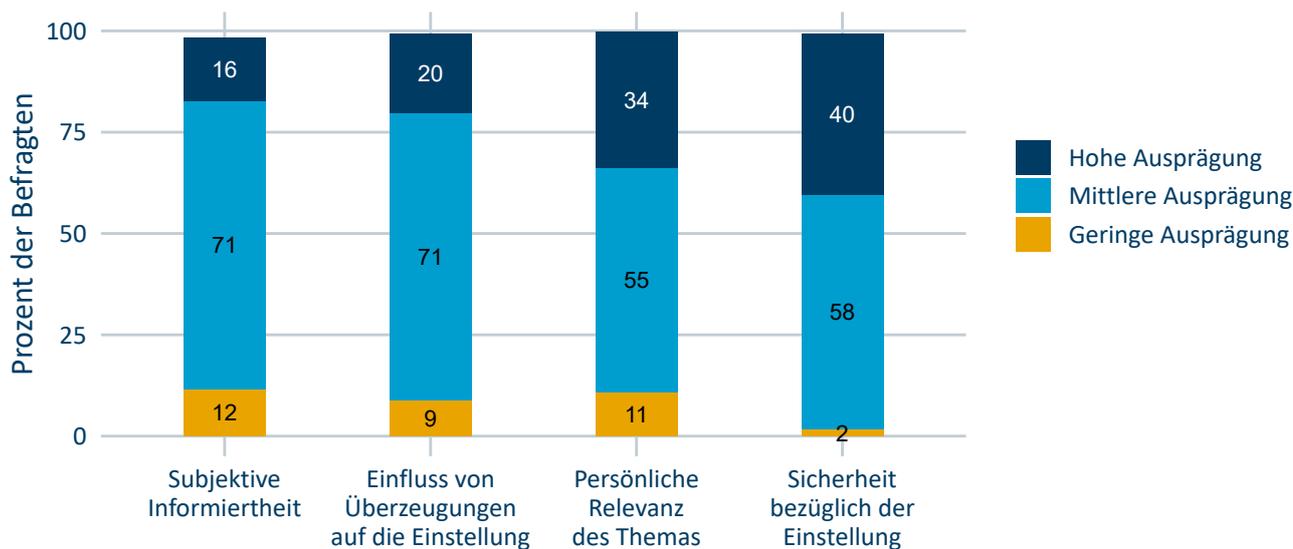
Kasten 5 Explorative Faktorenanalyse

Die explorative Faktorenanalyse ist eine statistische Methode, die verwendet wird, um Muster oder Strukturen in einem Datensatz zu identifizieren (Backhaus et al., 2018, Kapitel 7). Sie wird oft angewendet, um die zugrunde liegenden Beziehungen zwischen Variablen zu verstehen und die Komplexität der Daten zu reduzieren. Im Wesentlichen versucht die explorative Faktorenanalyse, eine große Anzahl von Variablen auf eine kleinere Anzahl von Faktoren zu reduzieren. Diese Faktoren sind hypothetische Konstrukte, die nicht direkt beobachtet werden können, sondern aus den Zusammenhängen zwischen den Variablen abgeleitet werden. Sie können als aus den Daten abgeleitete Überbegriffe verstanden werden, die die Daten charakterisieren. Da eine explorative Faktorenanalyse ein datengetriebenes Verfahren ist, können sich die ermittelten Faktoren bei Anwendung auf verschiedene Datensätze unterscheiden.

Die Analyse der vier Faktoren zeigt, dass sich ein Großteil der Befragten nur gering bis mittelmäßig über das Thema EZ informiert fühlt und die Einstellungen bei der Mehrheit nur gering bis mittelmäßig in Überzeugungen verankert sind. Gleichzeitig erachtet ein großer Teil der Befragten das Thema EZ als sehr relevant und gibt an, sich bezüglich der Einstellungen zu EZ sehr sicher zu sein. Die Anteilswerte der Befragten nach Ausprägung der Faktoren sind in **Abbildung 12** abgebildet. Im Einklang mit der wissenschaftlichen Literatur und bisherigen Erkenntnissen aus dem Meinungsmonitor ist die subjektive Informiertheit zum Themenbereich EZ und Entwicklungspolitik bei der Mehrheit der Bevölkerung (83 %) gering oder mittel ausgeprägt, während lediglich 16 Prozent sich sehr gut informiert fühlen. Auch scheinen die Einstellungen zu EZ weniger in persönlichen Überzeugungen verankert zu sein. So gibt auch hier der Großteil der Befragten an, dass der Einfluss von Überzeugungen auf ihre Einstellung zu EZ nur mittelstark

(71 %) oder gering (9 %) ist. Allerdings geben auch 20 Prozent der Befragten an, dass Überzeugungen einen hohen Einfluss auf ihre Einstellung zur EZ haben. Obwohl viele Befragte sich über EZ mittelmäßig bis schlecht informiert fühlen und persönliche Überzeugungen für viele keine große Rolle für die Einstellung zu EZ spielen, empfinden große Teile der Befragten EZ dennoch als hoch relevantes Thema (34 %) und sind sich ihrer Einstellung sehr sicher (40 %). Nur 11 Prozent der Befragten empfinden das Thema als irrelevant, und 2 Prozent sind sich ihrer Einstellung sehr unsicher. Diese Beobachtungen deuten darauf hin, dass sich viele Personen trotz geringer Informiertheit zum Thema EZ ihrer Einstellung verhältnismäßig sicher sind. Zudem wird das Thema EZ durchaus von vielen Befragten als relevant und wichtig eingestuft. Im Einklang mit der Hypothese, dass Einstellungen zu EZ *a mile wide and an inch deep* seien, sind diese nur bei einem verhältnismäßig kleinen Anteil der Befragten in Überzeugungen verankert.

Abbildung 12 Anteilswerte der Befragten nach Ausprägung der Faktoren von Einstellungsstärke



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im August 2023. N = 4.050. Es wurde zufallsbedingt zugeteilt, ob die Fragen zu Entwicklungspolitik allgemein (N = 2.041) oder zu feministischer Entwicklungspolitik (N = 2.009) zuerst beantwortet werden sollten. Die Werte basieren auf dem Anteil der Personen, die die Fragen zu EZ als Erstes beantwortet haben. Dargestellt sind die vier Faktoren, zu denen die einzelnen Indikatoren auf Basis der explorativen Faktorenanalyse zusammengefasst wurden, und die Anteilswerte der Bevölkerung, die eine geringe (Mittelwert < 3), mittlere (Mittelwert 3–5) oder hohe (Mittelwert > 5) Ausprägung dieser Faktoren aufweisen. Abweichungen von 100 Prozent ergeben sich durch Rundung.

3.4.2 Einstellungstypen: Die Mehrheit hat eine moderat positive, aber instabile Einstellung zu EZ

Um besser zu verstehen, wie die verschiedenen Merkmale der Einstellungsstärke mit der Zustimmung zu EZ zusammenhängen und welche Einstellungsprofile in der Bevölkerung zu finden sind, wurde eine Segmentierung der Befragten vorgenommen. Hierfür kam eine latente Profilanalyse (LPA; siehe Kasten 6) unter Einbeziehung aller Merkmale der Einstellungsstärke und der Zustimmung zu EZ zum Einsatz. Dadurch sollte ermittelt werden, wie groß die Anteile der Personen sind, die starke oder schwache Einstellungen haben und ob es Unterschiede in der Einstellungsstärke von EZ-Befürworter*innen und -Gegner*innen gibt. Dies unterscheidet den vorliegenden Meinungsmonitor von den bisher durchgeführten Studien zum Thema – beispielsweise dem Meinungsmonitor 2018 (Schneider und Gleser, 2018, Kapitel 7) oder der vom BMZ beauftragten Studie zu EZ-Einstellungen (Faltas et al., 2024).

Bei diesen wurden zwar entsprechende Einstellungsprofile erstellt, jedoch die Stabilität der Einstellungen nicht ermittelt.

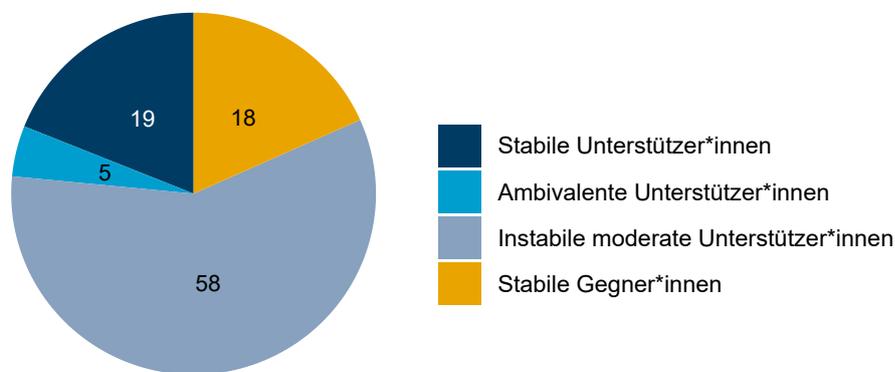
Kasten 6 Latente Profilanalyse (LPA)

Die latente Profilanalyse (LPA) ist eine statistische Methode, die verwendet wird, um Gruppen in einer Stichprobe zu identifizieren, die sich mit Blick auf nicht direkt beobachtbare – sogenannte latente – Merkmale ähnlich sind (Spurk et al., 2020; Vermunt und Magidson, 2002). Im Wesentlichen sucht die LPA nach gemeinsamen Mustern von Antworten etwa auf Fragen zu Persönlichkeitsmerkmalen, Verhaltensweisen oder Einstellungen. Die ermittelten Gruppen oder Profile können dann weiter untersucht werden, um herauszufinden, welche Faktoren sie voneinander unterscheiden. Da eine LPA ein datengetriebenes Verfahren ist, können die ermittelten Profile bei Anwendung auf verschiedene Datensätze variieren.

Bei der Segmentierung mittels LPA wurden vier Einstellungstypen identifiziert: (1) „stabile Unterstützer*innen“ (19 %), (2) „ambivalente Unterstützer*innen“ (5 %), (3) „instabile moderate Unterstützer*innen“ (58 %) und (4) „stabile Gegner*innen“ (18 %).²⁵ Die Bezeichnungen der Einstellungs-

typen wurden anhand der zwei relevanten Dimensionen für die Einteilung der Einstellungstypen gewählt: (1) den Grad an Unterstützung für EZ sowie (2) die Einstellungsstärke. Die Anteile der Befragten an den Einstellungstypen sind in Abbildung 13 dargestellt.

Abbildung 13 Anteil der Befragten an den vier Einstellungstypen (in Prozent)



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt durch Respondi/Bilendi im August 2023. N = 4.050. Es wurde per Zufallsprinzip zugeteilt, ob die Fragen zu EZ (N = 2.041) oder feministischer EZ (N = 2.009) zuerst beantwortet werden sollten. Die Werte basieren auf dem Anteil der Personen, welche die Fragen zu Entwicklungspolitik als Erstes beantwortet haben. Dargestellt sind die Anteilswerte für die vier Einstellungsprofile, zu denen die Befragten auf Grundlage ihrer Antworten mittels einer latenten Profilanalyse zugeordnet wurden.

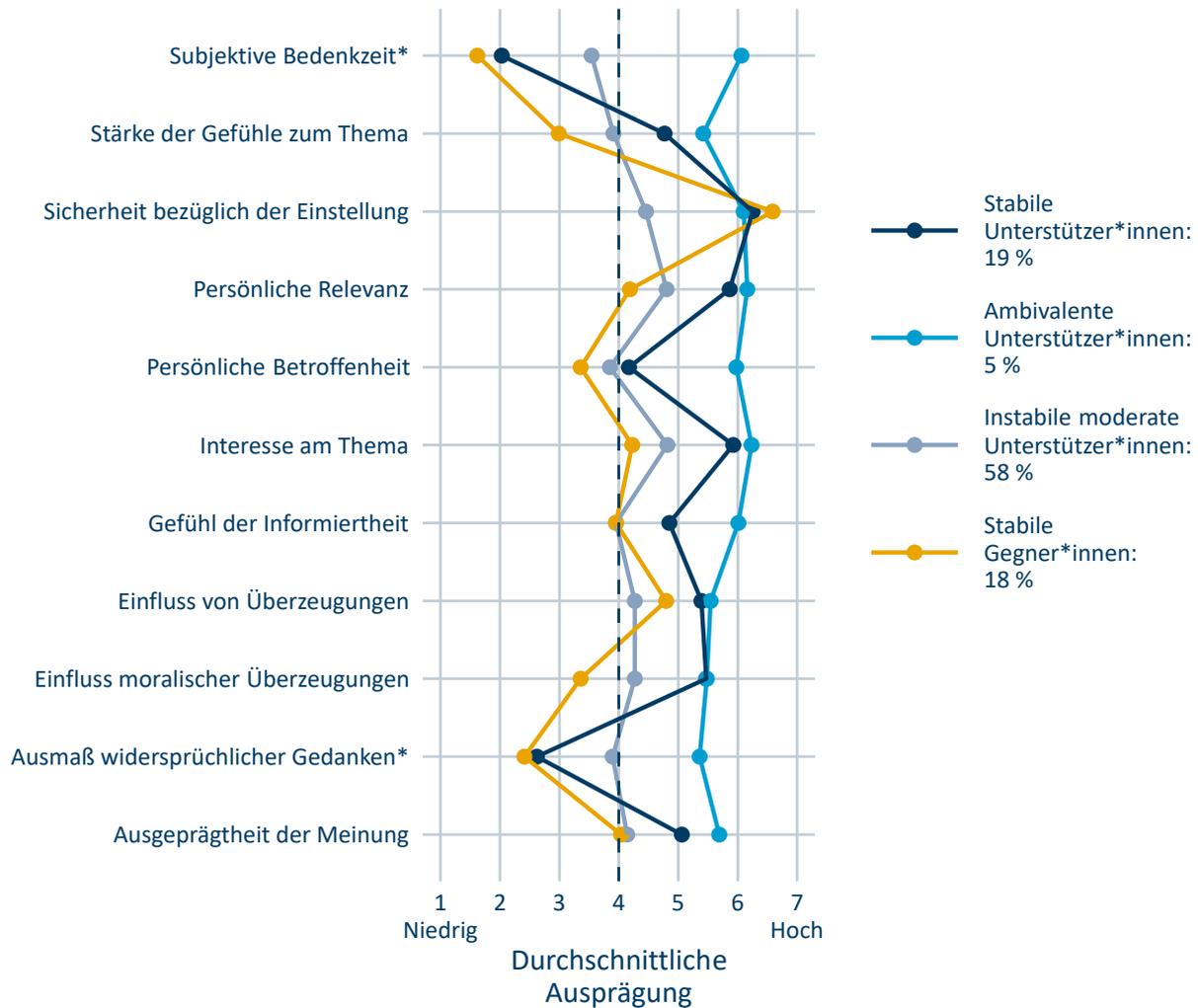
Obwohl insgesamt eine Mehrheit der Befragten die Idee von EZ grundsätzlich unterstützt, können nur 19 Prozent als „stabile Unterstützer*innen“ bezeichnet werden, während 58 Prozent EZ zwar moderat unterstützen, diese Einstellung jedoch eher instabil ist. Die Gruppe der „stabilen Unterstützer*innen“ ist geprägt durch sehr positive Einstellungen gegenüber der EZ, eine hohe Sicherheit bezüglich der eigenen Einstellungen sowie eine Einstellung, die in Überzeugungen verankert ist (siehe Abbildung 14 und Abbildung 15). Im Gegensatz dazu zeichnen sich die „moderat instabilen Unterstützer*innen“ durch eine Unterstützung aus, die auf einem schwachen Fundament steht, da die Einstellungen wenig ausgeprägt und verhältnismäßig wenig in Überzeugungen verankert sind. Zudem besteht auch ein eher geringeres Interesse an der Thematik. 5 Prozent der Befragten können als

„ambivalente Unterstützer*innen“ identifiziert werden. Diese Gruppe weist einerseits die höchste Zustimmung zu EZ auf, wobei diese Einstellung stark von Überzeugungen geleitet zu sein scheint. Andererseits zeigt sie auch eine hohe Ambivalenz bezüglich dieser Einstellung, und die Befragten geben an, lange über die eigene Meinung nachgedacht zu haben.

Trotz einer weit verbreiteten Unterstützung für EZ können 18 Prozent der Befragten als „stabile Gegner*innen“ bezeichnet werden. Diese Gruppe ist sich ihrer Einstellung sehr sicher, empfindet die Thematik allerdings als eher irrelevant, und ihre Einstellung ist weniger in persönlichen Überzeugungen verankert (siehe Abbildung 15). Dieses spezielle Profil legt nahe, dass die Einstellungen gefestigt sind und sich nicht leicht ändern werden.

²⁵ Die LPA hatte ergeben, dass eine Lösung mit fünf Gruppen die Daten am besten beschreibt. Bei einer Lösung mit fünf Gruppen wurden zwei Einstellungsprofile instabiler moderater Unterstützer*innen ermittelt, die sich jedoch sowohl in der Zustimmung zu EZ als auch in der Ausprägung auf den verschiedenen Einstellungsmerkmalen nur minimal voneinander unterscheiden. Zur Vereinfachung werden diese beiden Einstellungsprofile in diesem Bericht als eine Gruppe zusammengefasst. Die Anteilswerte sowie die Einstellungsprofile bei Berücksichtigung aller fünf Gruppen und weitere Details zu den Ergebnissen der latenten Profilanalyse sind in Abschnitt 1.4.2 im Online-Anhang dokumentiert.

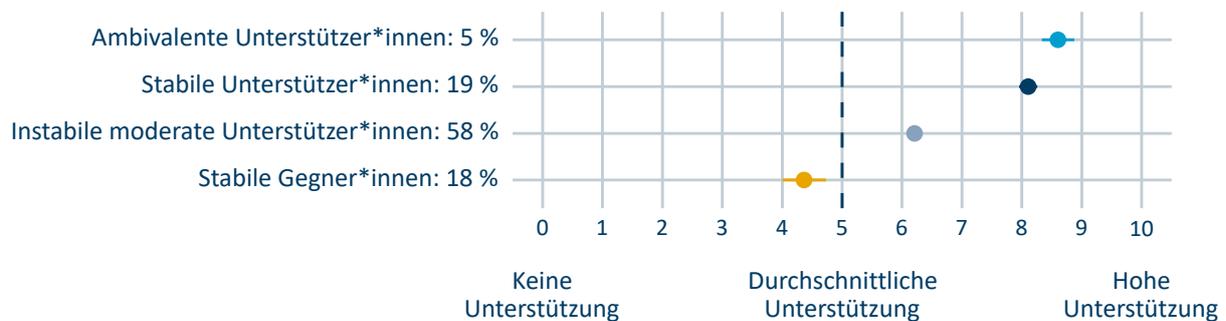
Abbildung 14 Die Profile der vier Einstellungstypen



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von Respondi/Bilendi im August 2023, N = 2.041. Dargestellt sind Mittelwerte zu den unterschiedlichen Merkmalen der Einstellungsstärke, aufgeschlüsselt nach den vier Einstellungstypen, die mittels einer latenten Profilanalyse ermittelt wurden. Die Werte basieren nur auf dem Anteil der Personen, welche die Fragen zu Entwicklungspolitik als Erstes beantwortet haben. Die Antwortoptionen variierten je nach Fragestellung, bestanden jedoch bei allen Fragen aus einer 7-stufigen Skala, auf der „1“ niedrigere Werte und „7“ höhere Werte darstellt. Der Skalenwert 4 entspricht der Skalenmitte und einer mittleren Ausprägung. In der Regel sind höhere Werte bei den einzelnen Merkmalen ein Indiz für stabilere Einstellungen. Bei den Merkmalen, die mit * markiert sind („Ausmaß widersprüchlicher Gedanken“ und „Subjektive Bedenkzeit“), sind niedrigere Werte ein Indiz für stabilere Einstellungen.

Interessant ist, dass auch die Gruppe der Gegner*innen in der aktuellen Erhebung die EZ nicht komplett ablehnt. Mit einem Durchschnittswert von 4,4 auf einer Skala von 0 bis 10 ordnet sich auch diese Gruppe in der Nähe der Skalenmitte ein (siehe Abbildung 15). Da in der Befragung nur allgemein danach gefragt wurde, in welchem Ausmaß Deutschland Unterstützung in Ländern des globalen Südens leisten sollte, ist an dieser Stelle offen, wie die Unterstützung in dieser Gruppe beispielsweise für konkrete EZ-Ausgaben ausfallen würde.

Vor dem Hintergrund multipler Krisen, knapper Haushaltsmittel und verstärkter Kritik an der deutschen EZ stellt sich die Frage, ob die Zustimmung zu EZ insbesondere bei den Gegner*innen und instabilen Unterstützer*innen weiter sinken könnte. Alternativ könnten die aktuellen Ergebnisse auch den niedrigsten Stand der Befürwortung von EZ widerspiegeln. Im Zuge einer sich stabilisierenden Wirtschaft und abhängig von sich verändernden Rahmenbedingungen könnte somit die Unterstützung für EZ auch wieder steigen.

Abbildung 15 Durchschnittliche Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit nach Einstellungstyp

Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt durch Respondi/Bilendi im August 2023. N = 4.050. Es wurde zufallsbedingt zugeteilt, ob die Fragen zu Entwicklungspolitik allgemein (N = 2.041) oder zu feministischer Entwicklungspolitik (N = 2.009) zuerst beantwortet werden sollten. Dargestellt sind Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervallen für die Unterstützung für EZ, aufgeschlüsselt nach den vier Einstellungstypen, die mittels einer latenten Profilanalyse ermittelt wurden. Die Werte basieren nur auf dem Anteil der Personen, welche die Fragen zu Entwicklungspolitik als Erstes beantwortet haben.

Stabile Gegner*innen und instabile moderate Unterstützer*innen identifizieren sich häufiger mit der AfD und haben ein geringeres formales Bildungsniveau. Mit Blick auf Geschlecht und Alter fällt auf, dass Gegner*innen häufiger männlich sind, das Alter hingegen nur bei instabilen moderaten Unterstützer*innen eine Rolle spielt. In einer vertiefenden Analyse wurde untersucht, inwiefern verschiedene soziodemografische Merkmale mit der Zugehörigkeit zu den Einstellungstypen zusammenhängen. Als Vergleichsgruppe wurde hierbei die Gruppe der stabilen Unterstützer*innen gewählt und ermittelt, wie die anderen Gruppen sich in den Merkmalen Geschlecht, Alter, formales Bildungsniveau und Parteipräferenz von dieser Gruppe unterscheiden. Hierbei hat sich gezeigt, dass stabile Gegner*innen häufiger männlich sind als stabile Unterstützer*innen. Zwischen instabilen und stabilen Unterstützer*innen gab es keinen Unterschied nach Geschlecht. Instabile Unterstützer*innen waren etwas jünger (unter 40 Jahre) als stabile Unterstützer*innen; dieser Altersunterschied zeigt sich zwischen stabilen Gegner*innen und stabilen Unterstützer*innen nicht. Sowohl instabile Unterstützer*innen als auch stabile Gegner*innen weisen seltener ein hohes formales Bildungsniveau auf. Beide Gruppen identifizieren sich zudem häufiger mit der AfD als mit der SPD. Bei

den anderen Parteien zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen.²⁶

3.4.3 Einstellungsstärke als wichtiger Faktor, um Fluktuationen in Einstellungen zu EZ zu verstehen

Insgesamt hat die Betrachtung der Einstellungsstärke gezeigt, dass ein Großteil der Befragten zwar eine positive Einstellung gegenüber der Grundidee von EZ hat, diese Einstellung jedoch auf keinem starken Fundament steht. Vielen scheint die Informationsgrundlage zu EZ zu fehlen, und die Einstellungen basieren weniger auf tatsächlichen Überzeugungen als auf einem oberflächlichen Gefühl, dass die Thematik grundsätzlich relevant ist.

Instabile Einstellungen sind weniger handlungsleitend und leichter veränderbar, und Menschen mit instabilen Einstellungen sind empfänglicher für Gegenargumente. Für die Einstellung gegenüber EZ bedeutet dies, dass die verstärkten ökonomischen Engpässe in Kombination mit multiplen globalen Krisen und lauter werdenden Stimmen von EZ-Gegner*innen vermutlich auch deshalb einen Einfluss auf

²⁶ Die Ergebnisse wurden auf der Basis einer multinomialen logistischen Regression ermittelt. Bei den verwendeten Merkmalen handelt es sich um kategoriale Variablen, also solche, die nur eine begrenzte Anzahl von Kategorien als Ausprägung haben. Die Ergebnisse dieses Regressionsmodells geben die Wahrscheinlichkeit der Zugehörigkeit zu einem Einstellungstyp im Vergleich zu einer Vergleichsgruppe an (siehe zum Beispiel Backhaus et al., 2018, Kapitel 5). Die Koeffizienten der erklärenden (kategorialen) Variablen geben vereinfacht an, wie sich die Wahrscheinlichkeit ändert, wenn die Befragten ein bestimmtes Merkmal aufweisen (zum Beispiel „männlich“), und zwar relativ zu einer Referenzkategorie (hier „weiblich“). Eine hypothetische Interpretation könnte daher beispielsweise lauten: „Im Vergleich zu Frauen weisen Männer eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, zu den stabilen Gegner*innen zu zählen als zu den stabilen Unterstützer*innen.“ In der Analyse wurde für das Geschlecht die Referenzkategorie „weiblich“ gewählt. Das Alter wurde in fünf Gruppen aufgeteilt, mit der jüngsten Altersgruppe (18–29 Jahre) als Referenzkategorie. Das formale Bildungsniveau wurde in drei Kategorien eingeteilt, mit dem niedrigsten Bildungsniveau als Referenzkategorie. Bei der Parteipräferenz wurde die SPD als Referenzkategorie gewählt, da sie nach der jüngsten Bundestagswahl (2021) die größte Fraktion und den Bundeskanzler stellt. Die detaillierten Ergebnisse dieser Analyse sind in Abbildung 15 in Abschnitt 1.4.2 im Online-Anhang dokumentiert.

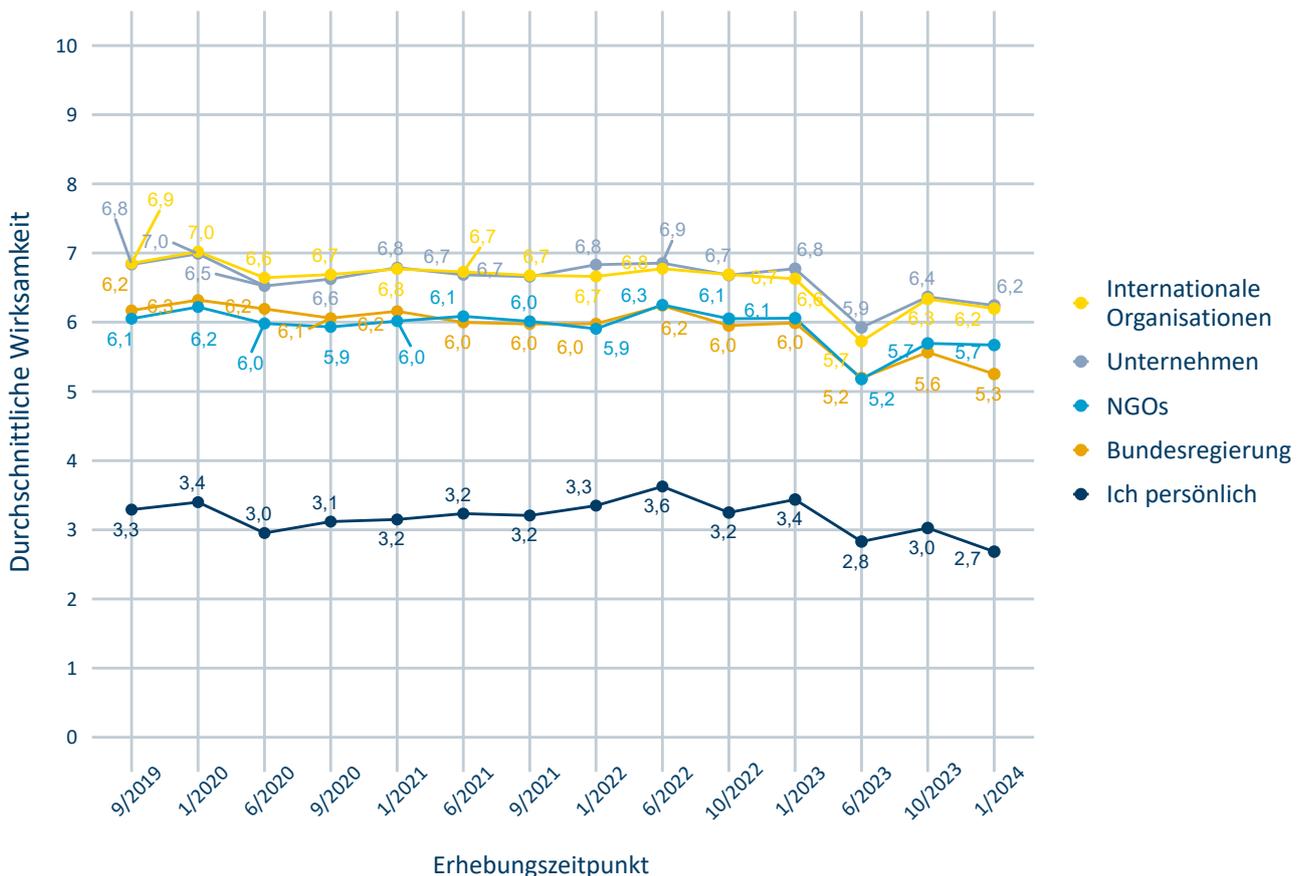
die Meinung der Bevölkerung haben, weil viele Personen keine besonders gefestigte Einstellung gegenüber EZ haben und sich diese Einstellungen somit durch externe Informationen beeinflussen lassen. Und da die Thematik nur bei einem kleinen Teil der Bevölkerung wirklich zentral verankert ist und somit nicht das eigene Verhalten leitet, könnten sich positive Einstellungen zur EZ beim Großteil der Bevölkerung nicht in aktivem Engagement widerspiegeln (siehe auch Unterkapitel 3.7).

Für zukünftige Debatten rund um die Fluktuation der Einstellungen zu EZ kann die Einstellungsstärke ein wichtiger Ausgangspunkt sein; hier sollten insbesondere das Informationsumfeld der Bevölkerung sowie die Überzeugungen zum Thema EZ Beachtung finden. Offen ist in diesem Zusammenhang, wie Informationen zur EZ bei der breiteren Bevölkerung ankommen und welche Informationen ihre Einstellung hierzu verändern, aber auch stabilisieren können. Weiterhin stellt sich beispielsweise die Frage, ob gefestigte Überzeugungen zum Thema EZ durch externe Einflüsse entstehen können oder letztlich aus den Personen selbst heraus entstehen (müssen).

3.5 Wie selbstwirksam schätzen sich die Befragten ein, und welche Wirksamkeit schreiben sie anderen entwicklungspolitischen Akteuren zu?

Vor dem Hintergrund der Agenda 2030 und ihrer 17 SDGs ist auch das Gefühl der Bevölkerung, selbst etwas bewirken zu können, ein wichtiger Indikator im Bereich Engagement für Entwicklungspolitik und nachhaltige Entwicklung. Dieses Gefühl, das in der Psychologie als Selbstwirksamkeit bezeichnet wird (siehe Bandura, 1982), hat einen entscheidenden Einfluss auf das entwicklungspolitische Engagement (Schneider und Gleser, 2018; Schneider et al., 2022). In den DEL-Erhebungen wird daher sowohl nach der gefühlten entwicklungspolitischen Selbstwirksamkeit gefragt als auch nach der Wirksamkeit, die verschiedenen entwicklungspolitischen Akteuren bei der Bekämpfung globaler Armut zugeschrieben wird.

Die entwicklungspolitische Selbstwirksamkeit ist in der Bevölkerung weiterhin gering und geht sogar zurück. In der jüngsten Erhebung im Januar 2024 lag der Durchschnitt bei 2,7 (auf einer Skala von 0 bis 10; siehe Abbildung 16). Dies stellt den geringsten Wert des gesamten Untersuchungszeitraumes dar; seit Juni 2022 – dem Zeitpunkt mit dem höchsten durchschnittlichen Selbstwirksamkeit (3,6) – sinkt die geschätzte Selbstwirksamkeit mit leichten Schwankungen.

Abbildung 16 Geschätzte Wirksamkeit verschiedener Akteure in der Entwicklungspolitik

Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEL-Tracker und DEL-Panel. Dargestellt sind Mittelwerte. Die Frage lautete: „Wie viel kann jeder der folgenden Akteure bei der Bekämpfung von Armut in armen Ländern Ihrer Meinung nach bewirken?“ Antwortskala: von 0 = „kann überhaupt nichts bewirken“ bis 10 = „kann sehr viel bewirken“. Der Skalenwert 5 stellt die Skalenmitte dar.

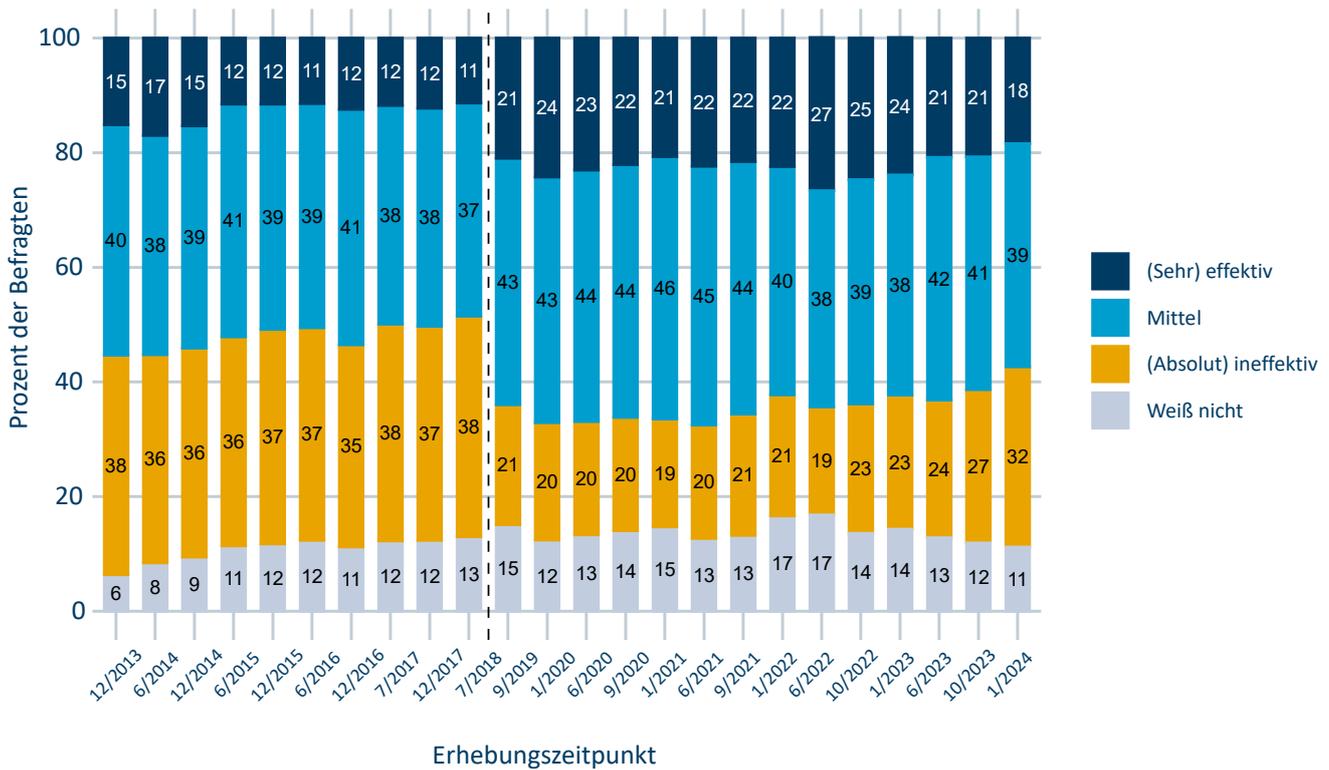
Den übrigen abgefragten Akteuren wird ein deutlich stärkerer Einfluss zugeschrieben, wobei Unternehmen und internationale Organisationen mit einer durchschnittlich zugeschriebenen Wirksamkeit von jeweils 6,2 auf der Skala von 0 bis 10 den höchsten Wert erhalten. NGOs und die Bundesregierung liegen etwas darunter (Durchschnitt 5,7 beziehungsweise 5,3). Seit Januar 2023 ist für diese Akteure ein Absinken und anschließend wieder ein leichter Anstieg der zugeschriebenen Wirksamkeit zu beobachten. Das Niveau der Periode vor Januar 2023 wird allerdings nicht wieder erreicht. Der Rückgang sowohl der geschätzten eigenen als auch der den verschiedenen Akteuren zugeschriebenen Wirksamkeit könnte wiederum auf die in der Einleitung diskutierte politische Lage während der Datenerhebungen zurückzuführen sein.

3.6 Wie wirksam schätzen die Befragten die deutsche EZ ein?

Auch die geschätzte Wirksamkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geht in den Erhebungswellen seit Januar 2022 (nach einem leichten Anstieg im Juni 2022) stetig zurück.²⁷ Wie Abbildung 17 zeigt, steigt insbesondere der Anteil der Gruppe, die die EZ als „(absolut) ineffektiv“ einschätzt, von rund 19 Prozent im Juni 2022 auf 32 Prozent im Januar 2024 (+13 Prozentpunkte), während der Anteil der Gruppe, die die Beurteilung „(sehr) effektiv“ vergibt, von 27 auf 18 Prozent absinkt (-9 Prozentpunkte).

²⁷ Der DEL-Tracker vom Januar 2022 war die letzte DEL-Erhebungswelle, die in den Meinungsmonitor 2022 einfluss (siehe Schneider et al., 2022, Kapitel 2).

Abbildung 17 Einschätzung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit (2013–2024)



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: AAT-Panel bis 7/2018 sowie DEL-Tracker und DEL-Panel 2019 bis 2024. N AAT-Panel ≈ 6.000, N DEL-Tracker ≈ 1.000, N DEL-Panel ≈ 6.000. Die DEL-Tracker-Erhebungen gehen im Januar und Juni ins Feld, Panel-Erhebungen im September/Oktober. Gewichtete Daten. Die Frage lautete: „Wie effektiv sind Ihrer Meinung nach im Großen und Ganzen die finanziellen Unterstützungen der Regierung für Entwicklungszusammenarbeit? Benutzen Sie bitte eine Skala von 0 bis 10, wobei 0 „absolut ineffektiv“ und 10 „sehr effektiv“ bedeutet.“ Der Übergang vom AAT zum DEL wird durch die senkrechte gestrichelte Linie markiert.²⁸

Die seit 2022 zunehmenden Vorbehalte hinsichtlich der Wirksamkeit von EZ entsprechen dem beobachteten Rückgang der Unterstützung für EZ. Auch für diese Entwicklung dürften die weltpolitische Lage, die ökonomische Entwicklung in Deutschland sowie die öffentliche Debatte über Entwicklungspolitik eine Rolle spielen. Wenngleich das Thema „Wirksamkeit der EZ“ in der Vergangenheit bereits in der öffentlichen Debatte relevant war und kontrovers diskutiert wurde, betraf die Kritik an der EZ im Winter 2023/24 auch ihre Wirksamkeit (z. B. Buchsteiner, 2023).

3.7 Wie engagieren sich die Befragten entwicklungspolitisch?

Neben der öffentlichen Unterstützung für Entwicklungspolitik sind entwicklungspolitische Akteure daran interessiert, dass sich die Bürger*innen auch persönlich für entwicklungspolitische Ziele und Organisationen engagieren. Das BMZ hat daher eine eigene Strategie zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit formuliert (BMZ, 2023b).

²⁸ Aufgrund einer grundlegenden Änderung in der Fragebogenstruktur muss ein sogenannter Reihenfolgeeffekt (Oldendick, 2008; Schuman und Presser, 1996) vermutet werden. Die Grundidee ist dabei, dass vorausgehende Fragen Bewertungskriterien aktivieren können, die dann bei der Beantwortung der folgenden Frage herangezogen werden (siehe dazu auch die Diskussion zu Reihenfolgeeffekten im Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2022 (Schneider et al., 2022, Kapitel 2)). Im vorliegenden Fall führt der Reihenfolgeeffekt vermutlich dazu, dass die Wirksamkeit der EZ in den DEL-Erhebungen im Schnitt positiver bewertet wird als in den AAT-Erhebungen.

Auch zivilgesellschaftliche Organisationen fördern Engagement und sind in ihrer Advocacy-Arbeit, ihrem Fundraising und häufig auch in der Projektarbeit darauf angewiesen. Länder und Kommunen unterstützen ebenfalls (dezentrales)

entwicklungspolitisches Engagement. Entwicklungspolitische Akteure benötigen daher ein differenziertes Bild darüber, welche Engagementformen die Bevölkerung nutzt und wie sich die Nutzung über die Zeit verändert.

Abbildung 18 Entwicklungspolitisches Engagement im Zeitverlauf



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Tracking, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im Januar 2023, Juli 2023 und Januar 2024. N pro Erhebung ≈ 2.000. Die Frage lautete: „Sind Sie in den letzten 12 Monaten aktiv geworden, um Menschen in Entwicklungsländern zu unterstützen?“ Die Befragten konnten eine beliebige Anzahl an Engagementformen auswählen.

Für den Meinungsmonitor 2024 wurde eine neue, differenziertere Fragebatterie entwickelt, um entwicklungspolitisches Engagement in der Bevölkerung zu erfassen. Im Vergleich zum Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2022 (Schneider et al., 2022, Kapitel 3) erlaubt diese Batterie eine umfassendere Darstellung des entwicklungspolitischen Engagements – vor allem im Bereich des nicht-monetären Engagements (z. B. Aktivitäten in sozialen Medien und in entwicklungspolitischen Organisationen). Zudem wird direkt nach Aktivitäten zur Unterstützung von Menschen in Ländern des globalen Südens gefragt. Abbildung 18 stellt die Ergebnisse für die drei bislang vorliegenden Erhebungen dar.

Die Mehrheit der Befragten gibt an, sich in den letzten 12 Monaten nicht entwicklungspolitisch engagiert zu haben. Dieser Anteil liegt in den drei vorliegenden Erhebungen bei 55 bis 57 Prozent. Dies deckt sich mit den Analysen im Meinungsmonitor 2022 (Schneider et al., 2022, Kapitel 3.4) und steht im Einklang mit dem Befund aus Unterkapitel 3.4 dieses Berichts, dass ein Großteil der Befragten instabile Einstellungen hat, die sich folglich eher nicht in konkretem Verhalten und entwicklungspolitischem Engagement widerspiegeln.

Diskussionen über Themen aus dem Bereich Entwicklungspolitik, EZ und weltweite Armut im sozialen Umfeld stellen die am häufigsten genannte Engagementform dar (18 bis 20 % der Befragten). Weitere häufiger genutzte Engagementformen sind Spenden, konsumbezogene Aktivitäten (Konsum- und Boykottentscheidungen) und Interaktionen in sozialen Medien. Konsumententscheidungen wurden dabei von 13 bis 16 Prozent der Befragten genannt, Spenden und Interaktionen in sozialen Medien von 11 bis 12 Prozent. Aufwändigere Engagementformen wie Ehrenämter in entwicklungspolitischen Organisationen und Freiwilligendienste im Ausland wurden hingegen kaum genannt.²⁹ Die geringen Änderungen über die drei Erhebungen hinweg legen nahe, dass es keinen Zusammenhang zwischen den politischen Entwicklungen des Jahres 2023 und der Nutzung einzelner Formen des entwicklungspolitischen Engagements gibt.

3.8 Schlussfolgerung: Die deutsche Entwicklungspolitik ist am Scheideweg

Die Ergebnisse dieses Kapitels zeigen, dass sich die öffentliche Meinung zu Entwicklungspolitik in Deutschland seit Anfang 2022 verändert. Dies spiegelt sich vor allem in der rückläufigen generellen Unterstützung der Bevölkerung für EZ und der schwindenden Zustimmung für die aktuellen EZ-Ausgaben der Bundesregierung wider. Die steigenden Zweifel an der Wirksamkeit der EZ und eine geringere Zustimmung zu einer moralischen Verpflichtung gegenüber den Ländern des globalen Südens legen ebenfalls nahe, dass die Bevölkerung zurückhaltender im Hinblick auf das entwicklungspolitische Engagement Deutschlands wird. Auch andere Erhebungen und Studien zeigen eine solche Veränderung der öffentlichen Meinung.³⁰ Diese Veränderungen fallen in einen Zeitraum, in dem die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik vor großen Herausforderungen steht (z. B. Ukraine, Lage in Nahost, globale Spannungen zwischen dem Westen auf der einen Seite und China und Russland, aber auch Staaten des globalen Südens auf der anderen), die Regierung zugleich aber auch durch innenpolitische Entwicklungen unter Druck steht. In diesem Zusammenhang erfährt auch die Entwicklungspolitik höhere Aufmerksamkeit, wie die Analyse der Plattform Twitter/X zeigt. Inmitten dieser Herausforderungen kündigte die Bundesregierung an, künftig auf eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik zu setzen.

Vor diesem Hintergrund scheint der bisherige breite Konsens in der Bevölkerung zur EZ zu erodieren, wobei er jedoch noch weiterhin besteht. Die Daten deuten darauf hin, dass die Bevölkerung angesichts einer angespannten Haushaltslage, finanzieller Herausforderungen für Privathaushalte, aber auch öffentlicher Kritik an konkreten EZ-Ausgaben – beispielsweise Finanzierung von Maßnahmen in Afghanistan oder in Gaza, aber auch die mediale Diskussion um Maßnahmen zur Klimaanpassung in Peru – zunehmend hinterfragt, wohin Steuermittel fließen. Bislang wird die EZ noch unterstützt,

²⁹ Die im Vergleich zu den DEL-Daten durchschnittlich geringeren Anteilswerte (siehe Schneider et al., 2022, Abschnitt 3.1) dürften zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass in der hier verwendeten Frage direkt nach der Unterstützung von Menschen in Ländern des globalen Südens gefragt wurde, während im DEL-Fragebogen generell von Armut und Entwicklung in der Welt gesprochen wird.

³⁰ Beispielsweise deutete bereits die Erhebung des Eurobarometers im Mai/Juni 2023 für Deutschland darauf hin, dass Teile der Bevölkerung es zunehmend weniger als Aufgabe Deutschlands und der EU sehen, Armut in Ländern des globalen Südens zu bekämpfen, und dass die Wirksamkeit der EU in der Förderung nachhaltiger Entwicklung im globalen Süden als geringer wahrgenommen wird (Eurobarometer, 2023). Auch die beiden Erhebungen der Studie des Forschungsinstituts polytix für das BMZ im Juli und November 2023 haben gezeigt, dass die Zustimmung zu EZ-Ausgaben rückläufig ist und in der Bevölkerung nationale Interessen zunehmend stärker gewichtet werden (Faltas et al., 2024).

wenngleich die Einstellungen hierzu bei einem Großteil der Bevölkerung als instabil eingestuft werden können und die Unterstützung folglich auf wackeligen Beinen steht. Das Ob der EZ steht also (noch) nicht infrage, das Was, Wie und Wo hingegen schon (siehe auch Faust, 2024). Dies zeigt sich beispielsweise in der schwindenden Überzeugungskraft von Motiven für die EZ, die das Narrativ einer „EZ zur Bewältigung globaler Herausforderungen“ betreffen. Im Zusammenspiel mit der Skepsis der Bevölkerung mit Blick auf das Erreichen der Agenda-2030-Ziele und der Möglichkeit, hierzu eigene Beiträge leisten zu können (siehe Schneider et al., 2024), sollte dies als Warnsignal an entwicklungspolitische Akteure verstanden werden. In den Implikationen in Kapitel 5 wird näher darauf eingegangen, wie ein Umgang mit diesen Herausforderungen aussehen könnte.

4.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE
EINSTELLUNGEN IM KONTEXT
SICHERHEITSPOLITISCHER
HERAUSFORDERUNGEN
UND FEMINISTISCHER
ENTWICKLUNGSPOLITIK

4.1 Überblick über das Kapitel

Die komplexen Herausforderungen unserer Zeit machen es auch erforderlich, die entwicklungspolitischen Einstellungen der Bevölkerung im außen- und sicherheitspolitischen Kontext sowie vor dem Hintergrund des Leitbildes einer feministischen Entwicklungspolitik zu verstehen. Daher müssen nicht nur kontinuierlich generelle entwicklungspolitische Einstellungen erfasst (siehe Kapitel 3), sondern diese auch detaillierter im Kontext (1) der öffentlichen Wahrnehmungen und Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik generell, (2) des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und anderer globaler Krisen und Konflikte sowie (3) des strategischen Leitbildes der feministischen Entwicklungspolitik betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund werden im folgenden Vertiefungsteil folgende Fragestellungen untersucht:

Welche übergreifenden außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen hat die Bevölkerung Deutschlands, und wie hängen diese mit spezifischen entwicklungspolitischen Einstellungen zusammen?

In Unterkapitel 4.2 wird zunächst der Frage nachgegangen, welche generellen Einstellungen die Bevölkerung Deutschlands zu Außen- und Sicherheitspolitik hat, wie sich diese Einstellungen je nach politischer Orientierung unterscheiden und in welchem Zusammenhang sie zu Einstellungen zu EZ stehen. Diese Analysen erlauben es, besser zu verstehen, welches Vorgehen die Bevölkerung in der internationalen Politik unabhängig von aktuellen Sachfragen unterstützt und welche Rolle die Entwicklungspolitik beziehungsweise EZ dabei spielt. Die Analysen dienen gemeinsam mit den Ergebnissen des Monitoring-Kapitels (Kapitel 3) als Hintergrund zur Einordnung der nachfolgenden Untersuchungen.

Wie verhalten sich Einstellungen zur EZ im Kontext des Krieges gegen die Ukraine und weiterer internationaler Krisen sowie wirtschaftlicher Herausforderungen?

In Unterkapitel 4.3 wird der Fokus auf Einstellungen zu Entwicklungspolitik im Kontext des russischen Angriffs auf die Ukraine und genereller sicherheitspolitischer Herausforderungen gerichtet. Diese wirken sich auch auf die Entwicklungspolitik aus. Umgekehrt muss in einer umfassenden Sicherheitspolitik auch die Entwicklungspolitik berücksichtigt werden (siehe Auswärtiges Amt, 2023b). In beiden Fällen spielen die Einstellungen der Bevölkerung eine wichtige Rolle. In einem ersten Schritt wird daher deskriptiv untersucht, welche Einstellung die Bevölkerung zu verschiedenen Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine und zu Maßnahmen im Kontext genereller sicherheitspolitischer Herausforderungen hat. In einem zweiten Schritt wird dann experimentell beleuchtet, welchen Einfluss die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage und Informationen zu Partnerländern auf die EZ-Unterstützung haben. Die Annahme ist, dass mit steigenden Sorgen über die eigene und die nationale wirtschaftliche Lage auch die Zustimmung zu EZ zurückgeht. In einem dritten Schritt schließlich werden im Rahmen eines Conjoint-Experiments die konkreten Länderpräferenzen der Bürger*innen unter Berücksichtigung nationaler Eigeninteressen und geopolitischer Faktoren untersucht.

Wie wird eine feministische Entwicklungspolitik, auch im Kontext globaler Herausforderungen, wahrgenommen und unterstützt?

Unterkapitel 4.4 geht schließlich auf die Meinungen und Einstellungen zu feministischer Entwicklungspolitik ein. Seit dem Antritt der „Ampelkoalition“ aus SPD, Grünen und FDP im Dezember 2021 orientiert sich die deutsche Entwicklungspolitik an diesem Leitbild und möchte damit die Rechte, Repräsentanz und Ressourcen von Frauen, Mädchen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen in den Ländern des globalen Südens durch die EZ stärken (BMZ, 2023a). Durch den Begriff „Feminismus“ und Forderungen nach Gleichberechtigung und Gleichstellung bietet feministische Entwicklungspolitik allerdings Angriffspunkte für (rechts-)populistische Akteure (zum Zusammenhang zwischen Populismus und Feminismus siehe z. B. Abi-Hassan, 2017; Kantola und Lombardo, 2019). Auch an dieser Stelle ist daher das Einstellungsbild in der Bevölkerung ein wichtiger Aspekt. Konkret wird untersucht, was die Bevölkerung unter feministischer Entwicklungspolitik, ihren Inhalten und Zielen versteht, ob sie diese unterstützt, wie gefestigt die Einstellungen zu feministischer Entwicklungspolitik sind und inwiefern sich die Wahrnehmung und Zustimmung zu feministischer Entwicklungspolitik und ihren Inhalten im Kontext aktueller globaler Herausforderungen verändert.

Zusammengenommen sollen die Ergebnisse des Vertiefungsteils entwicklungspolitische Akteure dabei unterstützen, in innen- und außenpolitisch herausfordernden Zeiten im Hinblick auf sicherheitspolitische Herausforderungen und das Leitbild einer feministisch ausgerichteten Entwicklungspolitik evidenzbasiert mit der Bevölkerung zu kommunizieren und die eigenen Strategien vor dem Hintergrund der Einstellungen in der Bevölkerung kritisch zu reflektieren.

4.2 Entwicklungspolitische Einstellungen im Kontext von Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik

Vier außen- und sicherheitspolitische Einstellungsdimensionen



Unterschiede zwischen Anhänger*innen verschiedener Parteien

- Kooperativer Internationalismus und globale Gerechtigkeit werden von Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen durchschnittlich am stärksten befürwortet, von Anhänger*innen der AfD am schwächsten
- Militanter Internationalismus erfährt von Anhänger*innen der Parteien CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen durchschnittlich den stärksten Zuspruch, von Anhänger*innen der Partei Die Linke den schwächsten
- Ein isolationistischer Ansatz in der Außenpolitik wird von Anhänger*innen der AfD durchschnittlich am stärksten befürwortet, von Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen am schwächsten

Zusammenhänge mit Einstellungen zu Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit

Befürwortung von ...

hängt zusammen mit:



kooperativem Internationalismus

Unterstützung



globaler Gerechtigkeit

Unterstützung



Isolationismus

Ablehnung



Erhöhung der EZ-Ausgaben



Konkrete EZ-Maßnahmen



Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine



Feministische Entwicklungspolitik

Insbesondere in Zeiten multipler globaler Krisen müssen die verschiedenen Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik – Entwicklungspolitik, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Handelspolitik und Diplomatie – kohärent gestaltet und auch die öffentliche Meinung bereichsübergreifend erfasst werden. Es genügt nicht, die öffentliche Meinung zu Entwicklungspolitik isoliert zu betrachten. Vielmehr ist für entwicklungspolitische Akteure ein umfassenderes Bild außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen sowie die Verortung entwicklungspolitischer Einstellungen darin hilfreich.

Eine Betrachtung der generellen außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen erlaubt Rückschlüsse darauf, welche konkreten außenpolitischen Maßnahmen von der Bevölkerung oder Bevölkerungsteilen befürwortet werden und welche nicht. Dadurch können politische Spannungsfelder aufgedeckt und der Handlungsspielraum abgesteckt werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Annahme, dass generelle Einstellungen zu Außenpolitik im Vergleich zu den Einstellungen zu tagesaktuellen politischen Entscheidungen stabiler sind (z. B. Mader und Schoen, 2023).

Zu Beginn des Vertiefungsteils stehen deshalb die generellen Einstellungen zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im Fokus. Die Leitfragen für die folgenden Analysen lauten:

1. Welche generellen Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik hat die Bevölkerung?
2. Welche Unterschiede finden sich in den Einstellungen der Bevölkerung zu Außen- und Sicherheitspolitik entlang der politischen Orientierung?
3. Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik und Einstellungen zu Entwicklungspolitik?

Um ein detailliertes Bild der Einstellungen zu Außenpolitik zu zeichnen, wurde bei der Datenerhebung auf das Modell von Gravelle et al. (2017) zurückgegriffen. Die Autoren dieses Modells komprimieren die bisherige wissenschaftliche Literatur zu Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik (u. a. Holsti und Rosenau, 1990; Hurwitz und Peffley, 1987;

Wittkopf, 1986) und ergänzen die traditionellen Bereiche „internationale Zusammenarbeit“ und „militärische Stärke“ um isolationistische Haltungen und Fragen der globalen Gerechtigkeit, Solidarität und Umverteilung. Konkret besteht das Modell aus den vier Dimensionen „kooperativer Internationalismus“ (*cooperative internationalism*), „Isolationismus“ (*isolationism*), „militanter Internationalismus“ (*militant internationalism*) und „globale Gerechtigkeit“ (*global justice*). Da jede Dimension über mehrere Fragestellungen (Items) erfasst wird, erlaubt das Modell, die Einstellungen präziser zu ermitteln, als dies bei einer Erfassung durch Einzelitems der Fall wäre (siehe z. B. Ansolabehere et al., 2008).³¹ Inhaltlich charakterisiert sind die vier Dimensionen wie folgt (die exakten Formulierungen der Items sind in Tabelle 15 im Abschnitt 2.1.1 im Online-Anhang dokumentiert):

1. **Kooperativer Internationalismus** bildet die Befürwortung von internationaler Zusammenarbeit (insbesondere in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen), Diplomatie und Streben nach Konsens und Frieden ab (Beispiel-Item: „Deutschland sollte enger mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen zusammenarbeiten“).
2. **Isolationismus** erfasst den Wunsch, dass sich der eigene Staat aus internationalen Angelegenheiten heraushält – insbesondere, wenn dadurch Nachteile für die eigene Bevölkerung zu befürchten sind (Beispiel-Item: „In der internationalen Politik sollte sich Deutschland um seine eigenen Angelegenheiten kümmern“).
3. **Militanter Internationalismus** beschreibt die Prämisse, dass der Staat militärische Stärke besitzen beziehungsweise aufrechterhalten und auch im Ausland im Falle von Konflikten militärisch eingreifen sollte (Beispiel-Item: „Deutschland braucht ein starkes Militär, um in der internationalen Politik etwas erreichen zu können“).
4. **Globale Gerechtigkeit** erfasst schließlich, wie stark die Bevölkerung befürwortet, finanzielle Mittel global umzuverteilen, um Armut zu bekämpfen. Sie hat Berührungspunkte mit dem Konzept der globalen Solidarität und entspricht der generellen Unterstützung für EZ (Beispiel-Item: „Deutschland sollte mehr Geld für Entwicklungshilfe ausgeben“).

³¹ Zur Berechnung der Einstellungsdimensionen wurde in einem ersten Schritt mittels eines *exploratory structural equation model* (ESEM) überprüft, ob die Einstellungsstruktur den Ergebnissen aus Gravelle et al. (2017) entspricht. Dies war der Fall. Um anschließend die Summenindizes zu berechnen, wurden die zu einer Dimension zugehörigen Items addiert und auf einen Wertebereich von 1 bis 7 skaliert. Höhere Werte bedeuten stärkere Zustimmung zur jeweiligen Einstellungsdimension. Die Analyse ist in Abschnitt 2.1.2 im Online-Anhang dokumentiert.

4.2.1 Die Befragten stimmen den Konzepten des kooperativen Internationalismus und des Isolationismus am stärksten zu, dem Konzept der globalen Gerechtigkeit am wenigsten

In der Gesamtstichprobe findet kooperativer Internationalismus bei den Befragten die höchste Zustimmung. Der Durchschnittswert von rund 4,9 auf einer Skala von 1 bis 7 liegt deutlich über der Skalenmitte von 4. Internationale Zusammenarbeit wird folglich auch in globalen Krisenzeiten befürwortet. Diese hohe Zustimmung korrespondiert mit dem Selbstverständnis Deutschlands als Zivilmacht, die sich für eine regelbasierte internationale Ordnung sowie Multilateralismus engagiert und zurückhaltend gegenüber dem Einsatz militärischer Mittel ist (siehe z. B. Maull, 2015). Entlang der Parteiidentifikation finden sich dabei leichte Unterschiede (Abbildung 19); insgesamt befürworten jedoch die Sympathisant*innen aller Parteien ebenso wie Personen ohne Parteipräferenz einen kooperativen Ansatz in der internationalen Politik. Einzig die AfD-Anhänger*innen weichen deutlich davon ab und drücken hier eine neutrale Haltung aus.

Isolationismus findet mit einem Durchschnittswert von 4,5 ebenfalls hohe Zustimmung bei den Befragten. Dieser Befund deutet auf ein mögliches Spannungsfeld zwischen der Bevölkerungsmeinung und nach außen orientierten Maßnahmen der Bundesregierung hin – etwa der feministischen Ausrichtung der Außen- und Entwicklungspolitik (Auswärtiges Amt, 2023a; BMZ, 2023a). Am stärksten befürworten AfD-Anhänger*innen einen isolationistischen Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik, die geringste Befürwortung findet sich bei den Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen. Die Anhänger*innen der übrigen Parteien bewegen sich zwischen diesen beiden Polen.

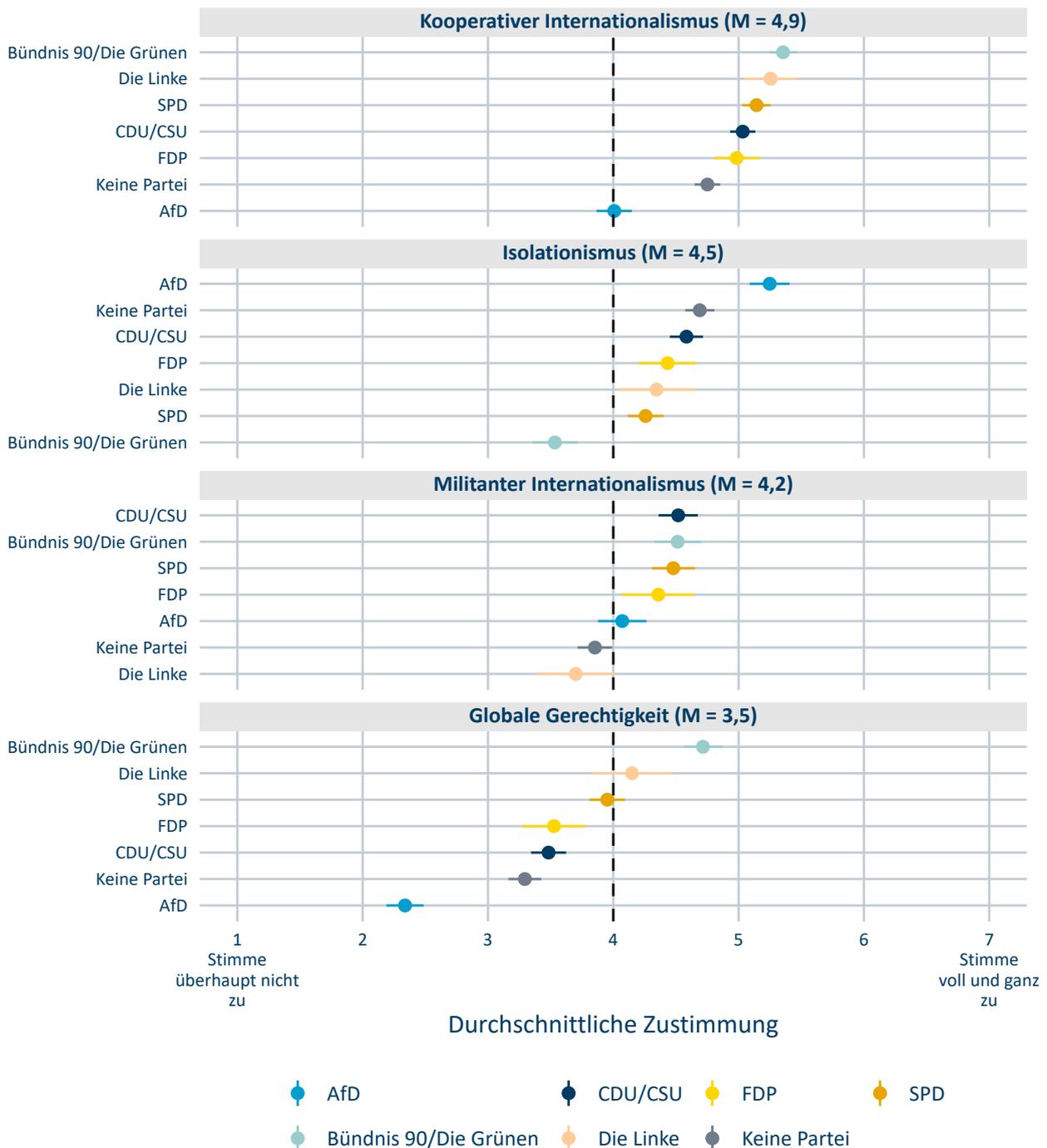
Auch militanter Internationalismus erfährt mit einem Durchschnittswert von 4,2 eine leicht positive Zustimmung bei den Befragten. Dies mag angesichts der Zurückhaltung Deutschlands gegenüber militärischen Maßnahmen überraschen, könnte aber auch in einem Zusammenhang mit der veränderten Sicherheitslage infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine stehen.³² Auffällig ist darüber hinaus, dass neben

Sympathisant*innen der CDU/CSU die Anhänger*innen der Grünen diesen außen- und sicherheitspolitischen Handlungsansatz am stärksten befürworten. Das ist überraschend, da die Partei eng mit der Friedensbewegung verbunden ist (z. B. Mende, 2011). Die Unterschiede zu den übrigen Parteien der Ampelkoalition und den Unionsparteien sind jedoch gering. Dies dürfte dem Konsens dieser Parteien im Hinblick auf die Unterstützung der Ukraine und der aus dem russischen Angriffskrieg resultierenden Bedeutung militärischer Handlungsfähigkeit geschuldet sein. Die geringste Zustimmung äußern die Sympathisant*innen der Linken, eine Partei, die militärischem Handeln generell kritisch gegenübersteht.

Globale Gerechtigkeit – die Dimension, die konzeptionell in etwa der Befürwortung von EZ entspricht – findet mit einem Durchschnittswert von 3,5 die geringste Zustimmung unter den Befragten. Der Durchschnittswert liegt hier deutlich unter der Skalenmitte (4). Dies lässt auf eine über alle Befragten hinweg eher ablehnende Position schließen. Für entwicklungspolitische Akteure bedeutet dieser Befund, dass ihr Politikfeld im Vergleich zu anderen Handlungsbereichen der Außen- und Sicherheitspolitik in der öffentlichen Meinung einen schwereren Stand hat. Doch zeigen sich auch hier die von Analysen zur EZ-Unterstützung bekannten Unterschiede entlang der politischen Präferenzen (u. a. Schneider und Gleser, 2018; Schneider et al., 2022): hohe Zustimmung bei Anhänger*innen der Parteien Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, durchschnittliche Zustimmung bei SPD-Anhänger*innen, geringere Zustimmung bei jenen von CDU/CSU und FDP und sehr geringe Zustimmung bei den AfD-Sympathisant*innen (Abbildung 19, untere Grafik).

³² Mader und Schoen (2023) berichten jedoch, dass generelle außenpolitische Orientierungen vor und nach Beginn des Ukraine-Krieges relativ stabil waren.

Abbildung 19 Einstellung zu Außen- und Sicherheitspolitik nach Parteiidentifikation



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung durch ResponDi/Bilendi im Juni/Juli 2023 (N = 2.050). M = durchschnittliche Zustimmung der Gesamtstichprobe. Dargestellt sind Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervallen. Die senkrechte gestrichelte Linie stellt den Mittelpunkt der berechneten Zustimmungssindizes dar und drückt eine neutrale Haltung zur jeweiligen Einstellungsdimension aus. Zum Hintergrund der Einstellungsdimensionen siehe Gravelle et al. (2017). Die für die Dimensionen herangezogenen Items und Analysen sind in Tabelle 15 und 16 in Abschnitt 2.1 im Online-Anhang dokumentiert.

4.2.2 Befragte, die kooperativen Internationalismus und globale Gerechtigkeit befürworten, unterstützen auch stärker verschiedene entwicklungspolitische Maßnahmen

Über generelle Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik lassen sich spezifischere Einstellungen zu Entwicklungspolitik/EZ vorhersagen. Erstens bestehen – wie Abbildung 20 zeigt – mittelstark bis stark positive Zusammenhänge zwischen der Befürwortung von globaler Gerechtigkeit und der Zustimmung zu Maßnahmen der EZ und humanitären Hilfe, zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtsstaatlichen Entwicklung in der Ukraine sowie zu einer feministischen Entwicklungspolitik. Anders ausgedrückt: Befragte, die globale Gerechtigkeit und Umverteilung befürworten, sprechen sich auch für konkrete EZ-Maßnahmen aus. Das gleiche Muster trifft auch auf kooperativen Internationalismus zu – je höher die Zustimmung zu dieser generellen Dimension von Außen- und Sicherheitspolitik, desto stärker wird auch den verschiedenen spezifischen entwicklungspolitischen Maßnahmen zugestimmt. Befürworten Befragte hingegen einen isolationistischen Ansatz, unterstützen sie auch in geringerem Ausmaß die verschiedenen entwicklungspolitischen Maßnahmen. Zwischen militantem Internationalismus und der Einstellung zu EZ finden sich schwach positive Zusammenhänge. Die Befürwortung militärischer Stärke und die Zustimmung zu entwicklungspolitischen Maßnahmen schließen sich folglich nicht aus, sind aber nicht zwangsläufig miteinander verknüpft.³³

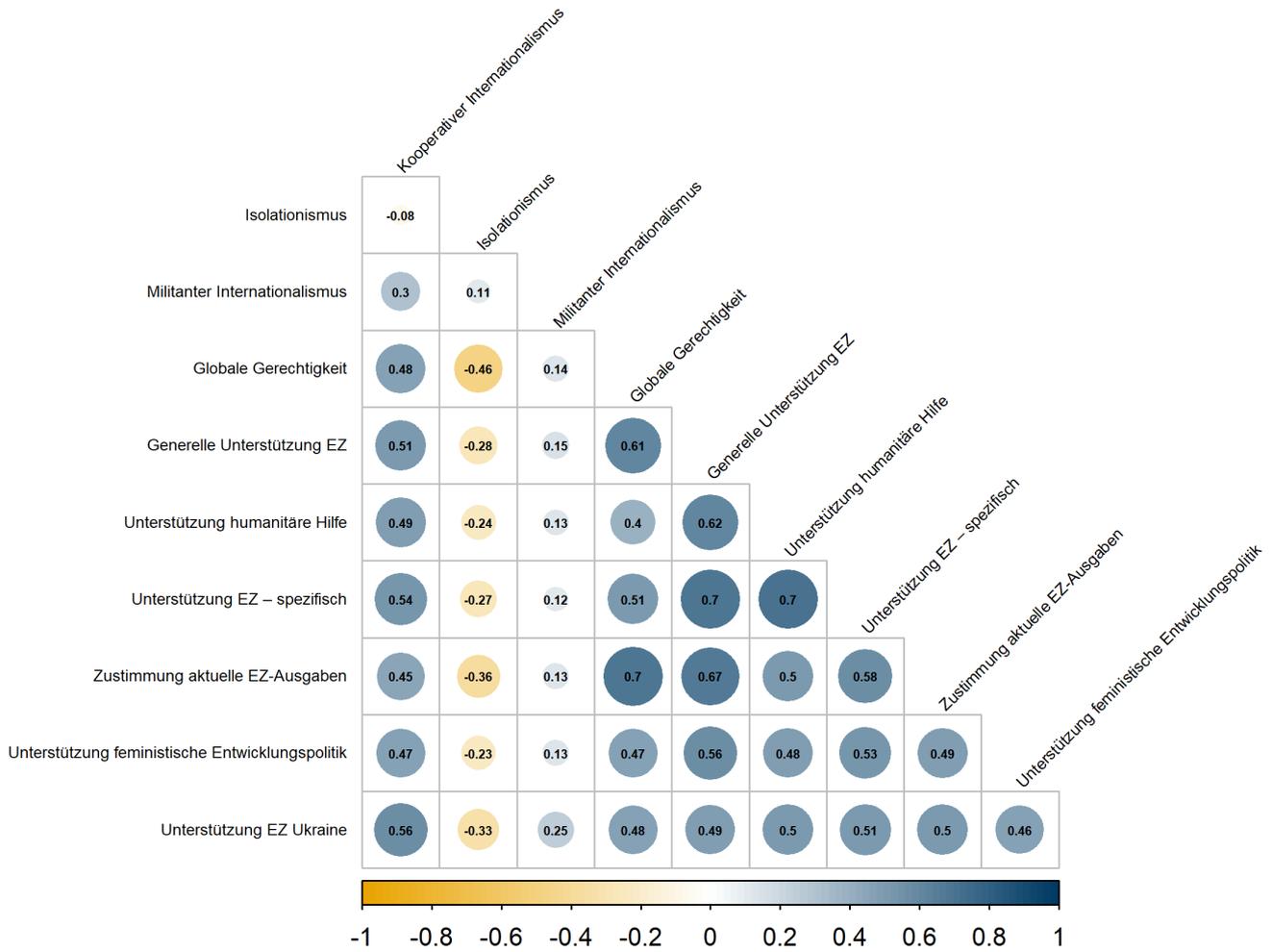
Zusammengefasst zeigen die Ergebnisse, dass die Befragten in weiten Teilen und über beinahe das gesamte politische Spektrum hinweg internationale Zusammenarbeit (also kooperativen Internationalismus) sowie militärische Stärke (militanten Internationalismus) befürworten; die gleichzeitig hohe Zustimmung zu einer isolationistischen Außenpolitik, die Unterschiede in der Zustimmung zur Dimension der globalen Gerechtigkeit sowie die deutlich abweichende Einstellung unter AfD-Sympathisant*innen

illustrieren aktuelle und mögliche zukünftige Spannungsfelder. Die empirischen Befunde spiegeln die politischen Positionen in jüngeren außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Debatten wider. Hierzu zählen die Diskussion um Deutschlands Unterstützung für die Ukraine seit Februar 2022 und die kontroverse öffentliche Diskussion zu Entwicklungspolitik im Winter 2023/2024. Letztere erfolgte nicht nur zwischen Regierung und Opposition, sondern auch innerhalb der Regierungskoalition. Für die deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik implizieren die Befunde zu kooperativem und militantem Internationalismus einerseits auf einer generellen Ebene Rückhalt in der Bevölkerung, etwa im Hinblick auf die Ukraine-Politik, die Rolle der Streitkräfte und die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Andererseits deuten die Daten hinsichtlich der Entwicklungspolitik allgemein und auch mit Blick auf konkrete entwicklungspolitische Maßnahmen auf eine größere Streuung der Einstellungen in der Bevölkerung hin, und zwar nicht nur zwischen Sympathisant*innen der Regierungsparteien und jenen der Oppositionsparteien, sondern auch zwischen den Anhänger*innen der drei Koalitionsparteien. Hinzu kommen die hohe Zustimmung zu einer isolationistischen Außen- und Sicherheitspolitik über beinahe das gesamte politische Spektrum hinweg und die Sonderstellung der AfD-Anhänger*innen; Letztere befürworten besonders stark einen isolationistischen Ansatz in der Außen- und Sicherheitspolitik und sind zugleich am zurückhaltendsten bei den Dimensionen „kooperativer Internationalismus“ und „globale Gerechtigkeit“. Da sich internationale Konflikte in absehbarer Zeit kaum beruhigen werden und außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Themen sowohl eine ressortübergreifende Bearbeitung verlangen als auch weiterhin hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfahren dürften, können sich solche Spannungsfelder künftig noch verstärken. Dies gilt insbesondere angesichts der zahlreichen Wahlen, die in den Jahren 2024 und 2025 anstehen und des damit verbundenen Bedürfnisses der Parteien, den Wähler*innen ihre politischen Positionen zu vermitteln.³⁴

³³ Weitere Zusammenhangsanalysen zeigen, dass mit hoher Zustimmung zu kooperativem Internationalismus auch eine hohe Zustimmung zu globaler Gerechtigkeit (Pearsons $r = 0,48$) und militantem Internationalismus (Pearsons $r = 0,32$) einhergeht. Dies verdeutlicht die enge Verknüpfung außenpolitischer Handlungsfelder aus Sicht der Bevölkerung. Einzig Isolationismus weicht von diesem Muster ab. Befragte, die es befürworten, dass sich Deutschland aus dem internationalen Geschehen heraushält und lediglich auf seine eigenen Interessen achtet, lehnen globale Gerechtigkeit tendenziell ab ($r = -0,46$). Mit kooperativem Internationalismus und militantem Internationalismus besteht hier hingegen kein Zusammenhang ($r = 0,08$ beziehungsweise $0,11$). Dies verdeutlicht die Sonderstellung, die isolationistische Einstellungen einnehmen.

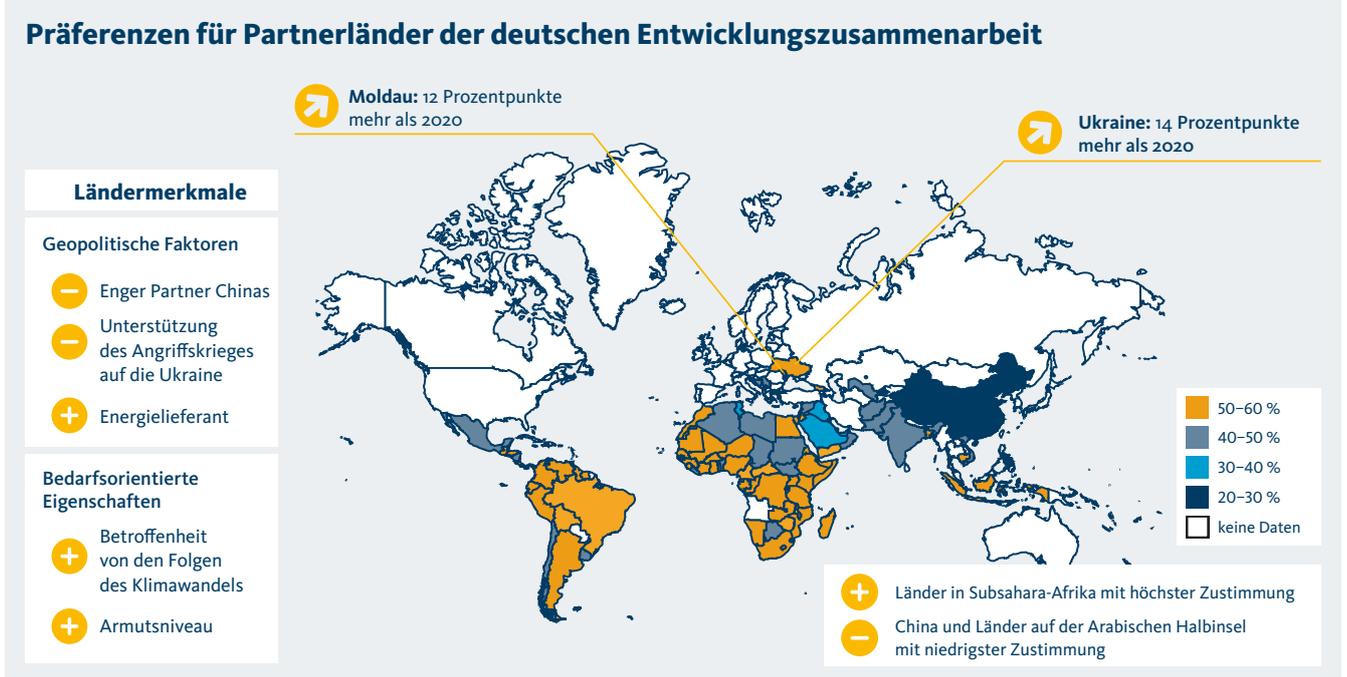
³⁴ Zu bedenken ist an dieser Stelle, dass die Daten sowohl vor dem Angriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 als auch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeshaushalt und den Protesten der Landwirt*innen im Januar 2024 erhoben wurden. Dies könnte sich auf verschiedene Einstellungsbereiche ausgewirkt haben (siehe dazu auch die Veränderungen der Einstellungen in Kapitel 3).

Abbildung 20 Zusammenhang zwischen Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik und Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung durch ResponDi/Bilendi im Juni/Juli 2023. N = 2.050. Abgetragen ist der Korrelationskoeffizient nach Pearson (r). Ein Wert von 1 bedeutet einen perfekt positiven Zusammenhang, ein Wert von -1 einen perfekt negativen Zusammenhang. Der Wert 0 bedeutet, dass kein Zusammenhang besteht.

4.3 Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit im Kontext sicherheitspolitischer und ökonomischer Herausforderungen



Deutschland und die Welt stehen einer Vielzahl außen- und sicherheitspolitischer Krisen gegenüber, was die EZ vor große Herausforderungen stellt. Weltweit herrschen über 200 bewaffnete Konflikte und Kriege, von denen der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und der Konflikt in Gaza und Israel die prominentesten Beispiele sind (HIIK, 2023). Hinzu kommen zahlreiche geopolitische Spannungen, beispielsweise zwischen den USA und China. Längst treten auch weitere regionale Mächte mit divergierenden Interessen wie Saudi-Arabien, Katar, der Iran oder die Türkei, aber auch andere Länder des globalen Südens selbstbewusst in der internationalen Politik auf. Zudem setzt sich der bereits seit Jahren zu beobachtende Trend der Autokratisierung fort. So lebten 2023 mehr als 70 Prozent der Bevölkerung weltweit in Autokratien – das sind 21 Prozentpunkte mehr als noch 2013 (Nord et al., 2024). All diese Spannungen und Konflikte erschweren die Bewältigung globaler Herausforderungen wie die Bekämpfung des Klimawandels, die Eindämmung globaler Pandemien oder das Erreichen der SDGs (Vereinte Nationen, 2023a). Die deutsche EZ steht, wie auch ihre Partner, vor der Herausforderung, in diesem Kontext internationaler Krisen und der damit verbundenen Kosten zu navigieren und zu funktionieren (Blumenau, 2022; Schulze, 2023).

Der russische Angriff gegen die Ukraine im Februar 2022 stellte für Deutschland eine Zäsur dar, was sich sowohl in der Politik als auch in der öffentlichen Meinung widerspiegelt. Zum ersten Mal in der jüngeren Vergangenheit wurde ein Land in Europa von einem anderen Land angegriffen. Die Bundesregierung reagierte unter anderem mit einem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, wodurch Deutschland zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges mindestens 2 Prozent seines Bruttoinlandprodukts (BIP) für Verteidigung ausgibt (SIPRI, 2024). Bundeskanzler Olaf Scholz hat in diesem Zusammenhang den Begriff „Zeitenwende“ geprägt (Bundesregierung, 2022). Auch in der öffentlichen Wahrnehmung ist diese Zäsur spürbar. So erhalten höhere Verteidigungsausgaben und Waffenlieferungen in der Bevölkerung so viel Zuspruch wie lange nicht (Graf, 2022, 2024). Der Krieg gegen die Ukraine wird in der Bevölkerung mit Abstand als größte außenpolitische Herausforderung Deutschlands angesehen (Körper-Stiftung, 2023), und Kriege, Konflikte und Terrorismus bereiten der deutschen Bevölkerung (mit) die meisten Sorgen, auch im Vergleich zu innenpolitischen Herausforderungen (Morini, 2023a, 2023b, 2023c).

Entwicklungspolitik kann nicht isoliert von Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet und gedacht werden. Die eingangs beschriebenen Herausforderungen sind so vielschichtig und komplex, dass es eines integrierten Politikansatzes bedarf, um diese zu bewältigen. So wird der Sicherheitsbegriff längst auch vielschichtiger verstanden als früher, und Entwicklungszusammenarbeit wird als integrierter Teil von Sicherheitspolitik gesehen, was sich unter anderem auch in der von der Bundesregierung 2023 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie widerspiegelt (Auswärtiges Amt, 2023b; Leininger und Hornidge, 2024; Schulze et al., 2023, 2024).

Der EZ drohen durch die aktuelle wirtschaftliche und finanzielle Lage Einschränkungen. Die Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie, die Unterbrechung von Lieferketten durch den Krieg gegen die Ukraine und die aus dem Krieg resultierende Sanktionspolitik haben die globale Wirtschaft in den vergangenen Jahren anhaltend belastet. Wie auch andere exportorientierte Länder ist Deutschland dabei besonders betroffen (ifo, 2022) – spürbar in der Belastung des Staatshaushaltes und in finanziellen Einbußen für viele Bürger*innen. Anfang des Jahres 2024 zeigte sich im Zuge der Haushaltsperre und der Proteste vieler Landwirt*innen, dass die EZ durch finanzielle Verteilungskonflikte unter Druck gerät und infrage gestellt wird.

Vor diesem Hintergrund werden in diesem Unterkapitel die folgenden vier Fragen untersucht:

1. Welche Art von deutschem Engagement in internationalen Krisen und Notsituationen unterstützt die Bevölkerung allgemein und spezifisch für die Ukraine?
2. Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Zustimmung zu EZ?
3. Sind die Einstellungen zu EZ resilient gegenüber wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen sowie gegenüber den Konsequenzen des Krieges gegen die Ukraine und anderer aktueller Kriege?
4. Welche Arten von Ländern bevorzugt die deutsche Bevölkerung als Partnerländer der EZ, und spielen strategische und geopolitische Faktoren dabei eine Rolle?

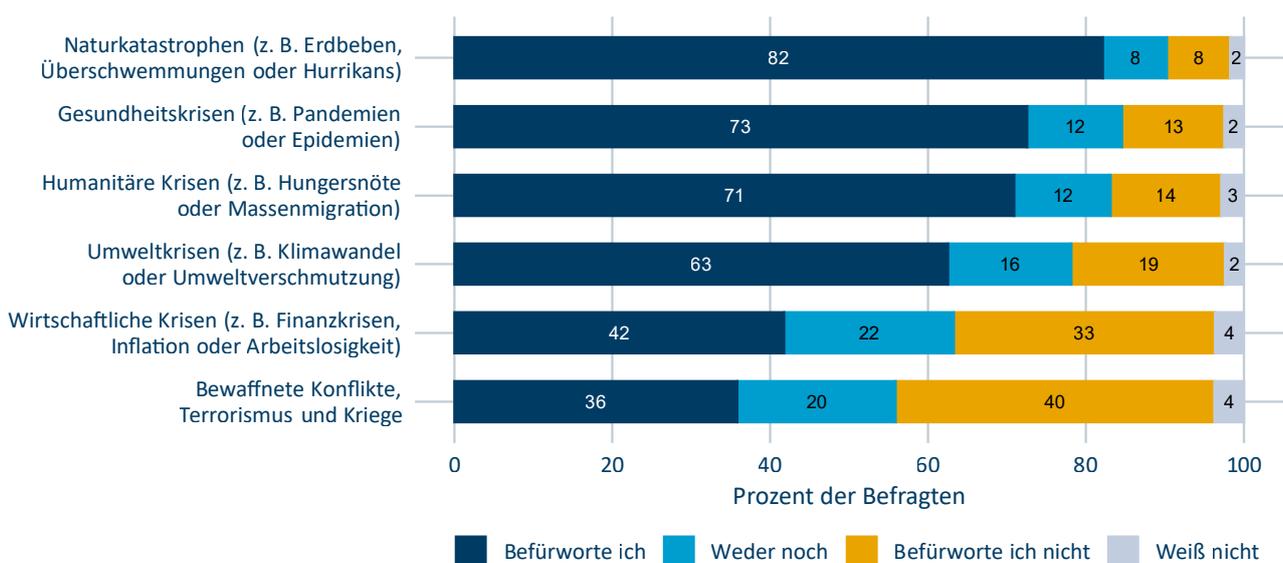
4.3.1 Wie sollte sich Deutschland in Krisen und Notsituationen international engagieren?

Deutschland engagiert sich weltweit in zahlreichen Ländern und in einer Vielzahl verschiedener Notsituationen. Als Teil eines integrierten Sicherheitsverständnisses stellt die EZ dabei einen wichtigen Baustein dar. Als einer der größten OECD-Geberstaaten ist Deutschland in 65 Ländern als Partner in der EZ aktiv (BMZ, 2020; OECD, 2023). Zudem unterstützt Deutschland zahlreiche Länder in akuten Notsituationen wie Erdbeben, Tsunamis oder Überschwemmungen mit humanitärer Nothilfe. Auch militärisch engagiert sich das Land in der Welt und ist in diesem Rahmen derzeit an 18 Auslandseinsätzen der UN, der NATO und der EU beteiligt (Bundeswehr, 2024). Wo und in welcher Form ein Engagement möglich ist, muss vor dem Hintergrund der zahlreichen und komplexen Notsituationen dabei immer mit Bedacht abgewogen werden.

Die Befragten unterstützen das internationale Engagement Deutschlands vor allem bei Naturkatastrophen, Gesundheitskrisen und humanitären Krisen. Ein Engagement bei

wirtschaftlichen Krisen sowie bei bewaffneten Konflikten, Terrorismus und Kriegen wird jeweils von etwa einem gleichen Teil der Befragten befürwortet und abgelehnt. Gefragt nach verschiedenen Arten von Notsituationen, in denen sich Deutschland international engagieren sollte, befürwortet eine große Mehrheit der Befragten (82 %) ein Engagement bei Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen oder Hurrikans (Abbildung 21). Auch ein Engagement in Gesundheitskrisen (73 %), humanitären Krisen (71 %) und Umweltkrisen (63 %) wird von der Mehrheit befürwortet. Nur in der Kategorie „Bewaffnete Konflikte, Terrorismus und Kriege“ wird deutsches Engagement im Durchschnitt eher abgelehnt als befürwortet (40 % versus 36 %). Dieses Muster lässt vermuten, dass die Befragten Engagement in menschengemachten Krisen wie bewaffneten Konflikten und wirtschaftlichen Krisen weniger unterstützen als in Notsituationen, die scheinbar durch „höhere Gewalt“ beeinflusst werden (für die zugrunde liegenden Mechanismen siehe z. B. Zagefka et al., 2011).³⁵

Abbildung 21 Zustimmung zu Deutschlands Engagement in verschiedenen Krisen- und Notsituationen



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von Respondi/Bilendi im Juli 2023. N = 2.050. Die abhängige Variable ist die Frage „Bitte geben Sie jeweils an, wie sehr Sie es befürworten, dass Deutschland in den folgenden Krisen- und Notsituationen Hilfe leistet.“ Dabei wurden die Antworten „Befürworte ich eher“, „Befürworte ich“ und „Befürworte ich voll und ganz“ zur Kategorie „Befürworte ich“ zusammengefasst und die Antworten „Befürworte ich eher nicht“, „Befürworte ich nicht“ und „Befürworte ich überhaupt nicht“ zur Kategorie „Befürworte ich nicht“. Der vollständige Fragewortlaut findet sich in Tabelle 15 in Abschnitt 2.1.1 im Online-Anhang.

³⁵ Das soll nicht die Tatsache verkennen, dass die Anzahl und Intensität bestimmter Naturkatastrophen und anderer scheinbar von höherer Gewalt ausgehender Notsituationen eine unmittelbare Folge des menschengemachten Klimawandels sein können.

Unterstützung für die Ukraine und andere Länder in akuten Krisen

Die generelle Unterstützung für die Ukraine ist hoch und insbesondere bei den Themen „Geflüchtete“ und „Waffenlieferungen“ auch höher als für andere Krisenländer. Nach verschiedenen Arten der Unterstützung für die Ukraine gefragt, sprachen sich die Befragten besonders für humanitäre Hilfe aus (mit einem Durchschnittswert von 5,6 auf einer Skala von 1 bis 7; siehe Abbildung 22 und auch die Ergebnisse in Abschnitt 3.1.4). Auch bei der Frage nach akuten Krisen in anderen Ländern erfährt humanitäre Hilfe die höchste Zustimmung (Durchschnittswert von 5,5). Die finanzielle Unterstützung beim Wiederaufbau sowie die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtsstaatlichen Entwicklung – beides EZ-bezogene Themen – befürworten die Befragten im Durchschnitt im gleichen Maße für die Ukraine wie auch für andere Länder des globalen Südens mit akuten Krisen.

Ein Unterschied zeigt sich bei der Aufnahme von Geflüchteten: Hier ist die Zustimmung der Befragten mit einem Durchschnittswert von 4,8 signifikant höher für Geflüchtete aus der Ukraine als für Geflüchtete aus anderen Ländern mit akuten Krisen (Durchschnittswert 4,3). Auch die Zustimmung der Befragten zur Unterstützung von Geflüchteten, die in andere Länder als Deutschland geflüchtet sind, ist für Menschen aus der Ukraine etwas höher als für Menschen aus anderen Ländern (siehe dazu z. B. de Connick, 2023).

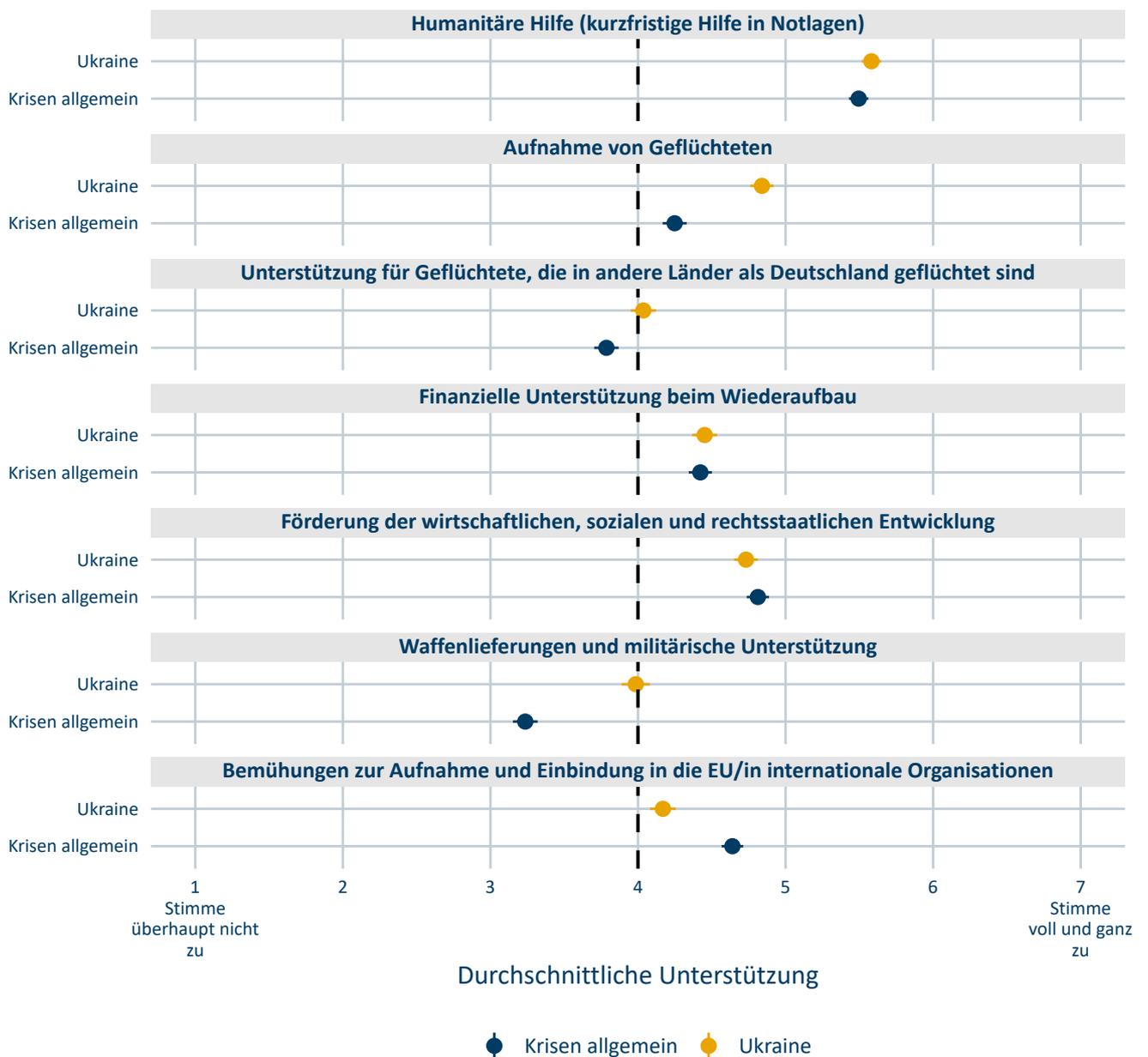
Die Befragten befürworten Waffenlieferungen und militärische Unterstützung für die Ukraine stärker als für andere Partnerländer mit akuten Krisen. Für die Ukraine liegt der Durchschnittswert der Befragten genau auf der Skalenmitte (4); diese Art der Unterstützung wird also im Durchschnitt weder befürwortet noch abgelehnt. Allerdings sind die Einstellungen hier insgesamt breiter gestreut als bei anderen Arten der Unterstützung, was auch die polarisierte Debatte hierzu widerspiegelt. Für andere Länder des globalen Südens mit akuten Krisen liegt die durchschnittliche Zustimmung zu Waffenlieferungen und militärische Unterstützung bei einem Wert von 3,2, das heißt die Befragten lehnen im Schnitt Waffenlieferungen und militärische Unterstützung an solche Länder eher ab.

Gegenüber einer Aufnahme der Ukraine in die EU zeigen sich die Befragten zurückhaltend. Mit einem Durchschnittswert von 4,2 fällt die Bewertung hier nur schwach positiv aus. Bemühungen zur Einbindung anderer Partnerländer der deutschen EZ in internationale Organisationen stimmen die Befragten mit einem Durchschnittswert von 4,6 stärker zu.

Eine höhere Unterstützung für EZ geht auch mit höherer Unterstützung für die Ukraine und andere Krisenländer einher. Die Ergebnisse mehrerer Regressionsanalysen zeigen, dass für alle sieben erfassten Arten der Unterstützung ein positiver Zusammenhang mit einer allgemeinen Unterstützung für EZ besteht – und das sowohl für die Ukraine als auch für andere Partnerländer der deutschen EZ mit akuten Krisen. Das heißt, dass Befragte, die EZ unterstützen, im Durchschnitt auch eher die Unterstützung von Krisenländern befürworten.³⁶ Für die Arten von Unterstützung, die im Bereich der EZ oder der humanitären Hilfe angesiedelt sind, ist dieser Zusammenhang naheliegend. Er zeigt sich aber auch in Bezug auf die Aufnahme von Geflüchteten sowie Waffenlieferungen und militärische Unterstützung. Diese Befunde sind insofern konsistent mit den außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen der Bevölkerung Deutschlands (siehe Unterkapitel 4.2), als auch dort ein starker Zusammenhang zwischen den Einstellungen zu internationaler Kooperation, globaler Gerechtigkeit und militärischer Stärke zu beobachten ist. Eine zeitgleiche Befürwortung von EZ, Diplomatie und Multilateralismus, aber auch militärischer Stärke muss sich folglich nicht ausschließen.

³⁶ Siehe Tabelle 22 und Tabelle 23 in Abschnitt 2.2.2 im Online-Anhang für detaillierte Ergebnisse.

Abbildung 22 Zustimmung zur Unterstützung der Ukraine und anderer Länder mit akuten Krisen



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im Juli 2023. N = 2.050. Dargestellt sind Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervallen. Die abgebildeten Variablen sind die Fragen „Im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine leistet Deutschland verschiedene Arten der Unterstützung. Im Folgenden präsentieren wir Ihnen einige mögliche Arten der Unterstützung der Ukraine. Bitte geben Sie jeweils an, wie sehr Sie diese befürworten“ (Ukraine) sowie „Im Rahmen seines internationalen Engagements leistet Deutschland nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Entwicklungsländern mit akuten Krisen verschiedene Arten der Unterstützung. Im Folgenden präsentieren wir Ihnen einige mögliche Arten der Unterstützung von Entwicklungsländern mit akuten Krisen. Bitte geben Sie jeweils an, wie sehr Sie diese befürworten.“ (Krisen allgemein). Der vollständige Fragewortlaut findet sich in Tabelle 15 in Abschnitt 2.1.1 im Online-Anhang. Der Skalenwert „4“ entspricht der Skalenmitte.

4.3.2 Wirtschaftliche Krisen und die Unterstützung der Bevölkerung für EZ

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wirkt sich sowohl auf den deutschen Staatshaushalt als auch auf die finanzielle Situation der Bürger*innen negativ aus. Während der Staat Gelder für militärische, humanitäre und entwicklungspolitische Maßnahmen aufwendet, sind die Bürger*innen von steigenden Preisen betroffen, etwa für Lebensmittel und Energie (Destatis, 2024).

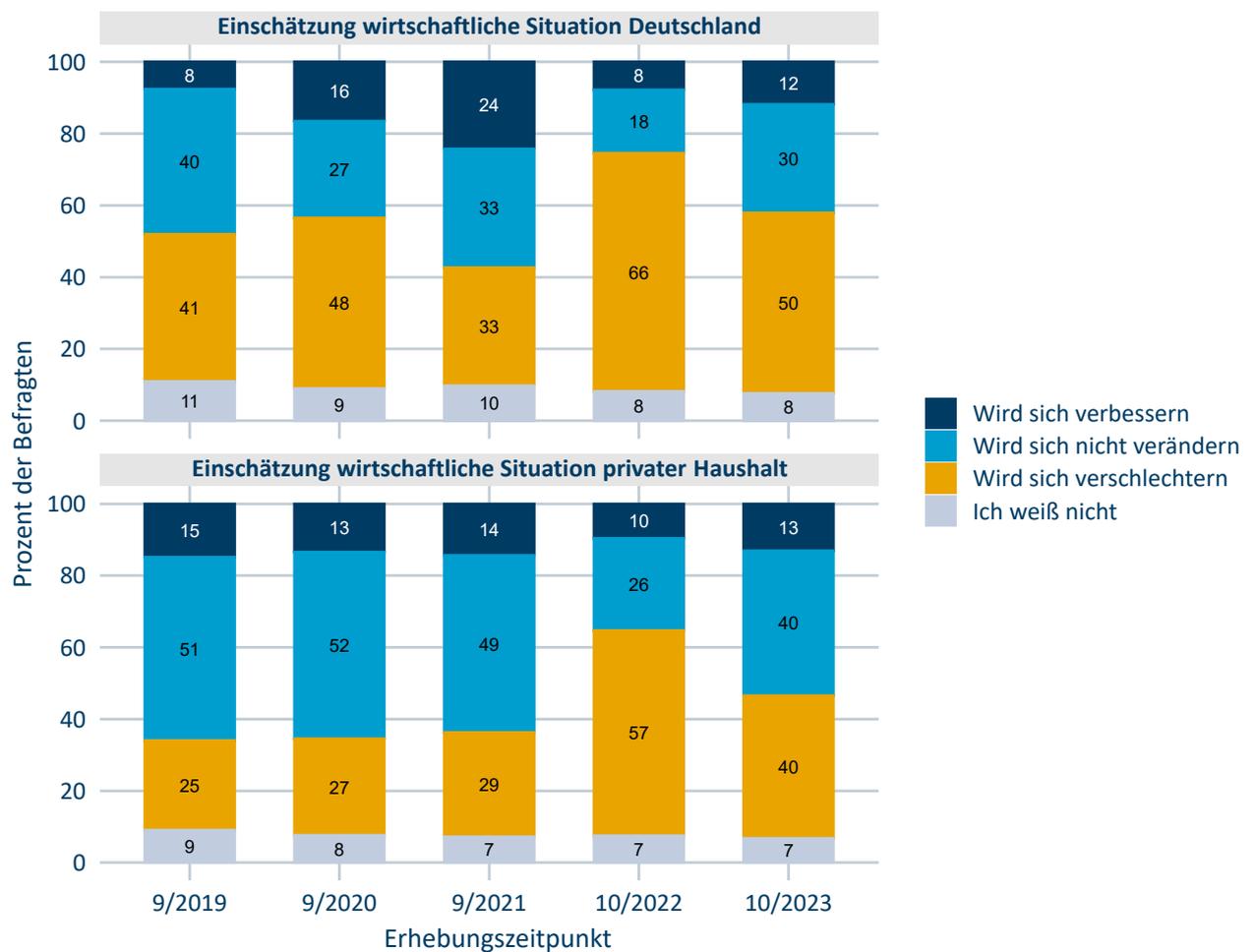
Diese finanziell angespannte Lage könnte dazu führen, dass die Bevölkerung staatliche Ausgaben stärker hinterfragt und damit auch die Zustimmung zu Ausgaben für die EZ sinkt. Dies ist verbunden mit realen oder empfundenen Verteilungskonflikten, die in solchen Krisensituationen entstehen oder sich verschärfen können. Aus (sozial-)psychologischer Perspektive spielt in diesem Zusammenhang das Denken in *In-* und *Outgroups* eine Rolle, das heißt eine Denkweise, welche im vorliegenden Fall die Bevölkerung Deutschlands (*Ingroup*) im Kontrast zu Menschen in anderen Ländern (*Outgroup*) sieht (Mullen et al., 1992; Tajfel und Turner, 1979). Hierbei wird die *Ingroup* gegenüber der *Outgroup* insbesondere in Konfliktsituationen oder bei knappen Ressourcen bevorzugt – in anderen Worten: aus einer Hilfssituation wird eine Konkurrenzsituation (siehe dazu die sogenannte *Intergroup threat theory*; Stephan et al., 2016). Im Einklang mit dieser Annahme hat beispielsweise die Forschung zur europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2010 gezeigt, dass die Bevölkerung der EU in Krisenzeiten tendenziell die Unterstützung der eigenen Bevölkerung befürwortet, gefolgt von der Bevölkerung anderer EU-Staaten (Gerhards et al., 2020, S. 150–151). Es ist denkbar, dass in ähnlichen Krisensituationen die Interessen der *Ingroup* nochmals stärker in den Fokus rücken, während die Bedarfe von Menschen in großer räumlicher Distanz – etwa Menschen im globalen Süden – geringere Beachtung finden. Die EZ als eher alltagsfernes Politikfeld könnte in diesem Kontext besonders betroffen sein, insbesondere, weil die Bevölkerung den ökonomischen Nutzen der EZ nicht wahrnimmt (zur Zustimmung zu EZ in Wirtschaftskrisen siehe Heinrich et al., 2016).

Empirisch lässt sich in den Analysen in Unterkapitel 3.1 bereits sehen, dass die Zustimmung der Bevölkerung zur EZ seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine im Februar 2022 rückläufig ist. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden der Frage nachgegangen, inwiefern die Wahrnehmung der eigenen und der nationalen finanziellen Lage mit der Befürwortung von EZ zusammenhängt.

Einschätzung der eigenen und der nationalen wirtschaftlichen Lage

Um zu ermitteln, ob eine veränderte wirtschaftliche Lage sich im Zeitverlauf auf die Unterstützung von EZ auswirkt, muss geprüft werden, ob ein Zusammenhang zwischen der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Unterstützung für EZ besteht. Eine erste Analyse mit Querschnittdaten des DEL vom Oktober 2022 hat bereits ergeben, dass die EZ-Unterstützung umso geringer ausfällt, je negativer die Entwicklung der eigenen und der nationalen Wirtschaftslage eingeschätzt wird (Zille et al., 2023). Eine solche Datengrundlage erlaubt es zwar, den Zusammenhang zwischen Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage und EZ-Unterstützung zu ermitteln; sie zeigt jedoch nicht, wie sich Veränderungen in dieser Wahrnehmung seitens der Bürger*innen auf die EZ-Unterstützung auswirken. Daher wurden die fünf Erhebungswellen des DEL-Panels von 2019 bis 2023 herangezogen und die Hypothese untersucht, dass eine negativere Einschätzung der künftigen Entwicklung der eigenen und der nationalen wirtschaftlichen Lage mit geringerer EZ-Unterstützung zusammenhängt.³⁷ Daran knüpft die Frage an, ob sich ein solcher Zusammenhang nach Beginn des russischen Angriffskrieges verstärkt hat.

³⁷ Im DEL-Fragebogen wird nach der „allgemeinen wirtschaftlichen Situation in Ihrem Land“ und der „finanziellen Situation in Ihrem Haushalt“ gefragt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird im Text stets „wirtschaftliche Situation“ verwendet.

Abbildung 23 Einschätzung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands und der des eigenen Haushaltes (2019–2023)

Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEL-Panel Welle 1 bis 5; N pro Welle \approx 6.000, gewichtete Daten. Fragewortlaut: „Wie wird sich die allgemeine wirtschaftliche Situation in Ihrem Land Ihrer Meinung nach in den kommenden 12 Monaten entwickeln?“ und „Inwiefern denken Sie, wird sich die finanzielle Situation in Ihrem Haushalt innerhalb der kommenden 12 Monate verändern?“ Die Antwortkategorien lauteten: „wird sich erheblich verbessern“, „wird sich etwas verbessern“, „wird sich nicht verändern“, „wird sich etwas verschlechtern“, „wird sich erheblich verschlechtern“, „ich weiß nicht“. Für die Darstellung wurden die Antwortkategorien zu „verbessern“ und „verschlechtern“ zusammengefasst.

Die Befragten schätzen die künftige eigene und nationale wirtschaftliche Lage nach Beginn des russischen Angriffskriegs deutlich negativer ein als vor dem Krieg. Dies zeigen die Auswertungen zu den beiden Panel-Wellen 2022 und 2023 (siehe Abbildung 23). Im Oktober 2023 gingen 50 Prozent der Befragten davon aus, dass sich die wirtschaftliche Situation Deutschlands verschlechtern wird. Bei der privaten wirtschaftlichen Situation traf dies für 40 Prozent zu.

Lediglich 12 beziehungsweise 13 Prozent der Befragten meinten, dass sich die eigene oder nationale wirtschaftliche Situation verbessern wird. Im Vergleich zu 2022 fallen diese Einschätzungen jedoch positiver aus. Interessant ist darüber hinaus, dass die Jahre der Corona-Pandemie in den Daten nicht hervorstechen, wenngleich auch diese Krise mit finanziellen Herausforderungen einherging.³⁸

³⁸ Ein identisches Muster zeigen die monatlichen Daten des Politbarometers seit 2009. Auch hier wird eine deutlich negativere Einschätzung der eigenen und der nationalen wirtschaftlichen Lage seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sichtbar, obgleich die Wirtschaftslage auch bereits während der Corona-Pandemie punktuell negativer bewertet wurde (Forschungsgruppe Wahlen, 2024).

Dies veranschaulicht, dass die mit dem Krieg gegen die Ukraine verknüpften Herausforderungen sich in der öffentlichen Wahrnehmung der finanziellen Lage widerspiegeln – ein erstes Indiz dafür, dass sich ein pessimistischer finanzieller Ausblick auch auf die Zustimmung der Bevölkerung zur EZ auswirken könnte. Nicht abschließend klären lässt sich an dieser Stelle, ob der Krieg gegen die Ukraine die alleinige Ursache für diesen Trend in der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage ist oder ob diese aus einer Akkumulation von Krisen, angefangen mit der Covid-19-Pandemie, resultiert. Darüber hinaus deckt der betrachtete Zeitraum weder die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 zum Bundeshaushalt noch die Proteste der Landwirt*innen im Januar 2024 ab, die sich ebenfalls auf die Wahrnehmung der Wirtschaftslage ausgewirkt haben könnten.

Wirtschaftswahrnehmung und EZ-Unterstützung

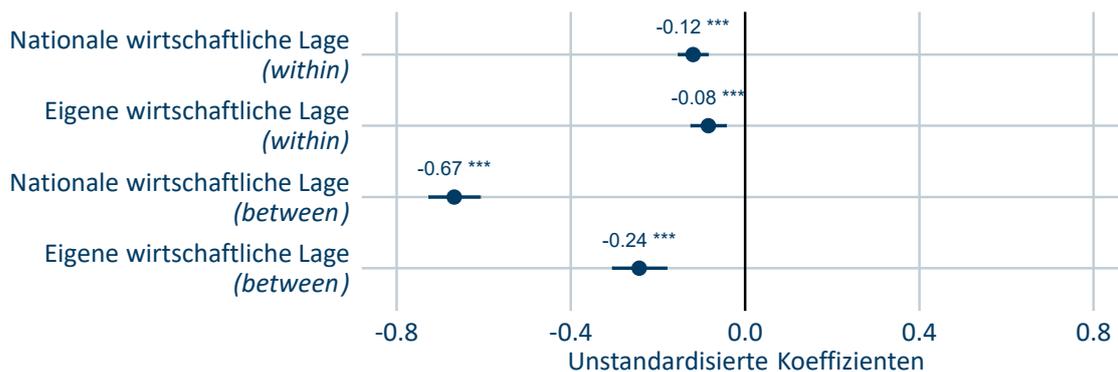
Bei der Frage, welcher Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage und der EZ-Unterstützung besteht, müssen sowohl individuelle Veränderungen als auch generelle Unterschiede zwischen den Befragten berücksichtigt werden. Im Folgenden geht es zunächst darum, wie die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage durch die Befragten mit der EZ-Unterstützung über die Zeit zusammenhängt (*Within*-Effekt). Anders ausgedrückt: Wenn Befragte im Verlauf der Erhebungswellen die wirtschaftliche Lage als negativer wahrnehmen, sinkt dann auch ihre Unterstützung für die EZ? Zudem geht es darum, wie die durchschnittliche Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der EZ-Unterstützung der Befragten zusammenhängen (*Between*-Effekt). In anderen Worten: Unterstützen diejenigen Befragten, die über die Erhebungen hinweg ihre (oder Deutschlands) wirtschaftliche Lage im Schnitt negativer sehen, die EZ auch durchschnittlich weniger als diejenigen, die die wirtschaftliche Lage positiv sehen?³⁹

Eine negative Einschätzung der eigenen und der nationalen wirtschaftlichen Lage korreliert im Zeitverlauf mit weniger EZ-Unterstützung. Die längsschnittliche Analyse auf Individual-ebene ergibt zwei wesentliche Ergebnisse (siehe Abbildung 2.4): (1) Befragte, deren Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage sich über den Zeitverlauf verschlechtert, unterstützen die EZ im Durchschnitt auch weniger (*Within*-Effekt). (2) Befragte, die die wirtschaftliche Lage generell schlechter einschätzen, gemessen anhand ihrer durchschnittlichen Wahrnehmung über alle Erhebungswellen, unterstützen die EZ weniger als diejenigen, die die wirtschaftliche Lage positiver bewerten (*Between*-Effekt).

Dieses Muster wiederholt sich, wenn anstatt der generellen Unterstützung der EZ die Zustimmung zu den aktuellen EZ-Ausgaben analysiert wird.⁴⁰ Das heißt, auch der Indikator, der stärker die Zustimmung zum tagesaktuellen entwicklungs-politischen Geschehen abbildet und für den in Kapitel 3 ein deutlicher Rückgang seit Januar 2022 beobachtet wurde, steht in einem negativen Zusammenhang mit der Wahrnehmung der eigenen und der nationalen wirtschaftlichen Lage. Insgesamt können die Befunde sowohl für die generelle EZ-Unterstützung als auch die Zustimmung zu EZ-Ausgaben als erstes Indiz dafür gesehen werden, dass die negativere Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage den Rückhalt für die EZ in der Bevölkerung schwinden lässt (siehe dazu auch die Ergebnisse in Kapitel 3).

³⁹ Sämtliche Analysen wurden mit allen verfügbaren Beobachtungen durchgeführt (*unbalanced Panel*). Das heißt, Befragte mussten nicht an allen fünf Erhebungen teilgenommen haben. Alternativ wurden daher sämtliche Modelle für jene Befragten berechnet, die an allen fünf Wellen teilnahmen. Die Ergebnisse unterscheiden sich nicht substantiell.

⁴⁰ Darüber hinaus fällt auf, dass der Großteil der Streuung in der Zustimmung zur EZ auf Unterschiede zwischen Personen und nicht auf individuelle Veränderungen im Zeitverlauf zurückzuführen ist (siehe dazu auch Unterkapitel 3.4 zur Einstellungsstärke). Der Intraklassenkorrelationskoeffizient beträgt 68 Prozent für die generelle EZ-Unterstützung und 65 Prozent für die Zustimmung zum EZ-Budget. Diese Kennzahl sagt aus, dass rund 70 Prozent der Streuung in der EZ-Unterstützung auf Unterschiede zwischen Personen zurückzuführen sind und damit rund 30 Prozent auf Veränderungen über die Zeit (siehe dazu z. B. Snijders und Bosker, 2012, S. 17–23). Dies deutet analog zu den Ergebnissen zur Einstellungsstärke darauf hin, dass die Zustimmung der Befragten stabil, aber auch nicht gänzlich unveränderbar ist.

Abbildung 24 Einfluss der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage auf die Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit

Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEL-Panel Welle 1 bis 5; N pro Welle \approx 6.000. Mehrebenenmodell für Längsschnittdaten (random intercepts). Es wurden außerdem die Variablen Bildung, Geschlecht, Alter, politische Orientierung und Erhebungswelle kontrolliert. Die Koeffizienten der Kontrollvariablen finden sich in Tabelle 25 in Abschnitt 2.2.3 im Online-Anhang. Der vollständige Fragewortlaut aller verwendeten Variablen findet sich in Tabelle 19 in Abschnitt 2.2.1 im Online-Anhang.

Der Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage und der generellen Zustimmung zu EZ verändert sich seit Beginn des Krieges in der Ukraine nur geringfügig. Es stellt sich nun die Frage, ob im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Auswirkungen auf Deutschland die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage die Zustimmung zur EZ stärker beeinflusst als in den vorherigen Erhebungswellen. Dies könnte ein weiteres Indiz zur Erklärung der rückläufigen EZ-Zustimmung in Deutschland sein (siehe Kapitel 3). Die Analyse zeigt jedoch, dass der Zusammenhang zwischen der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der generellen Unterstützung für EZ mit den Erhebungswellen nur geringfügig variiert (siehe Abbildung 47 im Anhang).⁴¹ Insgesamt deuten die Ergebnisse daher nicht darauf hin, dass sich der negative Zusammenhang infolge des Krieges verstärkt hat.⁴²

Auch der Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Wirtschaftslage und der Zustimmung zu den aktuellen EZ-Ausgaben verändert sich im Zeitverlauf eher wenig, wenn auch etwas deutlicher, als dies für den Zusammenhang mit der generellen Befürwortung von EZ gilt. Wie Abbildung 48 im Anhang zeigt, geht eine negativere Einschätzung der nationalen Lage in den Erhebungswellen nach Beginn des Krieges gegen die Ukraine im Februar 2022 mit geringerer Zustimmung zu den aktuellen Ausgaben für EZ einher.⁴³ Dieser Befund kann als Hinweis darauf gesehen werden, dass die Wahrnehmung der Wirtschaftslage die Zustimmung zu EZ im Zuge des Krieges gegen die Ukraine stärker negativ beeinflusst. Einen kausalen Zusammenhang stellt dies jedoch nicht dar.⁴⁴

⁴¹ Für die Analyse wurden den Modellen Interaktionsterme zwischen den *Within*-Indikatoren der Wirtschaftswahrnehmung und den Dummy-Variablen zur Erfassung der Erhebungswellen hinzugefügt. Die Interaktionsmodelle finden sich in Tabelle 24 in Abschnitt 2.2.3 im Online-Anhang.

⁴² Detaillierte Vergleiche des Effekts der nationalen wirtschaftlichen Lage ergeben keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den beiden Erhebungswellen des DEL-Panels nach Beginn des Ukraine-Krieges im Februar 2022 und den drei vorausgehenden Wellen. Bei der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage unterscheidet sich der Effekt lediglich zwischen Welle 5 und Welle 3 ($p < 0,05$). Zu statistischer Signifikanz siehe auch Kasten 4.

⁴³ Der Vergleich des Effekts in Welle 5 und Welle 4 ist dabei auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant, der Vergleich mit Welle 3 auf dem 5-Prozent-Niveau. Das bedeutet, dass der Unterschied zwischen Welle 4 und 5 mit höherer statistischer Unsicherheit behaftet ist. Für detailliertere Ergebnisse siehe auch Tabelle 25 in Abschnitt 2.2.3 im Online-Anhang.

⁴⁴ Dies liegt daran, dass die Analyse sich auf Deutschland bezieht und somit keine Kontrollgruppe enthält, die nicht von den Auswirkungen des Ukraine-Krieges betroffen ist.

4.3.3 Wie stabil ist die EZ-Unterstützung angesichts kriegerischer Konflikte und wirtschaftlicher Sorgen?

Anknüpfend an die Ergebnisse der vorangegangenen Abschnitte stellt sich die Frage, ob Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen und wirtschaftliche Sorgen Ursachen für die sinkende EZ-Zustimmung sein könnten. So wurde bereits gezeigt, dass es Zusammenhänge zwischen EZ-Zustimmung, der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage sowie Einstellungen zur Unterstützung der Ukraine und anderer Länder in Notlagen gibt.

Dazu wurde in einem Umfrageexperiment zum einen untersucht, ob Informationen über die Kriege gegen die Ukraine und im Jemen einen Einfluss auf Einstellungen zu EZ haben.⁴⁵ Diese Kriege wurden im Experiment verwendet, da sie sich in einem Merkmal unterscheiden, das Einfluss auf die Zustimmung zu EZ haben könnte: der psychologischen Distanz zur deutschen Bevölkerung. Die sogenannte *Construal Level Theory* beschreibt, wie psychologische Distanz – räumlich, zeitlich oder sozial – die Art und Weise beeinflusst, wie Menschen Ereignisse deuten und darauf reagieren (Trope und Liberman, 2010). Die Ukraine als europäisches Land mit einer mehrheitlich weißen und christlichen Bevölkerung könnte dabei von der Bevölkerung Deutschlands als psychologisch näher wahrgenommen werden als der auf der Arabischen Halbinsel gelegene, mehrheitlich muslimisch geprägte Jemen. Zudem ist der Krieg gegen die Ukraine in den Medien präsenter, und die ökonomischen Folgen sind spürbarer. Die geringere Distanz zum Krieg in der Ukraine könnte dazu führen, dass das mentale „Bild“ dieses Krieges konkreter ist und eher Solidarität hervorruft als das möglicherweise abstraktere Bild des weiter entfernten Krieges im Jemen (Kogut et al., 2018).

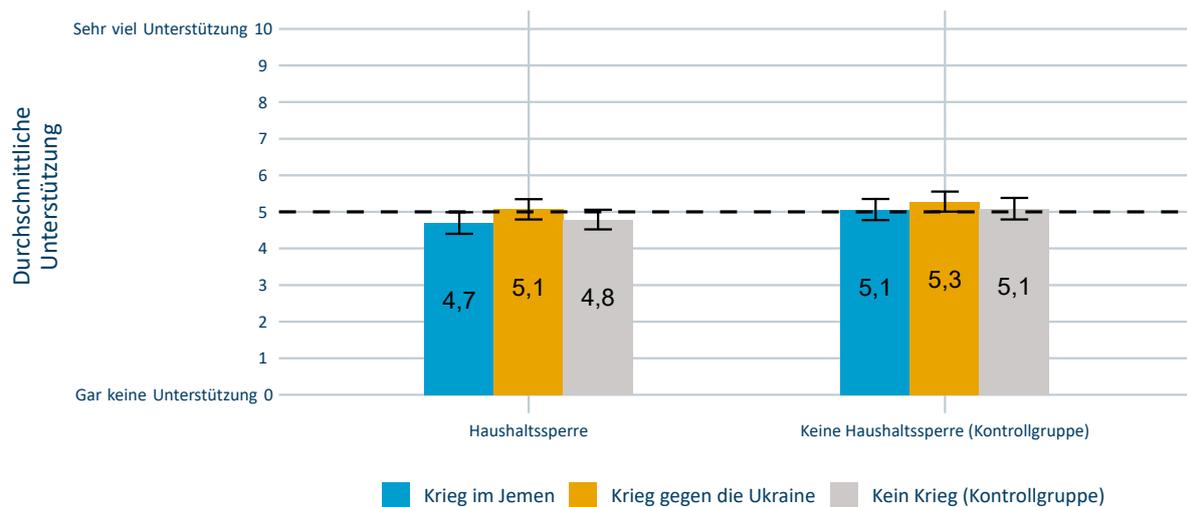
Zum anderen wurde in dem Experiment getestet, ob sich Informationen über die angespannte Lage des Bundeshaushaltes auf EZ-Einstellungen auswirken. Um wirtschaftliche Sorgen hervorzurufen, lasen die Befragten einen Text über die Ende 2023 beschlossene Sperre zusätzlicher Ausgaben für den Bundeshaushalt. Diese war zum Zeitpunkt der Erhebung in den Medien sehr präsent, umfasste viele Politikbereiche und hatte so das Potenzial, für viele Bürger*innen deutlich spürbar zu sein. Wie zu Beginn von Unterkapitel 4.3 erwähnt, könnte dies dazu führen, dass die Befragten beim Einsatz öffentlicher Gelder verstärkt die Bevölkerung Deutschlands (*Ingroup*) gegenüber der Bevölkerung von Entwicklungsländern (*Outgroup*) priorisieren (siehe auch Heinrich et al., 2016).

Es ist außerdem denkbar, dass wirtschaftliche Sorgen unterschiedliche Wirkungen auf EZ-bezogene Einstellungen haben, je nachdem, ob die Befragten den Text über die Ukraine oder den Text über den Jemen gelesen haben. Da die Menschen in der Ukraine möglicherweise als näher und ähnlicher wahrgenommen werden, könnte hier ein verstärkter *Ingroup*-Effekt auftreten und zu höherer Unterstützung führen (Kossowska et al., 2023). Allerdings sind die (finanziellen) Auswirkungen dieses Krieges deutlich spürbarer und somit konkreter, was wiederum zu einer höheren Ablehnung von EZ-Ausgaben führen könnte. Der Jemen, als geografisch und sozial entfernteres Land, könnte dagegen angesichts angespannter Finanzen zu einer Abwertung der *Outgroup* und somit zu weniger EZ-Zustimmung führen. Allerdings könnte es auch sein, dass der Jemen eher als „Entwicklungsland“ wahrgenommen wird und somit stärker Solidarität und damit Zustimmung zu EZ hervorruft.⁴⁶

⁴⁵ Für den vollständigen Aufbau und die Informationstexte des Experiments siehe Tabelle 17 in Abschnitt 2.2.1 im Online-Anhang. Das Experiment wurde vor der Datenerhebung außerdem auf der Plattform OSF präregistriert (siehe dazu auch Kapitel 2) und kann dort unter <https://osf.io/khvxp> eingesehen werden.

⁴⁶ Entsprechende Variablen wurden zu diesem Zweck mit erhoben und explorativ ausgewertet. Informationen dazu sowie zu den vorab formulierten Hypothesen können in der Präregistrierung eingesehen werden.

Abbildung 25 Wirkung von Informationen zur Haushaltssperre und zu den Kriegen im Jemen/in der Ukraine auf die Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von Respondi/Bilendi im Januar 2024. $N = 2.046$. Die abhängige Variable ist die Zustimmung zur deutschen EZ. Abgetragen sind die Mittelwerte in den jeweiligen Experimentalgruppen mit 95%-Konfidenzintervallen. Die gestrichelte Linie stellt den Skalenmittelwert von „5“ dar. In der „Kein Krieg“-Kontrollgruppe wurde den Befragten ein Text über ein UNESCO-Weltkulturerbe in Dänemark gezeigt. In der „Keine Haushaltssperre“-Kontrollgruppe erhielten die Befragten einen Text über den Bundestagsbeschluss zur telefonischen Krankschreibung. Für die vollständigen Informationstexte des Experiments siehe Tabelle 17 in Abschnitt 2.2.1 im Online-Anhang.

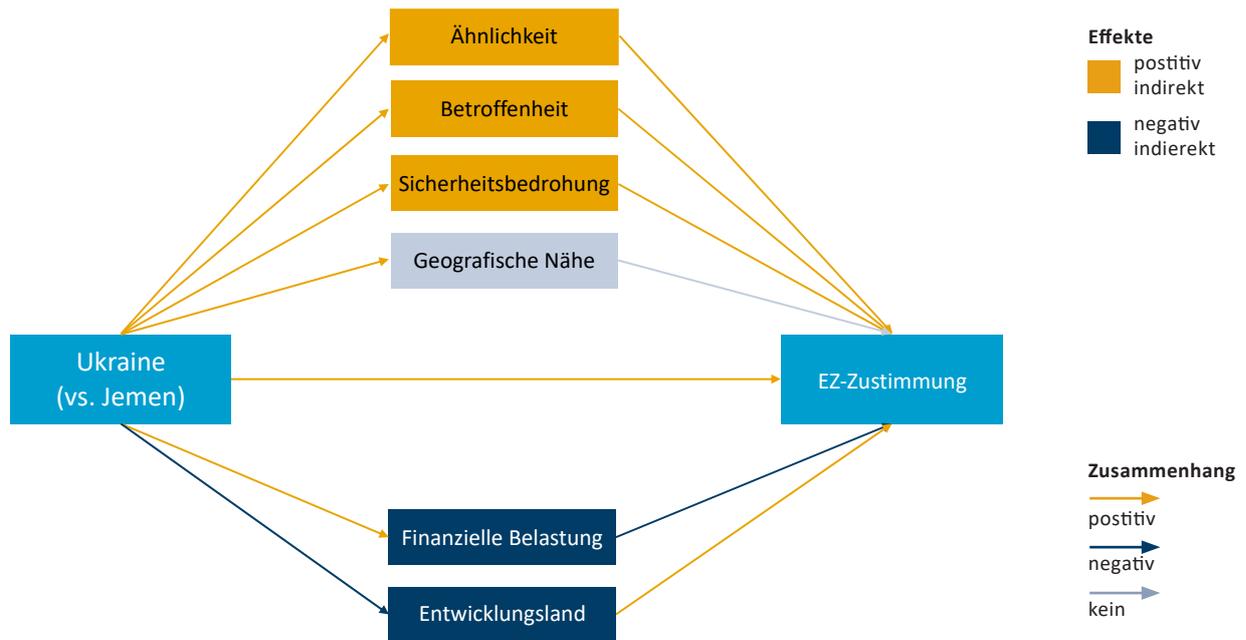
Die Ergebnisse des Experiments zeigen, dass wirtschaftliche Sorgen zu weniger Zustimmung für die EZ führen. Die Befragten unterstützen die EZ weniger, wenn sie vorher durch den Verweis auf die Haushaltssperre auf wirtschaftliche Sorgen aufmerksam gemacht wurden, als wenn diese Sorgen nicht präsent waren. Dies zeigte sich unabhängig davon, ob die Personen zusätzlich über einen kriegerischen Konflikt informiert wurden oder nicht. Dieser Effekt ist mit einer um 0,3 Skalenpunkte verringerten EZ-Unterstützung zwar klein; allerdings bestand die Intervention auch nur aus einem kurzen Text. Schon der kurze Verweis auf die Haushaltssperre kann also zu einer kleinen, aber statistisch signifikanten Abnahme der EZ-Zustimmung führen. Auch zeigt sich dieser Effekt über verschiedene demografische und sozioökonomische Merkmale der Befragten hinweg.⁴⁷ Und er

betrifft auch Befragte, die der EZ tendenziell zugeneigter sind. Dies sind beispielsweise Menschen, die sich eher dem linken politischen Spektrum zuordnen oder einen hohen formellen Bildungsabschluss haben.

Weiterhin zeigen die Ergebnisse, dass die EZ stärker unterstützt wird, wenn die Befragten mit Informationen zum Krieg gegen die Ukraine konfrontiert wurden, als wenn sie Informationen zum Krieg im Jemen erhielten. Der Unterschied beträgt im Durchschnitt ebenfalls 0,3 Skalenpunkte, ist statistisch signifikant und zeigt sich unabhängig davon, ob die Befragten den Text zur Haushaltssperre gelesen hatten oder nicht. Tatsächlich scheint also der psychologisch nahe Krieg gegen die Ukraine mehr EZ-Unterstützung auszulösen als der ferne Krieg im Jemen.

⁴⁷ Das Informieren über die Haushaltssperre hat einen signifikanten Effekt auf EZ-Zustimmung, wenn für Einkommen, Geschlecht, Bildung und die politische Orientierung (Links-rechts-Skala) kontrolliert wird. Das Informieren über die Haushaltssperre zeigt (mit Ausnahme eines hohen formalen Bildungsabschlusses) keine signifikanten Interaktionseffekte mit diesen Variablen, was bedeutet, dass die Stärke dieses Effekts sich entlang dieser Merkmale kaum unterscheidet (siehe Tabelle 26 in Abschnitt 2.2.4 im Online-Anhang).

Abbildung 26 Wirkung von Informationen über die Kriege in der Ukraine/im Jemen auf die Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Abgebildet sind mögliche Wirkungsmechanismen, über die sich die Informationen über die Kriege in der Ukraine und im Jemen unterschiedlich auf die Zustimmung zu EZ auswirken können. Untersucht wurden diese in sechs separat gerechneten Mediationsanalysen. Orangefarbene Pfeile stellen einen positiven signifikanten Zusammenhang in der Mediationsanalyse dar, dunkelblaue Pfeile einen negativen signifikanten Zusammenhang, graue Pfeile keinen signifikanten Zusammenhang. Orangefarbene Kästen bedeuten, dass es einen signifikanten positiven indirekten Effekt von „Krieg gegen die Ukraine“ auf die EZ-Zustimmung gibt, der durch die jeweilige Variable mediiert, also vermittelt wird. Dunkelblaue Kästen bedeuten, dass es einen signifikanten negativen indirekten Effekt gibt, graue Kästen, dass es keinen signifikanten indirekten Effekt gibt. Als Datenbasis dient die DEval-Erhebung, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im Januar 2024 mit einer Teil-Stichprobe von N = 1.384. In der Teil-Stichprobe wurden Befragte ausgeschlossen, die in der „Kein Krieg“-Kontrollgruppe waren, da diese die Fragen zur Ukraine und zum Jemen nicht erhalten hatten. Die genauen Ergebnisse finden sich in den Tabellen 29–34 in Abschnitt 2.2.4 im Online-Anhang.

Die höhere EZ-Unterstützung derjenigen, die über den Krieg in der Ukraine informiert wurden, kann dadurch erklärt werden, dass (1) die Menschen in der Ukraine von den Befragten als ihnen ähnlich empfunden werden, (2) sie die Lage in der Ukraine betroffen macht und (3) der Krieg in der Ukraine als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen wird. In einer Mediationsanalyse (siehe Bruder et al., 2020; MacKinnon et al., 2012) wurden verschiedene Wirkungsmechanismen untersucht, die möglicherweise den Unterschied in der EZ-Zustimmung zwischen den Befragten, die über den Krieg in der Ukraine informiert wurden, und jenen, die über den Krieg im Jemen informiert wurden, erklären können (Abbildung 26 veranschaulicht diese Wirkungsmechanismen).⁴⁸ Die empfundene Ähnlichkeit, die persönliche Betroffenheit und die empfundene Sicherheitsbedrohung sind dabei Faktoren, die gegenüber der Lage in der Ukraine stärker ausgeprägt sind als gegenüber der Lage im Jemen

und die gleichzeitig mit höherer EZ-Unterstützung einhergehen. Die geografische Nähe der Ukraine im Vergleich zum Jemen ist dagegen kein Faktor, der mit höherer EZ-Zustimmung verbunden ist. Dass die finanzielle Belastung durch den Krieg gegen die Ukraine als höher wahrgenommen wird und die Ukraine weniger als Entwicklungsland gesehen wird als der Jemen, ist bei den Befragten mit einer niedrigeren EZ-Unterstützung verbunden. Dennoch ist die Zustimmung zur EZ unter den Befragten, die den Text über den Krieg in der Ukraine gelesen haben, insgesamt höher als unter den Befragten, die den Text über den Krieg im Jemen gelesen haben (Abbildung 25). Insgesamt legen diese Ergebnisse nahe, dass die wahrgenommene psychologische Distanz zu einzelnen Ländern (also Betroffenheit und empfundene Ähnlichkeit), aber auch sicherheitspolitische Überlegungen eine Rolle bei den Einstellungen zu EZ spielen, insbesondere bei der Unterstützung von Ländern in akuten Kriegssituationen.

⁴⁸ Für die genauen Ergebnisse der Mediationsanalysen siehe die Tabellen 29–34 in Abschnitt 2.2.4 im Online-Anhang.

4.3.4 Welche Länder werden im Kontext geopolitischer Spannungen als Partnerländer der deutschen EZ bevorzugt?

Knappe finanzielle Ressourcen und die öffentliche Kritik an der EZ werfen in der öffentlichen und politischen Debatte auch die Frage auf, ob Deutschland die Zahl seiner Partnerländer reduzieren oder zwischen ihnen priorisieren sollte. Da finanzielle Mittel für die EZ ein knappes Gut sind, ist es für entwicklungspolitische Akteure, allen voran das BMZ, eine zentrale Herausforderung, sowohl thematische Schwerpunkte als auch Partnerländer zu bestimmen. Im Reformkonzept BMZ 2030 (BMZ, 2020) definiert das BMZ beispielsweise die Partnerschaftskategorien „Bilaterale Partner“, „Transformationspartner“, „Globale Partner“ und „Nexus- und Friedenspartner“. Ziel ist es dabei auch, durch eine gezielte Auswahl die EZ-Mittel effektiver und effizienter einzusetzen.

Die Wahl der Partnerstaaten ist auch Inhalt des politischen Diskurses. Beispielsweise hat die Fraktion der AfD im Bundestag im Juni 2020 eine Anfrage zu den grundsätzlichen Kriterien für die Auswahl von Partnerländern gestellt (Deutscher Bundestag, 2020). Auch die Zusammenarbeit mit spezifischen Ländern wird regelmäßig – beispielsweise in kleinen Anfragen verschiedener Bundestagsfraktionen – hinterfragt (Deutscher Bundestag, 2019, 2022a, 2023). Zuletzt wurde am Beispiel von Gendertrainings öffentlichkeitswirksam auch die EZ mit China kritisiert und infrage gestellt (Focus online, 2024). Vor diesem Hintergrund sieht sich die deutsche EZ in der Auswahl der Projekte und Partnerländer einem steigenden Rechtfertigungsdruck ausgesetzt.

Auch für die Zivilgesellschaft spielen die Auswahl der Partnerländer und die Einstellungen der Bevölkerung dazu eine entscheidende Rolle. So finanzieren sich NGOs neben staatlichen Mitteln vor allem über Spenden und ehrenamtliches Engagement (Dreher et al., 2012; Verbrugge und Huyse, 2020). Inwieweit die Zusammenarbeit mit bestimmten Ländern von der Bevölkerung unterstützt wird, dürfte für die Spendenbereitschaft von Relevanz sein.

Die Priorisierung von Partnerländern und der mögliche Rückzug aus Partnerländern gehen mit dem Risiko einher,

dass Akteure wie China oder Russland die entstehende Lücke füllen und damit auch die deutsche Entwicklungspolitik vor große Herausforderungen stellen. Der Einfluss von Schwellenländern wie China, Russland und Indien als entwicklungspolitische Akteure und als Geberstaaten wächst seit einigen Jahren kontinuierlich (siehe u.a. Dreher et al., 2022; Fuchs und Vadlamannati, 2013; Gray, 2015). Wenn, wie im Falle einiger Länder Afrikas, die Zusammenarbeit mit traditionellen Geberstaaten – hier Frankreich – aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit aufgekündigt wird, stehen Systemrivalen bereit, diese Lücke zu schließen. Der Einfluss der westlichen Welt im globalen Süden droht damit zu schwinden. Besonders eindrücklich zeigte sich dies nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022. Bei den folgenden Resolutionen der UN-Vollversammlung enthielten sich viele Länder des globalen Südens, was teils zu großer Überraschung und Verstimmung in den westlichen Staaten führte (Plagemann, 2022).

In Politik und Gesellschaft stellt sich die Frage, ob geopolitische Faktoren bei der Auswahl von Partnerländern eine Rolle spielen sollten. So wird in der Öffentlichkeit beispielsweise diskutiert, ob die Bundesregierung sich in Staaten engagieren sollte, die die gesellschaftlichen, demokratischen und ordnungspolitischen Werte Deutschlands nicht teilen (ntv, 2024). Dabei steht die EZ vor der Herausforderung, dass über 70 Prozent der Menschen weltweit in Autokratien leben (Nord et al., 2024) und ein erheblicher Teil der EZ in fragilen Staaten umgesetzt wird (Faust et al., 2023; Wencker und Verspohl, 2019).

Um herauszufinden, ob geopolitische Faktoren einen Einfluss darauf haben, welche Länder die Bevölkerung als Partnerländer der deutschen EZ bevorzugt, wurde – aufbauend auf dem Experiment im Meinungsmonitor 2021 (Schneider et al., 2021a, Kapitel 6) – ein sogenanntes *Choice-Based Partial Profile Conjoint-Experiment* durchgeführt (siehe Kasten 7). Dieses Experiment erlaubte es zu ermitteln, welche Eigenschaften von potenziellen Partnerländern bei den Befragten eher dazu führen, dass sie ein Land als Partnerland gegenüber einem anderen Land bevorzugen. In der vorliegenden Studie wurde das Experiment gegenüber dem Meinungsmonitor 2021 um verschiedene strategische und geopolitische Merkmale ergänzt.

Konkret wurden folgende elf Attribute abgefragt (für eine detaillierte Übersicht aller Attribute und deren Ausprägungen siehe Tabelle 20 in Abschnitt 2.2.1 im Online-Anhang):⁴⁹

1. Inhaltlicher Schwerpunkt der Zusammenarbeit
2. Religion der Bevölkerung
3. Korruption im Land
4. Armut im Land
5. Leistungsfähigkeit des Staates
6. Staatliche Autorität
7. Betroffenheit durch den Klimawandel
8. Anzahl der Geflüchteten, die aus dem Land nach Deutschland kommen
9. Rolle als Energielieferant für Deutschland
10. Politische Partnerschaft mit China oder dem Westen
11. Haltung zum Krieg gegen die Ukraine

In einem zweiten *Choice-Based Conjoint*-Experiment wurden die Präferenzen für konkrete Länder als Partnerländer der deutschen EZ untersucht.

Kasten 7 Aufbau des Conjoint-Experiments

In sogenannten *Choice-Based Conjoint*-Experimenten müssen die Befragten eine Wahl zwischen zwei vorgelegten Optionen treffen (siehe z. B. Hainmueller et al., 2014; Raghavarao et al., 2010). Die beiden Optionen können beispielsweise Profile verschiedener Produkte sein. Dabei wird bei jedem Auswahlpaar eine Reihe verschiedener Attribute präsentiert. Welche Ausprägungen der Attribute angezeigt werden, wird dabei zufallsbasiert entschieden. Bei einem sogenannten *Partial Profile Conjoint*-Experiment werden außerdem die angezeigten Attribute aus einer größeren Gesamtzahl an Attributen für jedes Auswahlpaar zufällig ausgewählt. Die Teilnehmenden müssen anschließend anhand dieser Eigenschaften eine Entscheidung treffen, wobei bewusst auf die Optionen „weiß nicht“ oder „beide gleichermaßen“ verzichtet wird. Auf Basis dieser Entscheidungen lässt sich herausfinden, welche Ausprägungen statistisch gesehen häufiger oder seltener zur Entscheidung für ein Produkt führen.

Für den Meinungsmonitor 2024 wurde anhand eines solchen *Choice-Based Partial Profile Conjoint*-Experiments untersucht, auf welche Eigenschaften die Befragten als Auswahlkriterien für Empfängerländer der deutschen EZ achten (siehe auch Doherty et al., 2020). Den Befragten wurden dabei fünf Auswahlpaare mit jeweils zwei Länderprofilen präsentiert, die jeweils sechs zufällig ausgewählte Attribute enthielten (konkrete Beispiele der Auswahlpaare finden sich in Abbildung 16 in Abschnitt 2.2.5 im Online-Anhang). Die jeweiligen Ausprägungen der gezeigten Attribute wurden ebenfalls stets zufallsbasiert ausgewählt. Die gezeigten Länderprofile basierten dabei nicht auf tatsächlichen Ländern, sondern bildeten eine zufällige Auswahl von Attributen und Ausprägungen. Die Befragten mussten dann in jedem Auswahlpaar ein Land auswählen, das von der Bundesregierung eher mit Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden sollte.

Anschließend wurden mit Regressionsanalysen die sogenannten *Average Marginal Component Effects* (AMCEs) errechnet. Diese geben an, wie sich die Wahrscheinlichkeit, dass ein Länderprofil ausgewählt wird, ändert, wenn sich ein Attribut von einer Referenzausprägung zu einer anderen Ausprägung ändern würde. Dieses Studiendesign erlaubt es, kausale Schlüsse darüber zu ziehen, welche Ausprägungen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass ein Länderprofil ausgewählt wird.

⁴⁹ Mit Ausnahme der Attribute „inhaltlicher Schwerpunkt der Zusammenarbeit“, „Religion der Bevölkerung“ und „Armut“ handelt es sich bei den jeweiligen Ausprägungen der Attribute um Angaben, die eine subjektive Wahrnehmung zulassen. So ist beispielsweise die Ausprägung „hohes Korruptionsniveau“ oder „enger politischer Partner Chinas“ nicht genauer quantifiziert; was genau darunter zu verstehen ist, liegt somit in der subjektiven Wahrnehmung der Befragten.

Präferenzen für Ländermerkmale

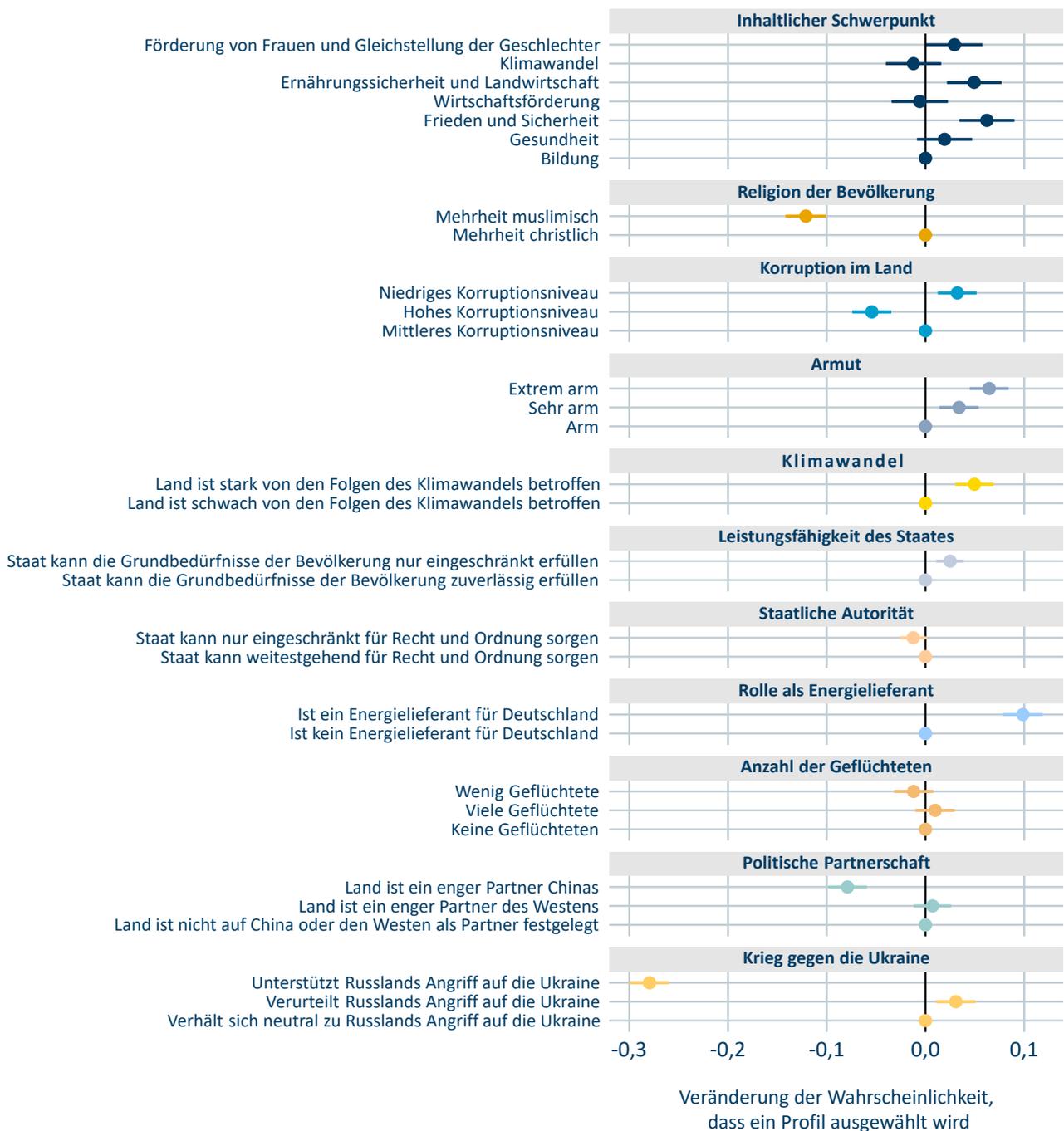
Eigeninteressen und geopolitische Abwägungen können bei der Priorisierung von EZ-Partnerländern eine wichtige Rolle spielen. Gerade im Kontext aktueller Ereignisse wie dem Krieg gegen die Ukraine oder geopolitischen Spannungen mit China könnten solche Abwägungen stärker in den Vordergrund rücken. Um diese Rolle stärker zu beleuchten, wurden in dem vorliegenden Experiment im Vergleich zur Erhebung im Jahr 2020 drei zusätzliche Attribute in den (hypothetischen) Länderprofilen verwendet: ob ein Land ein Energielieferant Deutschlands ist, ob ein Land ein enger Partner Chinas oder des Westens ist, und wie sich ein Land zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verhält.

(Hypothetische) Länder mit dem Attribut „Energielieferant für Deutschland“ werden als EZ-Partnerländer deutlich favorisiert. Die Energiesicherheit ist im Zuge des russischen Krieges gegen die Ukraine in den Fokus gesellschaftlicher und politischer Debatten gerückt. So stellt sich nach Jahrzehnten der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland und aufgrund der seit Kriegsbeginn ausbleibenden Gaslieferungen zunehmend die Frage, von welchen Ländern Deutschland Energie beziehen soll und welche Rolle die politischen Gegebenheiten in den jeweiligen Ländern dabei spielen. In diesem Zusammenhang wurden auch mögliche Energiepartnerschaften und deren Vereinbarkeit mit den Grundsätzen einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik diskutiert. Die Ergebnisse in Abbildung 27 zeigen, dass Energiesicherheit in den Einstellungen der Befragten zur EZ eine wichtige Rolle spielt. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Land als EZ-Partner priorisiert wird, ist um 10 Prozentpunkte höher, wenn das Land als Energielieferant Deutschlands präsentiert wird.

Die geopolitische Ausrichtung eines potenziellen Partnerlandes spielt für die Befragten eine Rolle: Gilt ein Land als enger Partner Chinas, wird es als potenzielles Partnerland der deutschen EZ eher abgelehnt. In diesem Fall verringerte sich die Wahrscheinlichkeit, von den Befragten als EZ-Partnerland ausgewählt zu werden, um 8 Prozentpunkte. Kein statistisch signifikanter Unterschied zeigte sich hingegen, wenn ein hypothetisches Land als enger Partner des Westens dargestellt wurde oder sich weder auf den Westen noch auf China als Partner festgelegt hat.

Länder, die als Unterstützer von Russlands Angriff auf die Ukraine dargestellt werden, erfahren als potenzielle Partnerländer der EZ die mit Abstand größte Ablehnung. Wie zuvor erwähnt, haben sich viele Länder des globalen Südens in den Resolutionen der UN-Vollversammlung zur Verurteilung des russischen Krieges gegen die Ukraine enthalten. Im Vergleich zu diesen werden Länder, die diesen Krieg verurteilen, mit einer um 3 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit als Partnerland priorisiert. Offene Unterstützung für Russlands Angriff auf die Ukraine zeigen nur sehr wenige Staaten. So haben im Februar 2023 neben Russland selbst lediglich sechs weitere Länder gegen die Resolution A/ES-11/L.7 der UN-Vollversammlung und damit gegen eine Verurteilung des russischen Angriffs gestimmt (Vereinte Nationen, 2023b, 2023c). Unter den Befragten führte eine solche Positionierung zu großer Ablehnung: Länder, die Russlands Angriff unterstützen, werden mit einer um 28 Prozentpunkte niedrigeren Wahrscheinlichkeit favorisiert. Dies stellt in den vorliegenden Ergebnissen den stärksten Effekt dar.

Abbildung 27 Wirkung von Informationen auf die Wahl potenzieller Partnerländer für die Entwicklungszusammenarbeit



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im Oktober 2023. N = 3.355. Die abhängige Variable ist die Tatsache, ob ein Land gegenüber einem anderen Land ausgewählt wurde. Abgetragen sind die average marginal component effects (AMCEs) der verschiedenen erklärenden Variablen. Errechnet wurden die AMCEs mit einem linearen Wahrscheinlichkeitsmodell. Auf der Nulllinie ist die Referenzkategorie der jeweiligen Variable zu sehen. Die restlichen Punkte stellen die jeweiligen AMCE-Koeffizienten dar. Ein positiver Koeffizient bedeutet, dass diese Eigenschaft sich positiv auf die abhängige Variable auswirkt. Ein negativer Koeffizient bedeutet entsprechend eine negative Auswirkung auf die abhängige Variable. Die waagerechten Balken an den Punkten stellen die 95%-Konfidenzintervalle dar. Schneiden diese die Nulllinie, hat diese Variable keinen statistisch signifikanten Effekt. Andernfalls ist der Effekt statistisch signifikant.

Am Bedarf der Länder orientierte Attribute wie Armut, eingeschränkte Leistungsfähigkeit des Staates und eine hohe Betroffenheit durch den Klimawandel führen dazu, dass die Befragten das Land eher als Partnerland favorisieren. Beispielsweise wird ein Länderprofil mit einer um 5 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit ausgewählt, wenn das Land nicht schwach, sondern stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen ist. Für ein Land, dessen Bevölkerung mehrheitlich als sehr arm oder extrem arm beschrieben wird, ist die Wahrscheinlichkeit, als Partnerland bevorzugt zu werden, um 3 beziehungsweise 6 Prozentpunkte höher als für ein Land, das lediglich als arm beschrieben wird. Staaten, die die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nur eingeschränkt erfüllen können, werden mit einer um 3 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit bevorzugt. Die staatliche Autorität, also die Angabe, ob ein Staat weitestgehend oder nur eingeschränkt für Recht und Ordnung sorgen kann, spielt keine statistisch signifikante Rolle. Gleiches gilt für die Zahl der Geflüchteten, die aus einem Land nach Deutschland kommen. Dies ist vor dem Hintergrund interessant, dass „Fluchtursachenbekämpfung“ häufig als ein Argument gegenüber EZ-Skeptiker*innen ins Feld geführt wird (siehe z. B. BMZ, 2024; Fachkommission Fluchtursachenbekämpfung der Bundesregierung, 2021).

Ein hohes Korruptionsniveau führt zu weniger Unterstützung als Partnerland. Länder mit einem hohen Korruptionsniveau werden mit einer um 5 Prozentpunkte niedrigeren Wahrscheinlichkeit priorisiert als Länder mit einem mittleren Korruptionsniveau. Länder, deren Korruptionsniveau als niedrig angegeben wird, werden dagegen mit einer um 3 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit bevorzugt. Ein Erklärungsansatz könnte sein, dass Korruption die Wirksamkeit der eingesetzten EZ-Mittel verringern kann, was bei Befragten zu Vorbehalten führt (siehe auch Bauhr et al., 2013).

Die Wahrscheinlichkeit, als EZ-Partnerland unterstützt zu werden, ist für Länder mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung deutlich geringer als für Länder mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung. Hier beträgt der Unterschied 12 Prozentpunkte, was den zweitgrößten Effekt der vorliegenden

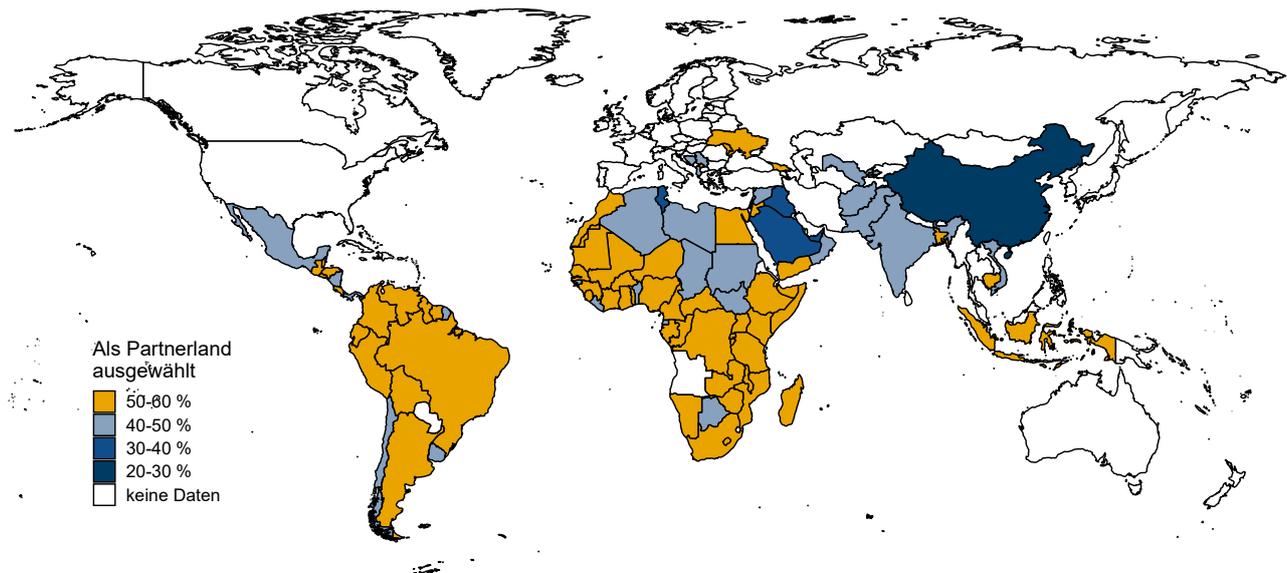
Ergebnisse darstellt. Der Unterschied fällt damit stärker aus als beispielsweise derjenige für das Armuts- oder Korruptionsniveau. Dieser sogenannte *Anti-Muslim Bias* spielt auch für die Akzeptanz von Geflüchteten eine Rolle (Bansak et al., 2016), wie sich in der Debatte um die Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten gezeigt hat (Esposito, 2022). Er findet sich auch in anderen Studien zu EZ-Präferenzen (Blackman, 2018). Ausschlaggebend könnten hier Vorurteile gegenüber Menschen muslimischen Glaubens sein (siehe z. B. Strabac und Listhaug, 2008; Sides und Gross, 2013).

Präferenzen für Partnerländer

Die Analyse im zweiten Teil des Experiments, in dem Personen zwischen real existierenden Ländern entscheiden sollten, zeigt, dass die Befragten besonders die Zusammenarbeit mit Ländern in Subsahara-Afrika unterstützen. Abbildung 28 stellt die Ergebnisse des zweiten *Choice-Based Conjoint*-Experiments dar. Dabei ist für jedes der 89 im Experiment enthaltenen Länder abgebildet, in wie viel Prozent der Fälle es gegenüber einem zufällig bestimmten anderen Land als EZ-Partnerland ausgewählt wurde. Am häufigsten gewählt wurden Namibia, Äthiopien, Tansania, Kenia und Togo und damit alle Länder, die in Subsahara-Afrika liegen. Drei dieser Länder (Namibia, Tansania, Togo) sind zudem ehemalige deutsche Kolonien. Unter den 15 Ländern mit der höchsten Zustimmung befinden sich nur zwei, die nicht in Subsahara-Afrika liegen. Hier scheint die deutsche Bevölkerung also regional den Schwerpunkt der deutschen EZ zu sehen. Dieses Bild ist mit den Ergebnissen aus dem Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2021 konsistent (Schneider et al., 2021a, Kapitel 6).

China sowie der arabisch geprägte Raum werden von der deutschen Bevölkerung am wenigsten als Partnerländer der deutschen EZ bevorzugt. China ist mit rund 29 Prozent das Land, das mit Abstand am seltensten ausgewählt wurde (siehe Abbildung 28). Auch der Irak, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate wiesen mit 34 bis 35 Prozent eine deutlich niedrigere Auswahlrate auf als die anderen Länder.⁵⁰ Insgesamt sind unter den zehn am seltensten ausgewählten Ländern acht, die in Nordafrika oder auf der arabischen Halbinsel liegen.

⁵⁰ Die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien sind keine Partnerländer der deutschen EZ. Diese Länder wurden in das vorliegende Experiment einbezogen, um eine Vergleichbarkeit mit den Daten aus 2020 zu gewährleisten.

Abbildung 28 Befürwortung möglicher Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit

Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von Respondi/Bilendi im Oktober 2023. $N = 3.355$. Abgetragen ist die Häufigkeit, mit der ein Land gegenüber einem anderen, zufällig bestimmten Land ausgewählt würde. 50 Prozent bildet dabei den Durchschnitt und somit den Erwartungswert ab. Orangefarbene Länder wurden mit einer Häufigkeit von mehr als 50 Prozent gewählt, blaue Länder dagegen mit einer Häufigkeit von weniger als 50 Prozent. Abgefragt wurden alle Länder, die auf der Empfängerliste des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) stehen.

Länder Zentralasiens und Osteuropas, vor allem die Ukraine und die Republik Moldau, haben im Vergleich zu 2020 an Zustimmung gewonnen. Zählte die Ukraine 2020⁵¹ mit rund 37 Prozent Zustimmung noch zu den am seltensten ausgewählten Partnerländern, liegt das Land nun 14 Prozentpunkte höher, bei rund 51 Prozent. Hier zeigt sich also deutlich, dass die EZ mit der Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskrieges von deutlich mehr Menschen befürwortet wird als zuvor – und das, obwohl die Ukraine mehrheitlich eher nicht als „Entwicklungsland“ wahrgenommen wird (siehe Abschnitt 4.3.3). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Republik Moldau im Vergleich zu 2020 häufiger ausgewählt wurde (Anstieg um knapp 12 Prozentpunkte). Mit

56 Prozent ist sie damit das am sechsthäufigsten ausgewählte Land. Auch dies sollte im Kontext des Krieges gegen die Ukraine verstanden werden. So ist die Republik Moldau ein direkter Nachbar der Ukraine, nahm (gemessen an der Einwohnerzahl des Landes) eine große Zahl Geflüchteter aus der Ukraine auf und hat mit Transnistrien eine abtrünnige und von Russland militärisch unterstützte Region. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges haben also Länder, die potenziell im politischen und geografischen Einflussgebiet Russlands liegen, als Partnerland der deutschen EZ an Zustimmung gewonnen. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass hier die geo- und sicherheitspolitischen Ereignisse einen Einfluss auf die Einstellungen der Befragten zur EZ haben.

⁵¹ Die für den Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2021 genutzten Daten des *Conjoint-Experiments* wurden im August und September 2020 erhoben.

4.3.5 Schlussfolgerung: Hohe Zustimmung für internationales Engagement, die aber durch fortdauernde wirtschaftliche Herausforderungen schwinden könnte

Insgesamt zeigen die Befragten ein hohes Maß an Unterstützung für Deutschlands Engagement in internationalen Krisen und Notsituationen. Humanitäres und entwicklungspolitisches Engagement erfährt dabei mehr Zustimmung als militärisches Engagement.

Auch zwei Jahre nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wird die Unterstützung des Landes stark befürwortet. Die hohe Zustimmung ist insbesondere mit Blick auf die enorm benötigten Mittel für den Wiederaufbau der Ukraine ein wichtiges Signal an die Politik.

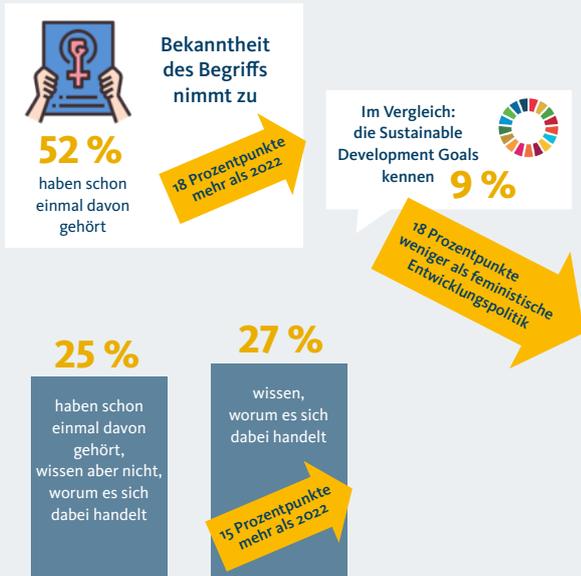
Die angespannte wirtschaftliche und finanzielle Lage beeinträchtigt jedoch potenziell die Unterstützung für EZ. Über verschiedene demografische und sozioökonomische Gruppen hinweg führen wirtschaftliche Sorgen zu sinkender Zustimmung für die EZ, während gleichzeitig der Großteil der Befragten die aktuelle und künftige wirtschaftliche Lage als schlecht bewertet. Angesichts der nicht kleiner werdenden Herausforderungen und der damit einhergehenden Kosten – sowohl für die Bürger*innen als auch für den Staat – könnte der bisherige breite entwicklungspolitische Konsens in der Bevölkerung langfristig schwinden (siehe dazu auch Kapitel 3 dieses Berichts).

Strategische und geopolitische Faktoren spielen in der Auswahl potenzieller Partnerländer eine Rolle. Zwar sind für die Befragten nach wie vor Faktoren, die den Bedarf der Menschen vor Ort abbilden – wie Armut oder Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels –, wichtig bei der Wahl ihrer bevorzugten Partnerländer; doch auch die Rolle des Landes als Energielieferant für Deutschland und die Positionierung zu Russland und China fließen in die Entscheidung ein. Zudem haben mehrere osteuropäische und zentralasiatische Länder als Partnerländer an Zustimmung gewonnen, was sicherlich auch im Kontext von Russlands Angriff auf die Ukraine gesehen werden muss. Die aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Ereignisse spielen bei der Ausprägung entwicklungspolitischer Einstellungen eine erhebliche Rolle. Die Gestaltung und Kommunikation einer Entwicklungspolitik, die auf diese Präferenzen Rücksicht nimmt, könnte also eine höhere Akzeptanz erfahren.

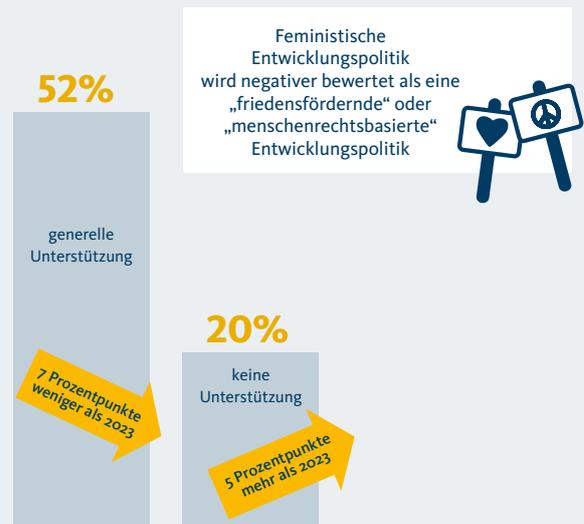
Die EZ scheint von den Befragten nur bedingt als wirksames Kriseninstrument wahrgenommen zu werden. Dabei scheint es auf den jeweiligen Kontext anzukommen. Zwar befürworten die Befragten insgesamt Deutschlands Engagement in Ländern mit akuten Krisen sowie auch EZ-Maßnahmen und humanitäre Hilfe für die Ukraine. Allerdings zeigen die Ergebnisse auch, dass von Krisen geplagte Länder wie der Irak, Afghanistan oder der Südsudan gegenüber 2020 an Zustimmung als Partnerland eingebüßt haben. Hier könnte unter anderem das überwiegend negative Fazit des deutschen Engagements in Afghanistan (Hartmann et al., 2023), das nach dem Truppenabzug 2021 noch einmal deutlich sichtbar wurde und auch in den Medien präsent war, das Vertrauen in die EZ als wirksames Kriseninstrument geschmälert haben.

4.4 Die Einstellung der Bevölkerung zu feministischer Entwicklungspolitik

Bekanntheit



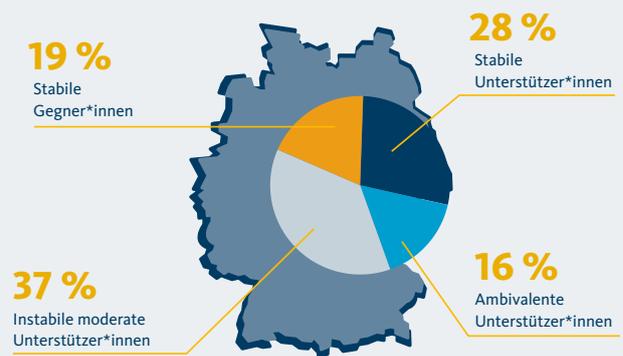
Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik



Unterstützung im Kontext globaler Krisen



Einstellungstärke



Welche Ziele werden unterstützt?



Polarisierende Wirkung des Begriffs



In ihrem Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung 2021 erstmals explizit eine feministische Außenpolitik angekündigt, und im März 2023 wurde vom BMZ eine Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik vorgestellt (Auswärtiges Amt, 2023a; BMZ, 2023a; BMZ, 2023c; SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, 2021). Eine feministische Entwicklungspolitik, die an das Ziel der Geschlechtergleichstellung (SDG 5) der von den Vereinten Nationen 2015 verabschiedeten Agenda 2030 anknüpft, steht in der Tradition, die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Außen- und Entwicklungspolitik und in der EZ zu berücksichtigen. So verpflichteten sich die Vertragsstaaten der Vereinten Nationen bereits vor 40 Jahren mit Unterzeichnung der Frauenrechtskonvention (CEDAW, seit 1981 in Kraft und von Deutschland 1985 ratifiziert), Frauenrechte weltweit zu fördern. 15 Jahre später wurde auf der UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking die Aktionsplattform zur Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft verabschiedet. Bereits hier gab es klare Bezüge zur EZ, etwa den Abbau von Frauenarmut oder die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede bei den Bildungschancen (z. B. BMFSFJ, 2021; UN Women, 2020). Auch frühere Bundesminister*innen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzten sich im Rahmen ihres Mandats bereits für die Gleichstellung der Geschlechter ein und vertraten wichtige Aspekte einer feministischen Entwicklungspolitik, wenngleich diese nicht explizit so benannt wurde (Bohnet, 2019).

Dabei unterscheidet sich die aktuelle feministische Entwicklungspolitik zumindest in ihrem Anspruch von vorangegangenen Bestrebungen zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit. So soll die aktuelle feministische Entwicklungspolitik insbesondere gendertransformativ wirken und somit systemischen Wandel und das Aufbrechen bestehender patriarchaler Machtverhältnisse in den Mittelpunkt stellen. Auch geht die Strategie über die Gleichstellung der Geschlechter hinaus; sie hat einen intersektionalen Anspruch, bei dem nicht nur Frauen und Mädchen, sondern auch andere marginalisierte Gruppen Beachtung finden sollen (BMZ, 2023a, 2023c). Als Kernziele formuliert die feministische Außen- und Entwicklungspolitik hier, die Rechte, Repräsentanz und Ressourcen von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen zu stärken und gesellschaftliche Diversität zu fördern

(„3R+D“-Formel; Auswärtiges Amt, 2023a; BMZ, 2023a, 2023c; SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, 2021). Die Prinzipien, Inhalte und Zielsetzungen der feministischen Außenpolitik überschneiden sich hierbei stark mit denen der feministischen Entwicklungspolitik, wenngleich sich die Handlungsfelder unterscheiden (Auswärtiges Amt, 2023a; BMZ, 2023a, 2023c).

Mit dem feministischen Leitbild der Außen- und Entwicklungspolitik folgt Deutschland dem Vorbild Schwedens, wo bereits 2014 eine feministische Außenpolitik etabliert wurde (Zilla, 2022). In der Folge haben weitere Länder eine feministische Außen- und/oder Entwicklungspolitik verkündet (Khillare, 2023). Das Konzept trifft jedoch nicht nur auf Unterstützung, und oftmals gibt es Vorbehalte in Teilen der Politik, aber auch der Bevölkerung (Hudson et al. 2023; Sassenhagen et al., 2023; Schneider et al., 2024b). Beispielsweise wird der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik abgesprochen, den akuten globalen Sicherheitskrisen gerecht zu werden beziehungsweise für diese das adäquate Leitbild zu sein.⁵² So hat Schweden sich nach dem Regierungswechsel 2022 zumindest von dem Begriff der feministischen Außenpolitik abgekehrt.

Das feministische Leitbild der deutschen Entwicklungspolitik birgt zum einen das Potenzial, Aufmerksamkeit für bestehende Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und strukturelle Machtunterschiede zu schaffen. Zum anderen geht mit ihr aber das Risiko einher, dass in einer zunehmend polarisierten politischen Debatte der bislang in der Bevölkerung bestehende entwicklungspolitische Grundkonsens (Schneider et al., 2022) infrage gestellt wird. Aus dieser Perspektive ist es besonders wichtig, den öffentlichen Diskurs und die öffentliche Meinung zu feministischer Entwicklungspolitik zu erfassen. Während es zu feministischer Außenpolitik bereits umfassende wissenschaftliche Literatur gibt (z. B. Aggestam et al., 2019; Jezierska, 2022; Scheyer und Kumskova, 2019; Sundström et al., 2021; Thompson und Clement, 2019; Thomson, 2020; Towns et al., 2023; Zhukova, 2023), trifft das spezifisch für die feministische Entwicklungspolitik nicht zu. Insbesondere die öffentliche Einstellung sowohl zu feministischer Außen- als auch zu feministischer Entwicklungspolitik blieb bislang bis auf wenige Ausnahmen weitgehend unbeachtet (siehe aber Sassenhagen et al., 2023; Schneider et al., 2024b zu feministischer Entwicklungspolitik).

⁵² So äußerte sich beispielsweise der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Friedrich Merz, in seiner Rede im Bundestag kurz nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine (Deutscher Bundestag, 2022b).

Sowohl für die demokratische Legitimation als auch als Information für politische Akteure und deren Entscheidungen ist die öffentliche Einstellung hierzu jedoch ein wichtiger Indikator.

Ziel dieses Kapitels ist es daher, ein klareres Bild darüber zu gewinnen, welches Verständnis die deutsche Bevölkerung von feministischer Entwicklungspolitik hat und wie breit die Unterstützung für das Label sowie die Inhalte insbesondere im Kontext globaler Krisen ist. Dadurch sollen entwicklungspolitische Akteure Feedback und Orientierungswissen zum Meinungsbild der Bevölkerung zu feministischer Entwicklungspolitik und damit Informationen für weitere politische Entscheidungen erhalten. So können Potenziale für die politische Kommunikation sowie für die inhaltlichen Umsetzung feministischer Entwicklungspolitik ermittelt werden.

Vor diesem Hintergrund behandelt dieses Unterkapitel folgende Leitfragen:

1. Was versteht die Bevölkerung unter feministischer Entwicklungspolitik?
2. Inwieweit unterstützt die Bevölkerung eine feministische Entwicklungspolitik und ihre Inhalte?
3. Wie gefestigt sind die Einstellungen zu feministischer Entwicklungspolitik?
4. Inwiefern verändert sich die Wahrnehmung und Zustimmung zu feministischer Entwicklungspolitik im Kontext akuter globaler Herausforderungen und Krisen?

4.4.1 Was versteht die Bevölkerung unter feministischer Entwicklungspolitik?

Zwar war der Begriff der feministischen Entwicklungspolitik den Teilnehmenden einer Umfrage im Jahr 2022 bereits bekannter als die SDGs, die Mehrheit (59 %) kannte den Begriff jedoch noch nicht (Sassenhagen et al., 2023).⁵³ Im März 2023 wurden sowohl die Strategie des Außenministeriums für eine feministische Außenpolitik als auch die Strategie des BMZ für eine feministische Entwicklungspolitik

veröffentlicht. Dies ging mit großer medialer Aufmerksamkeit einher. Dadurch könnten sowohl das öffentliche Interesse als auch das Wissen zu der Thematik angestiegen sein.

Eine zentrale Frage ist daher, wie viel die Bevölkerung zum aktuellen Zeitpunkt über feministische Entwicklungspolitik weiß und was sie unter dem Begriff versteht.

Feministische Entwicklungspolitik auf Twitter/X

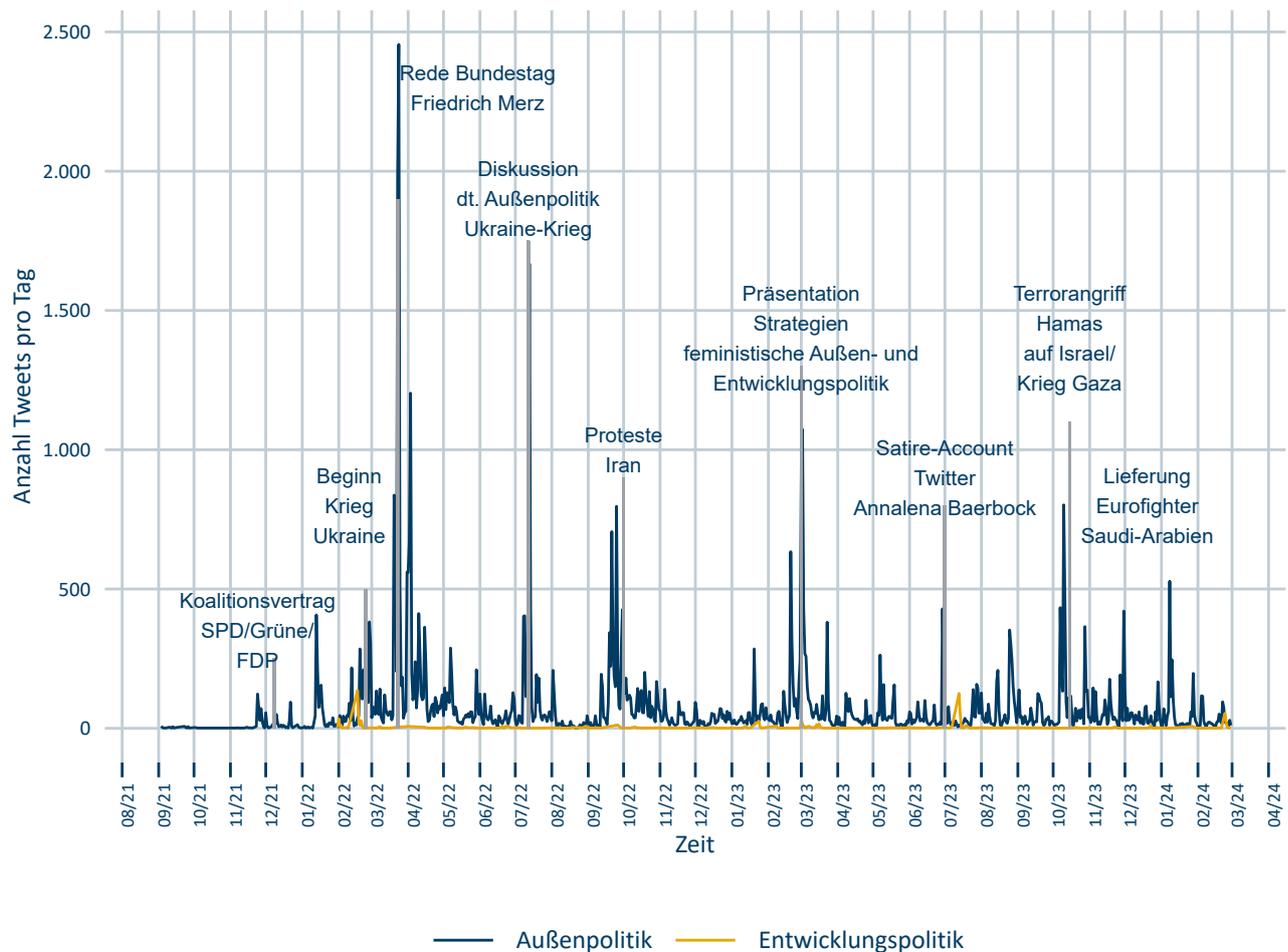
Als Indikator für das Informationsumfeld der Bevölkerung zum Thema feministische Außen- und Entwicklungspolitik wurde der Kurznachrichtendienst Twitter/X analysiert.⁵⁴ Dabei wurde erfasst, wie häufig die Begriffe „feministische Außenpolitik“ und „feministische Entwicklungspolitik“ genannt wurden.

Die Aufmerksamkeit für feministische Außen- und Entwicklungspolitik auf Twitter/X ist seit 2022 weitgehend unverändert. Abgesehen von wenigen Ausschlägen wurden zum Thema nur wenige Beiträge pro Tag gezählt (siehe Abbildung 29). Diese Anzahl ist weitgehend stabil geblieben und zeigt keinen durchschnittlichen Anstieg im Laufe der Zeit. Dies spricht dafür, dass auch durch die Vorstellung der politischen Strategien im März 2023 langfristig kein erhöhter Austausch zum Thema angestoßen wurde. Hier gab es lediglich kurzzeitig eine höhere Anzahl entsprechender Beiträge.

Ein Vergleich der pro Tag veröffentlichten Beiträge zu beiden Politikfeldern zeigt, dass die meisten Beiträge sich mit feministischer Außenpolitik befassen, während feministische Entwicklungspolitik kaum Beachtung findet. Dies könnte zum einen daran liegen, dass Entwicklungspolitik im Vergleich zu Außenpolitik lediglich einen kleineren Teil der Bevölkerung und der politischen Eliten interessiert. Zum anderen könnte es sein, dass kaum eine Differenzierung zwischen feministischer Außen- und Entwicklungspolitik stattfindet. So wurden die Strategien beider Ministerien beispielsweise gemeinsam vorgestellt, und bei vielen Auftritten in der Öffentlichkeit zeigten sich die Ministerinnen gemeinsam (z. B. Tagesschau, 2023).

⁵³ Zu einem ähnlichen Ergebnis hinsichtlich des Begriffs „feministische Außenpolitik“ kam die Studie „The Berlin Pulse“ der Körber-Stiftung (2022).

⁵⁴ Für die Analysen gelten dieselben Limitationen wie für die Analysen zur generellen Erwähnung von Entwicklungspolitik auf Twitter/X. Diese Limitationen werden in Unterkapitel 2.3 erläutert.

Abbildung 29 Feministische Entwicklungspolitik/Außenpolitik auf Twitter/X (2021–2024)

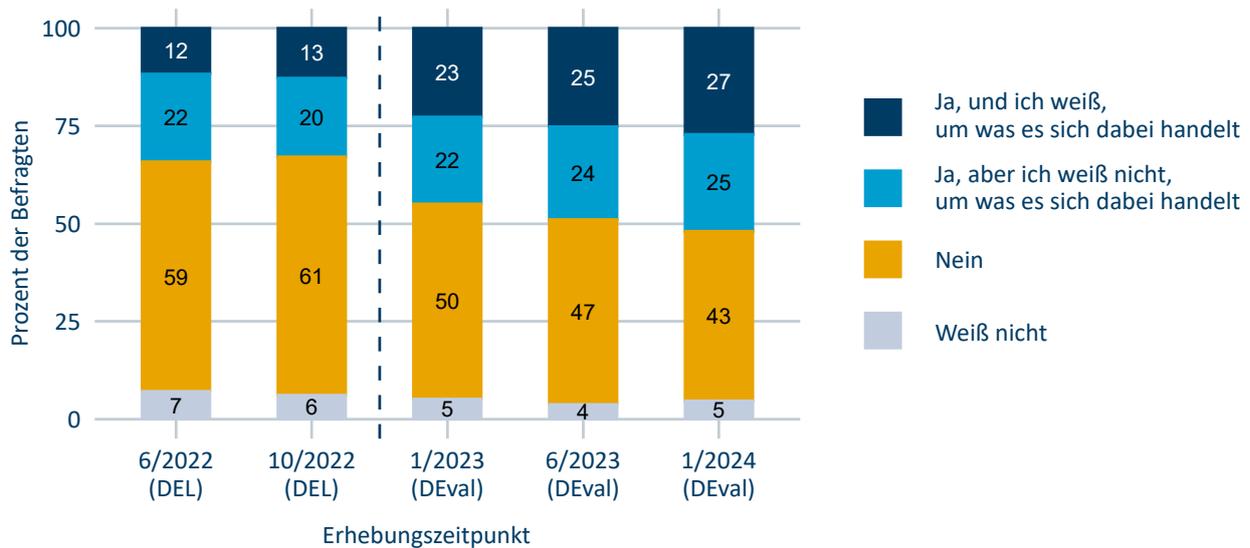
Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: rund 69.000 Beiträge im Zeitraum 1. Mai 2019 bis 29. Februar 2024, die anhand einer Suchwortliste über das Analyse-Tool Meltwater heruntergeladen wurden. Die Suchworte waren „feministische Außenpolitik“ und „feministische Entwicklungspolitik“.

Bekanntheit feministischer Entwicklungspolitik

Im Vergleich zu Ergebnissen des DEL von 2022 ist der Begriff der feministischen Entwicklungspolitik in neueren Umfragen deutlich bekannter. Wie in Abbildung 30 zu sehen, gaben im Januar 2024 nur noch 43 Prozent der Befragten an, noch nie etwas von dem Begriff gehört oder gelesen zu haben. Erstmals sagt sogar eine knappe Mehrheit (52 %), dass sie schon einmal von feministischer Entwicklungspolitik gehört oder gelesen hat. Der Anteil derer, die angeben, den Begriff zu kennen und

zu wissen, worum es sich dabei handelt, ist zwischen Juni 2022 (DEL-Umfrage) und Januar 2024 (DEval-Umfrage) um 15 Prozentpunkte gestiegen – auf 27 Prozent der Befragten. Dies könnte darauf hindeuten, dass die im März 2023 veröffentlichte Strategie und die damit einhergehende Ausgestaltung der Inhalte feministischer Entwicklungspolitik zumindest bei einem Teil der Bevölkerung dazu beigetragen haben, eine klarere Vorstellung von einer feministischen Entwicklungspolitik zu bekommen.⁵⁵

⁵⁵ Ob Befragte tatsächlich zwischen feministischer Entwicklungs- und Außenpolitik unterscheiden können, kann in dieser Befragung nicht geklärt werden, da nicht nach einer Unterscheidung gefragt und lediglich der Begriff „feministische Entwicklungspolitik“ abgefragt wurde. So ist es möglich, dass Befragte angeben zu wissen, um was es sich bei dem Begriff handelt, auch wenn sie lediglich über „feministische Außenpolitik“ informiert sind und nicht zwischen Außen- und Entwicklungspolitik unterscheiden.

Abbildung 30 Bekanntheit feministischer Entwicklungspolitik im Zeitverlauf

Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: 6/2022: DEL-Sandbox (N = 2.059), 10/2022: DEL-Panel (N = 6.008). DEL-Daten sind gewichtete Daten. 1/2023, 6/2023, 1/2024: DEval-Tracking (N pro Erhebung ≈ 2.000). Die Frage lautete: „Haben Sie schon einmal etwas von ‚feministischer Entwicklungspolitik‘ gehört oder gelesen?“

Feministische Entwicklungspolitik ist bekannter bei Befragten mit hoher formaler Bildung, Männern, Politikinteressierten, EZ-Interessierten und -Informierten sowie bei Personen, die sich den politischen Rändern zuordnen (links oder rechts). Einstellungen zu Feminismus oder populistische Einstellungen zeigen hingegen keinen Zusammenhang mit der Bekanntheit feministischer Entwicklungspolitik.⁵⁶

Wahrnehmung feministischer Entwicklungspolitik in der Öffentlichkeit

Werden die Befragten gebeten, selbst zu formulieren, worum es aus ihrer Sicht bei einer feministischen Entwicklungspolitik geht, zeigt sich, dass die meisten glauben, es ginge vor allem um Frauen, Frauenrechte und Gleichberechtigung. Diese drei Begriffe wurden am häufigsten genannt.⁵⁷ Auch „keine Ahnung“ war unter den 15 meistgenannten Begriffen. Positive Wörter wie „fördern“ oder „stärken“ wurden ebenfalls häufig genannt. Interessanterweise glauben einige Befragte auch, dass es um Themen wie „Frauenquoten“, „mehr Frauen in der Politik,

Wirtschaft“ oder „Frauen in Führungspositionen“ ginge. Somit scheinen sowohl Frauenrechte als auch die Repräsentanz von Frauen bei den Befragten präsent zu sein – beides zentrale Aspekte der BMZ-Strategie (BMZ, 2023a). Die Aspekte „Ressourcen“ sowie „Diversität“ blieben hingegen größtenteils ungenannt.⁵⁸

Vorbehalte gegenüber einer feministischen Entwicklungspolitik umfassen Bedenken, ob die Ziele erreichbar sind, die Sorge, Männer könnten diese Politik ablehnen oder von ihr ausgeschlossen werden, sowie Fragen, inwiefern eine feministische Entwicklungspolitik mit Werten anderer Kulturen kollidiert. So äußern die Befragten etwa die Befürchtung, dass „sich nichts wirklich ändert und nur viel geredet wird“ oder dass es eine „einseitige Behandlung von Frauen und Benachteiligung von Männern“ geben könnte. Befürchtet wurde zudem, dass „unterschiedliche Kulturen [...] diese Entwicklungspolitik [...] ablehnen“. Auch geben die Befragten an, dass eine feministische Entwicklungspolitik insbesondere westliche Werte widerspiegeln, die den Ländern des globalen Südens aufgedrängt würden („Wir versuchen, geltende Strukturen zu beeinflussen, anderen Ländern

⁵⁶ Die Ergebnisse der vertiefenden Regressionsanalyse, die Zusammenhänge zwischen demografischen Variablen und Einstellungsvariablen und der Bekanntheit feministischer Entwicklungspolitik genauer untersucht, ist in Abschnitt 2.3.2 im Online-Anhang dokumentiert.

⁵⁷ Eine Übersicht über die 15 meistgenannten Wörter zur Frage, was Personen glauben, worum es bei einer feministischen Entwicklungspolitik geht, ist in Abbildung 18 in Abschnitt 2.3.3 im Online-Anhang dargestellt.

⁵⁸ Offene Fragen wurden mithilfe verschiedener Methoden der computergestützten Textanalyse ausgewertet. Details zu den Analysen der offenen Fragen in der Umfrage finden sich in Abschnitt 2.3.3 im Online-Anhang.

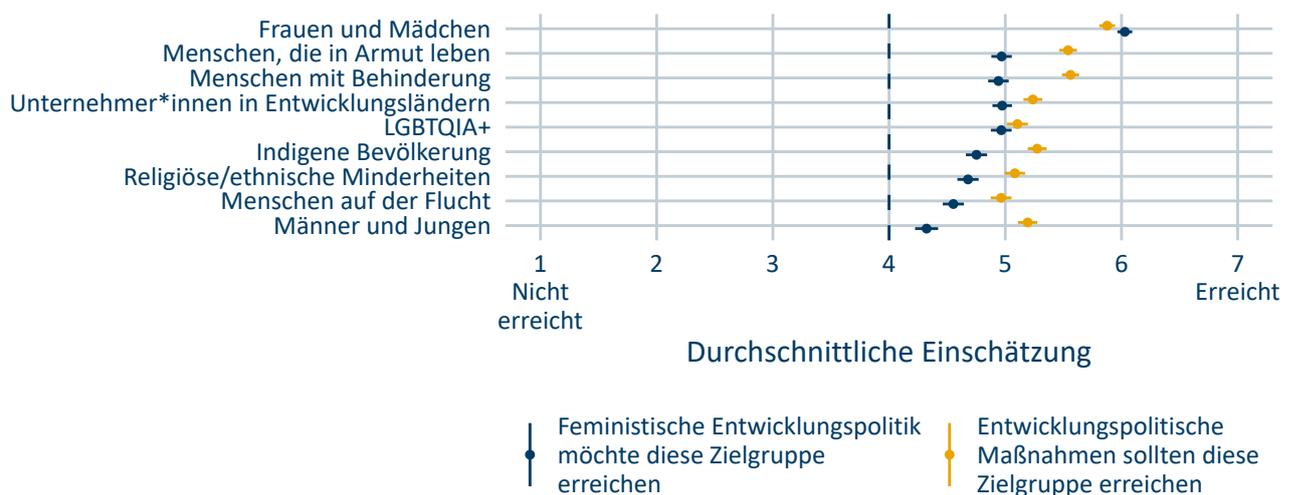
unsere Standards aufzudrängen [...]“). Allerdings sind dies vermutlich insbesondere die Bedenken informierter Bürger*innen, da ein Großteil der Bevölkerung angibt, diesbezüglich keine Vorbehalte oder kein Wissen zu haben. So gehören „keine Ahnung“, „weiß nicht“ und „keine Bedenken“ zu den meistgenannten Begriffen bei der Antwort auf diese Frage.⁵⁹

Zielgruppen von feministischer Entwicklungspolitik aus Sicht der Bevölkerung

Im Durchschnitt glauben die Befragten, dass eine feministische Entwicklungspolitik insbesondere Frauen und Mädchen als Zielgruppe hat, während andere Gruppen weit dahinter zurückbleiben. Hier zeigt sich eine Diskrepanz zu den Zielgruppen, die in den Augen der Befragten von Entwicklungspolitik erreicht werden sollten. Wie in Abbildung 31 zu sehen ist, geben die Befragten zwar an, dass Frauen und Mädchen eine der wichtigsten Zielgruppe von Entwicklungspolitik

sind und es auch sein sollten. Bei fast allen anderen Gruppen weichen die Prioritäten der Befragten allerdings von ihrer Vorstellung davon ab, welche Gruppen über eine feministische Entwicklungspolitik tatsächlich erreicht werden. Hier zeigt sich, dass der intersektionale Anspruch der feministischen Entwicklungspolitik den Befragten nicht präsent ist. Das Label „feministisch“ könnte sich für viele Laien so anhören, als ginge es zukünftig in der Entwicklungspolitik nur um Frauen und Mädchen. Dass die Zielgruppe „Männer und Jungen“ die größte Diskrepanz aufweist, also am wenigsten als tatsächliche Zielgruppe von feministischer Entwicklungspolitik, aber als wesentliche gewünschte Zielgruppe von Entwicklungspolitik gesehen wird, zeigt die Sorge, dass Männer und Jungen durch die Fokussierung auf Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen vernachlässigt werden könnten. Diese Sorge passt zu den bereits erwähnten Vorbehalten gegenüber feministischer Entwicklungspolitik, in denen die „Benachteiligung von Männern“ als ein Aspekt genannt wurde.

Abbildung 31 Zielgruppen von feministischer Entwicklungspolitik aus Sicht der Bevölkerung



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im August 2023. N = 2.000. Dargestellt sind Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervallen. Die Mittelwerte entsprechen der durchschnittlichen Einschätzung der Befragten, welche Zielgruppen eine feministische Entwicklungspolitik erreichen möchte („Bitte schätzen Sie anhand der folgenden Skala ein, wie sehr Sie glauben, dass feministische Entwicklungszusammenarbeit die genannte Personengruppe erreichen möchte“) oder welche Zielgruppen entwicklungspolitische Maßnahmen allgemein einbeziehen sollten („Wenn Sie nun allgemein an entwicklungspolitische Maßnahmen denken, wie sehr finden Sie, dass die genannte Personengruppe von entwicklungspolitischen Maßnahmen einbezogen werden sollte.“). Die Skala reichte von 1 = „wird überhaupt nicht erreicht“, „soll überhaupt nicht erreicht werden“ bis 7 = „wird auf jeden Fall erreicht“, „soll auf jeden Fall erreicht werden“. Der Wert „4“ entspricht der Skalenmitte.

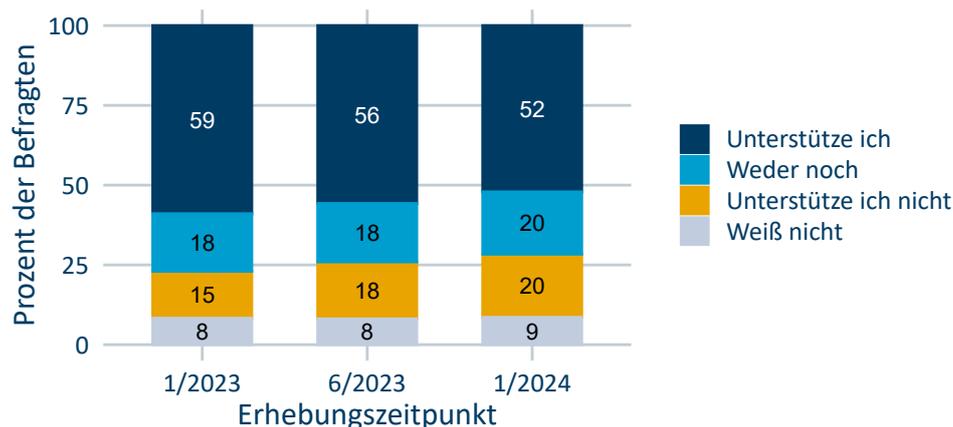
⁵⁹ Eine Übersicht über die 15 meistgenannten Wörter zur Frage, welche Vorbehalte Personen gegenüber einer feministischen Entwicklungspolitik haben, ist in Abbildung 20 in Abschnitt 2.3.3 im Online-Anhang dargestellt.

4.4.2 Unterstützt die Bevölkerung feministische Entwicklungspolitik und ihre Inhalte?

Die Mehrheit der Befragten unterstützt eine feministische Entwicklungspolitik, wenngleich die Zustimmung im Zeitverlauf abnimmt. Wie Abbildung 32 zeigt, gaben rund 52 Prozent der Befragten im Januar 2024 an, eine feministische Ausrichtung als Schwerpunkt der Entwicklungspolitik zu unterstützen, während knapp 20 Prozent angaben, eine solche

Entwicklungspolitik nicht zu unterstützen. Ebenfalls rund 20 Prozent wählten die Option „weder noch“, und weitere rund 9 Prozent „weiß nicht“. Analog zur Unterstützung der EZ allgemein zeigt sich hier ein Rückgang im Vergleich zu Januar 2023. So war der Anteil derer, die eine feministische Entwicklungspolitik unterstützen, im Januar 2023 noch rund 7 Prozentpunkte höher. Die Gruppe der Nicht-Unterstützenden war ebenfalls kleiner (rund 5 Prozentpunkte).

Abbildung 32 Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik im Zeitverlauf

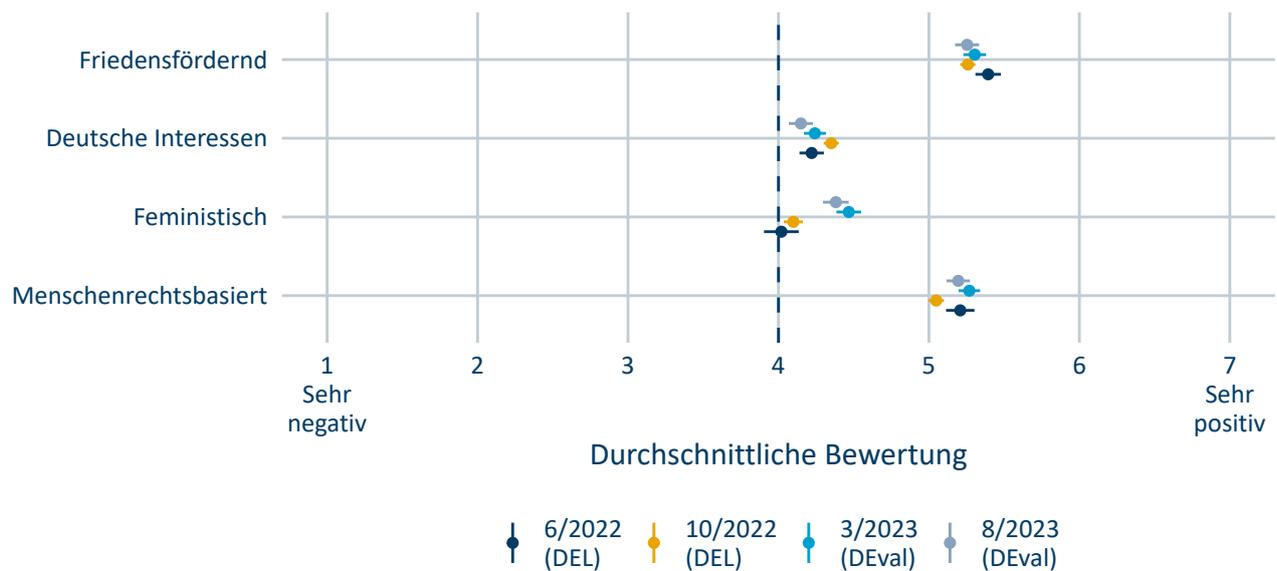


Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Tracking, durchgeführt von Repondi/Bilendi im Januar 2023, Juli 2023 und Januar 2024. N pro Erhebung ≈ 2.000. Die siebenstufige Antwortskala wurde für die Darstellung zusammengefasst. Die Frage lautete: „Ein Schwerpunkt der aktuellen Bundesregierung ist die sogenannte feministische Entwicklungspolitik. Dabei geht es um die Stärkung der Rechte, Interessenvertretung, Ressourcen und Chancengleichheit von Frauen, Mädchen und benachteiligten Gruppen in Entwicklungsländern. Zu diesen Gruppen zählen Menschen, die beispielsweise aufgrund von Religion, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder einer Behinderung benachteiligt werden. Wie ist Ihre Meinung zu dieser Schwerpunktsetzung?“

Feministische Entwicklungspolitik findet weniger Zustimmung als andere mögliche Schwerpunktsetzungen der Entwicklungspolitik. So zeigten bereits Sassenhagen et al. (2023) mit DEL-Daten aus dem Juni 2022, dass die Schwerpunktsetzung der feministischen Entwicklungspolitik beispielsweise im Vergleich zu einer „menschenrechtsbasierten“ oder „friedensfördernden“ Entwicklungspolitik deutlich negativer

abschnitt. Eine aktuellere Erhebung aus dem August 2023 kommt zu einem ähnlichen Ergebnis (siehe Abbildung 33). Zwar wird hier die feministische Entwicklungspolitik etwas positiver bewertet als noch im Juni 2022, jedoch weiterhin negativer als eine „friedensfördernde“ oder „menschenrechtsbasierte“ Entwicklungspolitik. Lediglich eine Entwicklungspolitik „geleitet von deutschen Interessen“ wird noch negativer eingeschätzt.⁶⁰

⁶⁰ Die Ergebnisse basieren auf den Erhebungen zweier unterschiedlicher Umfragen (DEL-Erhebungen und von Repondi/Bilendi durchgeführte DEval-Erhebungen), die sich sowohl in den Inhalten der Gesamtumfrage als auch in der Reihenfolge der Fragen unterscheiden. Auch wenn der Wortlaut der Fragestellung gleich blieb, ist nicht auszuschließen, dass sich Unterschiede aufgrund der verschiedenen Umfragemodi ergeben haben.

Abbildung 33 Unterstützung verschiedener Schwerpunktsetzungen von Entwicklungspolitik

Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEL-Sandbox im Juni 2022 (N = 2.059), DEL-Panel im September 2022 (N = 6.008); DEL-Daten sind gewichtete Daten. DEval-Erhebungen im März 2023 (N = 2.048) und August 2023 (N = 2.000). Dargestellt sind Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervallen aufgeschlüsselt nach Erhebungszeitpunkt und Schwerpunktsetzung von Entwicklungspolitik. Befragte sollten auf einer Skala von 1 („sehr negativ“) bis 7 („sehr positiv“) angeben, wie sie verschiedene Arten von Entwicklungspolitik bewerten. Der Skalenwert „4“ entspricht der Skalenmitte und somit einer weder negativen noch positiven Bewertung. Insgesamt wurden sechs Arten von Entwicklungspolitik abgefragt. Zur Vereinfachung der Darstellung wurden an dieser Stelle nur vier Arten von Entwicklungspolitik abgetragen.

Unterstützung von Zielen feministischer Entwicklungspolitik

Von den in der BMZ-Strategie beschriebenen Zielen, die mit dem Leitbild einer feministischen Entwicklungspolitik verfolgt werden sollen, unterstützen die Befragten vor allem die übergeordneten Ziele, „Rechte“, „Ressourcen“ und „Repräsentanz“ von Frauen zu stärken, während die Bereitstellung finanzieller Mittel für Projekte zur Förderung der Gleichberechtigung weniger unterstützt wird. Wie in Abbildung 34 zu sehen, finden Rechte, Repräsentanz und Ressourcen („3R“) sowohl bei Befürworter*innen feministischer Entwicklungspolitik als auch bei deren Gegner*innen die höchste Unterstützung. Die konkrete Erhöhung finanzieller Mittel für Projekte zur Förderung der Gleichberechtigung wird in allen Gruppen am wenigsten unterstützt. Dies scheint im Widerspruch zu der Tatsache zu stehen, dass der verbesserte Zugang zu Ressourcen für Frauen, Mädchen und benachteiligte Gruppen auch von den Gegner*innen feministischer Entwicklungspolitik am stärksten befürwortet wird. Möglich ist, dass zwar die Bereitstellung finanzieller Mittel

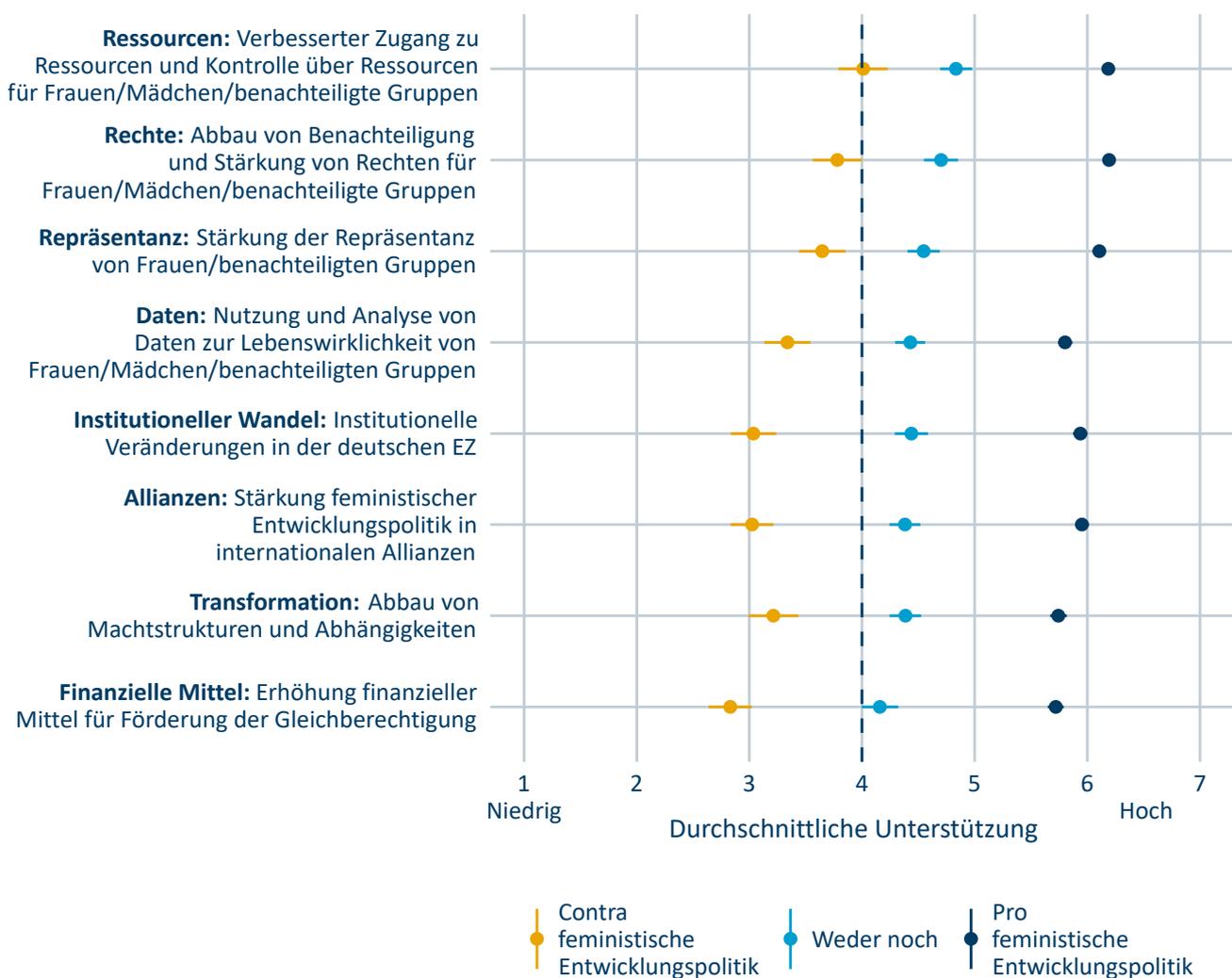
stärker abgelehnt wird, dem verbesserten Zugang zu anderen Ressourcen, beispielsweise durch die Vergabe von Landrechten oder von Krediten an Frauen, jedoch zugestimmt wird.

Dennoch gibt es zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen feministischer Entwicklungspolitik bei allen Zielen große Diskrepanzen in der Zustimmung. Abbildung 34 zeigt erwartungsgemäß, dass Gegner*innen feministischer Entwicklungspolitik alle Ziele weniger unterstützen, während Unterstützer*innen einer solchen Politik für alle Ziele eine hohe Zustimmung zeigen. Die Themen „Rechte“, „Ressourcen“ und „Repräsentanz“ liegen hier zwar auch bei den Gegner*innen nur knapp unter oder auf der Skalenmitte, werden aber trotzdem um die 2 Skalenpunkte weniger unterstützt als von Befürworter*innen feministischer Entwicklungspolitik. Besonders groß ist die Diskrepanz in der Zustimmung von Gegner*innen und Befürworter*innen bei den Themen „institutioneller Wandel innerhalb der deutschen EZ“, „Bildung von internationalen Allianzen“ und „Bereitstellung finanzieller Mittel für die Gleichberechtigung“. Bei diesen Themen beträgt

die Diskrepanz fast 3 Skalenpunkte; auch werden diese Ziele mit einem mittleren Skalenwert von 3 von den Gegner*innen deutlich abgelehnt, während Befürworter*innen diese mit einem mittleren Skalenwert von knapp 6 weiterhin stark unterstützen.

Dabei soll an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam gemacht werden, dass auch in dieser Befragung, wie bereits in Abbildung 32 dargestellt, die Gruppe der Unterstützer*innen wesentlich größer ausfiel als die Gruppe der Gegner*innen.

Abbildung 34 Unterstützung der Ziele nach Zustimmung zu feministischer Entwicklungspolitik



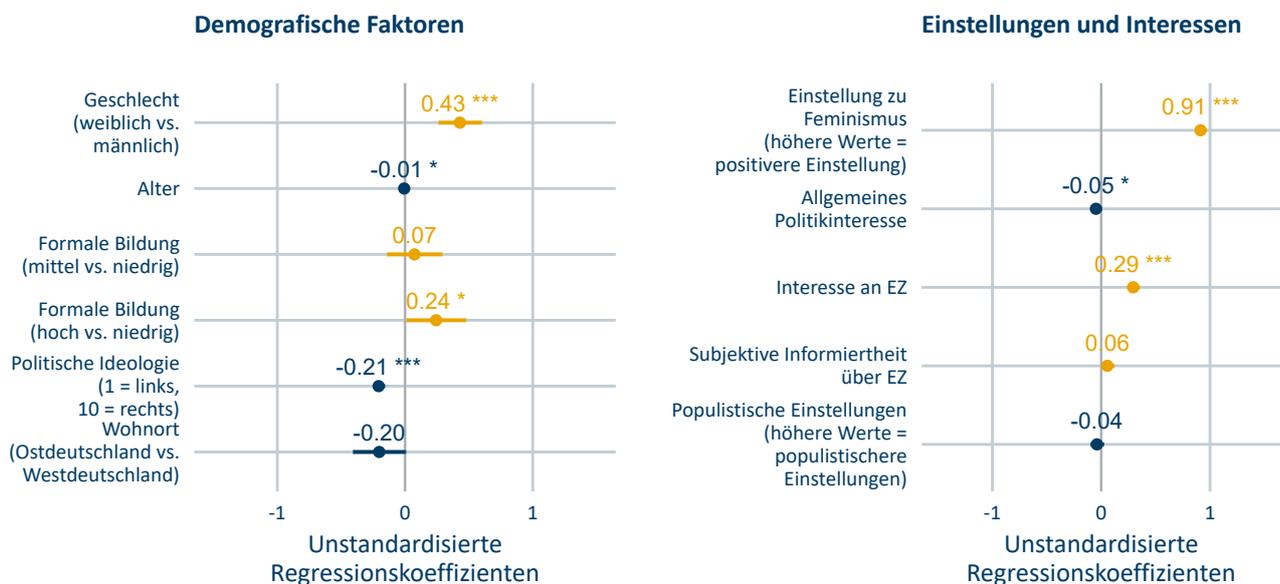
Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von Respondi/Bilendi im August 2023. N = 2.000. Dargestellt sind Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervallen aufgeschlüsselt nach Zustimmung zu feministischer Entwicklungspolitik. Für die Aufschlüsselung wurde die siebenstufige Antwortskala in drei Kategorien zusammengefasst: „Contra feministische Entwicklungspolitik“ (Skalenwerte 1–3), „Weder noch“ (Skalenwert 4) und „Pro feministische Entwicklungspolitik“ (Skalenwerte 5–7). Befragte sollten auf einer Skala von 1 („unterstütze ich überhaupt nicht“) bis 7 („unterstütze ich voll und ganz“) angeben, inwiefern sie verschiedene Ziele einer feministischen Entwicklungspolitik unterstützen. Der Wert „4“ entspricht der Skalenmitte („Weder noch“).

Wer unterstützt feministische Entwicklungspolitik?

Feministische Entwicklungspolitik wird insbesondere von Frauen, Menschen mit hoher formaler Bildung und Befragten, die sich im politischen Spektrum eher links verorten, unterstützt. Auch Befragte, die insgesamt eine positivere Einstellung zu Feminismus haben, sich eher für EZ-Themen interessieren und sich über Themen der EZ informiert fühlen,

unterstützen feministische Entwicklungspolitik eher. Befragte aus Ostdeutschland unterstützen feministische Entwicklungspolitik tendenziell weniger als Personen aus Westdeutschland, wengleich dieser Unterschied nicht signifikant ist.⁶¹ Schwächere Zusammenhänge finden sich auch für das Alter und das Politikinteresse. Tendenziell unterstützen ältere Personen feministische Entwicklungspolitik etwas weniger als jüngere Personen.⁶²

Abbildung 35 Faktoren, die Unterstützung für feministische Entwicklungspolitik vorhersagen



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im August 2023. $N = 2.000$. Abgetragen sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten einer multiplen Regression. Die abhängige Variable ist die Unterstützung für feministische Entwicklungspolitik. Es wurden zwei multiple Regressionen gerechnet, wobei die Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik zum einen durch demografische Variablen (links) und zum anderen durch Einstellungen und Interessen (rechts) vorhergesagt wurde. Positive Koeffizienten (gelb) bedeuten, dass der Faktor positiv mit der Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik zusammenhängt, Personen mit einer hohen Ausprägung auf diesem Merkmal also feministische Entwicklungspolitik eher unterstützen. Negative Koeffizienten (blau) bedeuten, dass der Faktor negativ mit der Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik zusammenhängt, Personen mit hoher Ausprägung auf diesem Merkmal feministische Entwicklungspolitik also dementsprechend weniger unterstützen. Für kategoriale Prädiktoren steht die Kategorie, für welche der Koeffizient gilt, jeweils in Klammern. Mit Sternchen markierte Koeffizienten sind statistisch signifikant. *** $p < 0,001$, ** $p < 0,01$, * $p < 0,05$.

⁶¹ In der hier dargestellten Analyse wurde Berlin als „Ostdeutschland“ kodiert. Wird dieselbe Analyse gerechnet und Berlin als Westdeutschland kodiert, ergibt sich ein signifikanter Zusammenhang. So unterstützen Personen aus ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) feministische Entwicklungspolitik seltener als Personen aus westdeutschen Bundesländern (inklusive Berlin). Die Ergebnisse dieser zusätzlichen Analyse sind in Tabelle 42 in Abschnitt 2.3.4 im Online-Anhang dokumentiert.

⁶² Interessanterweise zeigt sich in der Regressionsanalyse unter Einbeziehung mehrerer Prädiktoren (Abbildung 35) ein negativer Zusammenhang zwischen allgemeinem Politikinteresse und der Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik. Dies legt zunächst den Schluss nahe, dass Befragte, die sich stärker für Politik interessieren, feministische Entwicklungspolitik etwas weniger unterstützen. Schaut man sich hingegen den alleinigen Zusammenhang von Politikinteresse und Unterstützung für feministische Entwicklungspolitik an, ohne weitere Prädiktoren zu beachten, ist dieser positiv (Pearson's $r = 0,13$; $p < 0,001$). Das heißt, Befragte, die sich stärker für Politik allgemein interessieren, unterstützen auch feministische Entwicklungspolitik eher. Da beide Formen des Interesses hoch miteinander korreliert sind (Pearson's $r = 0,52$; $p < 0,001$), kann die multiple Regressionsanalyse den Einfluss der einzelnen Variablen nicht exakt bestimmen. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass beide Formen des Interesses mit höherer Unterstützung von feministischer Entwicklungspolitik einhergehen.

Der Einfluss des feministischen Labels und feministischer Inhalte auf die Unterstützung von EZ

Das Label „feministisch“ könnte die Unterstützung für EZ in der Bevölkerung beeinträchtigen. Bisher haben die Ergebnisse gezeigt, dass insgesamt eine Mehrheit der Befragten eine feministische Entwicklungspolitik unterstützt. Im Vergleich zu anderen möglichen Schwerpunktsetzungen wie „menschenrechtsbasierte“ oder „friedensfördernde“ Entwicklungspolitik wurde eine feministische Entwicklungspolitik jedoch negativer bewertet. Dies könnte darauf hindeuten, dass das Label „feministisch“ zu negativen Reaktionen führt und durch dessen Verwendung somit die Unterstützung für EZ insgesamt sinken könnte.

Parallel könnten bestimmte Inhalte feministischer Entwicklungspolitik ebenfalls die Unterstützung für EZ in Teilen der Bevölkerung beeinträchtigen. In der Frage zur Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik wurden die Inhalte „Rechte“, „Repräsentanz“ und „Ressourcen“ erläutert, und diese scheinen insgesamt Zustimmung bei einem Großteil der Befragten zu erhalten (siehe Abbildung 32 und Abbildung 34). Gleichzeitig zeigt sich eine große Diskrepanz in der Unterstützung für die Ziele feministischer Entwicklungspolitik zwischen Gegner*innen und Befürworter*innen insbesondere bei transformativen Zielen oder finanziellen Mitteln. So könnten auch bestimmte feministische Inhalte dazu führen, dass bei einer feministischen Entwicklungspolitik die Unterstützung für EZ insgesamt sinkt.

Um diese Hypothesen zu testen, wurde ein Experiment durchgeführt, in dem den Befragten zufällig eine von vier Beschreibungen einer Entwicklungspolitik vorgelegt wurde, die entweder ein feministisches Label trug oder feministische Inhalte beschrieb. Im Anschluss sollten sie angeben, wie sehr sie diese Entwicklungspolitik unterstützen. Die vier Beschreibungen enthielten entweder den Begriff „Entwicklungspolitik“ (ohne weiteres Label) oder den Begriff „feministische Entwicklungspolitik“ sowie eine Beschreibung, die entweder allgemein Entwicklungspolitik umriss (ohne feministische Inhalte) oder zusätzlich feministische Inhalte spezifizierte. Bei der Formulierung der Inhalte wurden explizit

auch transformative Ziele in die Beschreibung feministischer Entwicklungspolitik aufgenommen.⁶³ Dieses Experiment kann Aufschluss darüber geben, ob das Label „feministisch“ – im Vergleich zu keinem Label – die Zustimmung zu EZ erhöht oder verringert und ob feministische Inhalte in der EZ in der Bevölkerung zu mehr oder weniger Unterstützung führen als klassische Inhalte von EZ.⁶⁴

Entgegen der Erwartung zeigten sich bei der grundsätzlichen Unterstützung von Entwicklungspolitik insgesamt keine signifikanten Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen. Die durchschnittliche Unterstützung war am niedrigsten für „Entwicklungspolitik“ ohne feministische Inhalte (Mittelwert = 4,4) und am höchsten für „Entwicklungspolitik“ ohne feministisches Label, aber mit feministischen Inhalten (Mittelwert = 4,6). Insgesamt unterscheiden sich die Durchschnittswerte nur minimal und zeigen keine statistisch signifikanten Unterschiede.⁶⁵

Bei der Frage nach den Ausgaben für die EZ zeigt sich eine größere Zustimmung, wenn vorher eine Entwicklungspolitik nur mit feministischem Label (ohne feministischen Inhalt) oder nur mit feministischen Inhalten (ohne feministisches Label) präsentiert wurde. Wird eine „klassische“ Entwicklungspolitik (ohne feministisches Label und Inhalt) oder eine Entwicklungspolitik sowohl mit feministischem Label und Inhalt präsentiert, ist die Zustimmung zu Ausgaben hingegen geringer. So wollen Befragte die Mittel für EZ weniger kürzen, wenn sie vorher von einer „feministischen Entwicklungspolitik“ ohne konkrete feministische Inhalte oder von einer „Entwicklungspolitik“ ohne dieses Label, aber mit feministischen Inhalten lasen, als wenn sie zuvor von einer „Entwicklungspolitik“ ohne feministische Inhalte und „feministischer Entwicklungspolitik“ mit feministischen Inhalten (siehe Abbildung 36) lasen. Bei diesen Ergebnissen ist es wichtig zu betonen, dass es sich zwar um statistisch signifikante, aber sehr kleine Effekte handelt, so beträgt der Unterschied zwischen den Gruppen nur 0,1–0,2 Skalenpunkte. Außerdem zeigt sich im Einklang mit den Erkenntnissen aus Abschnitt 3.1.2, dass die Befragten über alle Experimentalgruppen hinweg die Mittel für EZ eher senken wollen als erhöhen.

⁶³ Die genauen Formulierungen der Experimentaltexte sind in Tabelle 36 in Abschnitt 2.3.1 im Online-Anhang dokumentiert.

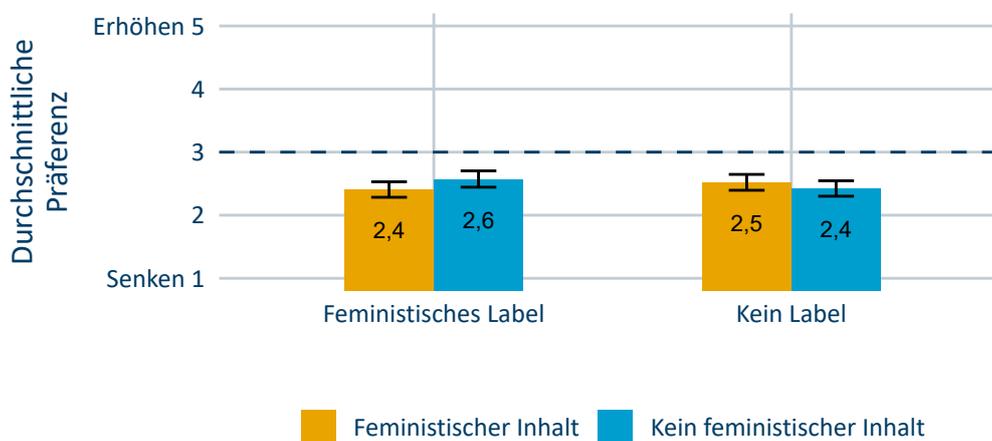
⁶⁴ Wir haben unsere Hypothesen zuvor in einer Präregistrierung festgehalten, die unter <https://osf.io/x7h6y> aufgerufen werden kann (für den Hintergrund von Präregistrierungen siehe Kapitel 2).

⁶⁵ Das Experiment wurde mit einer Varianzanalyse ausgewertet. Die detaillierten Ergebnisse dieser Analysen sind in Abschnitt 2.3.4 im Online-Anhang dokumentiert.

Dieses Ergebnis könnte darauf hindeuten, dass grundsätzlich das feministische Label und auch feministische Inhalte in der EZ unterstützt und auch positiver bewertet werden als die „klassische“ EZ, es jedoch auch „zu viel“ oder „zu wenig“ Feminismus geben könnte. Möglicherweise könnte eine Überbetonung feministischer Themen (wie in der Bedingung mit

feministischem Label und feministischen Inhalten) als „zu viel“ wahrgenommen und somit negativer bewertet werden. Gleichzeitig könnte auch das Ausbleiben einer feministischen Perspektive als „zu wenig“ wahrgenommen und negativer bewertet werden, wie beispielsweise in der Bedingung ohne feministisches Label und ohne feministische Inhalte.

Abbildung 36 Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeits-Ausgaben nach Experimentalgruppe



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im November 2023. $N = 1.628$. Dargestellt sind Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervallen aufgeschlüsselt nach Experimentalbedingung. Die Frage lautete: „Deutschland hat im Jahr 2022 ca. 33,3 Milliarden Euro für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet. Dies entspricht ungefähr 0,8 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE). Wie sollte Deutschland in Zukunft mit diesem Betrag umgehen?“ Die Antwortkategorien lauteten: „deutlich erhöhen“ (5), „etwas erhöhen“ (4), „in dieser Höhe beibehalten“ (3), „etwas senken“ (2) und „deutlich senken“ (1). Der Wert „3“ entspricht der Skalenmitte.

Ein interessanter Befund von Sassenhagen et al. (2023) war, dass die Einstellung zu feministischer Entwicklungspolitik größere Unterschiede zwischen Unterstützer*innen verschiedener Parteien aufwies als die Einstellungen zu anderen Schwerpunktsetzungen der Entwicklungspolitik. Dies wurde so interpretiert, dass die Verwendung der Bezeichnung „feministisch“ für die Neuausrichtung der Entwicklungspolitik den bisherigen breiten entwicklungspolitischen Konsens in der Bevölkerung infrage stellen und zu stärker polarisierten Debatten führen könnte (siehe auch Schneider et al., 2024b).

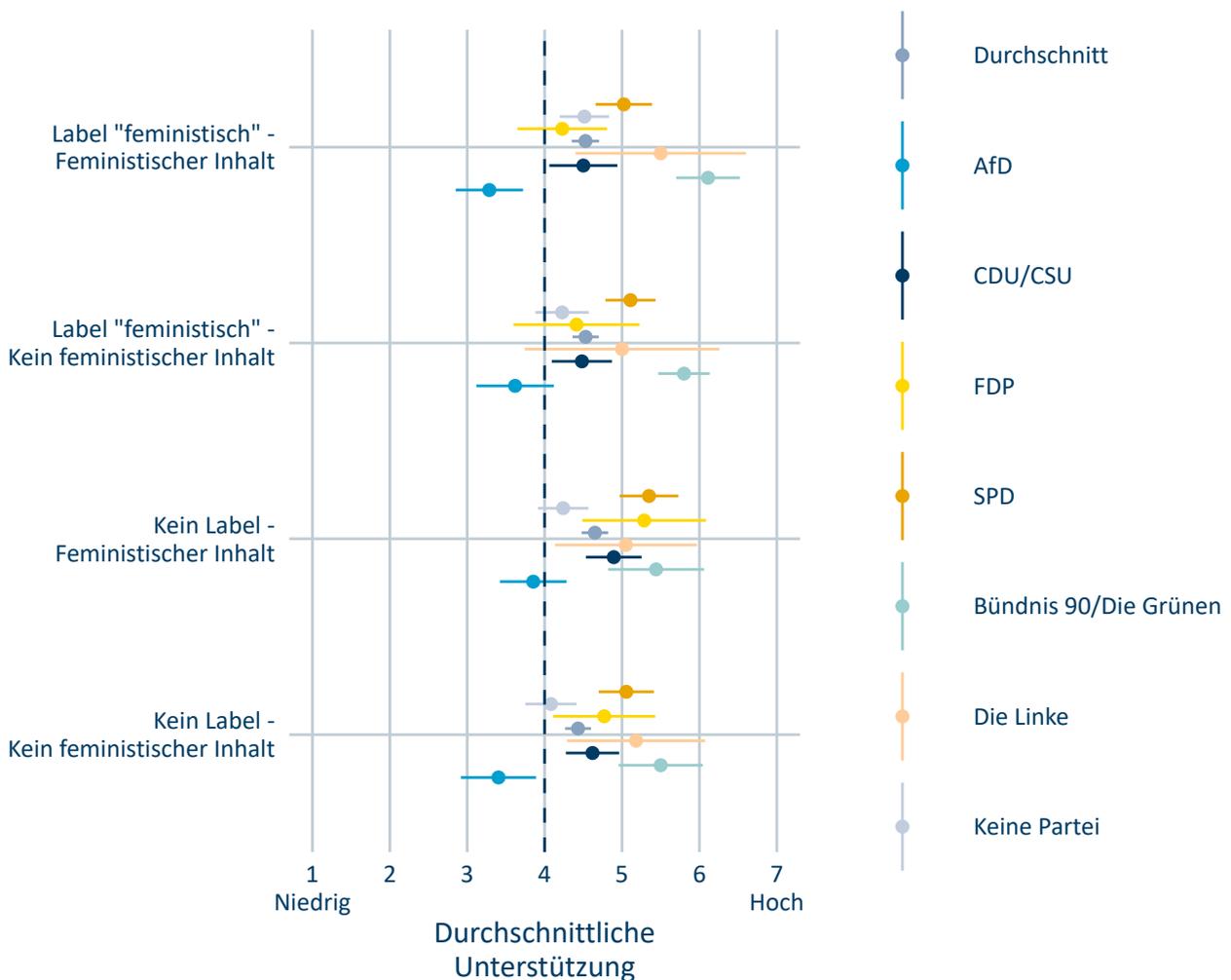
Auch im aktuellen Experiment zeigt sich, dass das feministische Label eine Herausforderung für die parteiübergreifende Akzeptanz darstellen kann, während feministische Inhalte in der Entwicklungspolitik über Parteigrenzen hinweg eher konsensfähig sind. Wie in Abbildung 37 zu

erkennen, ist die Diskrepanz in der Unterstützung für EZ zwischen Anhänger*innen verschiedener Parteien größer, wenn das Label „feministisch“ verwendet wird, als wenn dieses Label nicht verwendet wird. Erhält Entwicklungspolitik das Label „feministisch“, beträgt der Unterschied in der Unterstützung zwischen den höchsten (Bündnis 90/Die Grünen) und den niedrigsten (AfD) Werten im Durchschnitt 2,5 Skalenpunkte. Der größte Konsens zeigt sich bei einer Entwicklungspolitik ohne das Label „feministisch“, aber mit feministischen Inhalten. Hier liegen zwischen den höchsten (Bündnis 90/Die Grünen) und den niedrigsten (AfD) Werten nur 1,5 Skalenpunkte. Selbst Personen, die sich mit der AfD identifizieren, unterstützen eine Entwicklungspolitik mit feministischen Inhalten am ehesten (Mittelwert = 3,8), jedoch nur, wenn diese nicht „feministisch“ genannt wird. Allerdings liegt der Durchschnittswert der AfD-Sympathisant*innen

in allen Experimentalbedingungen unter dem Skalenmittelwert, während die Durchschnittswerte aller Personen, die sich mit anderen Parteien als der AfD identifizieren, über dem Skalenmittelwert liegen. Weiterhin ist zu erkennen, dass das feministische Label insbesondere bei Personen, die

sich mit der FDP oder der CDU/CSU identifizieren, zu einer stärkeren Ablehnung der beschriebenen Entwicklungspolitik führt; vor allem bei Sympathisant*innen der Grünen hingegen sorgt es für eine stärkere Unterstützung der beschriebenen Entwicklungspolitik.

Abbildung 37 Unterstützung nach Experimentalgruppe und Parteiidentifikation



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von Respondi/Bilendi im November 2023. N = 1.628. Dargestellt sind Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervallen aufgeschlüsselt nach Experimentalbedingung und Parteiidentifikation. Die Frage lautete: „Inwiefern unterstützen Sie die zuvor beschriebene Entwicklungspolitik?“. Die Skala reichte von 1 („unterstütze ich überhaupt nicht“) bis 7 („unterstütze ich voll und ganz“). Der Skalenwert „4“ entspricht der Skalenmitte („Weder noch“).

4.4.3 Wie gefestigt sind die Einstellungen zu feministischer Entwicklungspolitik?

Auch für die Einstellungen zu feministischer Entwicklungspolitik stellt sich die Frage, wie gefestigt diese sind. Auf der einen Seite wurde in Deutschland erstmalig eine explizit feministische Entwicklungspolitik formuliert. Die bisherigen Analysen legen nahe, dass die Inhalte dieses Leitbildes einem Großteil der Bevölkerung nicht bekannt sind. Dies könnte vermuten lassen, dass die Einstellungen zu feministischer Entwicklungspolitik noch instabil und ungefestigt sind. Auf der anderen Seite zeigten die Analysen, dass das feministische Label teilweise zu polarisierten Einstellungen führte, was bedeuten könnte, dass die Einstellungen zu feministischer Entwicklungspolitik sehr ausgeprägt und somit stabil sind, da sie möglicherweise stark in Überzeugungen verankert sind.

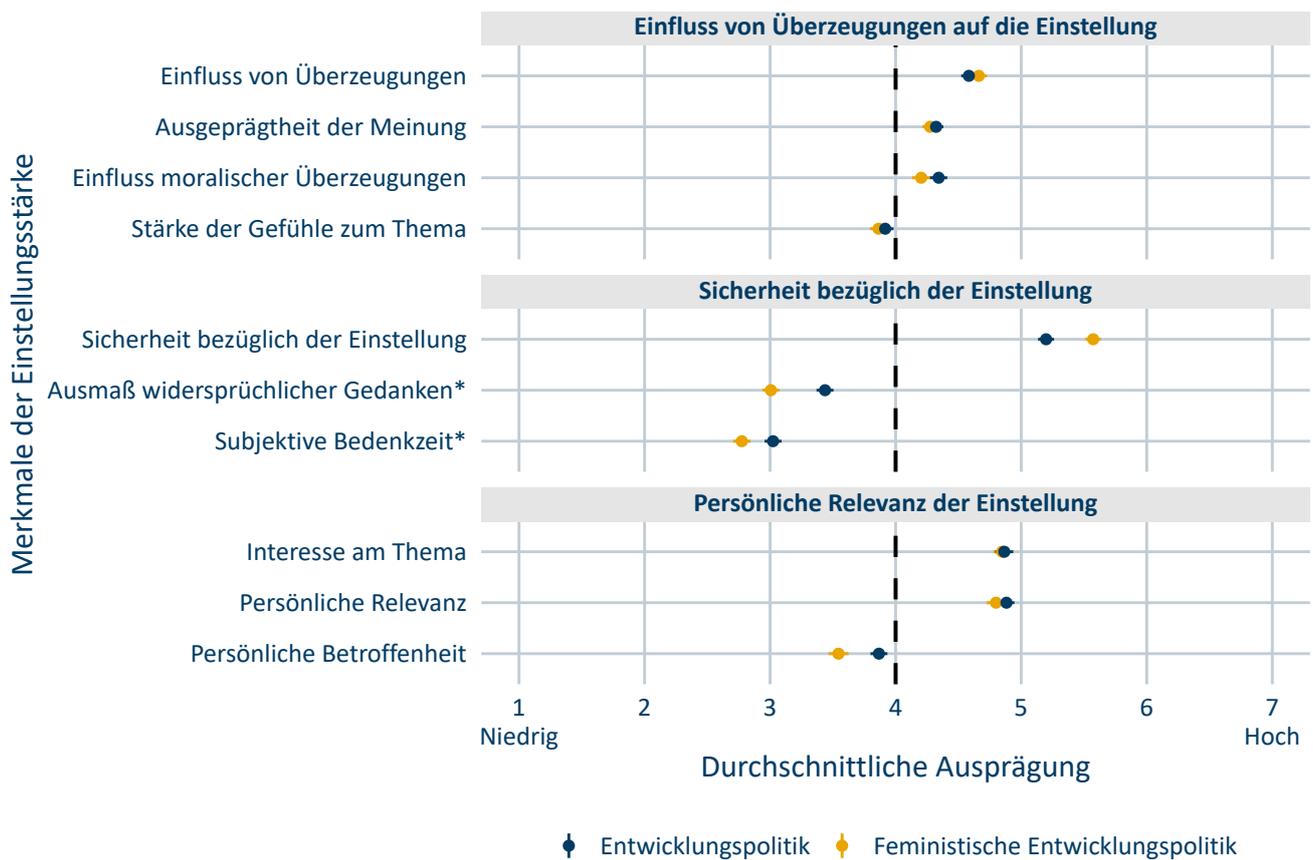
Um zu untersuchen, wie gefestigt die Einstellungen zu feministischer Entwicklungspolitik sind und wie sie sich von den Einstellungen zu EZ generell unterscheiden, wurde eine Befragung mit zehn Merkmalen der Einstellungsstärke durchgeführt. Dabei wurde das in Unterkapitel 3.4 erläuterte Messinstrument, mit dem die Stärke von Einstellungen zu Entwicklungspolitik ermittelt wurde, auch zur Messung der Einstellungsstärke zu feministischer Entwicklungspolitik verwendet. Die zehn Merkmale der Einstellungsstärke⁶⁶ umfassten die Sicherheit bezüglich der eigenen Meinung, das Ausmaß widersprüchlicher Gedanken, die subjektive Bedenkzeit für die Bewertung, die persönliche Relevanz, das Interesse, die persönliche Betroffenheit, den Einfluss von Überzeugungen und moralischen Überzeugungen auf die Einstellung, die selbst eingeschätzte Ausprägtheit der Meinung und die Stärke der Gefühle zum Thema (siehe Abbildung 38; der genaue Wortlaut der Fragen zu den einzelnen Merkmalen kann in Tabelle 3 in Abschnitt 1.1.3 im Online-Anhang eingesehen werden).⁶⁷

Die Befragten sind im Durchschnitt beim Thema feministische Entwicklungspolitik etwas sicherer, haben weniger widersprüchliche Gedanken und bilden ihre Einstellung schneller als bei Entwicklungspolitik allgemein, fühlen sich jedoch weniger betroffen. In Abbildung 38 ist zu erkennen, dass beim Thema feministische Entwicklungspolitik der Durchschnittswert für das Merkmal der Sicherheit bezüglich der eigenen Meinung höher ist (um 0,4 Skalenpunkte) als bei Entwicklungspolitik ohne dieses Label, die Durchschnittswerte für widersprüchliche Gedanken und für die subjektive Bedenkzeit jedoch niedriger sind (um 0,4 Skalenpunkte beziehungsweise 0,2 Skalenpunkte). Insgesamt scheinen sich die Befragten also in ihrer Einstellung zu feministischer Entwicklungspolitik etwas sicherer zu sein als in ihrer Einstellung zu Entwicklungspolitik allgemein. Dies zeigt sich auch in Faktoren der Einstellungsstärke (siehe hierzu auch Abschnitt 3.4.1). Wie in Abbildung 39 zu erkennen, fühlen sich 51 Prozent der Befragten sehr sicher in ihrer Einstellung zu feministischer Entwicklungspolitik. Dies sind 11 Prozentpunkte mehr als bei Entwicklungspolitik ohne das feministische Label. Dies könnte daran liegen, dass das Thema Feminismus in der Bevölkerung stärkere Reaktionen auslöst als das Thema Entwicklungspolitik und womöglich insgesamt gefestigtere Einstellungen zu Feminismus bestehen als zu Entwicklungspolitik allgemein. Diese größere Sicherheit bezüglich der eigenen Einstellung lässt darauf schließen, dass sich die Einstellungen zu dieser Art der Entwicklungspolitik auch weniger durch externe Einflüsse ändern lassen und Personen im Zweifelsfall stärker auf ihrer Meinung zu diesem Thema beharren.

⁶⁶ Das Merkmal „subjektive Informiertheit“ wurde für die Analyse der Einstellungsstärke zu feministischer Entwicklungspolitik, im Gegensatz zu den Analysen in Unterkapitel 3.4, nicht mit einbezogen, da es nur für jene Befragten abgefragt wurde, die angegeben hatten, schon einmal von feministischer Entwicklungspolitik gehört zu haben. Da somit ein großer Anteil der Befragten fehlende Datenpunkte für dieses Merkmal aufweist, wurde das Merkmal nicht in die Analyse aufgenommen.

⁶⁷ Jede Person hat sowohl die Erhebung zur Einstellungsstärke bezüglich Entwicklungspolitik allgemein als auch die Erhebung zur Einstellungsstärke bezüglich feministischer Entwicklungspolitik durchlaufen. Um Reihenfolgeeffekte zu vermeiden, wurde zufallsbedingt festgelegt, welche Themenblöcke zuerst beantwortet werden sollten (dazu Oldendick, 2008; Schuman und Presser, 1996). Die Ergebnisse dieses Kapitels basieren ausschließlich auf der Hälfte der Stichprobe, die den Themenblock zu feministischer Entwicklungspolitik zuerst absolviert hatte.

Abbildung 38 Merkmale und Faktoren von Einstellungsstärke nach Art der Entwicklungspolitik

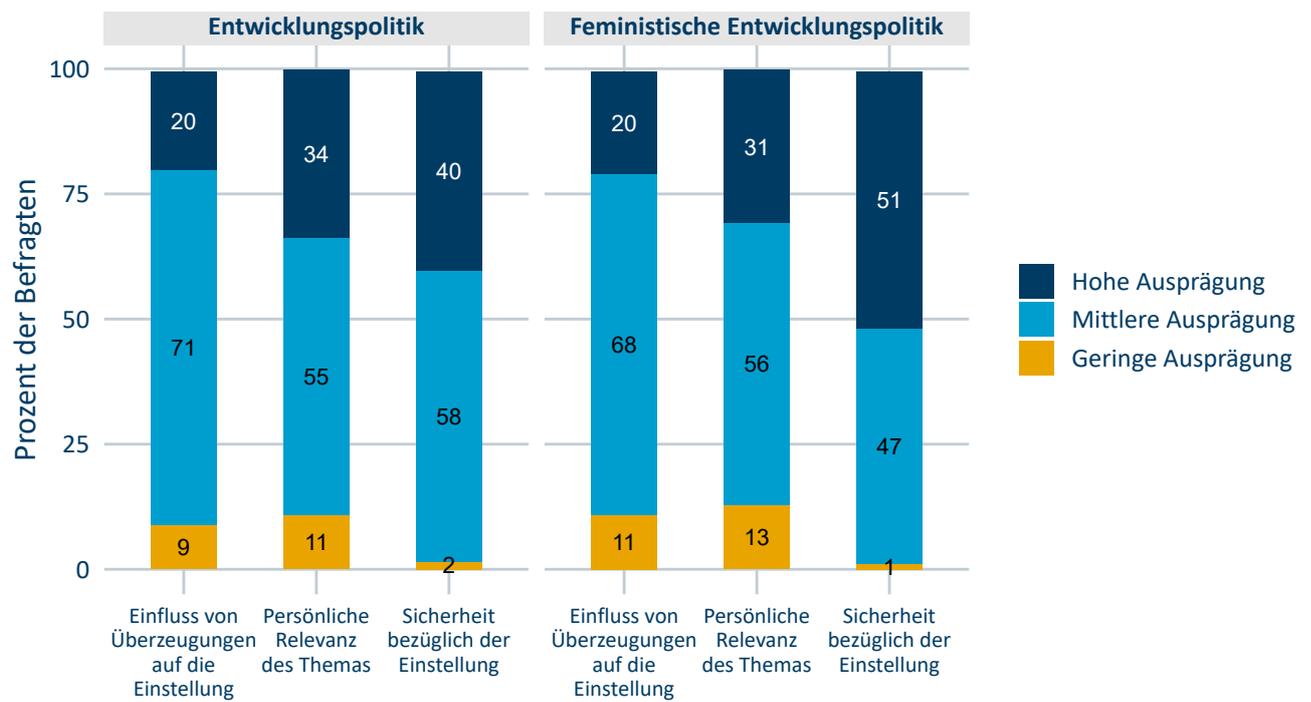


Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im August 2023. N = 4.050. Es wurde zufallsbedingt zugeteilt, ob die Fragen zu Entwicklungspolitik allgemein (N = 2.041) oder zu feministischer Entwicklungspolitik (N = 2.009) zuerst beantwortet werden sollten. Dargestellt sind Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervallen aufgeschlüsselt nach Art der Entwicklungspolitik für die Personen, welche die Fragen zur jeweiligen Entwicklungspolitik als Erstes beantwortet haben. Die Antwortoptionen variierten je nach Fragestellung, bestanden jedoch bei allen Fragen aus einer 7-stufigen Skala, auf der „1“ niedrigere Werte und „7“ höhere Werte darstellt. Der Skalenwert „4“ entspricht der Skalenmitte und einer mittleren Ausprägung. In der Regel sind höhere Werte bei den einzelnen Merkmalen ein Indiz für stabilere Einstellungen. Bei den Merkmalen, die mit * markiert sind („Ausmaß widersprüchlicher Gedanken“ und „Subjektive Bedenkzeit“), sind niedrigere Werte ein Indiz für stabilere Einstellungen.

Dass sich die Befragten im Durchschnitt von feministischer Entwicklungspolitik weniger betroffen fühlen als von Entwicklungspolitik ohne dieses Label, liegt zum Teil daran, dass sich insbesondere Männer von einer feministischen Entwicklungspolitik weniger angesprochen fühlen als Frauen.

So zeigte eine vertiefende Analyse, dass sich beim Thema Entwicklungspolitik die persönliche Betroffenheit von Männern und Frauen nicht unterscheidet, Männer sich jedoch weniger persönlich betroffen fühlen, wenn dieselbe Entwicklungspolitik „feministisch“ heißt.⁶⁸

⁶⁸ Die Details zu dieser Analyse sind in Tabelle 48 in Abschnitt 2.3.5 im Online-Anhang dokumentiert.

Abbildung 39 Faktoren der Einstellungsstärke nach Art der Entwicklungspolitik (Anteil der Befragten)

Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung durch ResponDi/Bilendi im August 2023. N = 4.050. Es wurde zufallsbedingt zugeteilt, ob die Fragen zu Entwicklungspolitik allgemein (N = 2.041) oder zu feministischer Entwicklungspolitik (N = 2.009) zuerst beantwortet werden sollten. Die Werte basieren jeweils nur auf dem Anteil der Personen, welche die Fragen zum jeweiligen Thema als Erstes beantwortet haben. Dargestellt sind die drei Faktoren, zu denen die einzelnen Merkmale auf Basis der explorativen Faktorenanalyse zusammengefasst wurden, und die Anteilswerte der Bevölkerung, die für diese Faktoren eine geringe (Mittelwert < 3), mittlere (Mittelwert 3–5) oder hohe (Mittelwert > 5) Ausprägung aufweisen.

Um zu verstehen, wie die verschiedenen Merkmale der Einstellungsstärke mit der Unterstützung für feministische Entwicklungspolitik zusammenhängen, wurde eine Segmentierung der Befragten vorgenommen. Dabei kam wie bereits in Abschnitt 3.4.2 eine latente Profilanalyse (LPA; siehe Kasten 6) zum Einsatz, die zehn Merkmale der Einstellungsstärke sowie die Unterstützung für eine feministische Entwicklungspolitik mit einbezog. Alle in die LPA einbezogenen Variablen sind in Abbildung 41 abgetragen.

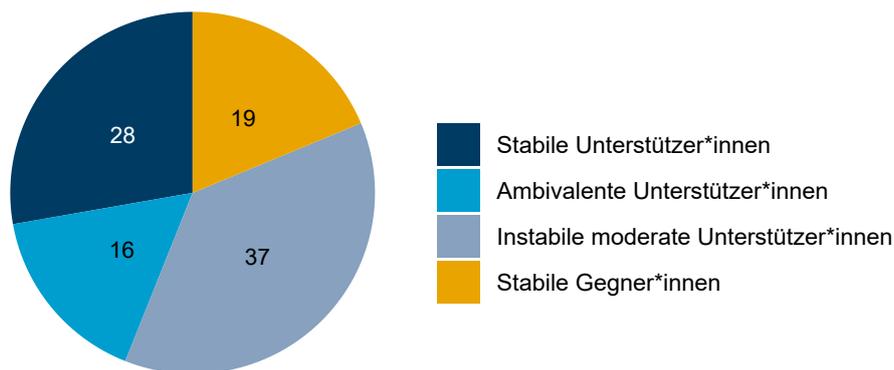
Bei der Segmentierung wurden vier Einstellungstypen identifiziert: (1) „stabile Unterstützer*innen“ (28 %), (2) „ambivalente Unterstützer*innen“ (16 %), (3) „instabile moderate Unterstützer*innen“ (37 %) und (4) „stabile Gegner*innen“ (19 %). Die Anteilswerte der Befragten an den Einstellungstypen sind in Abbildung 40 dargestellt.⁶⁹ Die Bezeichnungen der Einstellungstypen wurde entlang der zwei Dimensionen „Unterstützung für feministische Entwicklungspolitik“ und „Einstellungsstärke“ gewählt.

⁶⁹ Die LPA hatte ergeben, dass eine Lösung mit fünf Gruppen die Daten am besten beschreibt. Bei einer Lösung mit fünf Gruppen wurden zwei Einstellungsprofile instabiler moderater Unterstützer*innen ermittelt, welche sich jedoch sowohl in der Zustimmung zu feministischer Entwicklungspolitik als auch in der Ausprägung auf den verschiedenen Einstellungsmerkmalen nur minimal voneinander unterscheiden. Zur Vereinfachung wurden diese beiden Einstellungsprofile in diesem Bericht als eine Gruppe zusammengefasst. Die Anteilswerte sowie die Einstellungsprofile bei Berücksichtigung aller fünf Gruppen sowie weitere Details zu den Ergebnissen der latenten Profilanalyse sind in Abschnitt 2.3.5 im Online-Anhang dokumentiert.

Bezüglich feministischer Entwicklungspolitik decken sich die vier Einstellungstypen mit denjenigen, die für die Einstellung zu Entwicklungspolitik ermittelt wurden (siehe Abschnitt 3.4.2). Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass die gefundenen Einstellungstypen ein generelles Muster darstellen, welches für die Einstellungsstärke bezüglich der Einstellungen zu EZ auftritt. Wenngleich die Einstellungstypen auf ähnlichen Variablen basieren, wurden die Analysen unabhängig voneinander berechnet. Die Anteilswerte der Typen sind daher nur bedingt miteinander vergleichbar.

Mehr als ein Viertel der Befragten konnten als stabile Unterstützer*innen einer feministischen Entwicklungspolitik identifiziert werden, über die Hälfte als instabile oder ambivalente Unterstützer*innen. So gibt es einen Kern an stabilen Unterstützer*innen, deren Einstellung voraussichtlich wenig durch externe Einflüsse veränderbar ist und die fest hinter einer feministischen Entwicklungspolitik stehen. Gleichzeitig ist sich eine Mehrheit der Personen bezüglich ihrer Einstellungen zu feministischer Entwicklungspolitik unschlüssig. In dieser Gruppe ist die Unterstützung noch instabil und leichter veränderbar.

Abbildung 40 Anteil der Befragten an den vier Einstellungstypen zu feministischer Entwicklungspolitik (in Prozent)



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im August 2023. N = 4.050. Es wurde zufallsbedingt zugeteilt, ob die Fragen zu Entwicklungspolitik allgemein (N = 2.041) oder zu feministischer Entwicklungspolitik (N = 2.009) zuerst beantwortet werden sollten. Die Werte basieren auf dem Anteil der Personen, welche die Fragen zu feministischer Entwicklungspolitik als Erstes beantwortet haben (N = 2.009). Dargestellt sind die Anteilswerte der vier Einstellungstypen, zu denen die Befragten auf Grundlage ihrer Antworten mittels einer LPA zugeordnet wurden.

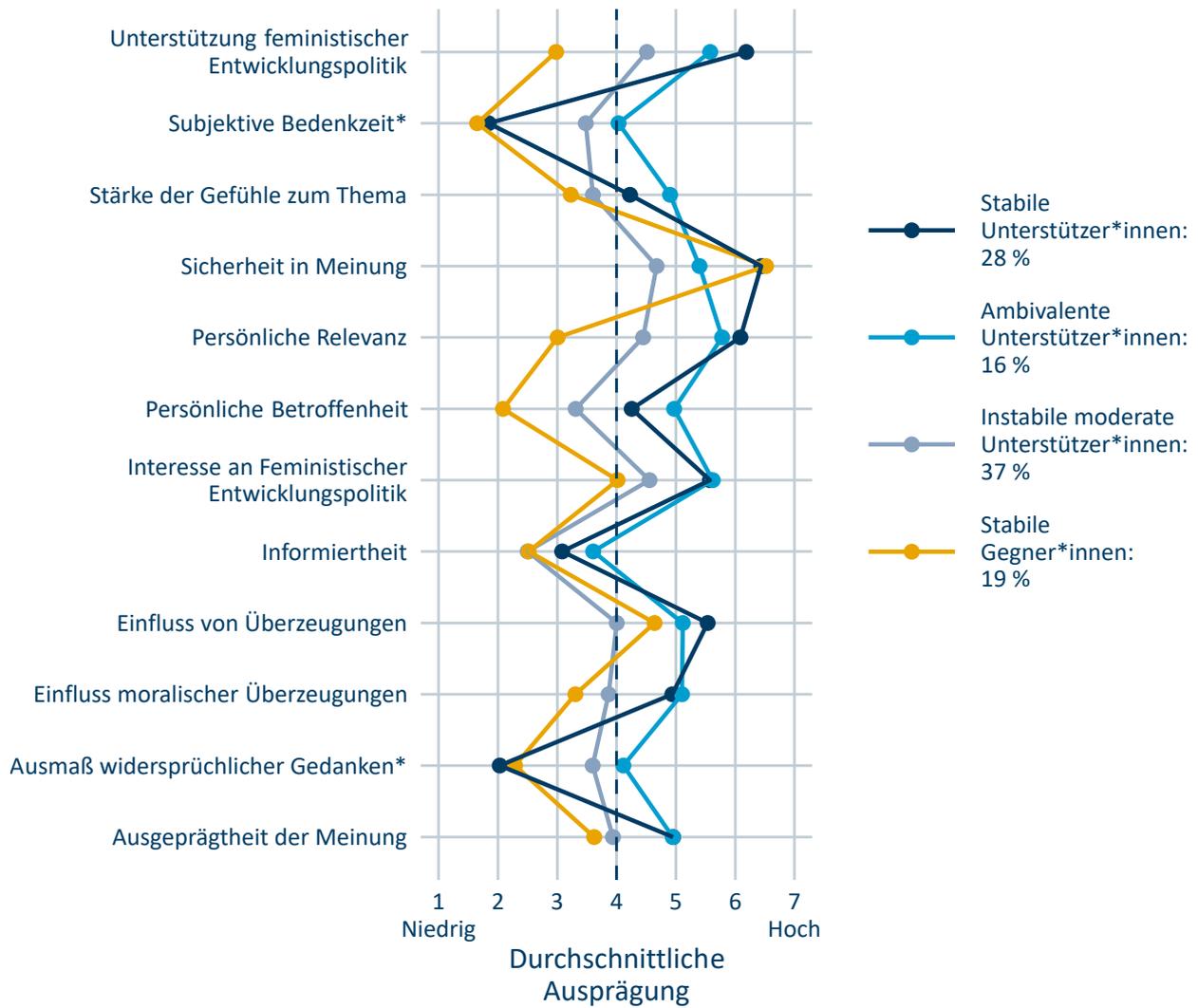
Ein Fünftel der Befragten lehnt eine feministische Entwicklungspolitik generell ab und fällt damit in die Kategorie der Gegner*innen. Wie in Abbildung 41 zu erkennen, liegt der Durchschnittswert dieser Gruppe für die Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik deutlich unter der Skalenmitte. Dies ist ein Unterschied zu der Analyse der Einstellungstypen bezüglich Entwicklungspolitik allgemein, in der auch die stabilen Gegner*innen durchschnittliche Unterstützungswerte nahe der Skalenmitte hatten. Auch dieser Befund könnte also darauf hindeuten, dass das Label „feministische Entwicklungspolitik“ zu stärker polarisierten Einstellungen führen kann.

Gegner*innen und instabile Unterstützer*innen einer feministischen Entwicklungspolitik weichen in ihren Parteipräferenzen erwartungsgemäß von stabilen Unterstützer*innen ab; mit Blick auf die soziodemografischen

Variablen Geschlecht, Alter und formales Bildungsniveau zeigen sich weitere Unterschiede. In einer vertiefenden Analyse wurde untersucht, wie die Merkmale Geschlecht, Alter, formales Bildungsniveau und Parteipräferenz mit der Gruppenzugehörigkeit zusammenhängen. Die Vergleichsgruppe ist hierbei die Gruppe der stabilen Unterstützer*innen. In dieser Analyse zeigte sich, dass stabile Gegner*innen eher männlich und zwischen 30 und 59 Jahre alt sind. Instabile Unterstützer*innen unterscheiden sich in Geschlecht und Alter hingegen nicht von stabilen Unterstützer*innen. Sowohl die Gegner*innen als auch die instabilen Unterstützer*innen weisen eher ein geringes formales Bildungsniveau auf. Bezüglich der Parteipräferenzen zeigt sich ein erwartbares Bild: Sowohl Gegner*innen als auch instabile Unterstützer*innen identifizieren sich seltener mit den Grünen und eher mit der CDU, der AfD, anderen nicht genannten Parteien oder keiner Partei (im Vergleich zur SPD).⁷⁰

⁷⁰ Zur Logik dieser Analysen siehe Fußnote 26. Die detaillierten Ergebnisse dieser Analyse sind in Abbildung 30 in Abschnitt 2.3.5 im Online-Anhang dokumentiert.

Abbildung 41 Die Profile der vier Einstellungstypen zu feministischer Entwicklungspolitik



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im August 2023. N = 4.050. Es wurde zufallsbedingt zugeteilt, ob die Fragen zu Entwicklungspolitik allgemein (N = 2.041) oder zu feministischer Entwicklungspolitik (N = 2.009) zuerst beantwortet werden sollten. Dargestellt sind Mittelwerte zu den unterschiedlichen Merkmalen der Einstellungsstärke, aufgeschlüsselt nach den vier Einstellungstypen, die mittels einer latenten Profilanalyse ermittelt wurden. Die Werte basieren nur auf dem Anteil der Personen, welche die Fragen zu feministischer Entwicklungspolitik als Erstes beantwortet haben. Die Antwortoptionen variierten je nach Fragestellung, bestanden jedoch bei allen Fragen aus einer 7-stufigen Skala, auf der „1“ niedrigere Werte und „7“ höhere Werte darstellt. Der Skalenwert „4“ entspricht der Skalenmitte und einer mittleren Ausprägung. In der Regel sind höhere Werte bei den einzelnen Merkmalen ein Indiz für stabilere Einstellungen. Bei den Merkmalen, die mit * markiert sind („Ausmaß widersprüchlicher Gedanken“ und „Subjektive Bedenkzeit“), sind niedrigere Werte ein Indiz für stabilere Einstellungen.

4.4.4 Feministische Entwicklungspolitik in Zeiten globaler Krisen

Die bisherigen Analysen zeigen, dass die Unterstützung einer feministischen Entwicklungspolitik von verschiedenen personenbezogenen Faktoren abhängt; entscheidend ist zudem, welches Label gewählt wird und ob und wie Inhalte der Politik vermittelt werden. Zudem zeigt die Analyse zur Einstellungsstärke, dass es neben stabilen Unterstützer*innen und stabilen Gegner*innen auch eine große Gruppe Personen gibt, die sich in ihrer Einstellung nicht sicher sind. Damit ist die Einstellung zu feministischer Entwicklungspolitik voraussichtlich in einem großen Teil der Bevölkerung noch formbar. Ob dieser Teil der Bevölkerung langfristig eine feministische Entwicklungspolitik unterstützt oder ablehnt, wird wahrscheinlich auch davon abhängen, wie die Inhalte und Ziele dieser Politikausrichtung formuliert werden.

Ein bisher unbeachteter Faktor ist, dass die Handlungsfähigkeit feministischer Außen- und Entwicklungspolitik in Zeiten akuter Krisen vermehrt infrage gestellt wird und dass die Umsetzung in politische Entscheidungen und Maßnahmen mit Skepsis betrachtet wird (Ganter und Stamm, 2022). So deutete der CDU-Parteivorsitzende Friedrich Merz in einer Rede im März 2022 beispielsweise an, dass eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik im Konflikt zu Ausgaben für militärische Ziele im Kontext des Krieges gegen die Ukraine stehe (Deutscher Bundestag, 2022b). Zusätzlich gibt es Zweifel, ob feministische Entwicklungspolitik tatsächlich etwas verändert und ob sie in konkrete Maßnahmen umgesetzt wird (z. B. OECD, 2023, S. 97–99).

Ein weiterer Aspekt, der die Unterstützung einer feministischen Entwicklungspolitik in Zeiten globaler Krisen beeinträchtigen könnte, ist, dass Personen möglicherweise verschiedene entwicklungspolitische Ziele gegeneinander abwägen. So wurde in Abschnitt 3.3.3 gezeigt, dass die Öffentlichkeit eher einen traditionellen EZ-Ansatz befürwortet und Zielen aus klassischen EZ-Sektoren (Bildung, Ernährung, Gesundheit) eher zustimmt als progressiveren Zielen wie der

Förderung von Frauenrechten, Gleichstellung oder Minderheitenschutz. Zwar verfolgt die feministische Strategie des BMZ einen ganzheitlichen Ansatz und zeigt auf, wie eng verschiedene Handlungsfelder (beispielsweise Geschlechtergerechtigkeit und Armut) der EZ miteinander verknüpft sind. In der Bevölkerung könnten diese Zusammenhänge jedoch weniger präsent sein oder kritischer betrachtet werden, sodass es möglicherweise zu einer Abwägung der verschiedenen Handlungsfelder kommen könnte.

Um zu untersuchen, inwiefern feministische Entwicklungspolitik in Zeiten globaler Krisen unterstützt wird und wie verschiedene Narrative diese Unterstützung verändern können, wurde ein Umfrageexperiment durchgeführt. Zunächst erhielten die Befragten einen Text zu aktuellen globalen Krisen. Anschließend lasen sie zufällig einen Text, in dem feministische Entwicklungspolitik entweder normativ oder instrumentell begründet wurde. Alle befragten Personen erhielten zunächst denselben Text, in dem auf aktuelle globale Herausforderungen und Krisen wie den Angriffskrieg auf die Ukraine, den Krieg in Nahost, die Covid-19-Pandemie, den Klimawandel sowie wirtschaftliche Einschnitte und verschärfte soziale Ungleichheiten in der Welt und Deutschland aufmerksam gemacht wurde. Am Ende des Textes heißt es: „All diese globalen Krisen fordern auch die deutsche Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Diese hat die aktuelle Bundesregierung in den letzten Jahren neu ausgerichtet und verfolgt nun eine feministische Entwicklungspolitik.“ Nach dieser Einleitung wurden die Befragten per Zufallsprinzip in vier Experimentalgruppen aufgeteilt. Die erste Gruppe erhielt eine zusätzliche Information über die Ziele und Inhalte von feministischer Entwicklungspolitik. Darin wurde erläutert, dass Frauenrechte und Gleichberechtigung zentrale Inhalte und Ziele von Entwicklungspolitik sind, da sie ein Menschenrecht darstellen, welches bisher in keinem Land der Welt erreicht ist (normative Begründung). Die zweite Gruppe erhielt ebenfalls eine Information über feministische Entwicklungspolitik; in dieser wurden Frauenrechte und Gleichberechtigung als zentrale Ziele und Inhalte von Entwicklungspolitik beschrieben, mit der Begründung, dass die Beteiligung von Frauen, Mädchen

und marginalisierten Gruppen als Voraussetzung für bessere und nachhaltigere Entwicklungsergebnisse gesehen wird (instrumentelle Begründung). Eine dritte Gruppe erhielt beide Informationen über feministische Entwicklungspolitik. Die Kontrollgruppe erhielt über den einleitenden Satz hinaus keine weiteren Informationen. Im Anschluss sollten die Befragten ihre allgemeine Zustimmung zu feministischer Entwicklungspolitik angeben.⁷¹

Durch dieses Vorgehen kann untersucht werden, wie sich verschiedene Narrative auf die Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik auswirken. Zudem lässt sich ermitteln, ob eine normative oder eine instrumentelle Begründung für feministische Entwicklungspolitik unterschiedliche Effekte insbesondere im Kontext globaler Krisen hat. So könnte beispielsweise eine instrumentelle Begründung eher dazu führen, dass Personen eine feministische Entwicklungspolitik auch in Krisenzeiten als wirksam und handlungsfähig einschätzen. Zusätzlich kann die Kontrollgruppe des Experimentaldesigns als Anhaltspunkt dienen, um zu ermitteln, ob eine feministische Entwicklungspolitik im Kontext globaler Krisen grundsätzlich anders bewertet wird, als wenn diese Krisen nicht direkt präsent sind.

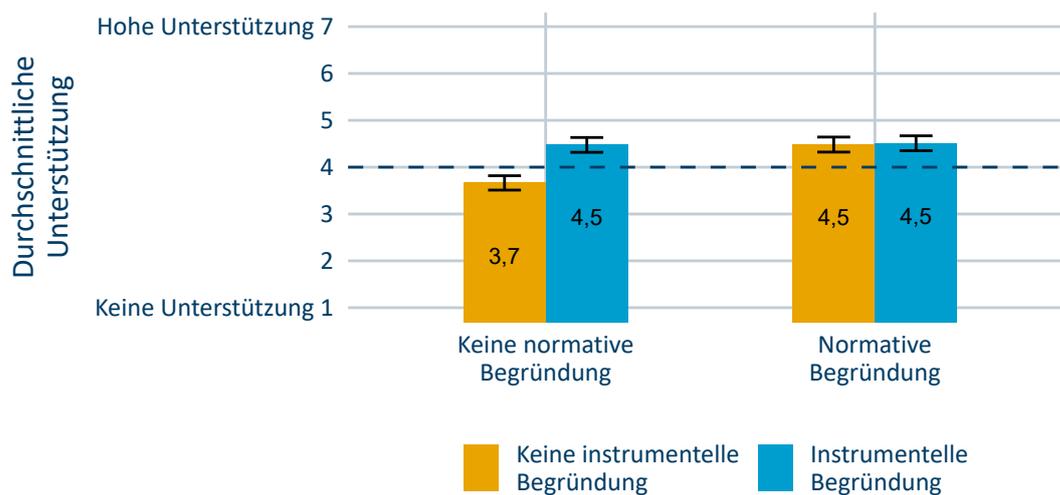
Sowohl eine normative als auch eine instrumentelle Begründung erhöhte die Zustimmung zu feministischer Entwicklungspolitik im Kontext globaler Krisen im Vergleich zur Kontrollgruppe.⁷² Wie in Abbildung 42 zu erkennen, liegt die durchschnittliche Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik unter dem Skalenmittelwert von 4, das heißt, diese Politik wird eher abgelehnt. Sowohl die Präsentation einer einzelnen als auch die Präsentation beider Begründungen erhöhte die Unterstützung für feministische Entwicklungspolitik um 0,7 Skalenpunkte; mit einem Durchschnittswert von 4,5 lag diese deutlich über der Skalenmitte. Hierbei zeigt sich für die unterschiedlichen Begründungen kein Unterschied in der Wirkung. Auch wenn beide Begründungen präsentiert wurden, stieg die Unterstützung nicht weiter an. Dieses Ergebnis legt nahe, dass zusätzliche Informationen zu den Zielen und Motiven feministischer Entwicklungspolitik eine im Kontext

globaler Herausforderungen gesunkene Unterstützung wieder erhöhen können. Hierbei können sowohl instrumentelle als auch normative Begründungen beitragen; eine Kombination ist im untersuchten Setting nicht wirksamer als eine normative oder eine instrumentelle Begründung allein.

Für die Wahrnehmung der Wirksamkeit von feministischer Entwicklungspolitik zeigt sich derselbe Effekt: Wenn den Befragten feministische Entwicklungspolitik näher erläutert wird, unterstützen sie diese nicht nur stärker, sondern stufen sie auch als wirksamer ein. Auf einer Skala von 1 bis 10 liegt der Mittelwert für die Beurteilung der Wirksamkeit feministischer Entwicklungspolitik ohne weitere Begründung bei 4,5. Mit einer normativen Begründung oder einer Kombination aus normativer und instrumenteller Begründung erhöht sich dieser Wert um 0,7 Skalenpunkte auf 5,2. Eine interessante Beobachtung ist, dass feministische Entwicklungspolitik am wirksamsten eingeschätzt wird, wenn diese nur instrumentell begründet wird. Hier liegt der Mittelwert bei 5,4 (siehe Abbildung 31 in Abschnitt 2.3.6 im Online-Anhang).

⁷¹ Das Experiment wurde zuvor in einer Präregistrierung (siehe Kapitel 2) festgehalten, die unter <https://osf.io/37nag> aufgerufen werden kann.

⁷² Das Experiment wurde mit einer Varianzanalyse ausgewertet. Die detaillierten Ergebnisse dieser Analysen sind in Abschnitt 2.3.6 im Online-Anhang dokumentiert.

Abbildung 42 Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik in Abhängigkeit von der Begründung

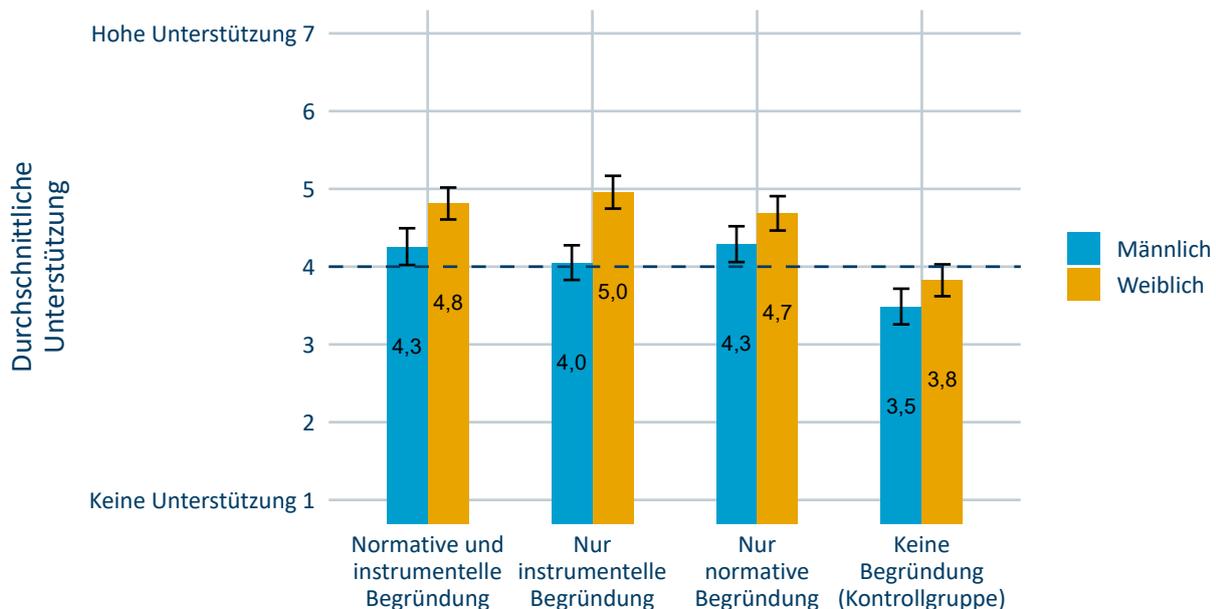
Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im Dezember 2023. N = 2.146. Dargestellt sind Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervallen aufgeschlüsselt nach Experimentalbedingung. Der linke Balken stellt die Kontrollgruppe dar und somit eine feministische Entwicklungspolitik ohne weitere Begründung. Der rechte Balken stellt feministische Entwicklungspolitik sowohl mit normativer als auch instrumenteller Begründung dar. Die Frage lautete: „Wie ist Ihre Meinung zu der aktuellen Schwerpunktsetzung der Entwicklungspolitik der deutschen Bundesregierung, der sogenannten feministischen Entwicklungspolitik?“ Die Antwort wurde auf einer 7-stufigen Skala von 1 („unterstütze ich überhaupt nicht“) bis 7 („unterstütze ich voll und ganz“) gegeben. Der Skalenwert „4“ entspricht der Skalenmitte („Weder noch“).

Auf die Meinung der Befragten, ob das Budget für EZ generell erhöht oder gesenkt werden soll, hatten die verschiedenen Begründungen für eine feministische Entwicklungspolitik in dieser Untersuchung keinen Einfluss. Dies könnte darauf schließen lassen, dass Informationen zu feministischer Entwicklungspolitik sich vor allem auf die direkte Unterstützung einer solchen Politik auswirken, jedoch nicht auf Entwicklungspolitik generell. Alternativ könnte dieser Befund auch bedeuten, dass die Darstellung feministischer Entwicklungspolitik im Kontext globaler Krisen zwar einen Einfluss auf die generelle Zustimmung zu Entwicklungspolitik hat, dass jedoch, wenn es um die Verteilung knapper finanzieller Ressourcen geht, auch ausführliche Begründungen die eigene Einstellung nicht verändern können.

Geschlechterunterschiede

Obwohl Frauen feministische Entwicklungspolitik in diesem Experiment generell mehr unterstützen als Männer, stimmen alle Personen unabhängig vom Geschlecht einer feministischen Entwicklungspolitik eher zu, wenn diese zusätzlich begründet wird.⁷³ Wie in Abbildung 43 zu erkennen, ist die durchschnittliche Unterstützung für feministische Entwicklungspolitik bei Frauen um 0,3 bis 1,0 Skalenpunkte höher als bei Männern. Während in der Kontrollgruppe aber Frauen wie Männer eine Unterstützung unterhalb der Skalenmitte aufweisen, liegt diese bei den Bedingungen, in denen feministische Entwicklungspolitik begründet wurde, bei allen Personen unabhängig des Geschlechts auf oder über der Skalenmitte.

⁷³ In die Analyse wurden nur Personen einbezogen, die sich entweder als weiblich oder als männlich identifizieren, da die Gruppe der Personen, die sich als divers identifizierten, zu klein für eine aussagekräftige Analyse war. Für eine detailliertere Erklärung der Erhebung des Geschlechts in den Befragungen dieses Berichts siehe Kasten 2.

Abbildung 43 Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik nach Begründung und Geschlecht

Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Erhebung, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im Dezember 2023. N = 2.146. Dargestellt sind Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervallen, aufgeschlüsselt nach Begründung und Geschlecht. Die Frage lautete: „Wie ist Ihre Meinung zu der aktuellen Schwerpunktsetzung der Entwicklungspolitik der deutschen Bundesregierung, der sogenannten feministischen Entwicklungspolitik?“ Die Antwort wurde auf einer 7-stufigen Skala von 1 („unterstütze ich überhaupt nicht“) bis 7 („unterstütze ich voll und ganz“) gegeben. Der Skalenwert „4“ entspricht der Skalenmitte („Weder noch“).

Der Unterschied in der Unterstützung für feministische Entwicklungspolitik zwischen Frauen und Männern ist besonders groß, wenn feministische Entwicklungspolitik mit instrumentellen Zielen begründet wird. Hier zeigt sich die höchste Zustimmung von Frauen und, abgesehen von der Kontrollbedingung, die niedrigste Zustimmung von Männern, was zu einem Unterschied von einem ganzen Skalenpunkt führt (siehe Abbildung 43).

Da in der instrumentellen Begründung für feministische Entwicklungspolitik der Fokus darauf lag, welche positiven Auswirkungen es hat, wenn Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen Entscheidungsträger*innen sind, könnte eine derartige Formulierung bei Männern dazu führen, dass sie den Status der eigenen Gruppe bedroht sehen. Dies könnte wiederum eine größere Ablehnung feministischer Entwicklungspolitik nach sich ziehen. Im Einklang mit dieser Hypothese zeigt die experimentelle psychologische Forschung beispielsweise, dass Männer feministische Bewegungen weniger unterstützen, wenn sie sich durch diese in ihrem Status bedroht fühlen (Rivera-Rodriguez et al., 2022).

4.4.5 Schlussfolgerung: Herausforderndes Label mit konsensfähigen Inhalten

Das Leitbild der feministischen Entwicklungspolitik könnte für Aufmerksamkeit sorgen und die Entwicklungspolitik stärker in die öffentliche Debatte bringen. Ob Entwicklungspolitik dadurch ihren Status als Nischenthema verliert, ist jedoch fraglich. Der Begriff der feministischen Entwicklungspolitik gewinnt an Bekanntheit und ist bereits bekannter als der Begriff der SDGs. Somit birgt er das Potenzial, entwicklungspolitische Themen präsenter zu machen – auch bei Personen, die sich zuvor möglicherweise noch nicht mit diesen Themen auseinandergesetzt haben. Gleichzeitig scheint der Begriff es bisher nicht geschafft zu haben, einen größeren Diskurs in der breiten Bevölkerung anzustoßen. So veränderte sich das Informationsumfeld auf Twitter/X im Zuge der Präsentation der Strategie durch das BMZ nur punktuell. Auch werden die Themen „Gleichberechtigung der Geschlechter“ und „Repräsentation von Frauen“ von den Befragten zwar als Inhalte von feministischer Entwicklungspolitik genannt, konkrete Inhalte der Strategie sind jedoch wenig bekannt.

Das Label „feministisch“ könnte dazu beitragen, dass die Unterstützung für Entwicklungspolitik insbesondere vor dem Hintergrund globaler Krisen sinkt und der bisherige entwicklungspolitische Konsens durch eine stärker polarisierte politische Debatte schwindet. So wird eine feministische Entwicklungspolitik weniger unterstützt als andere Leitbilder wie „menschenrechtsbasierte“ oder „friedensfördernde“ Entwicklungspolitik. Zusätzlich unterscheiden sich Anhänger*innen verschiedener Parteien stärker in ihrer Unterstützung für EZ, wenn das Label „feministisch“ für die Entwicklungspolitik gewählt wird. Darüber hinaus sind die Befragten sich in ihren Einstellungen zu feministischer Entwicklungspolitik tendenziell sicherer als in ihren Einstellungen zu Entwicklungspolitik generell. Dies könnte eine weitere politische Polarisierung begünstigen.

Die Inhalte einer feministischen Entwicklungspolitik scheinen im Vergleich zum entsprechenden Label stärker konsensfähig zu sein und bieten somit Chancen für die entwicklungspolitische Kommunikation. So gibt es zwischen Anhänger*innen verschiedener Parteien in der Zustimmung zu einer Entwicklungspolitik ohne feministisches Label, aber mit feministischen Inhalten mehr Übereinstimmung. Auch das Ziel, die Rechte, Repräsentanz und Ressourcen von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen zu stärken, wird von Gegner*innen und Unterstützer*innen feministischer Entwicklungspolitik weitgehend befürwortet. Allerdings zeigen sich auch hier Diskrepanzen bei transformativen Zielen oder der Umverteilung von finanziellen Mitteln. Dies verdeutlicht auch, dass die Zustimmung je nach Inhalten variiert. Wie die Unterstützung für eine feministische Entwicklungspolitik ausfällt, wird letztlich davon abhängen, wie sie umgesetzt und kommuniziert wird sowie darauf, welche Inhalte und Narrative in den Fokus gerückt werden.

5.

IMPLIKATIONEN

Implikation 1: Die Zustimmung zu Entwicklungszusammenarbeit nimmt ab. Entwicklungspolitische Akteure sollten in dieser Situation mögliche Änderungen ihrer Strategien prüfen und die politische Kommunikations- und Bildungsarbeit mit Blick auf künftige Herausforderungen vorausschauend gestalten.

Die Zustimmung zur EZ nimmt in Deutschland seit Anfang 2022 über das gesamte politische Spektrum hinweg deutlich ab; der Konsens zu Entwicklungspolitik erodiert, wenngleich er bisher nicht gebrochen ist. Diese Entwicklung fällt in einen Zeitraum, der durch staatliche und private finanzielle Herausforderungen und zumindest punktuell hohe mediale Aufmerksamkeit für die Entwicklungspolitik gekennzeichnet ist. Gleichzeitig ist die öffentliche Diskussion zunehmend polarisiert. Diese Polarisierung betrifft nicht nur die Ränder des politischen Spektrums; auch zwischen Anhänger*innen der Regierung und Opposition und selbst innerhalb der aktuellen Regierungsparteien gibt es – insbesondere zwischen Anhänger*innen der FDP und denen der übrigen Koalitionsparteien – in entwicklungs-, außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen deutliche Divergenzen. Dies stellt die Entwicklungspolitik sowohl mit Blick auf ihre Implementierung als auch hinsichtlich der Kommunikation über das Politikfeld vor Herausforderungen.

Im Hinblick auf die Gestaltung der Entwicklungspolitik kann die sinkende Zustimmung als Chance gesehen werden, das eigene Handeln zu reflektieren und sich damit auseinanderzusetzen, welche Ziele die deutsche EZ verfolgen möchte, welche Instrumente eingesetzt werden sollen und wie die Zielerreichung und Wirksamkeit noch besser überprüft werden können. Evaluierungen und Studien weisen immer wieder auf Herausforderungen in der Entwicklungspolitik hin. Stichworte sind unter anderem eine geografische und sektorale Fragmentierung des Portfolios; Koordinations- und Kohärenzprobleme innerhalb der EZ im engeren Sinn (insbesondere Koordination von technischer und finanzieller Zusammenarbeit) sowie mit anderen Ressorts und internationalen Gebern; Schwierigkeiten in der Überprüfung von Zielerreichung und Wirksamkeit; und Herausforderungen im Lernen aus Evidenz

(siehe z. B. OECD, 2021). Vor dem Hintergrund der anhaltend angespannten Haushaltslage und der damit verbundenen Debatte über die Staatsausgaben sollte die abnehmende Zustimmung Anlass bieten, selbstkritisch zu hinterfragen, wie EZ-Gelder wirksamer und effizienter eingesetzt werden können und inwiefern auch wissenschaftliche Evidenz im Sinne einer Lernkultur stärker genutzt werden könnte, um eine globale nachhaltige Entwicklung voranzutreiben.

Für die entwicklungspolitische Kommunikation kann die Situation genutzt werden, um diese auf künftige Krisen vorzubereiten. In der Vergangenheit stand die entwicklungspolitische Kommunikation vor der Herausforderung, dass in der Regel die Aufmerksamkeitsschwelle für eine öffentliche Diskussion nicht erreicht wurde. Beispielhaft sei hier die geringe Bekanntheit der SDGs, aber auch das geringe Wissen über entwicklungspolitische Themen in der Bevölkerung genannt. In Zukunft ist es jedoch zumindest möglich, dass insbesondere negative Nachrichten über die EZ Aufmerksamkeits-Peaks erzeugen – die Diskussionen im Winter 2023/2024 über Radwege in Peru, Schulungen zu positiver Maskulinität in Ruanda und die EZ mit China und Indien illustrieren dies anschaulich. Diese Herausforderungen für die Kommunikation können durch entwicklungspolitische Akteure antizipiert und entsprechend in vorausschauendes Handeln umgesetzt werden. Das Was, Wie und Warum der EZ sowie ihre Wirkungen sollten auch für breitere Bevölkerungsschichten transparent und nachvollziehbar sein und im staatlichen Bereich auf Kohärenz zwischen verschiedenen Akteuren (BMZ, EZ-Durchführungsorganisationen) fußen. Nicht zuletzt kann eine punktuell erhöhte Aufmerksamkeit für die Themen auch die Chance bieten, Personen, die sich sonst nicht mit EZ auseinandersetzen, zu erreichen (zu den Limitationen dieser Kommunikation siehe Kasten 8).

Implikation 2: Ein Großteil der Bevölkerung hat moderat positive, aber instabile Einstellungen zu Entwicklungspolitik. Für entwicklungspolitische Akteure bietet es sich an, die Kommunikation aktiv zu suchen, um so den bestehenden entwicklungspolitischen Konsens aufrechtzuerhalten.

Die Analysen zur Einstellungsstärke deuten darauf hin, dass ein großer Teil der Bevölkerung potenziell durch entwicklungspolitische Kommunikation erreicht werden kann. Während ca. 19 Prozent als stabile Unterstützer*innen und 18 Prozent als stabile Gegner*innen der EZ charakterisiert werden können, hat die Mehrheit der Befragten (58 %) eine moderat positive, aber relativ instabile Einstellung zu Entwicklungspolitik. Kommen diese Menschen mit Informationen zum Thema in Kontakt, könnte dies dazu führen, dass sie ihre Einstellungen ändern. Je nach konkretem Inhalt dieser Informationen kann diese Veränderung positiv oder negativ ausfallen. Für entwicklungspolitische Akteure stellt sich die Frage, wie in diesem Umfeld bestmöglich agiert werden kann.

Eine Option besteht darin, abzuwarten, bis die Wirtschafts- und Haushaltslage sich wieder bessert, die öffentliche Aufmerksamkeit für EZ nachlässt und die Zustimmung zur EZ in der Bevölkerung wieder steigt beziehungsweise sich der fragile Grundkonsens über EZ auf Basis instabiler, aber positiver Einstellungen wieder einstellt. Dass dieses Szenario eintritt, ist nicht auszuschließen, aber wenig wahrscheinlich: Der Krieg gegen die Ukraine, die Lage in Nahost, weitere globale Herausforderungen und Konfliktherde sowie die anhaltenden Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft und den Bundeshaushalt dürften kurz- und mittelfristig die politische Agenda prägen. Hinzu kommen die anstehenden Wahlen in den Jahren 2024 und 2025 und entsprechende Positionierungen der politischen Akteure. Angesichts dieser Lage scheint ein Zurück zu einem breiten, aber auf eher instabilen Einstellungen basierenden Konsens in absehbarer Zeit unwahrscheinlich.

Eine zweite Option für die entwicklungspolitischen Akteure besteht darin, die öffentliche Debatte zum Thema aktiv zu

gestalten. Dies kann mit mehr oder weniger stark polarisierenden Labels geschehen, sollte zugleich aber auf weitgehend konsensfähigen Inhalten aufbauen. Die in Kapitel 4.4 dargestellten Ergebnisse zeigen, dass die Inhalte einer feministischen Entwicklungspolitik relativ breite Zustimmung finden. Das Label „feministische Entwicklungspolitik“ ist allerdings insbesondere bei Personen, die sich im politischen Spektrum (eher) rechts verorten, mit deutlich negativeren Zustimmungswerten verknüpft als inhaltlich verwandte, alternative entwicklungspolitische Label (beispielsweise „menschenrechtsbasiert“ oder „friedensfördernd“). Zugleich ist das Label „feministische Entwicklungspolitik“ vergleichsweise bekannt – es scheint also eine gewisse Aufmerksamkeit zu erzeugen. In der Kommunikation über Entwicklungspolitik sollte entsprechend abgewogen werden, wie Aufmerksamkeit für das Politikfeld geschaffen werden kann – unter der Prämisse, dass die Kommunikation zugleich möglichst breit anschlussfähig ist. Letzteres könnte über die von der Bevölkerung unterstützten Inhalte der feministischen Entwicklungspolitik, zum Beispiel die „drei R“ (Ressourcen, Rechte und Repräsentanz) oder über besonders unterstützte Ziele der EZ, etwa Verbesserungen der Bedingungen in den Bereichen WASH, Bildung, Gesundheit oder Landwirtschaft und Ernährung, geschehen. Bedacht werden sollte in diesem Zusammenhang auch, dass mehr Geschlechtergerechtigkeit sich auch positiv auf andere Bereiche auswirken kann (und umgekehrt). Als Beispiel sei die Bedeutung von Frauen für Friedensprozesse und generell für den Aufbau friedlicherer Gesellschaften genannt (Hudson et al., 2020; UN Women, 2015). So deuten Studien darauf hin, dass Friedensverträge dauerhafter sind, wenn Frauen an der Vertragsschließung beteiligt sind (z. B. Adjei, 2019). Dieser Zusammenhang besteht auch für den Grad der Gleichstellung von Frauen in den betroffenen Gesellschaften.

Kasten 8 Limitationen entwicklungspolitischer Kommunikation

Verschiedene psychologische Mechanismen können die Wirkung von Informationen beeinflussen. Hierzu zählt unter anderem der Befund, dass Personen stärker auf negative Informationen reagieren als auf positive (*negativity bias*; z. B. Soroka et al., 2019) und dass sie auch Informationen, die ihren eigenen Ansichten widersprechen oder die von aus ihrer Sicht missliebigen Personen und Organisationen stammen, kritischer bewerten (*motivated reasoning*; Taber und Lodge, 2006). Für entwicklungspolitische Akteure bedeutet dies, dass es in einer Nachrichtenlandschaft, die durch negative Informationen über den globalen Süden geprägt ist (Maurer und Reinemann, 2006, Kapitel 4.3), besonders herausfordernd ist, diejenigen Teile der Bevölkerung inhaltlich zu erreichen, die der Bundesregierung gegenüber kritisch eingestellt sind. Hier spielen unter anderem nicht-staatliche EZ-Akteure und soziale Medien eine wichtige Rolle in der Kommunikation.

Implikation 3: Die zunehmende Verknüpfung von EZ und geo- beziehungsweise sicherheitspolitischen Aspekten führt zu neuen Spannungsfeldern in der Entwicklungspolitik; hier gilt es, eine neue Balance der Interessen zu finden und diese entsprechend zu kommunizieren.

Experimentelle Befunde machten deutlich, dass strategische beziehungsweise geo- und sicherheitspolitische Faktoren eine zunehmend wichtige Rolle für die Präferenz von Partnerländern der EZ spielen. Das zeigt sich etwa hinsichtlich (1) der Unterstützung der Ukraine (und anderer Staaten in Osteuropa und Zentralasien), (2) der Vorbehalte gegenüber Ländern, die mit China und Russland verbunden sind und (3) der Bedeutung der Partnerländer als Energielieferanten für Deutschland. Die Bedrohungswahrnehmung ist in diesem Zusammenhang für die entwicklungspolitischen Einstellungen relevant. Wird der Bevölkerung der sicherheitspolitische Nutzen der EZ nicht ausreichend klar, könnte dies dazu führen, dass die EZ an Zustimmung einbüßt. Insbesondere weil die Politikfelder nicht separat betrachtet werden können, ergeben sich für entwicklungspolitische Akteure mehrere Spannungsfelder:

1. **Normatives Spannungsfeld:** Aus einer normativen Perspektive können geo- und sicherheitspolitische Ziele mit menschenrechtlichen Verpflichtungen und Zielen kollidieren. Als hypothetisches Beispiel sei der Fall genannt, dass in einem für Deutschland geopolitisch wichtigen Partnerland die Rechte von Frauen und LSBTIQ+-Personen systematisch verletzt werden.
2. **Wirkungsbezogenes Spannungsfeld:** Mit Blick auf einen Konflikt zwischen entwicklungspolitischen Wirkungen und geo- beziehungsweise sicherheitspolitischen Zielen kann beispielsweise ein Spannungsfeld darin

bestehen, dass sicherheitspolitische Überlegungen (z. B. „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“; Aussage von Verteidigungsminister a. D. Peter Struck zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr) dazu beitragen, längerfristige entwicklungspolitische Ziele zu vernachlässigen und dadurch im schlechtesten Fall in beiden Zielbereichen zu scheitern (Hartmann et al., 2023). Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn bei der Vergabe von EZ-Mitteln geo- und sicherheitspolitische Gesichtspunkte gegenüber Wirksamkeitsüberlegungen überwiegen und die Mittel nicht dort eingesetzt werden, wo sie am meisten bewirken können. Analog kann ein Fokus auf geo- und sicherheitspolitischen Zielen auch dazu beitragen, dass durch eine stärkere Rolle des Militärs entwicklungshemmende Korruptionsproblematiken verschärft werden (z. B. Gupta et al., 2001). Andererseits muss bedacht werden, dass Militäreinsätze in fragilen und von Konflikten geprägten Ländern in manchen Fällen EZ-Maßnahmen erst ermöglichen, indem sie ein akzeptables Sicherheitsniveau schaffen (zu EZ in fragilen Staaten siehe Faust et al., 2023; Wencker und Verspohl, 2019).

3. **Thematisches und räumliches Spannungsfeld:** Durch den hohen Stellenwert geo- und sicherheitspolitischer Interessen könnten sowohl EZ-Sektoren als auch die Kooperation mit Partnerländern und Regionen mit geringerer unmittelbarer geo- und sicherheitspolitischer Relevanz negativ betroffen sein. Zur Veranschaulichung kann hier die Unterstützung

der Ukraine angeführt werden, die einen wachsenden Anteil der deutschen EZ-Mittel bindet. Mittelfristig kann dies auch zu neuen geo- und sicherheitspolitischen Herausforderungen in anderen Regionen beitragen – insbesondere angesichts der zunehmenden Aktivitäten Chinas (z. B. Dreher et al., 2022), Indiens (z. B. Fuchs und Vadlamannati, 2013) und Russlands (z. B. Gray, 2015) im globalen Süden.

Für entwicklungspolitische Akteure gilt es, in diesen multip-len Spannungsfeldern eine ausgewogene Vorgehensweise zu finden und diese der Öffentlichkeit auch zu vermitteln.

Dies betrifft zum einen eine überzeugende konzeptionelle Abgrenzung der Politikfelder, die Schnittstellen nachvollziehbar benennt, ohne zugleich eigenständige Zielsetzungen und normative Verpflichtungen aufzugeben (Faust, 2024; Leininger und Hornidge, 2024). Zum anderen wird entscheidend sein, einen umfassenden Sicherheitsbegriff, der verschiedene Aspekte von Sicherheit abdeckt (Verteidigung, Pandemieprävention, Energiesicherheit usw.) mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen zu verknüpfen, wie dies in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie mit dem Begriff der „integrierten Sicherheit“ anklingt (Auswärtiges Amt, 2023b).

Implikation 4: Die polarisierende Wirkung des Begriffs „feministische Entwicklungspolitik“ erfordert eine sorgfältige Abwägung, ob und wie das Label eingesetzt wird; konsensfähige Inhalte sollten umgesetzt und der Öffentlichkeit vermittelt werden.

Die polarisierende Wirkung des Begriffs „feministische Entwicklungspolitik“ birgt Herausforderungen für die entwicklungspolitische Kommunikation sowie den bislang existierenden entwicklungspolitischen Konsens in der Bevölkerung. Feministische Entwicklungspolitik wird im Durchschnitt weniger unterstützt als andere, verwandte Ausrichtungen der Entwicklungspolitik; sie polarisiert stärker als Entwicklungspolitik ohne dieses Label, und sie wird im Kontext globaler Krisen als wenig wirksamer entwicklungspolitischer Ansatz wahrgenommen und eher nicht unterstützt. Allerdings ist das Label relativ bekannt. Es könnte daher öffentliche Aufmerksamkeit für die Entwicklungspolitik schaffen und zumindest punktuelle Aufmerksamkeits-Peaks begünstigen. Allerdings findet sich keine Evidenz dafür, dass das Label hilft, neue Zielgruppen zu erschließen. Es könnte folglich dazu beigetragen haben, dass die Unterstützung für Entwicklungspolitik insbesondere im Kontext globaler Krisen sinkt und dass sich die entwicklungspolitische Debatte polarisiert.

Wenn der Begriff „feministische Entwicklungspolitik“ verwendet werden soll, gilt es abzuwägen, welche Ziele und Zielgruppen dadurch erreicht werden sollen und ob der Nutzen die Kosten aufwiegt. Das feministische Label kann in bestimmten Personengruppen die Unterstützung für EZ

stabilisieren, während es andere Personengruppen, die zuvor EZ eher befürwortet haben, dazu bringen könnte, diese Einstellung zu überdenken und zumindest die konkrete Form der feministischen Entwicklungspolitik abzulehnen. Eine Ablehnung könnte sich einerseits in manchen gesellschaftlichen Gruppen weniger an den Inhalten als an den theoretischen Bezugspunkten einer feministischen Entwicklungspolitik festmachen. Beispiele hierfür sind intersektionale, kapitalismuskritische, postkoloniale und queerfeministische Ansätze aus den Geistes- und Sozialwissenschaften, die in manchen Teilen der Wissenschaft und Medien sowie in unterschiedlichen politischen Lagern auf Kritik stoßen (siehe z. B. Chibber, 2013; Elbe et al., 2022; Feddersen und Gessler, 2021; Mounk, 2023). Eine Ablehnung könnte andererseits auch an den übergeordneten Assoziationen, die der Feminismus-Begriff bei manchen Personen auslöst, liegen. Eine relevante Rolle spielen dabei möglicherweise zunehmend schlagkräftige Netzwerke aus politischen Akteuren, Think Tanks, Medienplattformen und Kampagnenorganisationen, die eine solche Stimmung aufgreifen und befördern. Offen bleibt aber auch die Frage, wie Befürworter*innen der aktuellen feministischen Entwicklungspolitik auf eine Abschaffung des Labels reagieren würden und ob dies auch zu einer Enttäuschung bei Personen führen könnte, die traditionell die EZ stark unterstützen (Aspington und Shekh Mohamed, 2024).

Konsensfähige Inhalte feministischer Entwicklungspolitik sollten ihre Wirkung in der konkreten Umsetzung entfalten. Entwicklungspolitische Akteure sollten die Inhalte und Wirkungen feministischer Entwicklungspolitik in der Kommunikationsarbeit in den Vordergrund stellen und die Fokussierung auf feministische Themen klar erläutern. Insbesondere die übergeordneten Ziele der Stärkung von Rechten, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen werden sowohl von Gegner*innen wie auch von Befürworter*innen feministischer Entwicklungspolitik unterstützt. Und auch, wenn Frauenrechte und Gleichstellung als Ziele der deutschen EZ bei den Befragten nicht an erster Stelle standen, folgten sie doch kurz nach den Bereichen WASH, Bildung, Gesundheit sowie Landwirtschaft und Ernährung. Damit wurden sie eher befürwortet als beispielsweise Klima- und Umweltschutz, Wirtschaftsförderung oder die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dies zeigt, dass die Inhalte feministischer Entwicklungspolitik von vielen Befragten unterstützt werden und als wichtiger Bestandteil von EZ betrachtet werden. Insbesondere dass sich Anhänger*innen verschiedener Parteien besonders einig sind, dass eine Entwicklungspolitik ohne ein feministisches Label, aber mit feministischen Inhalten unterstützenswert ist, zeigt, dass zentrale Inhalte, wie die Gleichstellung der Geschlechter, gesellschaftlicher Konsens sind. Weiterhin unterstützten Befragte eine feministische Entwicklungspolitik im Kontext globaler Krisen eher, wenn diese normativ oder instrumentell begründet wurde, als wenn diese ohne weitere Erklärung präsentiert wurde. Aus dieser Perspektive ist es sinnvoll, dass die Inhalte einer feministischen Entwicklungspolitik umgesetzt werden und ihre Wirkung entfalten. Die Umsetzung und Wirkung sollte evidenzgestützt auch der Öffentlichkeit vermittelt werden. Dies könnte dazu beitragen, dass die Relevanz der stärker konsensfähigen Inhalte in der Praxis noch sichtbarer wird (Office of the Auditor General of Canada, 2023; Towns et al., 2023).

6.

LITERATUR

- Abi-Hassan, S. (2017)**, „Populism and Gender“, in Kaltwasser, C. R. et al. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Populism*, Oxford University Press, Oxford, S. 426–444.
- ACLED (2024)**, *ACLED Conflict Index: Januar 2024*, <https://acleddata.com/conflict-index/#downloads> (zugegriffen 13.05.2024).
- Aggestam, K. et al. (2019)**, „Theorising Feminist Foreign Policy“, *International Relations*, Vol. 33, Nr. 1, S. 23–39.
- Andreß, H. J. et al. (2013)**, *Applied Panel Data Analysis for Economic and Social Surveys*, Springer, Berlin/Heidelberg.
- Ansolabehere, S. et al. (2008)**, „The Strength of Issues: Using Multiple Measures to Gauge Preference Stability, Ideological Constraint, and Issue Voting“, *American Political Science Review*, Vol. 102, Nr. 2, S. 215–232.
- Aspington, C. und I. Shekh Mohamed (2024)**, *Responses to the Abolition of the Swedish Feminist Foreign Policy: Insights from document analysis and interviews with Swedish civil society organisations* (Dissertation), <https://urn.kb.se/resolve?urn=urn:nbn:se:mau:diva-68579> (zugegriffen 13.05.2024).
- Auswärtiges Amt (2023a)**, *Feministische Außenpolitik gestalten: Leitlinien des Auswärtigen Amts*, Auswärtiges Amt, Berlin, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2585008/d444590d5a7741acc6e37a142959170e/ll-ffp-data.pdf> (zugegriffen 13.05.2024).
- Auswärtiges Amt (2023b)**, *Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland: Nationale Sicherheitsstrategie*, Auswärtiges Amt, Berlin, <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf> (zugegriffen 13.05.2024).
- Backhaus, K. et al. (2018)**, *Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung*, 15. Auflage, Springer, Berlin/Dordrecht/London/New York.
- Baker, R. et al. (2010)**, „Research Synthesis: AAPOR Report on Online Panels“, *Public Opinion Quarterly*, Vol. 74, Nr. 4, S. 711–781.
- Bandura, A. (1982)**, „Self-Efficacy Mechanism in Human Agency“, *American Psychologist*, Vol. 37, Nr. 2, S. 122.
- Bansak, K. et al. (2016)**, „How Economic, Humanitarian, and Religious Concerns Shape European Attitudes toward Asylum Seekers“, *Science*, Vol. 354, Nr. 6309, S. 217–222.
- Bassili, J. N. (2008)**, „Attitude Strength“, in Crano, W. D. und R. Prislin (Hrsg.), *Attitudes and attitude change*, Psychology Press, New York, S. 237–260.
- Bauer, P. C. et al. (2017)**, „Is the Left-Right Scale a Valid Measure of Ideology?“, *Political Behavior*, Vol. 39, Nr. 3, S. 553–583.
- Bauhr, M. et al. (2013)**, „Does Corruption Cause Aid Fatigue? Public Opinion and the Aid-Corruption Paradox“, *International Studies Quarterly*, Vol. 57, Nr. 3, S. 568–579.
- Bayram, A. B. et al. (2024)**, „Manipulating the masses? Right-wing populist messages, political ideology, and public support for multilateral development aid in Germany, the United States, and the United Kingdom“, *Journal of International Development*, 1–20. <https://doi.org/10.1002/jid.3927>.
- Bayram, A. B. und C. P. Thomson (2022)**, „Ignoring the Messenger? Limits of Populist Rhetoric on Public Support for Foreign Development Aid“, *International Studies Quarterly*, Vol. 66, Nr. 1, sqabo41.
- Bryman, A. (2016)**, *Social Research Methods*, Oxford University Press, Oxford.
- BDI (2024)**, *Grundsatzpapier. Zeit für eine entwicklungspolitische Zeitenwende: Strategisch – Nachhaltig – Innovativ*, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Berlin, <https://bdi.eu/publikation/news/zeit-fuer-eine-entwicklungspolitische-zeitenwende> (zugegriffen 13.05.2024).
- Bertelsmann Stiftung (2024)**, *Transformation Index BTI 2024: Governance in International Comparison*, Gütersloh.
- Blumenau, B. (2022)**, „Breaking with Convention? Zeitenwende and the Traditional Pillars of German Foreign Policy“, *International Affairs*, Vol. 98, Nr. 6, S. 1895–1913.

- Blackman, A. D. (2018)**, „Religion and Foreign Aid“, *Politics and Religion*, Vol. 11, Nr. 3, S. 522–552.
- BMFSFJ (2021)**, *PEKING +25: Bericht der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung der Pekinger Erklärung und Aktionsplattform: 25. Jahrestag der vierten Weltfrauenkonferenz und der Verabschiedung der Pekinger Erklärung und Aktionsplattform (1995)*, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/160870/4d2e3cc99214a5708b338d785387e7d9/peking-25-bericht-data.pdf> (zugegriffen 13.05.2024).
- BMZ (2020)**, *Gemeinsam weiter Zukunft denken. BMZ 2030*, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin, <https://www.bmz.de/resource/blob/24906/smateriale510-bmz2030-reformkonzept.pdf> (zugegriffen 13.05.2024).
- BMZ (2022)**, *Das erste Jahr Entwicklungspolitik in der 20. Legislaturperiode*, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin, <https://www.bmz.de/resource/blob/132878/bmz-jahresbilanz-2022-final.pdf> (zugegriffen 15.02.2023).
- BMZ (2023a)**, *Feministische Entwicklungspolitik: Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit*, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin, <https://www.bmz.de/resource/blob/146200/strategie-feministische-entwicklungspolitik.pdf> (zugegriffen 15.02.2023).
- BMZ (2023b)**, *Engagement weltweit: Strategie zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit in und aus Deutschland*, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin, <https://www.bmz.de/resource/blob/154810/engagement-weltweit.pdf> (zugegriffen 13.05.2024).
- BMZ (2023c)**, *Dritter entwicklungspolitischer Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter (2023–27)*, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin, <https://www.bmz.de/resource/blob/196130/dritter-entwicklungspolitischer-aktionsplan-zur-gleichstellung-der-geschlechter.pdf> (zugegriffen 13.05.2024).
- BMZ (2024)**, *Deutschland braucht den Sahel: Warum Entwicklungspolitik auch eine Frage der Sicherheit ist*, 05.03.2024, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin, <https://www.bmz.de/de/aktuelles/reden/ministerin-svenja-schulze/gastbeitrag-schulze-sahel-frankfurter-rundschau-205566> (zugegriffen 13.05.2024).
- Bodenstein, T. und J. Faust (2017)**, „Who Cares? European Public Opinion on Foreign Aid and Political Conditionality“, *Journal of Common Market Studies*, Vol. 55, Nr. 5, S. 955–973.
- Bohnet, M. (2019)**, *Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik: Strategien, Innenansichten, Zeitzeugen, Herausforderungen*, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, utb GmbH, Stuttgart.
- Bosker, R. und T. A. Snijders (2012)**, *Multilevel Analysis: An Introduction to Basic and Advanced Multilevel Modeling*, 2. Auflage, Sage Publications Ltd., Los Angeles.
- Bruder, M. et al. (2020)**, „Using Mediation Analysis to Uncover Psychological Mechanisms of Attitude Change in a Development Volunteer Program“, *New Directions for Evaluation*, Vol. 2020, Nr. 167, S. 131–143.
- Buchsteiner, J. (2023)**, „Die Fragwürdigkeit des deutschen Geldregens“, FAZ.net, 22.12.2023, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutsche-helfer-in-not-19403517.html> (zugegriffen 28.02.2024).
- Bundesregierung (2022)**, *Reden zur Zeitenwende: Bundeskanzler Olaf Scholz*, ergänzte 2. Auflage, Oktober 2022, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/2138164/1dd57df3a594489f4c23bdbb7ad3efdc/bundeskanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwende-2-auf-download-bpa-data.pdf?download=1> (zugegriffen 13.05.2024).
- Bundesverfassungsgericht (2023)**, *Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2021 ist wichtig*, Pressemitteilung Nr. 101/2023 vom 15. November 2023, Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe, <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/bvg23-101.html> (zugegriffen 13.05.2024).

- Bundeswehr (2024)**, *Weltweit gefordert: Die Bundeswehr im Einsatz*, <https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr> (zugegriffen 28.02.2024).
- Carr, D. F. (2023)**, *One Year Into Musk's Ownership, X (Twitter) Down By Every Measure*, similarweb Blog, 17. Oktober 2023, <https://www.similarweb.com/blog/insights/social-media-news/x-twitter-musk/> (zugegriffen 12.06.2024).
- Chibber, V. (2013)**, *Postcolonial Theory and the Specter of Capital*, Verso, New York.
- Conner, M. et al. (2022)**, „Testing Predictors of Attitude Strength as Determinants of Attitude Stability and Attitude-Behaviour Relationships: A Multi-Behaviour Study“, *European Journal of Social Psychology*, Vol. 52, Nr. 4, S. 656–668.
- Cornesse, C. et al. (2020)**, „A Review of Conceptual Approaches and Empirical Evidence on Probability and Nonprobability Sample Survey Research“, *Journal of Survey Statistics and Methodology*, Vol. 8, Nr. 1, S. 4–36.
- Cunningham, H. et al. (2017)**, „Bilateral Foreign Aid: How Important is Aid Effectiveness to People for Choosing Countries to Support?“, *Applied Economics Letters*, Vol. 24, Nr. 5, S. 306–310.
- De Coninck, D. (2023)**, „The Refugee Paradox During Wartime in Europe: How Ukrainian and Afghan Refugees are (not) Alike“, *International Migration Review*, 57(2), S. 578–586, <https://doi.org/10.1177/01979183221116874>.
- Destatis (2024)**, *Inflationsrate im Jahr 2023 bei +5,9 %*, Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2024, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_020_611.html (zugegriffen 25.04.2024).
- Deutscher Bundestag (2019)**, *Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf Lambsdorff, Till Mansmann, Olaf in der Beek [...] und der Fraktion der FDP: Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Brasiliens Waldflächenbilanz*, 11.04.2019, Drucksache 19/9315, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/093/1909315.pdf> (zugegriffen 21.02.2024).
- Deutscher Bundestag (2020)**, *Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff und der Fraktion der AfD: Partnerstaaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2020*, Drucksache 19/20423, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/204/1920423.pdf> (zugegriffen 21.02.2024).
- Deutscher Bundestag (2022a)**, *Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, Edgar Naujok, Stefan Keuter, Dr. Malte Kaufmann und der Fraktion der AfD: Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit und in der Ukraine*, Drucksache 20/2042, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002042.pdf> (zugegriffen 21.02.2024).
- Deutscher Bundestag (2022b)**, *Plenarprotokoll 20/24, 23. März 2022*, <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20024.pdf> (zugegriffen 21.02.2024).
- Deutscher Bundestag (2023)**, *Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Möhring, Anke Domscheit-Berg, Andrej Hunko, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE: Vertreibung der Massai in Tansania und die Konsequenzen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit*, Drucksache 20/6661, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/066/2006661.pdf> (zugegriffen 21.02.2024).
- Doherty, D. et al. (2020)**, „The Public's Foreign Aid Priorities: Evidence from a Conjoint Experiment“, *American Politics Research*, Vol. 48, Nr. 5, S. 635–648.
- Dreher, A. et al. (2012)**, „Financial Dependence and Aid Allocation by Swiss NGOs: A Panel Tobit Analysis“, *Economic Development and Cultural Change*, Vol. 60, Nr. 4, S. 829–867.
- Dreher, A., et al. (2022)**, *Banking on Beijing: The Aims and Impacts of China's Overseas Development Program*. Cambridge University Press.

- Eagly, A. H. und S. Chaiken (1995)**, „Attitude Strength, Attitude Structure, and Resistance to Change“, in Petty R. E. und J. A. Krosnick (Hrsg.), *Attitude Strength: Antecedents and Consequences*. Psychology Press, New York, S. 413–432.
- Elbe, I. et al. (Hrsg.) (2022)**, *Probleme des Antirassismus. Postkoloniale Studien, Critical Whiteness und Intersektionalitätsforschung in der Kritik*, Edition Tiamat, Berlin.
- Erikson, R. S. und K. L. Tedin (2011)**, *American Public Opinion*, Longman, Boston.
- Esposito, A. (2022)**, „The Limitations of Humanity: Differential Refugee Treatment in the EU“, 14.09.2022, *Harvard International Review*, <https://hir.harvard.edu/the-limitations-of-humanity-differential-refugee-treatment-in-the-eu/> (zugegriffen 13.05.2024).
- Eurobarometer (2023)**, *Special Eurobarometer 537 on EU citizens and development cooperation*, European Commission, Brüssel, <https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=88756> (zugegriffen 13.05.2024).
- Eger, J. et al. (2023)**, „Does Evidence Matter? The Impact of Evidence Regarding Aid Effectiveness on Attitudes Towards Aid“, *European Journal of Development Research*, Vol. 35, Nr. 5, S. 1149–1172.
- Evans, G. et al. (1996)**, „Measuring left-right and libertarian-authoritarian values in the British electorate“, *British Journal of Sociology*, Vol. 47, Nr. 1, S. 93–112.
- Fachkommission Fluchtursachenbekämpfung der Bundesregierung (2021)**, *Krisen vorbeugen, Perspektiven schaffen, Menschen schützen: Bericht der Fachkommission Fluchtursachen der Bundesregierung*, Fachkommission Fluchtursachen, Berlin, <https://www.bmz.de/resource/blob/75434/bericht-fachkommission-fluchtursachen.pdf> (zugegriffen 13.05.2024).
- Faltas, C. et al. (2024)**, *Perspektiven auf Entwicklungspolitik: Qualitative und quantitative Forschung zur Verankerung und Kommunikation entwicklungspolitischer Themen und Herausforderungen*, Pollytix, Berlin, https://pollytix.de/wp-content/uploads/2024/03/pollytix_Perspektiven-auf-Entwicklungspolitik.pdf (zugegriffen 13.05.2024).
- Faust, J. (2024)**, „Nicht ob, sondern wie“, 26.02.2024, *Internationale Politik*, S. 100–104, <https://internationalepolitik.de/de/nicht-ob-sondern-wie> (zugegriffen 13.05.2024).
- Faust, J. et al. (Hrsg.) (2023)**, *Unter erschwerten Bedingungen: Entwicklungszusammenarbeit in fragilen Staaten*, Themenschwerpunktbericht, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.
- Fedderson, J. und P. Gessler (2021)**, *Kampf der Identitäten: Für eine Rückbesinnung auf linke Ideale*, Ch. Links Verlag, Berlin.
- Feeny, S. et al. (2019)**, „Donor Motives, Public Preferences and the Allocation of UK Foreign Aid: A Discrete Choice Experiment Approach“, *Review of World Economics*, Vol. 155, Nr. 3, S. 511–537.
- Focus online (2024)**, *Die Milliarden-Liste: Lesen Sie, in welche Winkel der Welt deutsches Steuergeld fließt*, 17.02.2024, https://www.focus.de/finanzen/steuern/finanzhilfen-fuer-indien-peru-co-die-milliarden-liste-lesen-sie-in-welche-winkel-der-welt-steuergeld-fliesst_id_259654766.html (zugegriffen 21.02.2024).
- Forschungsgruppe Wahlen (2024)**, *Politbarometer: Langzeitentwicklung wichtiger Trends aus dem Politbarometer zu wirtschaftlichen Themen*. Stand 15.08.2024, https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Wirtschaft_und_Soziales/ (zugegriffen 22.08.2024).

- Fransman, J. und H.-B. Solignac Lecomte (2004)**, *Mobilising Public Opinion Against Global Poverty*. OECD Development Centre Policy Insights Nr. 2, OECD, Paris.
- Freedom House (2023)**, *Freedom in the World 2023: Marking 50 Years in the Struggle for Democracy*, Freedom House, Washington, D.C.
- Fuchs, A. und Vadlamannati, K. C. (2013)**, „The Needy Donor: An Empirical Analysis of India’s Aid Motives“, *World Development*, Vol. 44, S. 110–128.
- Gaines, B. J. et al. (2007)**, „The Logic of the Survey Experiment Reexamined“, *Political Analysis*, Vol. 15, Nr.1, S. 1–20.
- Ganter, J. und L. Stamm (2022)**, „We Need to Talk: Communicating Feminist Foreign Policy“, 31.10.2022, *Internationale Politik Quarterly*, <https://ip-quarterly.com/en/we-need-talk-communicating-feminist-foreign-policy> (zugegriffen 13.05.2024).
- Goodman, S. (2008)**, „A Dirty Dozen: Twelve P-Value Misconceptions“, *Seminars in Hematology*, Vol. 45, Nr. 3, S. 135–140.
- Graf, T. (2022)**, *Zeitenwende im sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild: Ergebnisse der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022*, Forschungsbericht 133, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam.
- Graf, T. (2024)**, *Was bleibt von der Zeitenwende in den Köpfen? Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2023*, Forschungsbericht 136, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam.
- Gravelle, T. B. et al. (2017)**, „The Structure of Foreign Policy Attitudes in Transatlantic Perspective: Comparing the United States, United Kingdom, France and Germany“, *European Journal of Political Research*, Vol. 56, Nr. 4, S. 757–776.
- Gray, P. (2015)**, „Russia as a Recruited Development Donor“, *European Journal of Development Research*, Vol. 27, Nr. 2, S. 273–288.
- Grävingsholt, J. et al. (2023)**, *Wiederaufbau in der Ukraine: Was die internationale Gemeinschaft jetzt beachten muss*, IDOS Policy Brief 2/2023, German Institute of Development and Sustainability (IDOS), Bonn.
- Grépin, K. A. et al. (2018)**, „Allocating External Financing for Health: A Discrete Choice Experiment of Stakeholder Preferences“, *Health Policy and Planning*, Vol. 33, S. i24–i30.
- Gupta, S. et al. (2001)**, „Corruption and Military Spending“, *European Journal of Political Economy*, Vol. 17, Nr. 4, S. 749–777.
- Hainmueller, J. et al. (2014)**, „Causal Inference in Conjoint Analysis: Understanding Multidimensional Choices via Stated Preference Experiments“, *Political Analysis*, Vol. 22, Nr. 1, S. 1–30.
- Hansen, P. et al. (2014)**, „Developing Countries in Need: Which Characteristics Appeal Most to People When Donating Money?“, *Journal of Development Economics*, Vol. 50, Nr. 11, S. 1494–1509.
- Hartmann, C. et al. (2023)**, *Ressortgemeinsame strategische Evaluierung des zivilen Engagements der Bundesregierung in Afghanistan*, Ressortspezifischer Bericht zum Engagement des BMZ in Afghanistan, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEVal), Bonn.
- Heath, A. et al. (1994)**, „The Measurement of Core Beliefs and Values: The Development of Balanced Socialist/Laissez Faire and Libertarian/Authoritarian Scales“, *British Journal of Political Science*, Vol. 24, Nr. 1, S. 115–132.
- Heinrich, T. et al. (2016)**, „Public Opinion and Foreign Aid Cuts in Economic Crises“, *World Development*, Vol. 77, S. 66–79.
- Heinzel, M. et al. (2024)**, „Transparency and Citizen Support for Public Agencies: The Case of Foreign Aid“, *Governance*, S. 1–22, early view, <https://doi.org/10.1111/gove.12863>

- Herold, M. et al. (2023)**, *Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern*, MIDEM Studie 2023–2, Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden.
- HIIK (2023)**, *Conflict Barometer 2022: Disputes, Non-violent Crises, Violent Crises, Limited Wars, Wars*, Heidelberg Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK), Heidelberg.
- Holbrook, A. L. und J. A. Krosnick (2010)**, „Social Desirability Bias in Voter Turnout Reports Tests Using the Item Count Technique“, *Public Opinion Quarterly*, Vol. 74, S. 37–67.
- Holsti, O. R. und J. N. Rosenau (1990)**, „The Structure of Foreign Policy Attitudes among American Leaders“, *The Journal of Politics*, Vol. 52, Nr. 1, S. 94–125.
- Howe, L. C. und J. A. Krosnick (2017)**, „Attitude Strength“, *Annual Review of Psychology*, Vol. 68, Nr. 1, S. 327–351.
- Hudson, V. et al. (2020)**, *The First Political Order: How Sex Shapes Governance and National Security Worldwide*, Columbia University Press, New York.
- Hudson, J. et al. (2023)**, *Understanding Attitudes Towards Feminist Foreign Policy @ Gender Inequality*, Development Engagement Lab, London.
- Hurwitz, J. und M. Peffley (1987)**, „How are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model“, *American Political Science Review*, Vol. 81, Nr. 4, S. 1099–1120.
- ifo (2022)**, *Geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für das deutsche Wirtschaftsmodell*, Studienbericht, Stand August 2022, ifo-Institut, München, https://www.ifo.de/DocDL/Studie_Geopolitische_Herausforderungen_Folgen_deutsches_Wirtschaftsmodell.pdf (zugegriffen 13.05.2024).
- IPBES (2019)**, *The Global Assessment Report on Biodiversity and Ecosystem Services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services*, Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) Bonn, <https://doi.org/10.5281/zenodo.3831673>.
- IPCC (2023)**, *Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [Core Writing Team, H. Lee and J. Romero (eds.)], Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), Genf, Schweiz. <https://doi.org/10.59327/IPCC/AR6-9789291691647>.
- Ipsos (2021)**, *Weltfrauentag: Jeder dritte Mann glaubt, dass Feminismus mehr schadet als nützt und die traditionelle Männlichkeit bedroht ist*, 05.03.2021, Ipsos, Hamburg, <https://www.ipsos.com/de-de/weltfrauentag-jeder-dritte-mann-glaubt-dass-feminismus-mehr-schadet-als-nutzt-und-die-traditionelle> (zugegriffen 13.05.2024).
- Jankowski, M. et al. (2019)**, „To adapt or to defend? Comparing position shifts among Bundestag candidates between 2013 and 2017“, *West European Politics*, Vol. 42, Nr. 4, S. 895–913.
- Jankowski, M. et al. (2023)**, „How Stable are ‘Left’ and ‘Right’? A Morphological Analysis using Open-Ended Survey Responses of Parliamentary Candidates“, *Party Politics*, Vol. 29, Nr. 1, S. 26–39.
- Jerit, J. und J. Barabas (2023)**, „Are Nonprobability Surveys Fit for Purpose?“, *Public Opinion Quarterly*, Vol. 87, Nr. 3, S. 816–840.
- Jeziarska, K. (2022)**, „Incredibly Loud and Extremely Silent: Feminist Foreign Policy on Twitter“, *Cooperation and Conflict*, Vol. 57, Nr. 1, S. 84–107.
- Jungherr, A. (2019)**, „Kommunikation auf sozialen Netzwerkplattformen“, in Faas, T. et al. (Hrsg.), *Einstellungs- und Verhaltensforschung: Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Nomos, Baden-Baden, S. 184–206.
- Kantola, J. und E. Lombardo (2019)**, „Populism and Feminist Politics: The Cases of Finland and Spain“, *European Journal of Political Research*, Vol. 58, Nr. 4, S. 1108–1128.
- Khillare, T. (2023)**, *The Feminist Foreign Policy Agenda: What is It and Why Should India Engage with It?*, Heinrich Boell Stiftung, Regional Office New Delhi, India.

- Kobayashi, Y. et al. (2021)**, „Public Support for Development Aid during the COVID-19 Pandemic“, *World Development*, Vol. 138, S. 1–11.
- Koch, W. (2023)**, „Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2023. Soziale Medien werden 30 Minuten am Tag genutzt – Instagram ist die Plattform Nummer eins“, *Media Perspektiven*, Vol. 2023, Nr. 26, S. 1–8.
- Körber-Stiftung (2022)**, *The Berlin Pulse: Rethinking Security for Germany and Europe*, Körber-Stiftung, Berlin.
- Körber-Stiftung (2023)**, *The Berlin Pulse: Of Paradigms and Power Shifts*, Körber-Stiftung, Berlin.
- Kogut, T. et al. (2018)**, „How Far is the Suffering? The Role of Psychological Distance and Victims' Identifiability in Donation Decisions“, *Judgment and Decision Making*, Vol. 13, Nr. 5, S. 458–466.
- Kohler, U. und J. C. Post (2023)**, „Welcher Zweck heiligt die Mittel? Bemerkungen zur Repräsentativitätsdebatte in der Meinungsforschung“, *Zeitschrift für Soziologie*, Vol. 52, Nr. 1, S. 67–88.
- Kossowska, M. et al. (2023)**, „The Role of Fear, Closeness, and Norms in Shaping Help towards War Refugees“, *Scientific Reports*, Vol. 13, Nr. 1465, S. 1–9.
- Kreuter, F. et al. (2008)**, „Social Desirability Bias in CATI, IVR, and Web Surveys: The Effects of Mode and Question Sensitivity“, *Public Opinion Quarterly*, Vol. 72, Nr. 5, S. 847–865.
- Krosnick, J. A. und R. E. Petty (1995)**, „Attitude Strength: An Overview“, in Petty, R. E. und J. A. Krosnick (Hrsg.), *Attitude Strength: Antecedents and Consequences*, Psychology Press, New York, S. 1–24.
- Kruglanski, A. W. und W. Stroebe (2005)**, „The Influence of Beliefs and Goals on Attitudes: Issues of Structure, Function, and Dynamics“, *The Handbook of Attitudes*, 1, 323–368.
- Leininger, J. und A. Hornidge (2024)**, *Sicherheitspolitik ist nicht Entwicklungspolitik*, Die aktuelle Kolumne, 19.02.2024, German Institute of Development and Sustainability (IDOS), Bonn.
- MacKinnon, D. P. et al. (2012)**, „Statistical Mediation Analysis“, in Cooper, H. et al. (Hrsg.), *APA Handbook of Research Methods in Psychology, Vol. 2: Research Designs: Quantitative, Qualitative, Neuropsychological, and Biological*, American Psychological Association, S. 313–331. <https://doi.org/10.1037/13620-018>.
- Mader, M. und Schoen, H. (2023)**, „No Zeitenwende (yet): Early Assessment of German Public Opinion Toward Foreign and Defense Policy After Russia's Invasion of Ukraine“, *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 64, Nr. 3, S. 525–547.
- Maio, G. R. et al. (2019)**, *The Psychology of Attitudes and Attitude Change*. SAGE Publications Ltd, London.
- Martini, F. et al. (2021)**, „Bot, or Not? Comparing Three Methods for Detecting Social Bots in Five Political Discourses“, *Big Data @ Society*, Vol. 8, Nr. 2, <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/20539517211033566>.
- Mauil, H. W. (2015)**, „Deutsche Außenpolitik nach der »Review 2014«: Zivilmacht 2.0?“, *Zeitschrift für Politik*, Vol. 62, No. 3, S. 323–341.
- Maurer, M. und C. Reinemann (2006)**, *Medieninhalte: Eine Einführung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Mende, S. (2011)**, *Nicht rechts, nicht links, sondern vorn: Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, Oldenbourg-Verlag, München.
- Milner, H. V. und D. Tingley (2013)**, „Public Opinion and Foreign Aid: A Review Essay“, *International Interactions*, Vol. 39, Nr. 3, S. 389–401.
- Morini, P. (2023a)**, *DEL Dashboard – Germany January 2023*. Development Engagement Lab, London.
- Morini, P. (2023b)**, *DEL Dashboard – Germany June 2023*. Development Engagement Lab, London.

- Morini, P. (2023c)**, *DEL Dashboard – Germany October 2023*. Development Engagement Lab, London.
- Mounk, Y. (2023)**, *The Identity Trap: A Story of Ideas and Power in Our Time*. Penguin Books, London.
- Mutz, D. C. (2011)**, *Population-based survey experiments*. Princeton University Press, Princeton.
- Mullen, B. et al. (1992)**, „Ingroup Bias as a Function of Salience, Relevance, and Status: An Integration“, *European Journal of Social Psychology*, Vol. 22, Nr. 2, S. 103–122.
- Nord, M. et al. (2024)**, *Democracy Report 2024: Democracy Winning and Losing at the Ballot*, V-Dem Institute, University of Gothenburg.
- Nosek, B. A. et al. (2018)**, „The Preregistration Revolution“, *Proceedings of the National Academy of Sciences*, Vol. 115, Nr. 11, S. 2600–2606.
- ntv (2024)**, *Deutsche Entwicklungshilfe: Das Märchen vom 315-Millionen-Euro-Radweg in Peru*, 27.01.2024, <https://www.n-tv.de/politik/Das-Maerchen-vom-315-Millionen-Euro-Radweg-in-Peru-article24691195.html> (zugegriffen 22.02.2024).
- OECD (2021)**, *OECD Development Co-operation Peer Reviews: Germany 2021*, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/bb32a97d-en>.
- OECD (2022)**, *Development Co-operation Profiles*, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/2dcf1367-en>.
- OECD (2023)**, *Development Co-operation Report 2023: Debating the Aid System*, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/f6edc3c2-en>.
- OECD (2024)**, *ODA Levels in 2023 – Preliminary Data. Detailed Summary Note*. 11 April 2024. OECD, Paris, <https://www.oecd.org/dac/ODA-summary-2023.pdf> (zugegriffen 13.05.2024).
- Office of the Auditor General of Canada (2023)**, *International Assistance in Support of Gender Equality – Global Affairs Canada. Reports of the Auditor General of Canada to the Parliament of Canada*. Report 4. Ottawa, https://www.oag-bvg.gc.ca/internet/docs/parl_oag_202303_04_e.pdf (zugegriffen 13.05.2024).
- Oldendick, R. (2008)**, „Question Order Effects“, in Lavrakas, P. J. (Hrsg.), *Encyclopedia of Survey Research Methods*, Sage Publications, Thousand Oaks, CA.
- Petty, R. E. et al. (2023)**, „Attitude Strength: What’s New?“, *TheySpanish Journal of Psychology*, Vol. 26, Nr. e4, S. 1–13.
- Plagemann, J. (2022)**, *Die Ukraine-Krise im globalen Süden: kein „Epochenbruch“*; GIGA Focus Global, 2, German Institute for Global and Area Studies (GIGA) – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Hamburg, S. 1–9.
- Pomerantz, E. M. et al. (1995)**, „Attitude Strength and Resistance Processes“, *Journal of Personality and Social Psychology*, Vol. 69, Nr. 3, S. 408.
- Raden, D. (1985)**, „Strength-Related Attitude Dimensions“, *Social Psychology Quarterly*, Vol. 48, Nr. 4, S. 312–330.
- Raghavarao, D. et al. (2010)**, *Choice-Based Conjoint Analysis: Models and Designs*. Chapman and Hall/CRC, New York.
- Riddell, R. (2007)**, *Does Foreign Aid Really Work?*, Oxford University Press, Oxford.
- Rivera-Rodriguez, A. et al. (2022)**, „Changing Public Opinion about Gender Activates Group Threat and Opposition to Feminist Social Movements among Men“, *Group Processes @ Intergroup Relations*, Vol. 25, Nr. 3, S. 811–829.
- Sassenhagen, N. et al. (2023)**, *Feministische Entwicklungspolitik: Was denkt die Bevölkerung? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*, DEval Policy Brief 2/2023, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.

- Scheyer, V. und M. Kumskova (2019)**, „Feminist Foreign Policy: A Fine Line between Adding Women and Pursuing a Feminist Agenda“, *Journal of International Affairs*, Vol. 72, Nr. 2, S. 57–76.
- Schick, L. et al. (2022)**, *DEval-Meinungsmonitor Entwicklungspolitik: Kognitiver Online-Pretest*, GESIS Projektbericht, Version: 1.0, GESIS-Pretestlabor, Mannheim/Köln.
- Schneider, S. H. et al. (2019)**, *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2019: Medien, Mediennutzung und Berichterstattung zu weltweiter Armut*, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.
- Schneider, S. H. et al. (2021a)**, *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2021: Medieninhalte, Informationen, Appelle und ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung*, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.
- Schneider, S. H. et al. (2021b)**, „Does the COVID-19 Pandemic Threaten Global Solidarity? Evidence from Germany“, *World Development*, Vol. 140, S. 1–7, <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2020.105356>.
- Schneider, S. H. et al. (2022)**, *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2022: Entwicklungspolitisches Engagement in Zeiten globaler Krisen und Herausforderungen*, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.
- Schneider, S. H. et al. (2024a)**, *Die Agenda 2030 in der öffentlichen Meinung: Eine Halbzeitbilanz*, DEval Policy Brief 1/2024, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.
- Schneider, S. H. et al. (2024b)**, „Who supports feminist development policy? Evidence from Germany“, *European Journal of Politics and Gender*, Vol. 7, Nr. 2, S. 291–295.
- Schneider, S. H. und S. H. Gleser (2018)**, *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018: Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklung*, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.
- Schulze, S. (2023)**, „Zeitenwende ist Entwicklungssache“, *Internationale Politik Online*, <https://internationalepolitik.de/de/zeitenwende-ist-entwicklungssache> (zugegriffen 13.05.2024).
- Schulze, S. et al. (2023)**, *Entwicklungssache #3: Wie denken wir Sicherheit neu?*, Transkript verfügbar unter: <https://www.bmz.de/resource/blob/135432/transskript-podcast-entwicklungssache-folge-03.pdf>, BMZ, Bonn.
- Schulze, S. et al. (2024)**, *Entwicklungssache #16: Krisenregion Sahel: Was bedeutet das für Deutschland?*, Verfügbar unter: <https://www.bmz.de/de/aktuelles/podcast>, BMZ, Bonn.
- Schuman, H. und S. Presser (1996)**, *Questions and answers in attitude surveys: Experiments on question form, wording, and context*, Sage Publications, Thousand Oaks, CA.
- Scotto, T. J. et al. (2017)**, „We Spend How Much? Misperceptions, Innumeracy, and Support for the Foreign Aid in the United States and Great Britain“, *Journal of Experimental Political Science*, Vol. 4, Nr. 2, S. 119–128.
- Sides, J. und K. Gross (2013)**, „Stereotypes of Muslims and Support for the War on Terror“, *The Journal of Politics*, Vol. 75, Nr. 3, S. 583–598.
- SIPRI (2024)**, *SIPRI Military Expenditure Database*, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm.
- Soroka, S. et al. (2019)**, „Cross-national Evidence of a Negativity Bias in Psychophysiological Reactions to News“, *Proceedings of the National Academy of Sciences*, Vol. 116, Nr. 38, S. 18888–18892.
- SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (2021)**, *Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit*, Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, Berlin.

- Spurk, D. et al. (2020)**, „Latent Profile Analysis: A Review and 'how to' Guide of its Application within Vocational Behavior Research“, *Journal of Vocational Behavior*, Vol. 120, Nr. 103445, S. 1–21.
- Stagnaro, M. N. et al. (2024)**, „Representativeness versus Response Quality: Assessing Nine Opt-In Online Survey Samples“, Working Paper, <https://doi.org/10.31234/osf.io/h9jzd>.
- Stern, M. (1998)**, *Development Aid: What the Public thinks*, UNDP, Office of Development Studies, Bureau for Development Policy, New York.
- Strabac, Z. und O. Listhaug (2008)**, „Anti-Muslim Prejudice in Europe: A Multilevel Analysis of Survey Data from 30 Countries“, *Social Science Research*, Vol. 37, Nr. 1, S. 268–286.
- Sundström, M. R. et al. (2021)**, „Spreading a Norm-Based Policy? Sweden's Feminist Foreign Policy in International Media“, *Contemporary Politics*, Vol. 27, Nr. 4, S. 439–460.
- Taber, C. S. und M. Lodge (2006)**, „Motivated Skepticism in the Evaluation of Political Beliefs“, *American Journal of Political Science*, Vol. 50, Nr. 3, S. 755–769.
- Tagesschau (2023)**, *Wie feministische Politik aussehen soll*, Tagesschau.de, 01.03.2023, <https://www.tagesschau.de/inland/feministische-aussenpolitik-entwicklungspolitik-baerbock-101.html> (zugegriffen 13.05.2024).
- Tagesschau (2024)**, *Millionen aus Deutschland für Radwege in Peru?*, Tagesschau.de, 24.01.2024, <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/radwege-peru-entwicklungshilfe-100.html> (zugegriffen 13.05.2024).
- Tajfel, H. und J. C. Turner (1979)**, „An Integrative Theory of Intergroup Conflict“, in Austin, W. G. und S. Worchel (Hrsg.), *The Social Psychology of Intergroup Relations*, Brooks/Cole, Monterey, CA, S. 33–48.
- Tausendpfund, M. (2020)**, „Niveau und Determinanten politischen Wissens“, in Tausendpfund, M. und B. Westle (Hrsg.), *Politisches Wissen in Deutschland*, Springer Fachmedien, Wiesbaden, S. 89–126. https://doi.org/10.1007/978-3-658-30492-8_4.
- Thompson, L. und R. Clement (2019)**, *Defining Feminist Foreign Policy*, International Center for Research on Women, Washington D.C.
- Thomson, J. (2020)**, „What's Feminist about Feminist Foreign Policy? Sweden's and Canada's Foreign Policy Agendas“, *International Studies Perspectives*, Vol. 21, Nr. 4, S. 424–437.
- Tourangeau, R. und T. Yan (2007)**, „Sensitive Questions in Surveys“, *Psychological Bulletin*, Vol. 133, Nr. 5, S. 859–883.
- Towns, A. et al. (2023)**, *More than a Label, less than a Revolution: Sweden's Feminist Foreign Policy*. Expert Group for Aid Studies, Stockholm.
- Transue, J. E. et al. (2009)**, „Treatment Spillover Effects Across Survey Experiments“, *Political Analysis*, Vol. 17, Nr. 2, S. 143–161.
- Trope, Y. und Liberman, N. (2010)**, „Construal-Level Theory of Psychological Distance“, *Psychological Review*, Vol. 117, Nr. 2, S. 440–463, <https://doi.org/10.1037/a0018963>.
- UN Women (2015)**, *Preventing Conflict, Transforming Justice, Securing the Peace. A Global Study on the Implementation of United Nations Security Council resolution 1325*, UN Women, New York.
- UN Women (2020)**, *Pekinger Erklärung und Aktionsplattform*, Stand Oktober 2020, <https://unwomen.de/pekinger-erklaerung/> (zugegriffen 13.05.2024).
- UN Women (2023)**, *Progress on the Sustainable Development Goals: The Gender Snapshot 2023*, UN Women, New York, <https://www.unwomen.org/sites/default/files/2023-09/progress-on-the-sustainable-development-goals-the-gender-snapshot-2023-en.pdf> (zugegriffen 13.05.2024).
- Verbrugge, B. und H. Huyse (2020)**, „Civil Society Funding by OECD-DAC Governments: No More Politics as Usual?“, *Development in Practice*, Vol. 30, Nr. 6, S. 751–762.
- Vehrkamp, R. und W. Merkel (2019)**, *Populismusbarometer 2018*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

- Vereinte Nationen (2015)**, *Die Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*, Resolution der UN-Generalversammlung, Nr. A/RES/70/1, New York.
- Vereinte Nationen (2020)**, *Ziele für nachhaltige Entwicklung: Bericht 2020*, Vereinte Nationen, New York, <https://www.un.org/Depts/german/millennium/SDG%20Bericht%202020.pdf> (zugegriffen 16.02.2023).
- Vereinte Nationen (2022)**, *The Sustainable Development Goals Report 2022*, Vereinte Nationen, New York, <https://unstats.un.org/sdgs/report/2022/The-Sustainable-Development-Goals-Report-2022.pdf> (zugegriffen 16.02.2023).
- Vereinte Nationen (2023a)**, *Ziele für nachhaltige Entwicklung. Bericht 2023: Sonderausgabe*, Vereinte Nationen, New York, <https://www.un.org/Depts/german/millennium/SDG%20Bericht%202023.pdf> (zugegriffen 16.02.2023).
- Vereinte Nationen (2023b)**, *Principles of the Charter of the United Nations underlying a comprehensive, just and lasting peace in Ukraine*, A/ES-11/L.7, Vereinte Nationen, New York, <https://documents.un.org/doc/undoc/ltd/n23/o48/58/pdf/n23o4858.pdf?token=KqnegdcISXqiDFj79v&fe=true> (zugegriffen 22.02.2024).
- Vereinte Nationen (2023c)**, *UN General Assembly Calls for Immediate End to War in Ukraine*, 23.02.2023, Vereinte Nationen, <https://news.un.org/en/story/2023/02/1133847> (zugegriffen 22.02.2024).
- Vermunt, J. K. und J. Magidson (2002)**, „Latent Class Cluster Analysis“, in Hagenaaars, J. A. und A. L. McCutcheon (Hrsg.), *Applied Latent Class Analysis*, Cambridge University Press, Cambridge, S. 89–106.
- Vogel, T. K. et al. (2016)**, *Attitudes and attitude change*, Second Edition, Psychology Press, New York.
- Wencker, T. und I. Verspohl (2019)**, *German Development Cooperation in Fragile Contexts*, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.
- Wietholter, C. und A. L. Hillard (2021)**, „Feminism = Women’s Movement? The Effects of Gender and Terminology on Endorsement of Feminism“, *The Undergraduate Journal of Psychology*, Vol. 23, Nr. 1, S. 14–20.
- Wittkopf, E. R. (1986)**, „On the Foreign Policy Beliefs of the American People: A Critique and Some Evidence“, *International Studies Quarterly*, Vol. 30, Nr. 4, S. 425–445.
- World Food Programme (2022)**, *WFP Annual Review 2022*, World Food Programme, Rom.
- Yang, K.-C. et al. (2020)**, „Scalable and Generalizable Social Bot Detection through Data Selection“, *Proceedings of the AAAI Conference on Artificial Intelligence*, 34, Nr. 1, S. 1096–1103. <https://doi.org/10.1609/aaai.v34i01.5460>.
- YouGov (2017)**, *YouGov Panelbook 2017*, London.
- Zagefka, H. et al. (2011)**, „Donating to Disaster Victims: Responses to Natural and Humanly Caused Events“, *European Journal of Social Psychology*, Vol. 41, Nr. 3, S. 353–363.
- Zhukova, E. (2023)**, „Postcolonial Logic and Silences in Strategic Narratives: Sweden’s Feminist Foreign Policy in Conflict-Affected States“, *Global Society*, Vol. 37, Nr. 1, S. 1–22.
- Zilla, C. (2022)**, „Feministische Außenpolitik: Konzepte, Kernelemente und Kontroversen“, *SWP-Aktuell*, Nr. 50, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin.
- Zille, H. et al. (2023)**, *Entwicklungspolitische Einstellungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine*, DEval Policy Brief 9/2023, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.
- Zuell, C. und E. Scholz (2019)**, „Construct Equivalence of Left-Right Scale Placement in a Cross-National Perspective“, *International Journal of Sociology*, Vol. 49, Nr. 1, S. 77–95.

7.

ANHANG

7.1 Datenbasis

Tabelle 1 Erhebungen: Aid Attitudes Tracker und Development Engagement Lab

Nr.	Bezeichnung	Erhebung	Befragte (gesamt)
1	AAT Welle 1	Dezember 2013	5.700
2	AAT Welle 2	Juni 2014	6.170
3	AAT Welle 3	Dezember 2014	5.914
4	AAT Welle 4	Juni 2015	6.059
5	AAT Welle 5	Dezember 2015	6.027
6	AAT Welle 6	Juni 2016	6.049
7	AAT Welle 7	Dezember 2016	6.131
8	AAT Welle 8	Juli 2017	6.096
9	AAT Welle 9	Dezember 2017	6.108
10	AAT Welle 10	Juli 2018	6.039
11	DEL-Panel Welle 1	September 2019	6.004
12	DEL-Tracker Welle 1	Januar 2020	1.141
13	DEL-Tracker Welle 2	Juni 2020	1.025
14	DEL-Panel Welle 2	September 2020	6.000
15	DEL-Tracker Welle 3	Januar 2021	1.004
16	DEL-Tracker Welle 4	Juni 2021	1.001
17	DEL-Panel Welle 3	September 2021	6.000
18	DEL-Tracker Welle 5	Januar 2022	1.015
19	DEL-Sandbox	Juni 2022	2.059
20	DEL-Tracker Welle 6	Juni 2022	1.038
21	DEL-Panel Welle 4	Oktober 2022	6.008
22	DEL-Tracker Welle 7	Januar 2023	1.100
23	DEL-Tracker Welle 8	Juni 2023	1.067
24	DEL-Panel Welle 5	Oktober 2023	6.050
25	DEL-Tracker Welle 9	Januar 2023	1.021

Quelle: DEval, eigene Darstellung.

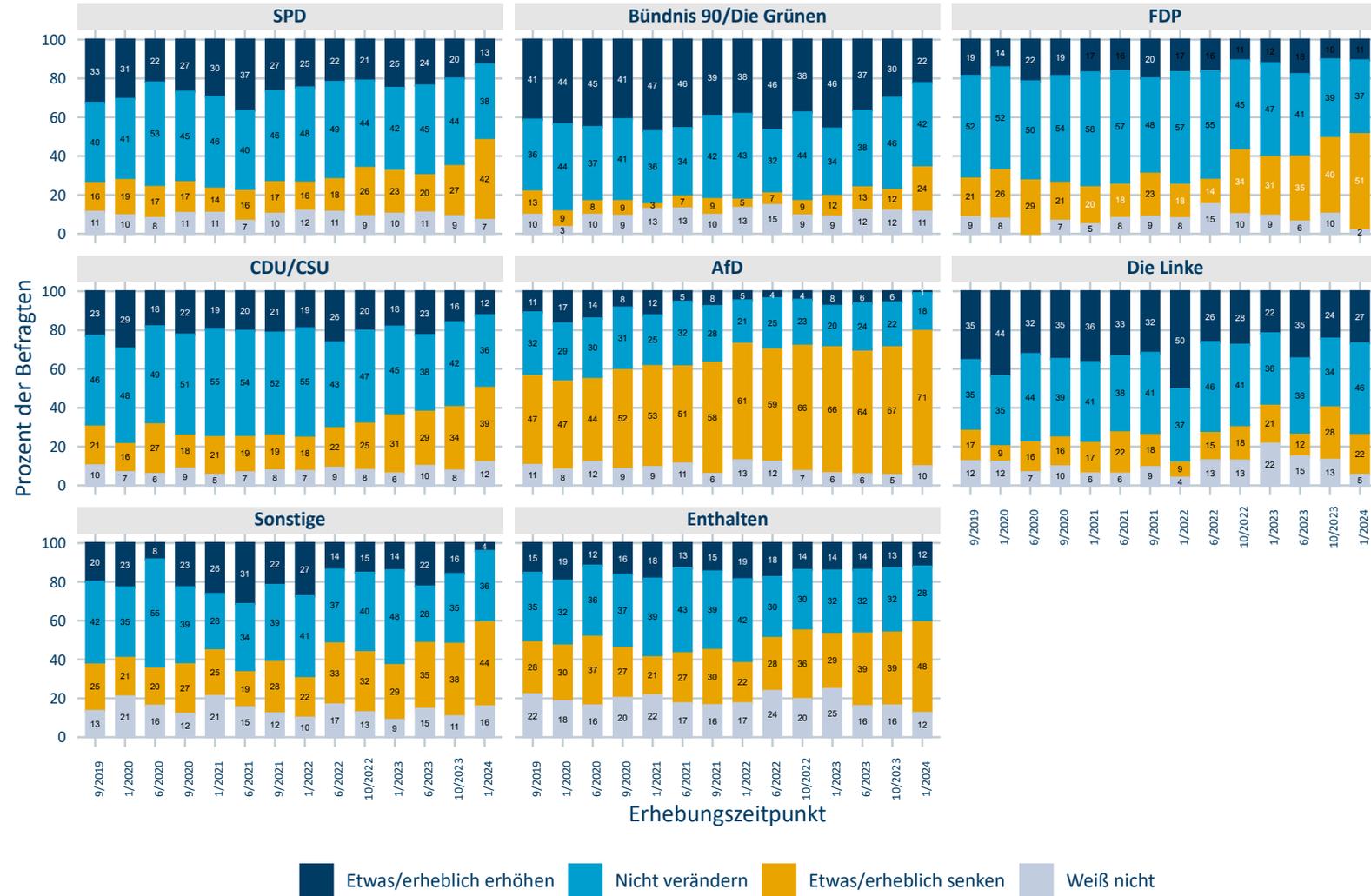
Tabelle 2 Respondi/Bilendi-Erhebungen

Nr.	Zeitraum	Befragte (gesamt)	Inhalt	Anmerkungen
1	24.01.2023 – 31.01.2023	2.000	Kernfragebogen; Modul zur Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft	
2	29.06.2023 – 12.07.2023	2.050	Außenpolitische Einstellungen; Notsituationen; Unterstützung Ukraine	
3	11.07.2023 – 09.08.2023	4.050	Befragungsinstrument Einstellungsstärke; Stärke der Einstellungen zu Entwicklungspolitik und feministischer Entwicklungspolitik	Die Hälfte der Befragten hat zuerst den Block zu feministischer Entwicklungspolitik und anschließend den zu Entwicklungspolitik allgemein beantworten müssen, die andere Hälfte der Befragten genau umgekehrt.
4	25.07.2023 – 08.08.2023	2.000	Kernfragebogen	
5	04.08.2023 – 22.08.2023	2.000	Wissen und Verständnis zu feministischer Entwicklungspolitik	
6	12.10.2023 – 24.10.2023	3.047	<i>Conjoint</i> -Experiment zur Priorisierung von EZ-Partnerländern	Erhebung enthielt ein Modul, für welches die Befragten zur Umfragewebsite <i>SoSci-Survey</i> weitergeleitet wurden und dort die <i>Conjoint</i> -Komponente beantworten mussten.
7	27.10.2023 – 13.11.2023	1.628	Umfrageexperiment feministische Entwicklungspolitik: Inhalt vs. Label	Stichprobe wurde in vier Experimentalgruppen eingeteilt; Attention Check: Ausschluss von Befragten, die eine nicht inhaltliche Aufmerksamkeitsfrage in einer Fragebatterie nicht richtig beantworteten.
8	19.12.2023 – 28.12.2023	2.146	Umfrageexperiment feministische Entwicklungspolitik in Zeiten globaler Krisen	Stichprobe wurde in vier Experimentalgruppen eingeteilt. Attention Check: Ausschluss von Befragten, die eine niedrigschwellige inhaltliche Frage zu den Treatments nicht beantworten konnten.
9	11.01.2024 – 19.01.2024	2.046	Umfrageexperiment Zustimmung zu EZ im Kontext von Kriegen gegen die Ukraine und wirtschaftlicher Sorgen	Stichprobe wurde in vier Experimentalgruppen eingeteilt. Attention Check: Ausschluss von Befragten, die eine niedrigschwellige inhaltliche Frage zu den Treatments nicht beantworten konnten.
10	10.01.2024 – 17.01.2024	2.101	Kernfragebogen; Fragen zu Ausgaben für Entwicklungspolitik im Vergleich zu anderen Politikfeldern; entwicklungspolitische Bildung	

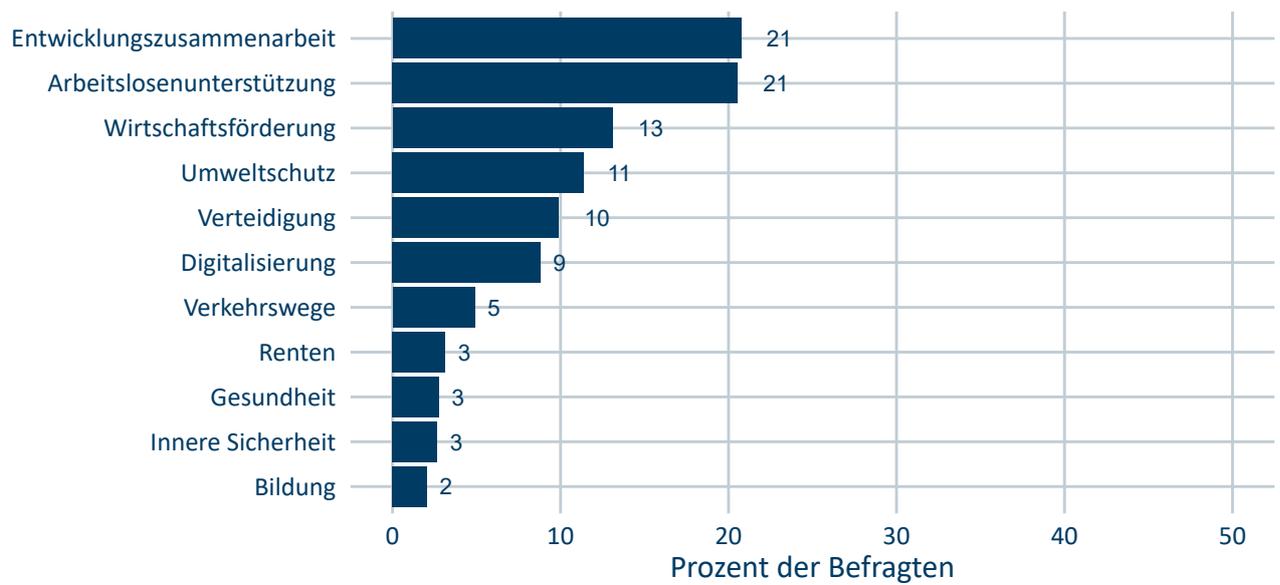
Quelle: DEval, eigene Darstellung.

7.2 Ergänzenden Analysen und Abbildungen

Abbildung 44 Zustimmung zu Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit nach gewählter Partei bei der letzten Bundestagswahl

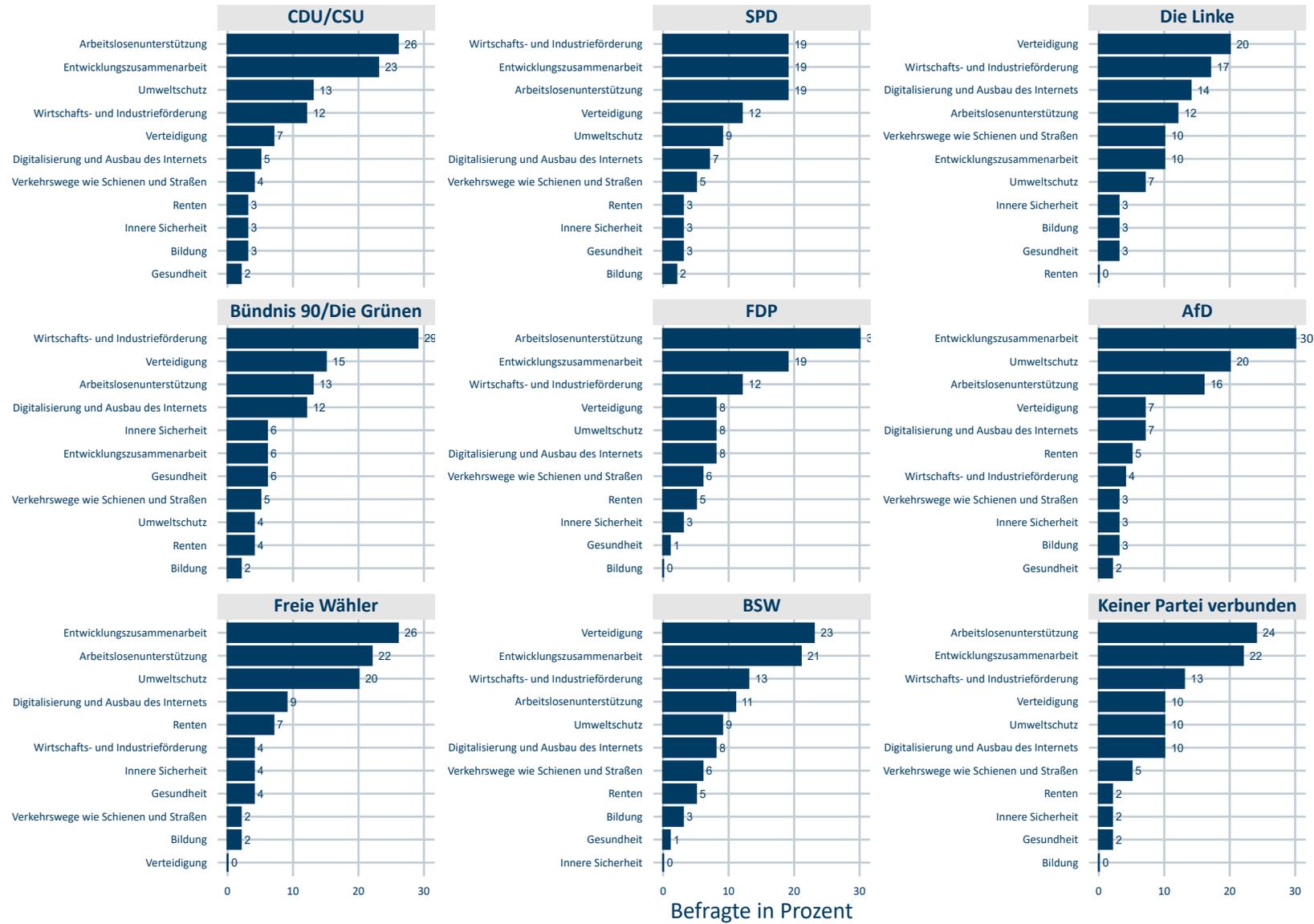


Quelle: D'Eval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEL-Tracker und DEL-Panel 2019–2024. Gewichtete Daten. Die Frage lautete: „Aus ihrem gesamten Haushaltsvolumen in Höhe von etwa XXX Milliarden Euro stellt die Bundesregierung zurzeit X,X Prozent – XX,X (Anmerkung: die Zahlen werden jährlich aktualisiert) Milliarden Euro für die Entwicklungszusammenarbeit an arme Länder bereit. Sollte die Regierung Ihrer Meinung nach den Betrag, den sie für die Entwicklungszusammenarbeit ausgibt, erhöhen oder senken?“ Die Antwortkategorien lauteten: „deutlich erhöhen“, „etwas erhöhen“, „nicht verändern“, „etwas verringern“, „erheblich verringern“. Für die Abbildung wurden die Kategorien zusammengefasst.

Abbildung 45 Politikfeld, in dem am ehesten Ausgaben gekürzt werden sollten

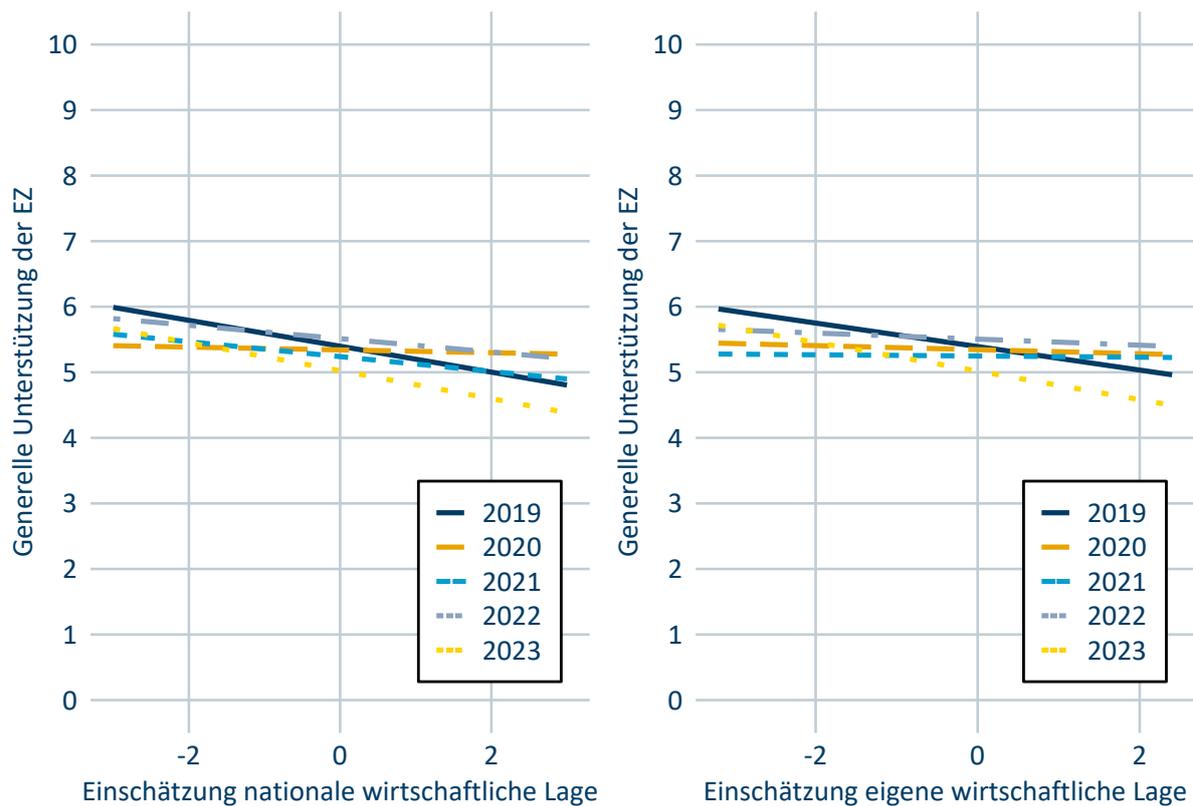
Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Tracking, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im Januar 2024. N = 2.101. Die Frage lautete: „Stellen Sie sich vor, die staatlichen Ausgaben müssten zwingend gekürzt werden. Für welchen der folgenden Politikbereiche würden Sie am ehesten die Ausgaben kürzen? Bitte wählen Sie ein Politikfeld aus.“ Die Frage basiert auf den in der ZMSBw-Befragung abgefragten Politikfeldern (Graf, 2022, S. 5).

Abbildung 46 Für Kürzungen bevorzugtes Politikfeld nach Parteiidentifikation



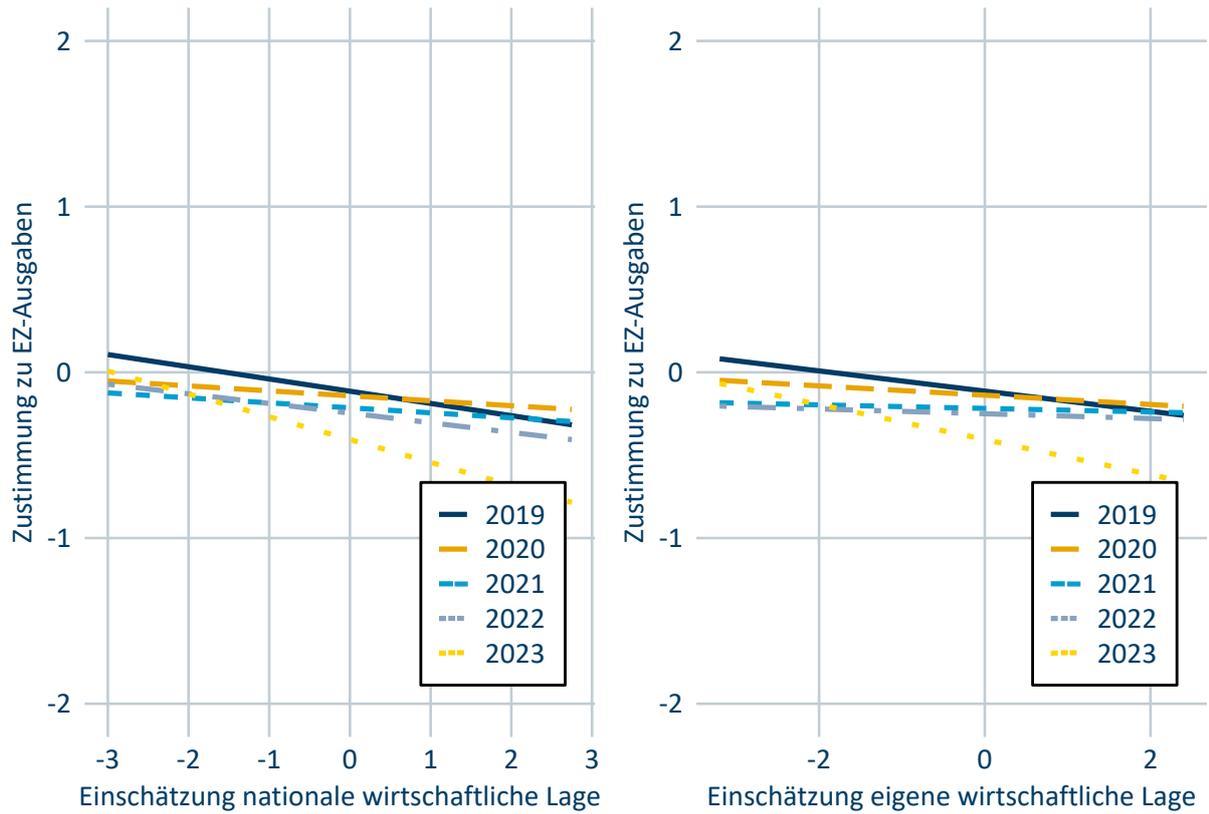
Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEval-Tracking, durchgeführt von ResponDi/Bilendi im Januar 2024. N = 2.101. Die Frage lautete: „Stellen Sie sich vor, die staatlichen Ausgaben müssten zwingend gekürzt werden. Für welchen der folgenden Politikbereiche würden Sie am ehesten die Ausgaben kürzen? Bitte wählen Sie ein Politikfeld aus.“ Die Frage basiert auf den in der ZMSBw-Befragung abgefragten Politikfeldern (Graf, 2022, S. 5).

Abbildung 47 Stärke des Zusammenhangs zwischen der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit in unterschiedlichen Jahren



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEL-Panel Welle 1 bis 5; N pro Welle \approx 6.000. Mehrebenenmodell für Längsschnittdaten (random intercepts und random slopes für Einschätzung der wirtschaftlichen Lage). Die Darstellung basiert auf den Modellen M4 und M5 in Tabelle 24 im Online-Anhang.

Abbildung 48 Stärke des Zusammenhangs zwischen der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Zustimmung zu Entwicklungszusammenarbeits-Ausgaben in unterschiedlichen Jahren



Quelle: DEval, eigene Darstellung. Datenbasis: DEL-Panel Welle 1 bis 5; N pro Welle ≈ 6.000. Mehrebenenmodell für Längsschnittdaten (random intercepts und random slopes für Einschätzung der wirtschaftlichen Lage). Die Darstellung basiert auf den Modellen M4 und M5 in Tabelle 25 im Online-Anhang.

7.3 Zeitrahmen der Studie

Zeitraumen	Aufgaben
01/2023–03/2023	Konzeption und Erstellung Studienkonzept
03/2023	1. Referenzgruppensitzung zur Diskussion des Studienkonzepts
04/2024–05/2024	Überarbeitung Studienkonzept
05/2023–02/2024	Datenerhebung, Datenanalyse, Verschriftlichung
03/2024–05/2024	Internes und externes Peer-Review; Überarbeitung Berichtsentwurf
05/2024	1. Referenzgruppensitzung zur Diskussion des Berichtsentwurfs
06/2024–07/2024	Überarbeitung des Berichtsentwurfs
07/2024–10/2024	Lektorat, Layout und Veröffentlichung

7.4 Evaluierungsteam und Mitwirkende

Kernteam	Funktion	CRedit-Statement ⁷⁴
Dr. Sebastian H. Schneider	Teamleiter	Conceptualization, Methodology, Formal analysis, Investigation, Writing – Original Draft, Writing – Review & Editing, Visualization, Supervision, Project administration
Dr. Alexandra Gödderz	Evaluatorin	Conceptualization, Methodology, Formal analysis, Investigation, Writing - Original Draft, Writing - Review & Editing, Visualization
Dr. Helge Zille	Evaluator	Conceptualization, Methodology, Formal analysis, Investigation, Writing - Original Draft, Writing - Review & Editing, Visualization
Dr. Martin Bruder	Abteilungsleiter	Conceptualization, Writing - Review & Editing, Supervision
Merle Gmeineder	Projektadministratorin	Project administration
Caroline Orth	Projektadministratorin	Project administration

Mitwirkende	Funktion und Aufgabengebiet
Prof. Dr. Jörg Faust	interner Peer-Reviewer
Heike Steckhan	interne Peer-Reviewerin
Dr. Markus Steinbrecher	externer Peer-Reviewer
Simon Becker	studierender Beschäftigter
Hanna Link	studierende Beschäftigte
Carla Vasco Páez	studierende Beschäftigte

Verantwortlich	
Dr. Martin Bruder	Abteilungsleiter

⁷⁴ Das CRediT-Statement (Contributor Roles Taxonomy, <https://credit.niso.org/>) kennzeichnet die Rollen der Autor*innen des vorliegenden Evaluierungsberichts in der Evaluierung. Die CRediT-Taxonomie unterscheidet zwischen 14 unterschiedlichen Rollen, um den spezifischen Beitrag der einzelnen Autor*innen sichtbar zu machen.

Deutsches Evaluierungsinstitut der
Entwicklungszusammenarbeit (DEval)

Fritz-Schäffer-Straße 26
53113 Bonn, Deutschland

Tel: +49 (0)228 33 69 07-0

E-Mail: info@DEval.org
www.DEval.org



DEval

DEUTSCHES
EVALUIERUNGsinstitut
DER ENTWICKLUNGS-
ZUSAMMENARBEIT
